G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Lorenz Knorr
Dollarkrise und Inflation

Jürgen Fischer, Michael Kringe u. a.
Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA

Heinz-Gerd Hofschen und Erich Ott
Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD

Hans-Joachim Braczyk und Sebastian Herkommer
Leitende Angestellte als „dritte Kraft"?

Georg Herde
Zur Aktivität der Vertriebenenverbände nach dem Inkrafttreten der Ostverträge

Karl Unger
Amilcar Cabral und der Befreiungskampf Guinea-Bissaos

K. William Kapp
Zu Gunnar Myrdals „Politischem Manifest über die Armut in der Welt"

3'73

März 1973 Einzelheft 4,00 DM im Abonnement 3,00 DM, für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1973

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1973 221

KOMMENTARE UND BERICHTE

Dollarkrise und Inflation . . . . . *Lorenz Knorr* 224

Zur Lage in Großbritannien . . . . . *Klaus Pickshaus* 229

Polens Geschichtsforschung und die Historiker der BRD . . *Eugeniusz Guz* 233

HAUPTAUFSÄTZE

Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA *Jürgen Fischer, Michael Kringe, Elke Pozimski, Helmut Schaarschmidt, Ursula Schaarschmidt, Beate Schlitt und Wolfgang van Straelen* 237

Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD . . . . . *Heinz-Gerd Hofschen und Erich Ott* 254

Leitende Angestellte als „dritte Kraft"? Zur Integrations- und Spaltungsstrategie des Kapitals *Hans-Joachim Braczyk und Sebastian Herkommer* 272

Zur Aktivität der Vertriebenenverbände nach dem Inkrafttreten der Ostverträge . . . . . *Georg Herde* 290

Amilcar Cabral und der Befreiungskampf Guinea-Bissaos . . *Karl Unger* 302

Entwicklungspolitik in neuer Perspektive. Bemerkungen zu Gunnar Myrdals „Politischem Manifest über die Armut in der Welt" . . . *K. William Kapp* 315

FERNSEH-SPALTE

Familiäres . . . . . *E. H. Wahl* 327

BÜCHER

Werner Glastetter, Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie . . . . . *Gerhard Bessau* 328

Kurzrezensionen: Bücher von K. H. Domdey/H. D. Kühne, Josef Esser/Frieder Naschold/Werner Väth, Friedrich H. Tenbruck 330

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 331

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 7. und 8. Dezember 1972 in Brüssel (Wortlaut) 332

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Achtzehnter Jahrgang · Heft 3/1973

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Februar 1973

1. 2. — USA/Großbritannien. Der britische Premierminister Heath trifft zu Konsultationen mit Präsident Nixon in Washington ein. Im Mittelpunkt der mehrtägigen Gespräche stehen Wirtschafts- und Währungsprobleme, die militärische Präsenz der USA in Westeuropa und der Stand der Vorbereitungen für die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

2. 2. — BRD/DDR. Der Bundesrat behandelt in Erster Lesung den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" vom 21. Dezember 1972. Der Gesetzentwurf wird mit der erwarteten Mehrheit der von CDU und CSU regierten Länder (21:20 Stimmen) abgelehnt. — Vom 15.—16. 2. findet die Erste Lesung im Bundestag statt. In der Debatte äußern sich u. a. Bundeskanzler Brandt und der CDU-Vorsitzende Barzel. Das Vertragswerk wird an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. — Am 18. 2. treffen im Bundeskanzleramt in Bonn Bundesminister Bahr und DDR-Staatssekretär Kohl zusammen. In einer offiziellen Mitteilung heißt es, es seien „gemeinsam interessierende Fragen" besprochen worden.

— UNO. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim, tritt eine ausgedehnte Asienreise an. Waldheim besucht zunächst Indien (2.—7. 2.) und reist später nach Pakistan (7.—9. 2.), Bangla Desh (9.—11. 2.), Thailand (11.—13. 2.) und Japan (13.—17. 2.).

6.—8. 2. — Warschauer Vertrag. Die Verteidigungsminister der Vertragsstaaten halten in Warschau eine Beratung

ab. In einem Kommuniqué heißt es: „Es wurden aktuelle Fragen der Tätigkeit der militärischen Organe der Organisation des Warschauer Vertrages behandelt ... Zu den behandelten Fragen wurden einstimmige Beschlüsse gefaßt."

8.—9. 2. — DDR/Großbritannien/Frankreich. Als erste der drei Westmächte (und als 70. Staat) spricht Großbritannien die diplomatische Anerkennung der DDR aus. Nach längeren Verhandlungen (23. 1. — 8. 2.) vereinbaren beide Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Wirkung vom gleichen Tage, behalten jedoch den Austausch von Botschaftern einem späteren Zeitpunkt vor. — Am 9. 2. werden entsprechende Verhandlungen zwischen der DDR und Frankreich (17. 1. — 9. 2.) ebenfalls mit der Herstellung diplomatischer Beziehungen beendet. In Paris heißt es, Frankreich werde seinen Botschafter erst nach Inkrafttreten des Grundvertrages entsenden.

10.—13. 2. — Vietnam/USA. Der Sonderberater Präsident Nixons, Dr. Henry Kissinger, verhandelt in Hanoi. Zu den Gesprächspartnern Kissingers gehören Ministerpräsident Pham Van Dong, dessen Stellvertreter Nguyen Duy Trinh und Sonderberater Le Duc Tho. In einem Kommuniqué werden als Themen der Verhandlungen die Durchführung des Pariser Vietnam-Abkommens sowie „die Nachkriegsbeziehungen zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten und andere Fragen von beiderseitigem Interesse" genannt. Weiter heißt es: „Die beiden Seiten führten einen Gedankenaustausch darüber, wie die Vereinigten Staaten zur Heilung der Wunden des Krieges und zum Wiederaufbau der Nachkriegswirtschaft in Nordvietnam beitragen werden. Sie vereinbarten, eine gemeinsame nordvietnamesisch-amerikanische Wirtschaftskommission einzusetzen. Diese Kommission, die sich aus einer gleichen Zahl von Vertretern jeder Seite zusammensetzen soll, wird die Aufgabe haben, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den Vereinigten Staaten auszubauen." Auf die Frage nach den Möglichkeiten zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Hanoi antwortet der Pressesekretär des Weißen Hauses, Ronald Ziegler: „Die beiden Seiten haben Schritte zur Normalisierung der Beziehungen geprüft und bestimmte Prinzipien für die Beziehungen der beiden Seiten vereinbart. Nach Durchführung dieser Maßnahmen können wir weitere Schritte erörtern."

12. 2. — USA. Finanzminister George P. Shultz gibt die Abwertung des Dollar um 10 Prozent bekannt. Der Präsident habe den Kongreß ersucht, die Parität im Rahmen der Sonderziehungsrechte (Special Drawing Rights/SDR) von 0,92106 SDR auf 0,82895 SDR herabzusetzen. Gemäß den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds werde diese Maßnahme auch zu einer Änderung der offiziellen Relation des Dollar zum Gold führen.

13. 2. — CDU/CSU. Mit 102 gegen 83 Stimmen bei 2 Enthaltungen faßt die Bundestagsfraktion den Beschluß, keine Klage gegen den Grundvertrag mit der DDR beim Bundesverfassungsgericht zu erheben. Die Fraktion folgt damit einer Empfehlung ihres Vorstandes und verwirft eine Entscheidung ihrer Ostkommission, die sich mit 19 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen für eine solche Klage ausgesprochen hatte.

15. 2. — Kuba/USA. Durch Vermittlung der diplomatischen Vertretungen der Schweiz in Havanna und Washington einigen sich Kuba und die Vereinigten Staaten auf Maßnahmen im Falle der Entführung von Flugzeugen und Schiffen. Ein auf fünf Jahre befristetes „Memorandum of Understanding" sieht vor, daß Personen, die ein Flugzeug oder ein Schiff entführen, entweder ausgeliefert oder aber von dem Staat, in dem sie gelandet sind, abgeurteilt werden sollen. Die Passagiere, geraubte oder erpreßte Gelder sowie die Fahrzeuge sollen freigegeben werden.

15.—19. 2. — China/USA. Zu Gesprächen mit Ministerpräsident Tschou En-lai und Außenminister Tschi Peng-fei hält sich US-Sicherheitsberater Dr. Kissinger in Peking auf. Kissinger hat auch eine mehrstündige Unterredung mit dem Parteivorsitzenden Mao Tse-tung. In einem Kommuniqué wird die Absicht beider Seiten betont, die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zu beschleunigen: „Um diesen Prozeß zu erleichtern und die Kommunikation zu verbessern, kam man überein, daß jede Seite in naher Zukunft in der Hauptstadt der anderen ein Verbindungsbüro errichten wird."

16. 2. — Ungarn. Während eines Besuches in der Tschechoslowakei befaßt sich der ungarische Ministerpräsident Jenö Fock auf einer Pressekonferenz mit der Frage diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik: „Auf der Grundlage von Verhandlungsergebnissen hätte Ungarn schon vor zwei Jahren diplomatische Beziehungen mit der BRD aufnehmen können ... Aber in dieser Frage ist die internationalistische Haltung der ungarischen Partei und Regierung ausschlaggebend. Früher machten wir diese Frage abhängig von der Ratifizierung des sowjetisch-westdeutschen und des polnisch-westdeutschen Vertrages, und dann von dem Vertrag mit der DDR und der Vereinbarung über Westberlin. Heute hängt sie ab von der Lösung des Problems der Ungültigkeit des Münchener Abkommens. Wenn das geschehen ist, werden wir nach Konsultationen mit unseren Freunden, zusammen mit Bulgarien, diplomatische Beziehungen mit Westdeutschland aufnehmen."

17. 2. — Bundeshaushalt. Das Kabinett verabschiedet den Entwurf des Bundeshaushalts 1973 in Höhe von 120,39 Mrd. DM. Größter Einzelposten ist der Verteidigungsetat, der von 25,32 Mrd. DM im Jahre 1972 auf 26,55 Mrd. DM ansteigen soll.

20. 2. — Abrüstung. Die 26-Staaten-Abrüstungskonferenz nimmt in Abwesenheit Frankreichs die Arbeit wieder auf; die Konferenz war im September 1972 vertagt worden. Auf der Tagesordnung stehen vor allem das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen sowie die Einstellung auch der unterirdischen Kernwaffenversuche.

— CSSR: Vor dem Zentralkomitee der KPC führt Parteisekretär Dr. Gustav Husak u. a. aus: „Wir haben mit Interesse die kürzlich von Bundeskanzler Willy Brandt abgegebene Erklärung zur Kenntnis genommen, in der die Bereitschaft zur Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der CSSR ausgedrückt wird ... Mit gutem Willen auf beiden Seiten kann eine Einigung erreicht und ein Standpunkt bezogen werden, der für beide Seiten annehmbar ist und dazu beitragen würde, daß das Problem des Münchener Diktats, jenes ungesetzlichen Aktes, der zum Symbol des Beginns des II. Weltkrieges wurde, ein für allemal gelöst wird."

21. 2. — Laos. Vertreter der königlichen Regierung und der Patriotischen Kräfte (Pathet Lao) unterzeichnen in der Hauptstadt Vientiane ein „Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Herbeiführung der nationalen Einheit". Das Abkommen sieht einen Waffenstillstand auf dem gesamten laotischen Territorium vor. Innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung sollen eine Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und ein Nationaler Politischer Konsultativrat gebildet werden, „um die Bestimmungen des Abkommens zu verwirklichen und die Staatsgeschäfte in die Hand zu nehmen".

26. 2. — Vietnam. In der französischen Hauptstadt tritt die im Vietnam-Abkommen vom 27. Januar 1973 (Text in „Blätter", Heft 2/1973, S. 204 ff.) vorgesehene Außenministerkonferenz zusammen, auf der die fünf Großmächte (China, Frankreich, Großbritannien, USA und UdSSR), die drei vietnamesischen Regierungen (Demokratische Republik Vietnam, Republik Vietnam und Provisorische Regierung der Republik Südvietnam) sowie die vier Mitglieder der Internationalen Überwachungskommission (Indonesien, Kanada, Polen und Ungarn) vertreten sind. Zu den Teilnehmern gehört außerdem UN-Generalsekretär Dr. Waldheim.

27. 2. — KSZE. Die Botschafter von 34 Staaten, die in Helsinki über die Vorbereitung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beraten, setzen eine Arbeitsgruppe ein, die Einzelheiten der Tagesordnung erörtern und dem Plenum darüber Bericht erstatten soll.

28. 2. — Naher Osten. Mit 105 Stimmen gegen die Stimme Israels bei 2 Enthaltungen (Kolumbien und Malawi) verurteilt die im Plenarsaal der Vereinten Nationen in New York tagende Außerordentliche Generalversammlung der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (International Civil Aviation Organization/ ICAO) den Abschuß eines libyschen Verkehrsflugzeuges über der Halbinsel Sinai am 21. 2. durch israelische Abfangjäger. Der Absturz der Maschine, bei dem mehr als einhundert Personen ums Leben gekommen waren sowie eine Militäraktion Israels gegen den Libanon in der Nacht vom 20. auf den 21. 2. hatte zu verschärften Spannungen im Nahen Osten geführt.

Dollarkrise und Inflation

Seit Jahren schwelt die Krise des spätkapitalistischen Währungssystems. Von Zeit zu Zeit tritt sie in eine akute Phase. Die Strukturfehler einer vorwiegend profitorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeigen sich dann an ihrem gegenwärtig wundesten Punkt: am Geldwesen. Manchmal droht die Krise in einen „Handelskrieg" umzuschlagen — sofern dieser nicht der Auslöser der akuten Phase währungsbedingter Erschütterungen war. Der enge Zusammenhang zwischen Währungs- und Wirtschaftskrise hat nämlich nicht nur geschichtliche Bedeutung: die Weltwirtschaftskrise von 1929/33 begann bekanntlich mit dem „schwarzen Freitag", mit dem Kurssturz an der New Yorker Börse am 24. 10. 1929, also mit der Zerrüttung des internationalen Geldwesens. Auch heute kann eine Krise des westlichen Währungssystems schnell in einen Handelskrieg mit partiellem Zusammenbruch außenwirtschaftlicher Beziehungen umschlagen und damit innenpolitisch ein Konjunkturtief auslösen. Zwar kann sich der Spätkapitalismus im Zeichen des Systemwettstreits eine Massenarbeitslosigkeit wie nach 1929 kaum leisten, ohne in Frage gestellt zu werden. Aber die wachsende Anfälligkeit für krisenhafte Erschütterungen ist nicht gebannt. Im Gegenteil! Da die Grundprobleme ungelöst bleiben bzw. im Rahmen der gegenwärtigen Sozialstruktur kaum zu lösen sind, tritt nach einer mehrmonatigen Zwischenphase oberflächlicher Beruhigung eine neue Währungskrise auf.

Als ein „Jahrhundertwerk" hatte Nixon die Neufestsetzung der Währungsparitäten am 18. 12. 1971 (Smithonian-Abkommen) und als „bedeutendste währungspolitische Vereinbarung der Weltgeschichte" bezeichnet. Damals war der als Leitvaluta unabwertbar sein sollende US-Dollar erstmals seit Inkrafttreten des Währungssystems von Bretton Woods vom 22. 7. 1944 im Verhältnis zum Gold um 7,9 % abgewertet worden. Vorgesehen war in diesem Währungssystem, daß allein der US-Dollar eine feste Bindung an das Gold haben sollte (nämlich 36 Dollar je Unze Feingold), während alle anderen Valuten im Bedarfsfall auf- oder abzuwerten seien. Die konstante Größe, an der alle anderen Währungen gemessen wurden, war der US-Dollar. Dieses ursprünglich als Weltwährungssystem konzipierte, von den sozialistischen Staaten jedoch mit gutem Grund nicht akzeptierte Abkommen brach am 15. 8. 1971 zusammen, nachdem Nixon die Umtauschbarkeit des Dollars in Gold formell aufgehoben und sein „neues Wirtschaftsprogramm" bekanntgegeben hatte. Die kriegsbedingte Schwäche des Dollars und ein sich abzeichnendes Handelsdefizit der USA für 1971 — das erste der USA in diesem Jahrhundert — waren die Ursachen. Die Wirtschafts- und Handelspotenzen der westeuropäischen Staaten hatten sich inzwischen in Relation zu den USA verstärkt, zugleich war der Goldwert des Dollars durch die anhaltende Inflationierung erheblich gesunken. Es zeigte sich nicht nur die generelle Unhaltbarkeit des vorwiegend auf die Bedürfnisse der USA zugeschnittenen Abkommens von Bretton Woods. Es erwies sich auch, daß eine nationale Währung kein geeignetes Institut als „Leitvaluta" sein kann. Vierzehn Monate nach der notdürftigen Neuregelung der Wechselkurse im Dezember 1971 geriet der Dollar und damit das gesamte westliche Währungssystem erneut in eine akute Krise.

Auslösender Faktor der Währungskrise vom Februar 1973 war das Bekanntwerden der mit 6,7 Mrd. Dollar negativen US-Handelsbilanz von 1972 bei einem gleichzeitigen Handelsbilanzüberschuß der BRD mit 20 Mrd. DM und

Japans mit (umgerechnet) 30 Mrd. DM. Negative Handelsbilanzen signalisieren im Zusammenhang mit der internationalen Konkurrenzfähigkeit einer Nationalwirtschaft, daß eine Währung überbewertet und damit abwertungsreif ist, große Handelsbilanzüberschüsse zeigen die Unterbewertung bzw. Aufwertungsreife an. Sofort begann das Werk der Spekulanten, die aus Veränderungen der Valutaparitäten ohne jede Arbeitsleistung Millionengewinne ziehen. Diesmal waren es nicht nur „kleine" Spekulanten, sondern vorwiegend Konzerne und sogar Staatsbanken, die ihre abwertungsverdächtigen Dollarreserven in eine härtere Währung umtauschten. Andere westeuropäische Staaten hatten sich gegen den Zustrom des „heißen" Geldes abgesichert. Finanzminister Schmidt dagegen hatte noch am 26. 1. 1972 in einem „The Times"-Interview alle westeuropäischen Regierungen aufgefordert, den kriegskranken Dollar noch vor einer Neuordnung des westlichen Währungssystems sanieren zu helfen, weil sonst der NATO Gefahr drohe und ein Handelskrieg bevorstehe. Andere Regierungen gehen davon aus, daß die USA die Dollarkrise selbst verschuldeten und damit selbst lösen müßten.

Saniert man nämlich den Dollar vor der Neuordnung des Währungssystems, können die USA infolge der Leitwährungsfunktion die Kosten auf andere abwälzen. Ordnet man das Währungssystem durch Ablösung des Dollars als Leitwährung, tragen die USA die Kosten. Das scheint den meisten NATO-Staaten nur billig. Anders Schmidt. Sein Interview war ein Zeichen mehr, daß die BRD aus NATO-Treue zur Aufnahme abwertungsreifer Dollars bereit sei. So strömten binnen einer Woche bei völlig unzureichenden Gegenmaßnahmen ca. 6 Mrd. Dollar für den Gegenwert von 20 Mrd. DM in die BRD. Dies war der höchste von außen kommende Inflationsschub in der Währungsgeschichte. Die inländische Geldumlaufmenge wuchs um 15 %. Jede Zunahme der Geldumlaufmenge über das Warenangebot hinaus treibt Preise und Geldentwertung. Dieser importierte Inflationsschub wäre abwendbar gewesen. Doch der Finanzminister handelte so, wie es ihm sein früherer Staatssekretär, der gegenwärtige Vorstandsvorsitzende der Krupp AG, E. W. Mommsen, riet: nämlich im Interesse des Außenhandels der BRD und auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit.

Bei den diesjährigen Steigerungsraten der per Tarifvertrag ausgehandelten Einkommen — in denen bereits ein gewerkschaftlich akzeptierter „Stabilitätsbeitrag" bzw. Einkommensverlust von etwa 4 % enthalten ist — bedeutet der zusätzliche inflatorische Trend eine weitere Verschlechterung des Realeinkommens für fast 20 Millionen arbeitender Menschen. Der vom invaliden Dollar ausgelöste Inflationsschub vergrößert nämlich das Mißverhältnis zwischen gestiegener Arbeitsproduktivität, trabender Geldentwertung und höheren privaten Sozialabgaben einerseits und dem dahinter zurückbleibenden nominellen Einkommenswachstums andererseits. Die in der BRD oft apostrophierte, aber niemals erreichte „soziale Symmetrie" dürfte sich als Folge der Dollarkrise und des Verhaltens des Finanzministers noch weiter verzerren. Mit der Abwertung des Dollars um 10 % mußte die Bundesbank bei ihren Dollarreserven von ca. 70 Mrd. DM einen Verlust von knapp 7 Mrd. DM hinnehmen. Da die Überschüsse der Bundesbank in die Staatskasse fließen, fehlt dieser der Betrag im Etat. Die jüngsten Steuermaßnahmen, von denen die meisten trotz anderslautender Versicherungen auf die Endverbraucher und Bezieher kleiner Einkommen abwälzbar sind, hängen ursächlich mit dem unsozialen und ausschließlich den Konzernen dienenden Taktieren Schmidts in der Währungskrise zusammen. Die NATO-Treue, die genau besehen eine Treue zu den Rüstungskonzernen der USA ist, kam der westdeutschen Bevölkerung teuer zu stehen.

Zwar setzte sich die vorwiegend durch Frankreich vertretene Währungsstrategie durch, daß der Dollar — auch in seiner Relation zum Gold — abzuwerten sei. Zuvor aber hatte die Bevölkerung der BRD den Schaden. Durch einen gespaltetenen Devisenkurs, der die Handelsmark stabil, die Devisenmark jedoch flexibel gemacht hätte (eine Regelung, die z. B. Frankreich mit Erfolg praktiziert), wäre die Einheit der EWG und die westdeutsche Stabilität zu wahren gewesen. Die Unterbewertung der D-Mark hätte man dadurch ausgleichen können.

Prof. Giersch, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, hatte — wie andere Experten auch — während der Dollarkrise zur Minderung künftigen Preisauftriebs in der BRD eine Dämpfung unseres Exportbooms vorgeschlagen. Also auch eine Aufwertung der D-Mark, in welcher speziellen Form auch immer. Die westdeutsche Exportwirtschaft verkraftete bereits mehrere Aufwertungen der D-Mark ohne nennenswerten Rückgang des Außenhandels. Tatsächlich ist die unterbliebene Nichtaufwertung die Quelle weiterer Währungskrisen zu Lasten der Bevölkerung. Die spätkapitalistischen Staaten folgen wie bekannt dem Gesetz der ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung, das vom hemmungslosen Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte, vom technologischen Prozeß und von den unterschiedlichen innenpolitischen Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit bedingt ist. Das ungleichmäßige wirtschaftliche Wachstum verlangt nach gelegentlichen oder permanenten Anpassungen der Valutaparitäten, wenn nicht krisenauslösende Ungleichgewichte in den Handels- und Zahlungsbilanzen entstehen sollen. Nur wenn sich die EWG zu einer gemeinsamen Wirtschafts-, Konjunktur-, Steuer- und Subventionspolitik entschließen könnte — was in den nächsten Jahren sicher nicht, wenn überhaupt, zu erreichen ist —, wäre innerhalb ihres Wirtschaftsraumes dieses Gesetz aufzuheben. Es bliebe dann noch zwischen USA, Japan und Westeuropa bestehen.

Die fehlende Aufwertungsbereitschaft der BRD und die Schwierigkeiten, mit denen die japanischen Regierungs- und Wirtschaftsmanager zum Floating des Yen bewegt wurden, zeigen die Härte des internationalen Konkurrenzkampfes zwischen den Großkonzernen. Ausgetragen wird dieser Kampf auf dem Rücken der Bevölkerung: nur die Bereitschaft der jeweiligen Arbeiterschaft bzw. ihrer Gewerkschaften zum Einkommensverzicht ermöglicht den Konzernen eine übermäßig starke Außenhandelsposition. Wo ein der Arbeitsproduktivität und dem Preistrend angepaßtes Einkommen für die Bevölkerungsmehrheit erkämpft ist, sind übergroße Handelsbilanzüberschüsse nicht möglich. Die westdeutschen Gewerkschaften hätten allen Grund, angesichts dieser Tatsachen ihre Tarifpolitik einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Verstärkt wird diese Notwendigkeit dadurch, daß für 1973 mit einem Profitboom zu rechnen ist, der prozentual doppelt so hoch wie die Lohnsteigerungsraten ist.

Das Hauptproblem der gegenwärtigen latenten Währungskrise und der anhaltenden Dollarschwäche sind die währungspolitischen Auswirkungen des Vietnamkrieges der USA. Die europäischen Völker wissen aus den Erfahrungen mit zwei Weltkriegen, wie diese die Währungen ruinierten. Das Mißverhältnis zwischen aufgeblähtem Geldvolumen — das die Finanzierung des Vernichtungswerkes bzw. die Zerstörung von Sachkapital mit sich bringt — und relativ schwächerem Verbrauchsgüterangebot wirkt inflationstreibend. Dabei treten notwendige Abwertungen oft erst nach dem Ende der Kampfhandlungen auf, weil die Inflation während des Krieges aus verschiedenen Gründen oft „aufgestaut" wird. Im Deutschen Reich und in den USA ab 15. 8. 1971 wurde diese „Aufstau-

ung" durch Lohn- und Preisstopp erreicht. Da der kriegskranke Dollar gemessen am freien Goldpreis und an der realen Kaufkraft immer noch überbewertet ist, sind weitere Schwächeanfälle in den nächsten Monaten nicht auszuschließen — trotz beinahe erpresserischer Versuche der Nixon-Administration gegenüber ihren NATO-Bündnispartnern, die eigene Handelsposition auf den Weltmärkten zu verbessern. Eine radikal verbesserte Außenhandelsposition der USA könnte zwar das Handelsbilanzdefizit in ein Plus verändern, aber die kriegsbedingte Inflationierung des Dollars nicht aufheben. Dazu ist eine weitere Abwertung nötig.

Die zukünftige Schwäche des Dollars ist auch dadurch vorprogrammiert, daß nach dem unrühmlichen Ende der US-Aggression in Vietnam die inflationstreibenden Rüstungslasten im Haushalt 1973/74 weiter steigen, statt zu sinken, und daß für diesen Etat ein Defizit von 12,7 Mrd. Dollar vorgesehen ist. Nixon wird also die Notenpresse weiter in Gang setzen, um über die Wirtschaftspotenz der USA hinausreichend Finanzierungsmittel für die US-Machtpolitik zu erhalten — bei weiterer Vernachlässigung wichtiger Sozialinvestitionen. Die bereits Jahre alte Warnung des US-Friedensforschers S. Melman vor der infolge Krieg und Rüstung „ausgelaugten Gesellschaft" und die Alternativvorschläge des einstigen Kennedy-Beraters R. J. Barnet in „Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes" verhallen unberücksichtigt angesichts des unheilvollen Machtanspruchs des militärisch-industriellen Komplexes. Solange man einen Teil der Lasten auf andere Völker abwälzen kann, wird Nixon die ungedeckte Dollarflut bedenkenlos vermehren.

Dabei trugen die westeuropäischen und viele Entwicklungsländer in den letzten Jahren bereits erheblich dazu bei, über die importierte Inflation den kriegskranken Dollar zu stützen, genauer formuliert: Bombenterror und Kriegsverbrechen der USA in Indochina mitzufinanzieren. Die Länder des westlichen Währungssystems verpflichteten sich bekanntlich, jeden präsentierten Dollar in eigene Währung zu wechseln, während die USA das Gegenversprechen, jeden zurückgegebenen Dollar in Gold einzutauschen, trotz formeller Gültigkeit bis zum 15. 8. 1971, schon seit Jahren nicht mehr einlösten. Allein in den letzten drei Jahren ließ Nixon zur Finanzierung des Indochinakrieges und seiner Wiederwahl ca. 60 Mrd. Dollar drucken, die teils in härtere Valuten gewechselt, teils in ausländischen Sachwerten angelegt wurden. Durch gezielte Niedrigzinspolitik war es für die USA ein leichtes, den eigenen Überschuß der notwendigen Geldumlaufmenge in das Ausland zu pumpen und dort die Geldentwertung zu fördern. Der Tatbestand, daß die kriegführenden USA in den letzten Jahren nur ca. 3 % Geldentwertung jährlich registrierten, die westeuropäischen Staaten jedoch doppelt so viel, zeigt die planmäßige Abwälzung kriegsbedingter Lasten auf die Bündnispartner. Die westeuropäischen Völker wurden nie gefragt, ob sie zur Mitfinanzierung der US-Aggression in Vietnam bereit wären. Ihre Regierungen verschwiegen ihnen meist, wie der Währungsmechanismus funktioniert und welche politischen Konsequenzen damit verbunden sind.

Die Unbedenklichkeit, mit der US-Präsidenten, vor allem Nixon, die Notenpresse in Gang setzten, brachte es mit sich, daß heute auf dem sogenannten Euromarkt ca. 90 Mrd. ungedeckte Dollars in Form heißen Spekulationsgeldes herumschwimmen. Sie können jederzeit — einen aktuellen Anlaß vorausgesetzt, wie Anfang Februar 1973 — dazu genützt werden, die latente Währungskrise in die akute Phase zu treiben.

Eine andere Folge des Indochinakrieges, der angemaßten Weltgendarmenrolle der USA und des auf wirtschaftlichen bzw. politischen Einfluß in ande-

ren Ländern zielenden US-Kapitalexports zeigt sich im Abfluß der Goldreserven. Fast 25 Mrd. Dollar in Gold besaßen die USA 1945, heute sind es ca. 10 Mrd. Dollar. Dabei betragen die kurz- und langfristigen Auslandsschulden der USA bereits über 100 Mrd. Dollar. Gemessen an der ursprünglichen Verpflichtung der Leitwährung, jeden Papierdollar in Gold einzutauschen, grenzt das an betrügerischen Bankrott. Der „Weltbankier", der die USA nach dem Abkommen von Bretton Woods sein sollte, versorgte seine Partner mit einer Dollarliquidität, die seit über einem Jahrzehnt nicht mehr gedeckt war. Man setzte Assignaten, sprich Falschgeld, in Umlauf, um den eigenen Machtanspruch aufrechterhalten zu können. Die inländische Golddeckung der US-Währung wurde bereits 1968 aufgehoben. Wer „an jedem Ort mit jeder beliebigen Waffe jeden Gegner schlagen" will, der den „american way of life" nicht freiwillig akzeptiert, so US-General LeMay, der muß in eine solche Lage kommen.

Weil der einst so stabil scheinende Dollar als Leitwährung alle anderen Valuten inflationiert, wird von der Neuordnung des Währungssystems gesprochen. An die Stelle einer nationalen Währung als Leitvaluta soll eine internationale treten, etwa die Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungs-Fonds (IWF). Einen solchen Vorschlag hatte in Bretton Woods bereits der weltbekannte britische Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler J. M. Keynes unterbreitet. Am Widerstand der USA scheiterte damals diese neutralere, auch für die sozialistischen Staaten akzeptable Lösung. Bei dieser Neuordnung des Währungssystems stehen nicht nur die Rolle des Goldes, eine neue Leitwährung, Valutaparitäten und Bandbreiten zur Debatte. Der Kern des Problems ist die Stellung der Hauptindustrieländer auf den Weltmärkten. Es geht also um weltweite Konkurrenzprobleme, die zugleich wirtschafts- und machtpolitische Fragen enthalten. Deshalb wollen viele diese Neuordnung ohne die sozialistischen Staaten durchführen, obwohl trotz der Unterschiede der Gesellschaftssysteme eine internationale Währungsordnung im Rahmen der UNO denkbar wäre. Vorläufig aber wehren sich die Nutznießer des gegenwärtigen, brüchig gewordenen Währungssystems gegen jede Neuordnung.

Ein kollektives System der gesamteuropäischen Sicherheit, das die beiden antagonistischen Militärblöcke schrittweise überwinden hülfe, böte den westeuropäischen Staaten die beste Möglichkeit, ihre Valuten von der engen Bindung an den US-Dollar zu lösen und so die importierte Inflation auszuschalten. Solange nämlich die NATO-Bindung andauert, haben die USA das Argument, daß die Westeuropäer für die von den USA gewährte „Sicherheit" direkt und indirekt über die laufende Dollarstützung bezahlen sollen. Ein europäisches Sicherheitssystem schüfe auch die Voraussetzungen dafür, eine internationale Währungsordnung im Rahmen der UNO — also unter Einschluß der sozialistischen Staaten — zu schaffen. Die Mitwirkung dieser Staatengruppe böte für die westeuropäischen Völker und für die Entwicklungsländer die Gewähr, daß das neue Valutasystem nicht zum einseitigen Nutzen der Konzerne arbeiten würde. Dem von Nixon angedrohten Handelskrieg könnte man mit der Ausweitung des Ost-West-Handels begegnen. Das „Meer von Absatzmöglichkeiten", das die sozialistischen Staaten zu bieten haben, würde eine längerfristige Sicherung der Arbeitsplätze garantieren. Auch die „hausgemachte" Geldentwertung, zu der die eigene Militärmaschinerie einen großen Teil beiträgt, könnte durch Rüstungsverminderung im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa reduziert werden.

Solange sich die Völker das bieten lassen, was Anfang Februar geschah, wird

es keine sozial gerechte Neuordnung des Währungssystems geben. Nur durch Kenntnis der Zusammenhänge und politische Aktivität sind Änderungen möglich. Lorenz Knorr

Zur Lage in Großbritannien

Schon die ersten Monate nach dem vollzogenen EWG-Beitritt Großbritanniens lassen erkennen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen und politischen Auseinandersetzungen keineswegs nun eine Lösung gefunden haben. Sie verschärfen sich im Gegenteil in einem solchen Ausmaß, daß sie sogar die Existenz der konservativen Regierung bedrohen können. Sie werfen gleichzeitig ein Schlaglicht auf die tiefe Krise des sozialökonomischen Systems in Großbritannien.

Schon die Versuche nach dem Zweiten Weltkrieg, die britischen Weltmachtpositionen auch nach dem Zerfall des Kolonialsystems aufrechtzuerhalten, waren an der beschränkten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Großbritanniens gescheitert. Chronische Zahlungsbilanzdefizite und periodische Währungskrisen vertieften als Folge die Systemkrise des britischen Kapitalismus. Durch eine Neuorientierung auf die EWG glaubt nun die konservative Regierung, die Zahlungsbilanz und Währung stabilisieren und bessere Kapitalverwertungsbedingungen schaffen zu können.

Die ersten Wirtschaftsprognosen in diesem Jahr sind jedoch düsterer denn je. Die „Times" schätzte schon im Januar das Zahlungsbilanzdefizit für dieses Jahr auf 1 Mrd Pfund. Die Inflationsrate — die höchste in den EWG-Ländern — steigt weiterhin, verstärkt noch durch die internationale Währungskrise. Die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer über 800 000. Durch die verschärfte Konkurrenz und eine größere Freiheit für die Kapitalbewegung im Rahmen der EWG ist ein weiteres Absterben konkurrenzschwacher „traditioneller" Industriezweige und damit eine Zunahme der Massenarbeitslosigkeit zu erwarten.

Die zu erwartende Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, aber auch der Bauern, der städtischen Mittelschichten und auch zum Teil der nichtmonopolistischen Kapitalisten als Folge des EWG-Beitritts war Ursache einer breiten Ablehnung der britischen Mitgliedschaft in der Bevölkerung.

Der Kampf gegen den Beitritt wurde vor allem von der Arbeiterbewegung, von der Kommunistischen Partei und großen Teilen der Labour Party sowie den Gewerkschaften geführt. Auf dem Kongreß des gewerkschaftlichen Dachverbandes TUC im September 1972 wurde ein EWG-Beitritt prinzipiell abgelehnt. Eine ähnliche Stellungnahme verfehlte auf dem Parteitag der Labour Party nur knapp eine Mehrheit; der Beitritt zu den ausgehandelten Bedingungen wurde jedoch abgelehnt. Nur die offene Unterstützung des äußersten rechten Flügels der Labour Party um Roy Jenkins für die EWG-Politik der Heath-Regierung im Unterhaus hatte den Beitritt erst möglich gemacht.

In der Vorbereitung der Aufnahme Großbritanniens in die EWG wurde für die Tory-Regierung die Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse zu einem zentralen Problem. Der immense Aufschwung der Streikbewegung in den 60er Jahren hatte schon die Labour-Regierung veranlaßt, mit einkommenspolitischen Maßnahmen und Plänen für ein Anti-Streik-Gesetz die wachsende Stärke der Gewerkschaften und vor

allem ihrer Shop-Steward-Organisationen zu untergraben. Diese Versuche scheiterten jedoch.

Ohne wie die Labour Party Rücksicht auf die Gewerkschaften nehmen zu müssen, entwickelte die ab 1970 amtierende Tory-Regierung mit ihrem Antigewerkschaftsgesetz eine Waffe, die der immer stärker werdenden Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat brechen sollte. Die Durchsetzung dieses Antigewerkschaftsgesetzes, das zusammen mit einkommenspolitischen Regelungen ein System von arbeiterfeindlichen Maßnahmen bildet, schuf jetzt jedoch politische Bedingungen, die zu einer Politisierung und Entfaltung der bisher zersplitterten, betrieblich beschränkten Streiks zu breiten, einheitlichen Massenaktionen beitrugen. In Großbritannien, dessen Arbeiterbewegung für ein traditionell unpolitisches Gewerkschaftsverständnis bekannt ist, fanden 1971 im Kampf gegen das undemokratische Gesetz politische Massenstreiks statt, an denen Millionen Arbeiter teilnahmen. Nach zwei Jahren Tory-Regierung hatte sich die Anzahl der durch Streiks verlorengegangenen Arbeitstage verdoppelt.

Als die Tory-Regierung begann, weniger rentable Betriebe durch Verweigerung von Krediten zu liquidieren mit dem Ziel, die britische Wirtschaft konkurrenzfähig in die EWG einzubringen, nahmen die Arbeiter auch gegen diese Politik, die die Massenarbeitslosigkeit erhöhen mußte, den Kampf auf. Auslöser einer breiten Bewegung für das Recht auf Arbeit waren die Arbeiter der schottischen UCS-Schiffswerften, die auf den Versuch der Liquidierung ihrer Arbeitsplätze mit einer für Großbritannien neuen Kampfform, einem „work-in", antworteten, indem sie die Werften besetzten und die Produktion unter Regie ihrer Shop Stewards fortführten. Das „work-in" und häufiger noch das „sit-in" (Besetzungsstreik) wurden 1972 zu einem wirksamen und verbreiteten Kampfmittel gegen Entlassungen.

Auch die Versuche der konservativen Regierung, ihre einkommenspolitischen Ziele durchzusetzen, mußten an dem neuen Kampfgeist der britischen Arbeiterbewegung scheitern. Die „Lohnleitlinien" der Tories wurden in einem sechswöchigen Streik der Bergarbeiter um ein vielfaches überschritten. Dieser Erfolg der Bergarbeiter, der eine große Wirkung auf folgende Lohnauseinandersetzungen besaß, wurde möglich aufgrund einer starken Sympathie in der britischen Bevölkerung und vor allem einer aktiven Solidarität breiter Teile der Arbeiterklasse.

Um die in vielen Teilen der Industrie anwachsende Streikbewegung einzudämmen, setzte die Tory-Regierung erstmalig ihre zu diesem Zweck geschaffene Waffe, das Antigewerkschaftsgesetz, ein. Als die betroffenen Dockarbeiter konsequent an den gewerkschaftlichen Beschlüssen festhielten und alle Anweisungen der durch das Antigewerkschaftsgesetz geschaffenen Gerichte ignorierten, reagierte die Regierung mit Geldstrafen und Verhaftungen der führenden Shop Stewards aus der Dockindustrie. Dies löste eine beispiellose Welle von Solidaritätsstreiks in Großbritannien aus, die den Generalrat des TUC veranlaßte, bei Nichtfreilassung der inhaftierten Gewerkschafter mit einem Generalstreik zu drohen. Die Konfrontation endete so mit einer Niederlage für die Regierung. Auch ein weiterer Versuch Ende 1972, mit Hilfe des Antigewerkschaftsgesetzes einem Streikbrecher die Mitgliedschaft in der Metallarbeitergewerkschaft zu erzwingen, scheiterte an der sofortigen Solidarisierung Hunderttausender von Metallarbeitern mit ihrer Gewerkschaft.

Die Tory-Regierung sah sich Ende 1972 mit einer Arbeiterbewegung konfrontiert, die entschlossen war, alle Versuche, den EWG-Beitritt gegen den Willen und auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu vollziehen, zu bekämpfen. Ausdruck der gewachsenen Kampf-

bereitschaft ist die Rekordzahl an Streiktagen von über 24 Millionen. Die Linksentwicklung in den Gewerkschaften und der Labour Party hat große Fortschritte gemacht. Die Aktionseinheit von Kommunisten und Labour-Mitgliedern hat sich weiterentwickelt. Das Antigewerkschaftsgesetz sollte nach dem Willen der Tory-Regierung zum Hebel werden, um den Beitritt zur EWG leichter zu vollziehen, d. h. mit einer an die Kette gelegten Arbeiterklasse. Dieser Plan ist an der Kampfentschlossenheit der britischen Arbeiterbewegung gescheitert.

Unter dem Vorwand der Inflationsbekämpfung versucht nun die Regierung seit November 1972, mit einem „Gesetz zur Regulierung der Löhne, Preise, Dividenden und Mieten" den Kampf der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihres bedrohten Lebensstandards zu verhindern. Damit stellt sie sich offen in einen Gegensatz zu ihrem eigenen Wahlprogramm, das energisch jede staatliche Reglementierung der Löhne, wie sie die Labour-Regierung praktiziert hatte, ablehnte. In der ersten Phase seit Inkrafttreten des Gesetzes bis zum 31. März 1973 wird jegliche Lohnerhöhung untersagt, auch wenn sie Folge vorheriger Tarifabschlüsse sein sollte. In der inzwischen angekündigten zweiten Phase, die bis zum Herbst diesen Jahres geplant ist, werden Erhöhungen des Wochenlohns lediglich bis zu einem Pfund und 4 % zugelassen. Danach hat die Regierung weiterhin die Möglichkeit, erneute Maßnahmen zu beschließen. Im Unterschied zu früheren einkommenspolitischen Maßnahmen, die meist zeitlich begrenzt wurden, bedeutet das jetzige Tory-Gesetz eine permanente institutionalisierte staatliche Regulierung der Löhne, die die Verhandlungsfreiheit der Gewerkschaften zerstört.

Die Argumentation des Lohnstoppgesetzes baut auf der alten Legende auf, daß die Lohnerhöhungen für die steigenden Preise verantwortlich seien. Die Ergebnisse der Maßnahmen der konservativen Regierung bieten selbst die beste Widerlegung dieser Legende: Während die Löhne „eingefroren" wurden, stiegen die Preise im ersten Monat nahezu um den gleichen Prozentsatz wie vorher — nämlich um 8,4 %. Im Gegensatz zu dem vollständigen Lohnstopp ist bei den Preisen eine Reihe von Ausnahmemöglichkeiten für Erhöhungen im Gesetz vorgesehen. Preissteigerungen durch höhere Importkosten oder durch Preisfestlegungen für Kohle und Stahl durch EWG-Organe sind erlaubt. Durch die faktische Pfundabwertung sind die Einfuhrpreise um 10 % gestiegen. Die erheblichen Preissteigerungen durch die Einführung der Mehrwertsteuer als einer Folge des EWG-Beitritts sind ebenfalls ausgenommen. Es gibt außerdem auch keine Einschränkungen für Mieterhöhungen als Ergebnis des neuen und heftig bekämpften Mietgesetzes.

Die Bestimmungen zur Einschränkung der Dividendenauszahlungen erweisen sich erst recht als demagogisch. Erstens ist es bekannt, daß die Dividenden selbst nur einen Bruchteil der Profite darstellen, die von den Monopolen eingestrichen werden. Außerdem können die Großaktionäre ihre Dividenden nach einer bestimmten Frist wieder kassieren. Arbeiter und Angestellte sind dagegen darauf angewiesen, jede Woche bzw. jeden Monat Lohn oder Gehalt ausgezahlt zu bekommen.

Das Lohnstoppgesetz stieß auf den einhelligen Widerstand der Arbeiterbewegung. Selbst Harold Wilson verglich in einer Stellungnahme der Labour Party das Gesetz mit Praktiken eines faschistischen Staates. Der Generalrat des TUC beschloß, jegliche Verhandlungen mit der Regierung über Antiinflationsmaßnahmen abzubrechen. Die entscheidende Frage ist jedoch die aktive Ignorierung des Lohnstoppgesetzes durch die Gewerkschaften.

Die Tories gingen bei dem Zeitpunkt der Verkündung ihres Gesetzes unter

anderem auch davon aus, daß in den ersten Monaten keine Lohnkonflikte mit Gewerkschaften anstanden, die als besonders kämpferisch gelten. Um so bedeutender ist die Tatsache, daß der aktive Widerstand trotzdem von Gewerkschaften ausging, die bisher in der Tat wenig Kampferfahrungen gesammelt hatten. Im Januar führten die staatlichen Angestellten mehrere Warnstreiks durch. Die Lehrer in London verliehen ihren Forderungen nach höheren Gehältern mehrmals mit eintägigen Streiks Nachdruck. Die Krankenhausarbeiter beschlossen mit überwältigender Mehrheit, ab 1. März mit Streiks und anderen Kampfformen für ihre Lohnforderung von 4 Pfund einzutreten. Nach mehreren spontanen Arbeitsniederlegungen begannen Mitte Februar offizielle Kampfaktionen der 47 000 Arbeiter in allen britischen Gaswerken, die zu einer scharfen Konfrontation mit der Regierung führten. Der Kampf besitzt eine um so größere Bedeutung, als er von einer Gewerkschaft geführt wird, die bisher zu den konservativsten gehörte, und es sich um den ersten nationalen Streik der Gaswerkarbeiter handelt, der vorerst schwerpunktmäßig geführt wird, um die Gasversorgung für die Bevölkerung nicht völlig zu unterbrechen.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens rief im Januar alle Gewerkschafter auf, die Durchführung eines Sonderkongresses des TUC zu fordern, auf dem einheitliche Aktionen aller Teile der Arbeiterklasse gegen das Lohnstoppgesetz festgelegt werden können. Im Februar beschloß der Generalrat des TUC auf Antrag der größten britischen Gewerkschaften, am 5. März einen Sonderkongreß einzuberufen.

Inzwischen meldeten immer größere Teile der Gewerkschaftsbewegung ihre Lohnforderungen an: die Bergarbeiter, die im Vorjahr schon einen klaren Sieg über die Tory-Regierung errungen hatten, ebenso wie Teile der Eisenbahner, die mit mehreren Warnstreiks auf ihre Forderungen aufmerksam machten. Das zentrale Shop-Steward-Komitee in den britischen Ford-Werken beschloß, am 1. März in allen 21 Werken einen Streik auszurufen. Die Fordarbeiter hatten zuletzt 1971 in einem neunwöchigen Streik bewiesen, daß sie zu den kampferfahrensten Teilen der britischen Arbeiterklasse gehören. Sie begründeten ihre diesjährigen Lohnforderungen unter anderem damit, daß der Ford-Konzern im letzten Jahr 60 Mio Pfund Profit erzielt hat. Durch die Begrenzungen des Lohnstoppgesetzes werden die Fordarbeiter nur ein Viertel ihrer jetzigen Forderung erhalten. Von den Shop Stewards von Ford ging außerdem die Initiative aus, auf dem TUC-Sonderkongreß im März die Durchführung eines eintägigen Generalstreiks gegen das Lohnstoppgesetz zu beschließen.

Hemmend für die Entfaltung eines breiten Kampfes gegen das Gesetz wirken sich zur Zeit noch die Versuche von rechten Gewerkschaftsführern wie Vic Feather, Generalsekretär des TUC, und vom Vorsitzenden der Labour Party, Harold Wilson, aus, die den Arbeitern „Gehorsam" vor dem Gesetz predigen. Die Erfahrungen der harten Klassenkonfrontation des letzten Jahres zeigen jedoch, daß bei der Entstehung einer wirklichen Massenstreikbewegung auch die rechten Führer in Labour Party und Gewerkschaften gezwungen werden, sich der Entwicklungsstufe der Kämpfe anzupassen.

Einen solchen Verlauf der Ereignisse versucht die Tory-Regierung natürlich mit allen Mitteln zu verhindern. Nachdem alle Kooperationsbemühungen mit der TUC-Führung gescheitert sind, scheint sie jedoch zur Zeit Gefangene ihrer eigenen Politik der Repression geworden zu sein, die nur noch schärfere Auseinandersetzungen provozieren kann. Die Tories wissen, daß eine Eskalation der Streikbewegung durch Einbeziehung immer größerer Teile der Arbeiterklasse möglicherweise zu einer Konfrontation führt, die Neuwahlen

und damit eine potentielle Ablösung der konservativen Regierung auf die Tagesordnung setzen kann. Denn das erneute Scheitern ihrer Einkommenspolitik bedeutet das offensichtliche Scheitern dieser Regierung.

Gleichzeitig verstärken sich durch diese politische Entwicklung die ablehnenden Stimmen gegenüber der britischen EWG-Mitgliedschaft. Die Frage, ob Großbritannien endgültig Mitglied der EWG bleiben wird, bleibt für die Arbeiterbewegung nach wie vor aktuell. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Großbritannien werden auf jeden Fall die Labilität der kapitalistischen Integration Westeuropas erhöhen. Klaus Pickshaus

Polens Geschichtsforschung und die Historiker der BRD

Die Probleme, denen sich die verdienstvolle westdeutsch-polnische Schulbuchkommission in Braunschweig gegenübersieht, erhellen die Wichtigkeit, den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Polnischen Volksrepublik mit Leben zu erfüllen, also ein zwischen den Regierungen beider Länder verbrieftes Abkommen vor allem an der gesellschaftlichen Basis zu verwirklichen.

Hier soll die Aufmerksamkeit bewußt auf einen kleinen Ausschnitt der Normalisierungsproblematik konzentriert werden. Es handelt sich darum, daß die oben erwähnte gemischte Kommission sich seit einiger Zeit darum bemüht, Empfehlungen zu erarbeiten, aufgrund deren aus den Schulbüchern Zug um Zug diejenigen Elemente eliminiert werden sollen, die bis heute das „deutsch-polnische Verhältnis" belasten, und allmählich zu ersetzen durch eine Geschichtsinterpretation, die — trotz allem — die Möglichkeit der Kooperation im Rahmen der gesamteuropäischen Entwicklung eröffnet. Dabei zeigen sich bis heute große Schwierigkeiten.

Eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß das Bild der polnisch-deutschen Beziehungen in der neuesten Geschichte noch einigermaßen schief ist, scheint das fast allgemeine Ignorieren der Forschungsergebnisse und Schlüsse, zu denen polnische Historiker gelangt sind, in der BRD zu sein.

In Polen wird man kaum eine seriöse historische Abhandlung finden, deren Autor sich nicht auch auf Untersuchungen oder Dokumente berufen würde, die von der westdeutschen Geschichtsforschung veröffentlicht wurden. Dagegen kann man in der BRD nur schwer ein historiographisches Werk ausfindig machen, dessen Verfasser aus den Publikationen polnischer Historiker oder auch ganz allgemein von Geschichtswissenschaftlern aus sozialistischen Ländern geschöpft hätte.

Diese meine Feststellung möchte ich im folgenden an einigen Beispielen veranschaulichen. So werden etwa in der „Geschichte des Zweiten Weltkrieges" von G. H. Dahms unter insgesamt siebzig Quellennachweisen nur zwei aus sozialistischen Ländern erwähnt; unter den 3500 Fußnoten beziehen sich nur 20 auf diese zwei Publikationen aus sozialistischen Ländern. Dazu sind das auch noch so veraltete und in Polen selbst höchst kritisch beurteilte Arbeiten wie „Die Geschichtsfälscher" oder „Die Geschichte der Diplomatie" von Potiomkin, erschienen im Jahre 1946.

Aber nicht nur Autoren allgemeiner Werke über den Zweiten Weltkrieg, sondern auch Verfasser von Abhand-

lungen zu spezielleren Themen ziehen die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Historiker aus den sozialistischen Ländern kaum oder überhaupt nicht in Betracht. Dies fällt besonders auf bei Büchern, die ausschließlich von der deutsch-polnischen Problematik handeln. In der Arbeit „2000 Jahre deutsche Polenpolitik" von Martin Broszat sind unter den insgesamt 275 Anmerkungen lediglich drei zu finden, die sich auf polnische Quellen der Nachkriegszeit beziehen. Es werden dort überdies veraltete Publikationen von Dmowski aus dem Jahre 1929 und Czapski aus dem Jahre 1935 und ferner das obskure „Weißbuch" der polnischen Emigration erwähnt. In der Arbeit „Deutschland und Polen" von Helmut Fechner findet sich unter den mehr als hundert Titeln der Quellenangaben nicht ein einziger polnischer. In dem 1953 von Wolfgang Wagner herausgegebenen Buch „Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie" werden 150 Quellen zitiert — davon eine einzige polnische aus der Nachkriegszeit, und zwar „Die rechtlichen Grundlagen der Oder-Neiße-Grenze" von Klafkowski aus dem Jahre 1947. Inzwischen ist dieses Werk 1958 sowie 1964 in neuen Ausgaben herausgekommen, doch das Quellenverzeichnis blieb unverändert, obwohl in der Zwischenzeit in Polen außerordentlich zahlreiche einschlägige Abhandlungen erschienen waren. In der Untersuchung „Der Zweite Weltkrieg" von Lothar Bruchmann aus dem Jahre 1967 enthält der Literaturnachweis mit über hundert Positionen keine einzige aus einem osteuropäischen Land. In der Publikation „Polen" von W. Günzel stützt sich der Autor auf 27 Veröffentlichungen, darunter nur eine polnische. Ähnlich werden in dem Buch „Das Deutsche Reich und Polen 1932—1937" von Richard Breyer von den beinahe 400 Titeln im Literaturnachweis nur 4 polnische historiographische Arbeiten aus der Nachkriegszeit erwähnt, und zwar nur solche, die bis zum Jahre 1947 erschienen waren.

Die im Jahre 1967 in der BRD veröffentlichte umfangreiche Kollektivarbeit „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn" weist mehrere hundert Quellenhinweise auf, darunter jedoch nur einige wenige aus den sozialistischen Ländern, obgleich das Buch von sogenannten Ostspezialisten verfaßt wurde, die die Sprache der betreffenden östlichen Völker gut beherrschen. Als Beispiel für die Nichtbeachtung östlicher Publikationen kann hier aus diesem Sammelband das besonders für einen Polen interessante Kapitel „Umsiedlung und Vertreibung" herausgegriffen werden: Es wird hier zwar viel über Polen geschrieben, dabei aber das in Polen weit verbreitete Werk „Vertreibungsverluste? Westdeutsche Zahlenspiele" von Schimitzek überhaupt nicht erwähnt — obwohl dieses Werk seit 1966 auch in einer deutschen Übersetzung des Verlages von „Polski Instytut Zachodni" vorliegt. Diese Publikation, in der verschiedene in der BRD grassierende Irrtümer über die Vertreibung der Deutschen berichtigt werden, liegt in kaum einem einschlägigen wissenschaftlichen Institut der Bundesrepublik Deutschland auf.

Vor allem zum Thema „Zweiter Weltkrieg" könnte man diese wenigen von mir aufgegriffenen Beispiele fast bis ins Unendliche verlängern.

Einer der bekanntesten westdeutschen Historiker, Andreas Hillgruber, berücksichtigt in seiner 1967 erschienen Arbeit „Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege" überhaupt keine historische Publikation aus irgendeinem sozialistischen Land. Ein anderer, nicht minder bekannter Historiker in der BRD ist Hans-Adolf Jacobsen: Seine beinahe tausend Seiten starke Untersuchung „Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938", herausgegeben 1968, enthält mehrere Dutzend Seiten Bibliographie, darunter nur ganz wenige Publikationen aus sozialistischen Ländern.

Veröffentlichungen polnischer Historiker werden in westdeutschen Fachzeitschriften verhältnismäßig selten rezensiert — nicht anders übrigens als die gesamte historiographische Literatur aus den sozialistischen Ländern. Allerdings sind die wenigen Rezensionen dann meistens sehr positiv.

Als seltenes Gegenbeispiel für BRD-Publikationen, deren Verfasser sich häufig auf polnische Quellen beziehen, seien die Werke „Osteuropa-Handbuch Polen" und „Geschichte der polnischen Nation" von Hans Roos genannt. Solche Publikationen sind jedoch nur Einzelfälle; bis zum heutigen Tage werden die Arbeiten polnischer Historiker in der Bundesrepublik nur zufällig und dann auch noch mit großer Verspätung registriert.

Es erhebt sich also die Frage, ob die westdeutschen Geschichtsforscher bei einer so geringen Heranziehung östlicher Publikationen überhaupt im Stande sind, auch beim besten Willen die Objektivität ihrer Urteile und Schlüsse zu bewahren.

Ich bin weit davon entfernt, in der hier festgehaltenen Einstellung gegenüber den historiographischen Publikationen aus den sozialistischen Ländern einen Zweck, eine verhüllte Bösartigkeit oder programmtische Negation der westdeutschen Historiker zu vermuten. Eher schon haben wir es hier mit der traditionellen Geringschätzung östlicher Forschung und dem daraus resultierenden Hochmut zu tun. Unabhängig von den Beweggründen jedoch bleiben die Konsequenzen einer solchen Haltung unverkennbar.

Als ich in der BRD auf die viel zu geringe Heranziehung historiographischer Erkenntnisse aus den sozialistischen Ländern hinwies, versuchte man sich meistens mit Sprachschwierigkeiten zu rechtfertigen. Doch dieses Argument ist gar nicht überzeugend. Jede etwas gründlichere Analyse der vorhandenen westdeutschen bibliographischen Verzeichnisse liefert den Beweis dafür, daß zahlreiche Autoren mit der Lektüre polnischer Publikationen keine Schwierigkeiten zu haben scheinen — jedenfalls was die Publikationen der polnischen Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges oder auch polnische Publikationen aus der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg betrifft. „Sprachschwierigkeiten" haben dieselben Autoren seltsamerweise erst dann, wenn es sich um Publikationen aus Volkspolen handelt. Wieso eigentlich, wo es sich doch um dasselbe Polnisch handelt? Doppelt merkwürdig ist diese Erscheinung in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik, wenn man zum Vergleich positiverweise feststellen kann, daß es in der Behandlung aktueller Wirtschafts- oder sozialer Fragen Volkspolens in der gleichen Bundesrepublik allem Anschein nach keine Schwierigkeiten mit der polnischen Sprache gibt. Wie aus den zahlreichen Publikationen verschiedener mit osteuropäischen Fragen befaßter Institute in der BRD hervorgeht, sind die Mitarbeiter dieser Institute über alle diese Fragen ausgezeichnet informiert, sie machen von den aktuellen einschlägigen polnischen Publikationen lebhaften Gebrauch und verfolgen die Neuerscheinungen mit überraschender Genauigkeit. So muß sich, um es zu wiederholen, die Frage ergeben, warum eine solche Aufmerksamkeit nicht auch bei der Heranziehung polnischer Quellen über die neueste Geschichte zu verzeichnen ist?

Es ist ein schwacher Trost, daß man darauf verweisen könnte, die Kenntnisse französischer oder britischer Historiker von der zeitgenössischen polnischen Geschichtsschreibung seien womöglich noch geringer als die der westdeutschen — denn mit jenen haben unsere polnischen Historiker unvergleichlich weniger dringliche und strittige Fragen zu lösen als mit den westdeutschen Autoren.

Ich möchte hier aber auch unsere polnischen Versäumnisse auf diesem Gebiet

nicht verschweigen. Denn der unzulängliche Widerhall auf polnisches historiographisches Gedankengut im Ausland ist auch auf die verhältnismäßig kleine Zahl jener polnischen Publikationen zurückzuführen, die in einer Fremdsprache herausgegeben werden. Doch sowohl diese wie auch verschiedene andere Ursachen können letzten Endes die extreme Ignorierung polnischer zeitgenössischer Historiker seitens ihrer westdeutschen Kollegen, alles in allem genommen, nicht rechtfertigen — um so weniger, als ausgerechnet in Westdeutschland mehr als in irgendeinem anderen westlichen Lande alle aktuellen — nur nicht die historischen! — deutsch-polnischen Fragen in großem Maßstab erörtert werden.

Eugeniusz Guz

Kleine Bibliothek

Politik Wissenschaft Zukunft

4 *Rose* Konvergenz der Systeme. 214 S. DM 9,80
5 *Beyer* Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács. 232 S. DM 9,80
6 *Bamberg* Militärseelsorge in der Bundeswehr. 304 S. DM 9,80
7 *Nazari* Das iranische Erdöl. 217 S. DM 9,80
8 *Rilling* Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD. 312 S. DM 9,80
9 *Lewan* Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse. 179 S. DM 9,80
10 *Kramer* Reform und Revolution bei Marx und Engels. 201 S. DM 9,80
11 *Ley — Müller* Kritische Vernunft und Revolution. 267 S. DM 9,80
12 *Deppe* Das Bewußtsein der Arbeiter. 358 S. DM 12,80
13 BRD—DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. 442 S. DM 12,80
14 *Halfmann* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß. 239 S. DM 9,80
16 *Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 105 S. DM 9,80
18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80
19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80
20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80
21 *Schuon* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik. 264 S. DM 12,80
25 *Priester* Der italienische Faschismus. 336 S. DM 14,80
27 *Lange,* Wissenschaftlich-technische Intelligenz. 237 S. DM 12,80
28 *Rau* Verfall des Fortschrittsgedankens. 280 S. DM 12,80
30 Sozialdemokratie. Sowjetische Analysen. 125 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Ökonomische und politische Widersprüche im Verhältnis zwischen EWG und USA

Von Jürgen Fischer, Michael Kringe, Elke Pozimski, Helmut Schaarschmidt, Ursula Schaarschmidt, Beate Schlitt und Wolfgang van Straelen

1. Einleitung

Nach Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Beginn des Jahres 1973 steht für die kommende Zeit eine Reihe wichtiger Verhandlungsrunden an. Ihre Ergebnisse werden mit darüber entscheiden, ob die weitere Integration der EWG perspektivisch zu einer politischen Union führen wird, d. h. konkret, ob die Nationalstaaten dazu bereit sind, den Gemeinschaftsorganen mehr politische Rechte zu übertragen. In diesen Verhandlungen geht es vor allem um Entspannungspolitik in Europa, um den Abbau von internationalen Handelsschranken und um die Reform des Währungssystems, dessen Labilität durch die jüngste Krise im Februar 1973 erneut ersichtlich geworden ist, wobei die Neuordnung der Paritäten als konkrete Maßnahme zur Bewältigung der Krise einzuordnen ist in die Reihe der bisherigen Wechselkurskorrekturen, die keine Lösung, sondern nur einen Aufschub der Probleme bedeuteten. Nicht zuletzt zielen die Beratungen über die vorgenannten Fragen auf eine Neuordnung der Beziehungen zwischen der EWG und den USA.

Aus diesem aktuellen Anlaß stellt die vorliegende Arbeit sich die Aufgabe, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EWG und den USA zum einen historisch-politisch, zum anderen — auf einigen wichtigen ökonomischen Gebieten und an aktuellen Konfliktfeldern — mehr strukturell zu analysieren. Es geht darum, Tendenzen sichtbar zu machen, mit denen die Frage beantwortet werden kann, ob die EWG-Integration im Zeichen verschärfter wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz zu den USA zum Instrument der Überwindung amerikanischer Dominanz werden kann, oder ob die Vereinigten Staaten aufgrund ihres überlegenen Wirtschaftspotentials und fortdauernder Unterordnung der EWG-Staaten unter eine antisozialistische Weltstrategie ihre Machtpositionen in Westeuropa noch ausweiten können.

Vieles spricht zur Zeit für eine allgemeine Schwächung der USA. Jedoch ist das Verhältnis der EWG-Mitglieder zueinander [1]) durch heftige Interessenkonflikte bestimmt, so daß durchaus nicht sicher ist, ob sie in allen anstehenden Fragen zu einer gemeinsamen Position gegenüber den USA finden werden. Wichtigster Gegenstand der Auseinandersetzung dürften die für die zweite Jahreshälfte 1973 vorgesehenen Verhandlungen im Rahmen des GATT sein, zu denen Forderungen der USA nach einer Kompensation für Handelsverluste infolge der EWG-Erweiterung anstehen. Dabei wird die US-Regierung die westeuropäischen Staaten erneut auf ihre militärpolitische Abhängigkeit hinweisen und auf eine Globalbereinigung der Handels-, Währungs- und Verteidigungsprobleme drängen. Damit werden die EWG-Staaten zum erstenmal zu gemeinsamem Vorgehen auch auf militärpolitischem Gebiet gezwungen, während bisher solche Verhandlungen, z. B. um die Devisenausgleichsabkommen, zwischen den Einzelstaaten und den USA geführt wurden.

1) Im Rahmen dieser Arbeit werden die Beziehungen zwischen den USA und der EWG ab deren Gründung global untersucht, die Differenzen der einzelnen Mitglieder untereinander bleiben weitgehend unbeachtet.

Der Widerspruch zwischen wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Bestrebungen kennzeichnet das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Ländern seit Beginn der Integration. Eine innerkapitalistische Harmonisierung dieses Widerspruchs zwischen gemeinsamem Systeminteresse und verstärkter Konkurrenz ist nicht zu erwarten. Inwieweit die Ansätze zu einer gesamteuropäischen Kooperation, sowohl in Sicherheits- und Entspannungsfragen als auch auf handelspolitischem Gebiet, die Möglichkeit einer antimonopolistischen Entwicklungsperspektive der westeuropäischen Staaten eröffnen, wäre zu untersuchen.

2. *Einige historische Aspekte des Verhältnisses Westeuropa—USA*

2.1. Fragestellung

Die amerikanische Außenpolitik beruhte seit 1918 auf einer ökonomischen Vormachtstellung, die in Form der „Doktrin der offenen Tür und der gleichen Möglichkeiten" [2]) weltweit US-Interessen durchzusetzen versuchte. Unter den Bedingungen freier Konkurrenz konnte der Weltmarkt von den USA allein durch wirtschaftliche Mittel erobert werden. In bezug auf Europa lassen sich folgende Interessenkonstellationen feststellen [3]):

Die UdSSR als erster sozialistischer Staat stellte den gemeinsamen Gegner dar. Frankreich versuchte, über deutsche Reparationszahlungen seine Kriegsschulden an Großbritannien und besonders die USA auszugleichen und sicherte sich als stärkste militärische Landmacht die Schlüsselstellung in der Ruhrkontrolle und damit in der Reparationsfrage. Großbritannien war ebenso wie Frankreich Schuldner der USA, bezweckte aber, gleich der amerikanischen Handelsmacht, nur eine erneute deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu verhindern, denn der deutsche Markt sollte weiterhin als Absatzgebiet für anglo-amerikanische Waren- und Kapitalexporte fungieren. Die Reparationslast durfte folglich den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur beschränkt behindern.

Nachdem Bestrebungen in der deutschen und französischen Grundstoffindustrie, einen „europäischen" Montan-Elektro-Trust aufzubauen, am gegenseitigen Hegemonieanspruch gescheitert waren, begann sich der amerikanische Einfluß auf die deutsche Wirtschaft gegenüber dem französischen — in Form der Ruhrkontrolle — endgültig durchzusetzen [4]). US-Staatskredite ermöglichten den Aufbau der deutschen Industrie trotz Reparationslast und beschleunigten das Eindringen des privaten amerikanischen und partiell auch englischen Kapitals in Bereiche der Schlüsselindustrie und des Bankensektors.

Die durch das US-Kapital dominierte Kapitalverflechtung in Europa zerfiel weitgehend im Gefolge der großen Wirtschaftskrise von 1929, in der US-Anlagekapital abgezogen und damit auch die Voraussetzung für US-Exporte nach Europa gemindert wurde. Die Wiederherstellung des Weltmarktes zeichnete sich dann bereits 1943 mit der Verkündung der Atlantik-Charta ab [5]), in der die USA die Auflösung der nationalen Wirtschaftsblöcke der dreißiger Jahre durch gleichen Zugang zum Handel und den Rohstoffen der Welt für alle Staaten forderten. Das internationale US-Engagement stützte sich nach Kriegsende auf eine öko-

[2]) Vgl. A. W. Kirsanow, Die USA und Westeuropa, Berlin (DDR) 1968, S. 23.
[3]) Vgl. K. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932, Berlin (DDR) 1971. — W. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921—1932, Düsseldorf 1970.
[4]) Vgl. K. Gossweiler, a. a. O., S. 307 ff.
[5]) Vgl. die etwas unterschiedlichen Übersetzungen der Charta bei Kirsanow, a. a. O., S. 23, und bei: E. Krippendorff, Die amerikanische Strategie, Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt 1970, S. 34.

nomische und politisch-militärische Vormachtstellung, die die Stabilisierung und Erweiterung des kapitalistischen Systems unter US-Hegemonie kennzeichnete. Besonders gegenüber Westeuropa entsprangen dieser Verflechtung ökonomischer und politischer Interessen in der amerikanischen Außenpolitik widersprüchliche Tendenzen, die das Verhältnis USA—Westeuropa bestimmten, aber erst nach der Gründung der EWG voll zum Tragen kamen.

2.2. Westeuropa in der US-Strategie des Kalten Krieges

Obwohl die USA als Gläubiger der ganzen Welt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, konnte sich ihre Position als stärkste Macht nicht in einem weltweiten ökonomischen und politisch-militärischen Engagement unangefochten durchsetzen.

Die Abkommen von Jalta bis Potsdam unterstrichen zwar den Sieg der Alliierten über den gemeinsamen Gegner, konnten aber den verdeckten Interessenkonflikt zwischen sozialistischen und kapitalistischen Kriegspartnern nicht mehr vertuschen. Bereits die hinausgezögerte amerikanische Kooperation mit der UdSSR zur Niederwerfung Hitlerdeutschlands [6]) ließ eine Bündniskonzeption erkennen, die die Sowjetunion als zeitweilig notwendigen Partner akzeptierte, aber zugleich auf die gegenseitige Vernichtung von Kommunismus und Faschismus abzielte [7]).

Nachdem sich diese Vorstellungen als unrealistisch erwiesen hatten und die Rote Armee in weite Teile Osteuropas und Deutschlands vordringen konnte, stand außer Zweifel, daß die amerikanische Außenpolitik nach Kriegsende von einer anderen Situation auszugehen hatte, als noch Roosevelt annahm. In Europa wurde die Regierung Truman 1945 jedoch nicht nur mit der unerwarteten Stellung der Sowjetunion als Siegermacht konfrontiert, sondern mit einer doppelten Gefährdung amerikanischer Interessen: während demokratische Volksbewegungen und die von ihnen durchgesetzten Nationalisierungen in Frankreich, England und Italien die Labilität des westeuropäischen Kapitalismus [8]) dokumentierten, bildeten sich in Osteuropa Volksdemokratien. Die USA versuchten, die Entwicklung in Osteuropa aufzuhalten. Ihre Intervention erfolgte, als die Zündung der ersten Atombombe in Neumexiko einen Tag vor Eröffnung der Potsdamer Konferenz im Juni 1945 bereits die Politik der Stärke signalisierte, die die Sowjetunion zu Konzessionen entsprechend den amerikanischen Interessen zwingen sollte.

Aus dem Unvermögen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Europa durch atomaren Zwang oder durch die „gesellschaftspolitische ‚Öffnung' der Sowjetunion" (Krippendorff) und der osteuropäischen Volksdemokratien [9]) zu revidieren, ließ sich eine Strategie ableiten, die zunächst auf die Stabilisierung Westeuropas unter US-Hegemonie [10]) und ferner auf die globale Installation des Kapitalismus abzielte.

Mit dem Marshallplan und der Truman-Doktrin 1947 kam nicht nur der weltpolitische Anspruch der USA gegenüber der UdSSR zum Ausdruck, sondern auch die ökonomischen Interessen der amerikanischen Branchen, die im Krieg besonders gefördert und danach von Absatzschwierigkeiten bedroht wurden [11]),

6) Vgl. Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration, 1945—1949, Frankfurt 1972, S. 14.
7) E. Krippendorff, a. a. O., S. 34.
8) Vgl. A. W. Kirsanow, a. a. O., .S 24 ff.
9) Vgl. E. Krippendorff, a. a. O., S. 34.
10) Vgl. E. O. Cziempiel, Grundzüge der Weltpolitik 1945—1969, in: „Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde", Bd. 4, Wiesbaden (1970), S. 35: „Das amerikanische Sicherheitssystem ist demzufolge eher als Hegemonie mit freiwilliger, systemkonformer Folgeleistung der Mitglieder zu bezeichnen."
11) Vgl. D. Horowitz, Kalter Krieg, Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969, Bd. 2, Angaben S. 43; vgl. auch Anmerkung 27.

und damit die Perspektive, durch den Aufbau eines starken, aber abhängigen Europa das hohe Kriegsproduktivitätsniveau in den USA zu erhalten und auszubauen.

Besonders in der amerikanischen Deutschlandpolitik spiegelte sich die Neueinschätzung der Rolle Europas. Ein schwaches Deutschland würde nicht nur seinen eigenen, „sondern auch den Wiederaufbau Europas" hemmen [12]). Folglich widersprechen die alliierten Beschlüsse über die Demobilisierung der deutschen Wirtschaft und über Reparationszahlungen auch den Vorstellungen von einem Europa im Bündnis mit den USA [13]).

Die Revidierung der Potsdamer Beschlüsse bestimmte nicht nur das Verhältnis der USA zur UdSSR, sondern auch zu Westeuropa, denn mit dem vorrangigen Ziel, Westdeutschland wieder aufzubauen, wurde den westeuropäischen Siegermächten die Möglichkeit genommen, mit deutschen Reparationen ihre eigene Wirtschaft aufzubauen und damit sich unabhängig von staatlichen US-Krediten zu entwickeln, die zudem an innenpolitische Zugeständnisse gekoppelt waren [14]). Die Abhängigkeit Westeuropas von den USA erwies sich als so groß, daß Großbritannien mit der Gründung der Bizone und Frankreich mit der Aufgabe seines Sektors ihre realen Einflußmöglichkeiten auf die amerikanische Deutschlandpolitik aufgeben mußten [15]).

Die einseitigen Maßnahmen der USA bereiteten nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern damit auch die Teilung Europas vor, die mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz einsetzte. Die Verkündung der „Truman-Doktrin" im März 1947 — unmittelbar während der Moskauer Verhandlungen — leitete zum offenen Ausbruch des Kalten Krieges über. Truman erklärte u. a.: „Wir können keine Veränderungen im Status quo zulassen . . ." „Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen" [16]). So wurde der Wille der USA dokumentiert, keine innenpolitischen antikapitalistischen Bewegungen in der „freien Welt" zu dulden. Auch die Marshall-Rede vom 5. Juni 1947 [17]) verfolgte diese Intentionen. Sie konzipierte ein US-Programm für ganz Europa, in dem jedoch der Wiederaufbau Westeuropas als amerikanischer Einflußzone strukturell angelegt war.

Durch das internationale Abkommen von Bretton Woods und das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) [18]) war die ökonomische Vorherrschaft der USA in einer „freien Welt" bereits vor dem Kriege institutionalisiert worden. Seit 1947 konzentrierte sich die US-Auslandshilfe auf ein wiedererstarkendes Westeuropa, das sowohl den Anforderungen eines hochentwickelten kapitalistischen Marktes entsprechen als auch zugleich den Kapitalismus in der Aus-

12) Vgl. L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt o. J., S. 57.
13) Vgl. Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in: Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitlerkoalition, Berlin (DDR) 1968, S. 75 f.
14) Vgl. H. Claude, Der Marshallplan, Berlin 1949, S. 36 ff. und S. 149 ff. — Neudruck: Mendelsohn/Claude/Ulbricht, Die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus, Münster 1972.
15) Großbritannien wurde durch die Kündigung des Leih- und Pachtgesetzes von neuen staatlichen US-Kreditbewilligungen abhängig, Frankreich wurde von den USA die Kontrolle über das Saargebiet zugestanden. Vgl. H. Claude, a. a. O., S. 31 ff., und Huster u. a., a. a. O., S. 58 ff.
16) Kongreßbotschaft Präsident Trumans über die Lage im Mittelmeer, 12. 3. 1947 in: Huster u. a., a. a. O., S. 335 ff.
17) Rede Außenminister Marshalls zur amerikanischen Hilfeleistung für die europäischen Länder vom 5. 6. 1947 an der Harvard Universität, in: Huster u. a., a. a. O., S. 341 ff.
18) In Bretton Woods wurden 1947 stabile Wechselkurse und ein freier Zahlungsverkehr vereinbart, wobei der Dollar und das Pfund Sterling als Leitwährung fungierten. Im allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen wurde laut Präambel vereinbart, „auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und zum gemeinsamen Nutzen auf einen wesentlichen Abbau der Zölle und anderer Handelsschranken sowie auf die Beseitigung der Diskriminierung im internationalen Handel" hinzuarbeiten. Vgl. G. Gutmann, Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: „Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde", Bd. 4, Wiesbaden (1970), S. 200 ff.

einandersetzung mit der sozialistischen Bewegung stärken sollte [19]). Diese beiden grundlegenden Zielvorstellungen der amerikanischen Europapolitik nach 1945 gründeten sich auf eine enge Verflechtung von politischen und ökonomischen Interessen, die die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa kennzeichnen und auch bereits die Stabilisierung Westeuropas in Form der „Überwindung" des Nationalstaates zugunsten der europäischen Integration artikulierten [20]).

2.3. Die Integration Westeuropas

Mit dem Marshallplan setzten die USA einen Integrationsprozeß für Westeuropa in Gang, der auf ökonomischer, politischer und militärischer Ebene den Weg in das atlantische Bündnis ebnen sollte. Die Sowjetunion und die osteuropäischen Volksdemokratien blieben zwar formell nicht von der US-„Hilfe" ausgeschlossen, aber die politische Bedeutung des amerikanischen Wirtschaftsplanes stellte eine Abhängigkeit Europas außer Frage. Die Verteilung der staatlichen US-Kredite sollte nicht über die UNO-Europaorganisation, in der auch die UdSSR und andere osteuropäische Länder vertreten waren, sondern über die dafür gegründete Organization for European Economic Cooperation (OEEC) vollzogen werden [21]). Vor allem die Entfernung französischer und italienischer Kommunisten aus ihren Regierungen im Mai 1947 als Vorbedingung für amerikanische Staatskredite [22]) veranlaßte die Sowjetunion, der Annahme der Marshallhilfe durch die Koalitionsregierungen in der Tschechoslowakei und Polen entgegenzutreten. Bis zum Herbst schloß die UdSSR zweiseitige Verträge mit Bulgarien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Rumänien und bereitete mit dieser wirtschaftlichen Konsolidierung auch die politische Festigung des osteuropäischen Blockes vor [23]). Mit der Verabschiedung des „Gesetzes für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948" durch den amerikanischen Kongreß war somit die Teilung Europas bereits vollzogen. Die USA konnten beginnen, mit staatlichen Krediten Westeuropa zu stabilisieren, aufzubauen und zu einigen. Das geschlossene Hilfsprogramm ermöglichte den westeuropäischen Nationen, ohne Export-Import-Ausgleich US-Waren über US-Handelsverbindungen zu beziehen. Damit festigte das European Recovery Program (ERP) nicht nur das westeuropäische Wirtschaftssystem, sondern garantierte die Realisierung von Warenüberschüssen der US-Produktion, die nach Kriegsende zurückzufallen und eine Wirtschaftskrise auszulösen drohten. Die staatlich finanzierte Kapitalentwertung förderte darüber hinaus langfristig den privaten Kapitalexport nach Westeuropa [24]). Die OEEC hatte dementsprechend die Verteilung der Kredite, den Austausch von Informationen über die Produktivitätsentwicklung und die Liberalisierung des Waren- und Zahlungsverkehrs zu organisieren. Aber gerade diese Liberalisierung hatte eine Dollarknappheit zur Folge, der mit der Gründung der Euro-

19) Vgl. Marshall-Rede, a. a. O., S. 343: „Ihr Zweck (ERP, die Verf.) ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft . . ." Zur Systemkonkurrenz vgl. Kongreßbotschaft Trumans, a. a. O., S. 338: Wir müssen „den freien Völkern (zu) helfen, ihre freien Einrichtungen und ihre nationale Integrität gegenüber aggressiven Bewegungen zu erhalten, die ihnen totalitäre Regimes aufzwingen wollen."

20) Vgl. Gesetz für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 (Marshallplan). Economic Cooperation Act of 1948, Public Law 472,80th Congress in: „Europa-Archiv", Folge 6/7/1948, S. 138 ff. „. . . wird hiermit erklärt, daß es die Politik des amerikanischen Volkes ist, diese Länder durch eine gemeinsame Organisation zu ermutigen, sich mit vereinten Kräften zu bemühen, . . . um die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa rasch zustande zu bringen, . . ."

21) Vgl. D. Horowitz, Bd. 1, a. a. O., S. 62 f.

22) Vgl. H. Claude, a. a. O., S. 163 ff.

23) Vgl. D. Horowitz, Bd. 1, a. a. O., S. 63.

24) Vgl. H. Claude, a. a. O., S. 108, der die besondere Bedeutung Europas in diesem Zusammenhang noch dadurch hervorhebt, daß er auf amerikanische Bestrebungen hinweist, in China den notwendigen Absatzmarkt für die amerikanischen Warenüberschüsse zu erhalten. Mit dem absehbaren Verlust Chinas nach der Niederlage der von den USA unterstützten Truppen 1947 konzentrierten sich die amerikanischen Überlegungen deshalb total auf Europa. Wichtig für die Beurteilung der objektiven Funktion der staatlichen Kredite zum Wiederaufbau Europas für das private US-Kapital ist auch die Angabe, daß die Kommission, die die Kredite ausarbeitete, vorwiegend mit amerikanischen Industriellen besetzt wurde. Ebenda, S. 143 ff.

päischen Zahlungsunion (EZU) 1950 begegnet werden sollte [25]). Diese ging vorwiegend auf europäische Initiativen zurück, die bereits 1946 mit Churchills Konzept eines vereinigten Europas und 1949 mit der Gründung des Europarates sichtbar geworden waren. Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellte der Schumanplan 1950 dar, der auf einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl (EGKS) abzielte. Dieses Konzept entsprach den Vorstellungen des Administrators der ERP Paul G. Hoffman, Europa „in einen einzigen (single) Markt" [26]) zu verwandeln und stimmte mit zentralen US-Intentionen überein. Die EGKS schuf 1952 einen einheitlichen Binnenmarkt ohne Zoll- und Transportbeschränkungen für Grundstoffe und schwerindustrielle Produkte, integrierte die BRD ökonomisch in Westeuropa, machte eine militärische Konfrontation zwischen Frankreich und der BRD so gut wie unmöglich und stellte einen ersten Schritt zur Supranationalität dar [27]). Doch bereits 1952 deutete sich ein Interessengegensatz zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den USA an, der aus dem Abschließungseffekt der EGKS als der Schaffung eines regional integrierten Teilmarktes mit starker supranationaler Regulierungskompetenz resultierte [28]). Die EGKS erhielt in den Genfer GATT-Verhandlungen das Zugeständnis, eines der zentralen Prinzipien, die Meistbegünstigungsklausel, zu umgehen [29]). Um die Integration zu fördern, mußten die USA von der Zielsetzung der globalen, multinationalen Handelsliberalisierung abweichen. Dem primären politischen Ziel der Einigung Europas wurden ökonomische Interessen untergeordnet. Das wurde besonders deutlich, als die EGKS 1954 mit einem Kredit über 100 Mio Dollar [30]) von den USA unterstützt wurde, den der Staatssekretär Livingstone Merchant folgendermaßen begründete: „Das Darlehen basierte auf streng politischen Überlegungen" [31]).

Diesen wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen entsprach auf militärischer Ebene die Einbeziehung Westeuropas in den Nordatlantikpakt. Nach dem Brüsseler Pakt, der 1948 Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten vereinigte [32]), wurde 1949 die NATO gegründet, die nach den Artikeln 51 und 52 der UN-Charta formal dem Charakter eines regionalen Sicherheitsbündnisses zur kollektiven Verteidigung entsprach [33]), im Grunde aber Westeuropa in die amerikanische roll-back-Strategie mit einbezog [34]). In dieses Konzept sind auch die Bemühungen um eine europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) einzuordnen, die die Einigungsbestrebungen in Westeuropa mit strategischen amerikanischen Interessen verknüpfen und nationale Armeen einem europäischen Verteidigungsminister unterstellen sollte. Die Pläne scheiterten an dem breiten Widerstand der französischen Öffentlichkeit sowohl gegen das organisierte Wiedererstarken Westdeutschlands und die atlantische Orientierung der BRD als auch gegen den drohenden militärischen und politischen Substanzverlust Frank-

25) Vgl. R. N. Cooper, The Economics of Interdependence, Economic Policy in the Atlantic Community, New York 1968, S. 37 ff.
26) E. H. van der Beugel, From Marshall Aid to Atlantic Partnership, New York/Amsterdam 1966, S. 217. — H. Claude gibt an, daß Hoffman, als Präsident der Automobilfirma Studebaker, zum Administrator des europäischen Hilfsprogramms ernannt wurde.
27) Vgl. E. H. van der Beugel, a. a. O., S. 234 f. Beugel bezieht sich dabei auf schon 1950 artikulierte amerikanische Befürchtungen, die EGKS bzw. ein vereintes Europa könnten sich zu einer dritten neutralen Macht entwickeln.
28) Vgl. R. Gündel u. a., Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, S. 300 ff.
29) Vgl. E. H. van der Beugel, a. a. O., S. 245.
30) Vgl. Werner Link, Die Rolle der USA im westeuropäischen Integrationsprozeß, in: „Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Zeitschrift „Das Parlament", 1972, S. 5.
31) Zit. nach E. H. van der Beugel, a. a. O., S. 244.
32) Die Haltung der USA zur Bildung des Brüsseler Paktes charakterisierte die Botschaft Trumans an den Kongreß vom 18. 3. 1948, wo die europäische Initiative unterstützt und ihre Funktion als Schutz gegen „innere und äußere Aggression" hervorgehoben wurde. H. Claude, a. a. O., S. 120.
33) Vgl. dagegen K. v. Schubert, Wiederbewaffnung und Westintegration, Die innere Auseinandersetzung um die militärische und außenpolitische Orientierung der BRD 1950—1952, Stuttgart 1970, S. 18.
34) Vgl. Ruppel/Schwarz, Das atlantische Dilemma, Aggressivität und Krise der NATO, 1949—1969, Berlin (DDR) 1969, S. 62. Die Politik des „roll back" zielte darauf, die Sowjetunion von innen zu zersetzen. Sie löste die Politik der Eindämmung ab.

reichs [35]). Daraufhin wurde der Brüsseler Pakt zur Westeuropäischen Union (WEU) ausgebaut, um ihn zu einem wirksameren Instrument der westeuropäischen Integration zu gestalten [36]), durch den die BRD als souveräner Staat sowohl in die westeuropäische Einigung als auch 1955 in die NATO einbezogen werden konnte [37]).

2.4. Die allgemeine politische Lage von der Gründungszeit der EWG bis zum Anfang der sechziger Jahre

Seit der Mitte der 50er Jahre war die eindeutige Einbeziehung Westeuropas in den Machtbereich der USA vollzogen. 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen und damit die Teilung Europas für lange Zeit besiegelt. Auf der später gescheiterten Gipfelkonferenz in Genf 1955 trat diese Frage dann auch auf Betreiben der Westmächte zugunsten von Abrüstungsverhandlungen in den Hintergrund [38]), obwohl die Sowjetunion Vorschläge zur Lösung und Erörterung des europäischen Problems vorgelegt hatte. Ein anderer Schritt in diese Richtung war die zwei Jahre später stattfindende NATO-Konferenz, die die Lagerung von Raketen in den Mitgliedsländern beschloß und so die militärischen Fronten des Kalten Krieges verfestigte. Die Gründung der EWG vollzog in demselben Jahr die wirtschaftliche Einordnung [39]).

Der UdSSR gelang es in diesen Jahren, durch die Entwicklung der Wasserstoffbombe und eines Trägersystems ihr Kernwaffenpotential erheblich zu verbessern. Einen Markierungspunkt in der Entwicklung des Kräfteverhältnisses symbolisierte der erste sowjetische Sputnik 1957. Er löste in den USA ein Trauma aus, das mit dem Schlagwort „Sputnik-Schock" skizziert wird. Die Strategie der „massiven Vergeltung", die bis dahin die Politik der USA beherrschte, war mit der Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten fraglich geworden. Man modifizierte sie zu der Doktrin der „abgestuften Abschreckung", die später in die des „flexible response" überging [40]). Die USA hatten daher zunächst ein Interesse daran, ihren Einflußbereich in Westeuropa zu sichern, was eine gewisse Festigung des Status quo bedeutete [41]). Diese Tendenz eröffnete Berührungspunkte mit der sowjetischen Politik, die an einer Entspannung bzw. Lösung der europäischen Probleme interessiert war.

Zeichen der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft waren allgemeine Abrüstungsvorschläge, die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich im Jahre 1955, einseitige Truppenreduzierungen, Vorschläge eines militärischen Disengagement in Europa und schließlich ein Entwurf zur Schaffung einer neutralen europäischen Zone [42]). Demgegenüber stand die „konzeptionslose" [43]),

35) Vgl. K. v. Schubert, a. a. O., S. 26 ff.
36) Vgl. Brandweiler, Die Pariser Verträge, Berlin (DDR) 1956, S. 17 ff.
37) Vgl. W. Besson, Die Außenpolitik der BRD, München 1970, S. 148 f.
38) Vgl. E. O. Czempiel, a. a. O., S. 57 f.
39) „Diese europäische Integration und die Entwicklung der NATO ergänzen einander." Dulles, in: „The Department of State Bulletin, Washington, 30. 4. 1956, S. 706 ff., zit. nach E. Ruppel/S. Schwarz u. a., a. a. O., S. 97.
40) Die Strategie der „massiven Vergeltung" stützte sich auf die absolute Überlegenheit des Atomwaffenpotentials der USA gegenüber der UdSSR. Die konventionellen Streitkräfte Europas sollten die Angriffe der sozialistischen Länder lediglich bis zum Einsatz des „atomaren Schwerts" der Vereinigten Staaten auffangen („Schwert- und Schildstreitkräfte"). Die Doktrin der „abgestuften Abschreckung" und die durch die Kennedy-Regierung präzisierte und weiterentwickelte Strategie des „flexible response" beinhaltete die räumlich und zeitlich unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten verschiedener Waffenarten, bis hin zu einem atomaren Krieg, je nach der Art des Konflikts. Im Zusammenhang mit dieser Doktrin ist auch die intensivierte Wiederaufrüstung und die Diskussion in der NATO um die Beteiligung der europäischen Staaten an Atomwaffen zu sehen, da ihren konventionellen Streitkräften in dieser Konzeption eine neue Aufgabe zukam. Sie mußten unabhängig von dem militärischen Arsenal der USA eine begrenzte Kriegführung übernehmen können. Vgl. dazu E. Ruppel/S. Schwarz u. a., a. a. O., S. 107 ff.
41) Vgl. E. O. Czempiel, a. a. O., S. 53
42) D. Horowitz, a. a. O., S. 85 ff.
43) Vgl. E. O. Czempiel, a. a. O., S. 52. Er spricht von einer Ambivalenz der Politik, meint aber ebenfalls den Widerspruch zwischen Dulles' Militärpolitik und gleichzeitigen Entspannungsbemühungen der Regierung Eisenhower.

bzw. nicht veränderte amerikanische Haltung der Eisenhower-Regierung, in der einmal die Verhandlungsbereitschaft und der Wille zur Übereinkunft zu überwiegen schienen und zum anderen die starre Position einer radikalen Politik der Stärke dominierte. So scheiterte das Gipfeltreffen 1955 letztlich an dem von Eisenhower im Rahmen von Abrüstungsgesprächen vertretenen Konzept des „offenen Himmels", das die prinzipielle Öffnung der Lufträume für Aufklärungsflüge an Stelle einer allgemeinen Abrüstung vorsah. Der Plan basierte damit auf der Erhaltung der Vormachtstellung der USA gegenüber der Sowjetunion, da der Verteidigungswert der sowjetischen Waffen, der zu einem erheblichen Teil in dem Versuch zur Geheimhaltung ihres Arsenals bestand, wesentlich durch amerikanische Luftinspektionen vermindert worden wäre. Die Pariser Gipfelkonferenz von 1960, die bei einem Besuch Chruschtschows in den Vereinigten Staaten vereinbart worden war, wurde wegen der U 2-Affäre aufgelöst. Sie dokumentierte den unveränderten Anspruch der amerikanischen Regierung, ihre Position der militärischen Stärke gegenüber den sozialistischen Ländern auszubauen, um der Sowjetunion ihre Vorstellungen von einer Lösung der Konflikte, besonders in Europa, diktieren zu können. Diese starre Haltung der USA wurde gestützt durch die Regierung Adenauer in der BRD. Sie wandte sich entschieden gegen den Entwurf einer neutralen europäischen Zone, da sie eine solche Entscheidung als ersten Schritt in einer Reihe von Zugeständnissen gegenüber der UdSSR interpretierte. Die Bonner Regierung unterstellte der Sowjetunion Expansionsdrang und aggressive Intentionen. „Das Ziel der SU ist und bleibt: Beherrschung der Welt durch den Kommunismus unter Führung der SU" [44]). Der Plan der UdSSR ziele auf die wirtschaftliche Unterwanderung der USA, da sie zu einem militärischen Sieg nicht in der Lage sei. Ein Mittel dazu sei die Einbeziehung der europäischen Länder in ihren Machtbereich. Aus diesen Gründen sei eine Lösung Westeuropas und besonders der BRD aus dem westlichen Einflußbereich in Form einer neutralen Staatenkette äußerst bedenklich. Nur die Einheit und Geschlossenheit des Westens und die Erhaltung einer militärischen Machtposition könnten die Sowjetunion im Sinne der westlichen Allianz beeinflussen [45]). Die Wiederaufnahme von Atomversuchen, der von Dulles vorangetriebene Ausbau der NATO und — seit 1958 — eine ständige Erhöhung der Rüstungsausgaben belegten die westliche Haltung [46]). So hielten sich in der Regierung Eisenhower, trotz Bemühungen um Verhandlungen, Dogmen aus den Anfängen des Kalten Krieges, die sich einmal in der von Dulles geprägten Formel von dem „Nichttrauen-Können" zeigten und zum anderen in dem Beharren auf einer Position der Stärke. Auch die Kennedy-Regierung setzte diese Politik zunächst fort.

Eine konkrete Entspannungspolitik kündigte sich im Dezember 1962 an, als neue Abrüstungsgespräche begannen [47]). Sie führten zur Unterzeichnung des Atomteststoppvertrages im Jahr 1963 und schließlich zu dem Atomwaffensperrvertrag, der schon 1964 von Präsident Johnson vorgeschlagen wurde. Diese neue Situation einer partiellen Kooperation der beiden Großmächte war ein Faktor der Krise des atlantischen Bündnisses, die sich bereits gegen Ende der 50er Jahre mit der Verwundbarkeit der USA abzeichnete. Die Vereinigten Staaten stellten

44) K. Adenauer, Erinnerungen 1955—1959, Stuttgart 1969, S. 467.
45) Vgl. ebd., S. 466 ff. Zu diesen Ergebnissen kommt Adenauer in seiner „Analyse unserer Situation, Aufzeichnungen vom 30. Januar 1959", die er Außenminister Dulles anläßlich von Abrüstungsverhandlungen in Genf übersandte.
46) E. Krippendorff, a. a. O., S. 36 ff.
47) Vgl. E. O. Czempiel, a. a. O., S. 57 f. E. O. Czempiel datiert in seinem Aufsatz bereits die Mitte der 50er Jahre als einen Übergang des „internationalen Systems" aus der „Phase der Konfliktfixierung in eine Phase der Konfliktstabilisierung mit der Tendenz zur Koexistenz" (a. a. O., S. 56). Rückblickend kann eine solche Einschätzung getroffen werden. Doch scheint es fraglich, ob dieses Muster die Möglichkeit bietet, die damaligen internationalen Beziehungen in ihren Intentionen richtig zu erfassen. Vielmehr ist in dieser Zeit die Tendenz zur Weiterführung des Kalten Krieges ebenso stark ausgeprägt, wie die stabilisierende Tendenz vorwiegend in Europa. Die Entwicklung, wie sie sich aus der heutigen Perspektive zeigt, hängt nicht zuletzt mit der für die USA unerwarteten Entwicklung der UdSSR zusammen.

in den Augen der EWG-Regierungen nicht mehr wie bisher den absoluten Garanten für die westeuropäische Sicherheit dar [48]), da es nicht länger feststand, ob sie das Risiko einer nuklearen Vernichtung bei Konflikten in Europa eingehen würden. Andererseits waren die EWG-Staaten nicht bereit, die Strategie der Vereinigten Staaten in der Dritten Welt bedingungslos zu unterstützen, da ihre Interessen dort nicht direkt berührt wurden [49]). Die beginnende politische Abstimmung der beiden Großmächte in atomaren Fragen und die später daraus entstandenen Atomteststopp- und Atomwaffensperrverträge schienen nun langfristig die Vormachtstellung der USA gegenüber Europa zu sichern. Die USA entwickelten gemäß den veränderten Verhältnissen zunächst die Doktrin der „abgestuften Abschreckung" und mit dem Antritt der Regierung Kennedy die des „flexible response". Sie stellte jedoch keine grundlegende Änderung in der amerikanischen Militärpolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten dar, sondern sollte lediglich dazu führen, ihren Forderungen nach einer neuen Rolle entsprechend der Strategie des „flexible response" in der Verteidigungsgemeinschaft den Boden zu entziehen, ohne jedoch das eigentliche Kräfteverhältnis zu verändern. Vielmehr „lief die neue Verteidigungsstrategie der NATO darauf hinaus, daß Westdeutschland und andere westeuropäische Verbündete zunehmend von Waffen abhängig wurden, über die sie keine Verfügungsgewalt hatten" [50]). Die europäischen Staaten versuchten, einen Ausschluß von der Mitbestimmung über Atomwaffen zu verhindern. Diese Probleme gingen in die Diskussion über die Multilateral Force (MLF) ein, die verstärkt wieder aufgenommen wurde, nachdem durch die Konferenz von Nassau 1962 Großbritannien der Anschluß an die atomaren Waffen der Vereinigten Staaten zugestanden wurde. Diese Regelung sollte die amerikanische Kontrolle und die Abhängigkeit der europäischen Länder garantieren, indem die Einbeziehung der französischen Atommacht in Form einer „multilateralen NATO-Atomstreitmacht" ebenfalls vorgesehen war, und gleichzeitig den europäischen Forderungen nach Beteiligung an den nuklearen Waffen den Boden entziehen [51]). Vorausgegangen waren die Bemühungen General de Gaulles um eine von den USA unabhängige „europäische Kernwaffengemeinschaft", die den Zusammenschluß der britischen und französischen Atommacht plante. Die Ergebnisse der Konferenz, die die Hegemonie der USA sicherten, führten zu einer stärkeren Betonung des westdeutsch-französischen Bündnisses, einem erneuten Versuch, die amerikanische Vormachtstellung auf dem militärischen Sektor einzuschränken. Die westdeutsche und die französische Regierung glaubten, auf diesem Wege ihre Kernwaffenpolitik realisieren zu können bzw. Zugeständnisse von den USA zu erzwingen und Westeuropa in einen gleichberechtigten, mit atomaren Waffen ausgerüsteten Partner umzuwandeln. Die französische Regierung lehnte denn auch entschieden den Beitritt Großbritanniens zu dem Gemeinsamen Markt ab, da dieser einer Stärkung der Vertreter einer atlantischen Konzeption gleichgekommen wäre, und verkündete eine intensivierte nationale Atomrüstung. Mit dem Regierungswechsel 1963 in Bonn orientierte sich die westdeutsche Politik wieder an einem pro-amerikanischen Kurs, so daß die inneren Spannungen in der EWG zunahmen. Die MLF scheiterte an Interessendivergenzen in Westeuropa und letztendlich an dem sowjetischen Einspruch, der durch die Kooperation der beiden Großmächte in Abrüstungs- und Nichtverbreitungsfragen für die USA beachtenswert war und gleichzeitig ihren machtpolitischen Intentionen entgegenkam. Die Abschwächung des Kalten Krieges, die veränderte militärische Position der Vereinigten Staaten gegen-

48) Vgl. H. Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf und Wien, S. 94 f.
49) Derselbe, Überwindung der Spaltungstendenzen im westlichen Bündnis, in: „Europa-Archiv", 12/1965, S. 446; weiter zit. **Spaltungstendenzen.**
50) F. Hanrieder, Die stabile Krise, Düsseldorf 1970, S. 27.
51) Vgl. E. Ruppel, S. Schwarz u. a., a. a. O., S. 185.

über der UdSSR und das wirtschaftliche Erstarken Westeuropas führten zu einer Betonung der Eigenständigkeit der EWG-Länder. Die Rolle der USA wurde vermehrt angefochten. „Mit dem Abklingen der Gefahr innerer Subversion und der Angriffsdrohung von außen schwand auch das aus der Angst geborene Zusammengehörigkeitsgefühl und damit die Bereitschaft, die amerikanische Führungsrolle anzuerkennen. Wir waren davon ausgegangen, daß diese Führungsrolle auf dem Gottesgnadentum unserer militärischen Macht oder unseres wirtschaftlichen Wohlstandes oder ungünstigstenfalls auf unserer angeborenen, im Nationalcharakter begründeten Tüchtigkeit beruhe. In Wirklichkeit entsprach sie nur einer Notwendigkeit" [52]).

Die Vereinigten Staaten antworteten auf die Krise im atlantischen Bündnis mit dem Unterstreichen der „Partnerschaft". Die Eigenständigkeit der EWG wurde hingenommen, aber gleichzeitig durch die Verankerung in der westlichen Allianz relativiert. Die Vereinigten Staaten gestanden ihrem westeuropäischen „Partner" eine „Teilung der Lasten und der Verantwortung" zu, beharrten dabei jedoch auf ihrem Atomwaffenmonopol. Für die EWG beinhaltete dieses äußerliche Entgegenkommen der USA die Übernahme von Kosten. Sie entlasteten den US-Haushalt und erhielten so indirekt die Führungsrolle der Vereinigten Staaten gegenüber Westeuropa. Henry Kissinger formulierte dieses Konzept folgendermaßen: „Wenn wir die Tatsache hinnehmen, daß die Interessen Europas und der Vereinigten Staaten nicht überall identisch sind, so sollte es möglich sein, sich über einen zulässigen Divergenzbereich zu einigen. Jeder Partner würde eine gewisse Flexibilität zurückerlangen, und die Versuchung der Sowjets zu Abenteuern könnte dadurch verringert werden, daß es noch schwieriger wird, die Reaktionen des Westens zu kalkulieren. Europa könnte eine größere Eigenverantwortung für seine Verteidigung und seine Zukunft übernehmen" [53]).

3. *Die Gründung der EWG*

Nach dem Zusammenbruch der Freihandelszonenverhandlungen Ende 1958, die die Einigung Europas auf rein ökonomisch-kommerzieller Basis in einer lockeren Gruppierung der OEEC-Mitgliedsländer intendiert hatten [54]), trat mit der EWG ein Konzept in den Vordergrund, dessen Endziel neben der ökonomischen auch die politische Integration der beteiligten Staaten und darüber hinaus anderer europäischer Länder war.

Am 23. März 1957 hatten die sechs Staaten, die 1952 mit der Gründung der EGKS den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Integration Europas getan hatten und nun die Vorteile einer wirtschaftlichen Verflechtung der Montanindustrie auf die gesamte Wirtschaft ausdehnen wollten, in Rom den Vertrag zur Gründung der EWG unterzeichnet.

Die Aufgaben der EWG werden in Art. 2 des „Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" folgendermaßen definiert: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen

52) J. K. Galbraith, aus: P. Stechlin, Partnerschaft zwischen Nordamerika und Europa, in: „Europa-Archiv", 4/1968, S. 115.
53) H. Kissinger, Spaltungstendenzen, S. 446; vgl. auch derselbe, Amerikanische Außenpolitik, a. a. O., S. 91.
54) Vgl. K. Kaiser, Die neue Abhängigkeit der atlantischen Staaten, in: „Europa-Archiv", 23/1962, S. 815.

den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind." Die wohl wesentlichsten Maßnahmen, die der Vertrag von Rom vorsah, waren die Abschaffung der Binnenzölle im EWG-Bereich, die schrittweise in einer zwölf- bis fünfzehnjährigen Übergangszeit realisiert werden sollte, die Koordinierung der Landwirtschaftspolitik, die Aufhebung der Beschränkungen im Kapitalverkehr innerhalb der EWG, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, einheitliche Zolltarife und eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittländern, sowie die Assoziierung der „außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden besondere Beziehungen unterhalten" [55]).

3.1. Interessenlage der EWG

Die Mitgliedsländer der EWG erhofften sich von der Integration vornehmlich eine Erweiterung des Binnen- und Außenhandels und damit eine Steigerung des Warenexports.

Bedingt durch die besondere Situation Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg, den forcierten Aufbau der Industrie, durch technischen Fortschritt und die Entwicklung neuer Industriezweige lag die Wachstumsrate der europäischen Wirtschaft höher als in anderen kapitalistischen Ländern. Das machte eine Erweiterung der Absatzmärkte notwendig, die wegen des Wegfallens der sozialistischen Staaten als Markt zu einer verschärften Konkurrenz der kapitalistischen Länder um die restliche Welt führte. Unter diesen Bedingungen konnte das europäische Kapital nur durch Zusammenschluß gegenüber dem US-Kapital konkurrenzfähig bleiben, weil nur Konzentration, Spezialisierung und Massenproduktion die notwendige Senkung der Produktionskosten möglich machten [56]). Gleichzeitig entsprach ein solcher Zusammenschluß den Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der die Tendenz zur internationalen Arbeitsteilung verstärkte und die Notwendigkeit hoher Investitionen mit sich brachte, die die Akkumulationskraft national operierender Kapitale bei weitem überstieg. Die Integration hatte somit auch die Funktion, eine Zusammenarbeit der Mitgliedsländer in solchen Bereichen, wie z. B. der Weltraum- und Atomforschung zu fördern, die nur gemeinschaftlich effektiv angegangen werden konnten. Den neuen ökonomischen Bedingungen entsprach ebenso die Arbeitsmarktpolitik der EWG, die durch die im römischen Vertrag festgelegte Freizügigkeit der Menschen eine bessere Verfügbarkeit über Arbeitskräfte ermöglichte. Positiv an der Gemeinschaft wurde weiterhin die Möglichkeit gewertet, über das Präferenzsystem die ehemals abhängigen Staaten der Dritten Welt in neokolonialem Status zu halten [57]). Dabei sahen vor allen Dingen die Länder, die vorher keine Kolonien besessen hatten (BRD, Italien, Luxemburg), die Möglichkeit, sich über die EWG Zutritt zur Dritten Welt zu verschaffen.

Ausgehend von der sogenannten „Spill-over-Theorie", derzufolge wirtschaftliche und soziale Entscheidungen die Tendenz haben sollen, in den Bereich des Politischen überzugreifen [58]), erhoffte man sich auf seiten der Westeuropäer auch auf militärischem Gebiet eine verstärkte Zusammenarbeit, die ein eventuelles Nachlassen des militärischen Interesses der USA an Westeuropa ausgleichen und den westeuropäischen Staaten ein größeres Mitspracherecht in der NATO gewähren sollte [59]).

---

55) Art. 131 des EWG-Vertrages.
56) Vgl. dazu: G. Schiffler, Der Vertrag über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: „Europa-Archiv", 11/12/1957, S. 9871 f.
57) Vgl. dazu: Autorenkollektiv, Der Staatsmonopolitische Kapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 463.
58) Vgl. E. Theilen, Politische Motive zur europäischen Einigung nach 1945, in: „Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde", Bd. 4 (1970), Wiesbaden, S. 173.
59) Vgl. ebd., S. 174.

3.2. Die Interessenlage der USA

Die Einschätzung der EWG durch die USA war von Anfang an widersprüchlich und reichte von begeisterter Zustimmung [60]) bis zu Warnungen vor der Entstehung neuer regionaler Barrieren [61]). Positiv wurde die Integration vor allem aus politisch-militärischer Sicht gewertet, da sie eine Stärkung des kapitalistischen Systems bedeutete und einen „politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Schutzwall gegen den kommunistischen Expansionsdrang" [62]) bildete. Indem sie wirtschaftliches Wachstum und Stabilität förderte, gewährleistete sie die „Sicherheit des Westens" [63]) sowohl nach außen gegen das sozialistische System als auch gegen sozialistische Kräfte im Innern. Auch durch die Überwindung der Rivalität zwischen Frankreich und der BRD stabilisierte die europäische Gemeinschaft die Lage Westeuropas [64]). Gleichzeitig verhinderte der kapitalistische Charakter neutralistische Entwicklungen in Westeuropa.

Dementsprechend erwarteten die USA von einem wirtschaftlich starken integrierten Westeuropa einen wesentlichen finanziellen Beitrag in allen Bereichen, in denen lebensnotwendige Blockinteressen der westlich-kapitalistischen Welt tangiert wurden.

So erhofften sie sich von der EWG eine stärkere Beteiligung an der Entwicklungshilfe, die sowohl in der Systemauseinandersetzung als auch für die Sicherung von Absatzmärkten und Kapitalanlagesphären eine immer zentralere Rolle spielte. Durch Regierungshilfen in Form von Anleihen und Zuwendungen an die Staaten der Dritten Welt und durch staatliche Investitionsbürgschaften zur Förderung des privaten Kapitalexports in diese Gebiete sollten die Entwicklungsländer fest an den Westen gebunden werden [65]).

Ebenso erwarteten die Vereinigten Staaten von der EWG die Bereitschaft, beim Ausbau der konventionellen Stärke des Westens einen „größeren Anteil an der militärischen Belastung" [66]) zu tragen, wodurch ein wesentlicher Beitrag für die Überwindung der schon 1958 beginnenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten der USA geleistet werden sollte.

Die durch die westeuropäische Integration entstandene wirtschaftliche wie politisch-militärische Stärke des kapitalistischen Systems wurde besonders positiv als Machtposition des Westens gegenüber den sozialistischen Staaten gewertet. „Wenn unsere atlantischen Nationen den beschrittenen Weg fortgehen, können wir eine derartig überwältigende und konstruktive Machtposition schaffen, daß der Friede mit dem Osten entweder durch Abschreckung oder im Wege von Verhandlungen gesichert werden kann ... Dieses Zusammentreffen von Stärke und Aufbauwillen wird die sowjetische Welt an den Verhandlungstisch bringen" [67]).

Auf wirtschaftlichem Gebiet sahen die USA die Vorteile der EWG vor allen Dingen in der Schaffung eines großen einheitlichen Marktes [68]) für ihren Waren- und Kapitalexport. Bei dem hohen Monopolisierungsgrad und der damit verbundenen Überakkumulation in den USA wurde der Kapitalexport zu einer ökonomischen Notwendigkeit für die Stabilisierung der US-Wirtschaft.

60) Vgl. G. W. Ball, Atlantische Partnerschaft im Werden, „Europa-Archiv", 8/1962, S. 254.
61) Vgl. dazu die Angaben bei A. W. Kirsanow, Die USA und Westeuropa, a. a. O., S. 130.
62) Vgl. J. Willmann, Europa-Partner der Vereinigten Staaten, in: „Europa-Archiv", 8/1963, S. 277.
63) Vgl. J. R. Schaetzel, Die Vereinigten Staaten und der gemeinsame Markt, in: „Europa-Archiv", 19/1962, S. 662.
64) Vgl. ebd.
65) Vgl. H. J. Tasca, Die Vereinigten Staaten, Westeuropa und die Entwicklungsländer, in: „Europa-Archiv", 5/1960, S. 148 f. Dazu auch: K. Kaiser, a. a. O., S. 816.
66) J. R. Schaetzel, a. a. O., S. 665 f.
67) Ebd., S. 669.
68) Vgl. H. J. Tasca, a. a. O., S. 147.

Der Warenexport in die EWG war für die Vereinigten Staaten von besonderer Wichtigkeit, weil er einen wesentlichen Faktor in ihrer aktiven Handelsbilanz ausmachte, die ihrerseits wiederum für die gefährdete Zahlungsbilanz von großer Bedeutung war. Gerade dieses elementare ökonomische Interesse sahen die USA aber durch die Integration gefährdet, da die Gemeinschaft durch ihren gemeinsamen Außenzolltarif und ihr ausgeprägtes Präferenzsystem eine Diskriminierung amerikanischer Exporte in Europa bewirkte [69]). Gleichzeitig befürchtete die amerikanische Wirtschaft eine verstärkte Konkurrenz der EWG auf dem Weltmarkt, die zu einer Verschlechterung ihrer Außenhandelsposition führen könnte [70]).

Diese negativen Auswirkungen der EWG glaubten die USA jedoch durch die Vereinbarung des GATT und die bilaterale Einflußnahme auf die Mitgliedsstaaten der EWG [71]) beseitigen zu können. Die Widersprüchlichkeit der amerikanischen Interessenlage zeigte sich also darin, daß die USA aus machtpolitischen und ökonomischen Gründen gezwungen waren, die westeuropäische Integration zu unterstützen, obwohl sie damit gleichzeitig zum Aufbau eines starken Konkurrenzpotentials beitrugen.

4. Ungleichmäßige Entwicklung und Integration

Die Bedingungen, unter denen sich die Beziehungen zwischen der EWG und den USA gestalten, haben sich in den Jahren nach Gründung der EWG, besonders seit Mitte der 60er Jahre, entscheidend gewandelt. Einige Gründe der Veränderung dieses Verhältnisses, das mit einer relativen Schwächung der USA in wesentlichen politischen und ökonomischen Bereichen und einer Stärkung der EWG besonders auf dem ökonomischen Sektor kurz umrissen werden kann, waren schon — wie aufgezeigt — in den Vereinbarungen nach dem Zweiten Weltkrieg angelegt, andere ergaben sich aus der Gründung der EWG selbst. Diese in den politischen Konstellationen angelegten Konflikte verschärften sich. Als weiterer Faktor — der nun genauer analysiert werden soll — kam die Stärkung der EWG in den wirtschaftlichen Beziehungen hinzu. Sie beruht weitgehend auf den Auswirkungen des Integrationsprozesses auf den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt.

Demgegenüber steht die Schwächung der USA, die vorwiegend auf ihr politisch-militärisches Engagement und dessen auf lange Sicht negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zurückzuführen ist. Diese Komponenten führten zu einer zunehmend ungleichmäßigen Entwicklung und bei wachsendem Selbstbewußtsein der Europäer und weltpolitischem Prestigeverlust der Amerikaner, zu verstärkter Konkurrenz. Des weiteren erwächst aus dem Drängen der USA nach Entlastung bei der Finanzierung der gemeinsamen Verteidigung der Konflikt im militärisch-politischen Bereich des NATO-Bündnisses und der Konzeption zur europäischen Sicherheitspolitik.

In den Bereichen Kapitalexport und Welthandel soll die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen der EWG und den USA empirisch untersucht werden. Veränderungen werden als Ausdruck der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung zwischen den kapitalistischen Zentren betrachtet, die sich unter dem Zwang zu internationaler Kooperation einerseits und verschärfter Konkurrenz andererseits vollzieht. Konkret wird dabei auch das widersprüchliche Verhältnis zwischen den nach Expansion und Internationalisierung drängenden entwickel-

[69]) Vgl. G. W. Ball, a. a. O., S. 255.
[70]) Vgl. N. Kohlhase, Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft in amerikanischer Sicht, in: „Europa-Archiv", 22/1959, S. 676.
[71]) Vgl. K. Kaiser, Die amerikanische Außenpolitik im Wandel, in: „Europa-Archiv", 24/1964, S. 918.

ten Produktivkräften, den in diesem Sinne agierenden internationalen Konzernen und den verschiedenen staatlichen Regulierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsblöcke beleuchtet.

4.1. US-Kapitalexport in die EWG

Bei der Erklärung des Wachstumsprozesses in der EWG ist zweifellos der sogenannte Kapitalexport aus Drittländern — neben der Wirkung der verschärften Konkurrenz innerhalb der EWG auf den Konzentrations- und Zentralisationsgrad [72]) und der Stimulierung des gegenseitigen Warenaustausches bei relativem Rückgang des Handels mit dritten Staaten — als einer der dynamischen Faktoren der Integration zu sehen [73]).

Nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft hat der amerikanische Kapitalexport in die EWG-Länder sprunghaft zugenommen. Während noch Ende 1950 der Wert der US-Direktinvestitionen in Westeuropa unter dem des Jahres 1923 lag, verdreifachte er sich jeweils von 1950—1955 und von 1958—1964. Zwar stand Großbritannien mit nahezu der Hälfte aller privaten US-Kapitalexporte nach Westeuropa an der Spitze, weil für die USA nur über Filialen ihrer Unternehmen ein Eindringen in die stark durch Präferenzen geschützten Märkte der Commonwealth-Länder möglich war; dennoch betrug der Buchwert [74]) der Direktinvestitionen in der EWG im Jahre 1965 5,4 Mrd Dollar — ungefähr der achtfache Wert der Investitionen von 1950. In Gesamtwesteuropa wurden im Vergleich hierzu 12,1 Mrd Dollar investiert [75]). R. Hellmann schätzt dagegen das tatsächlich von amerikanischen Unternehmen kontrollierte Kapital in der EWG auf 8—9 Mrd Dollar [76]). Nach Angaben der Europäischen Kommission hat sich der Buchwert der amerikanischen Direktinvestitionen zwischen 1958 und 1970 von 1,9 Mrd Dollar auf 11,7 Mrd Dollar erhöht. „Die Gemeinschaft gehört zu den Gebieten, in denen die amerikanischen Investitionen am raschesten zugenommen haben. 1958 machten die Investitionen in der Gemeinschaft — hauptsächlich in der Erdölindustrie — nur 7 % der gesamten amerikanischen Auslandsinvestitionen aus. 1969 hatte sich dieser Prozentsatz auf mehr als 14 % erhöht, und fast 60 % der Investitionen betrafen die verarbeitende Industrie" [77]).

Von den insgesamt 1465 Investitionsoperationen nach Westeuropa zwischen 1958 und 1962 entfielen 1001 (68 %) auf den EWG-Bereich. In Relation zu anderen EWG-Ländern waren in der BRD die größten Anteile zu verzeichnen (1476 Mio Dollar 1962), gefolgt von Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien [78]). Der Anteil der EWG am Gesamtbestand der US-Auslandsinvestitionen stieg von 1954 bis 1967 von 6,6 % auf 12,2 %. Parallel zu dieser Entwicklung sank der Anteil Lateinamerikas von 29,3 % auf 20,1 % und der Kanadas von 34,5 % auf 31,2 % [79]).

---

72) Vgl. R. Gündel u. a., Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, S. 301.
73) Seit Gründung der EWG „hat sich der Konzentrationsprozeß in der europäischen Wirtschaft ununterbrochen verstärkt. Allein zwischen 1962 und 1968 gab es rund 3000 Fusionen, Beteiligungen oder Gründungen gemeinsamer Tochtergesellschaften. Das bemerkenswerteste Beispiel multinationaler Konzentration stellt die Zusammenarbeit der Commerzbank mit der französischen Crédit Lyonnais sowie die Gründung der European Bank International Company S.A. (EBIC) in Brüssel durch die Deutsche Bank, die britische Midland Bank, die niederländische Amsterdam-Rotterdam-Bank und die belgische Société Générale Banque dar." „Deutsche Volkszeitung" v. 21. 10. 1971.
74) Nach R. Hellmann erfaßt der Buchwert nur die Investitionen, die ausschließlich von den USA aus getätigt werden, ohne Berücksichtigung der aus Fremdmitteln finanzierten Auslandsinvestitionen wie z. B. der Euro-Dollar. R. Hellmann, Amerika auf dem Europa-Markt, US-Direktinvestitionen im Gemeinsamen Markt, „Schriftenreihe zum Handbuch für Europäische Wirtschaft", Bd. 33.
75) R. Hellmann, a. a. O., S. 24.
76) R. Hellmann, a. a. O., S. 46.
77) Europäische Dokumentation 1972, Die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten von Amerika.
78) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 166.
79) R. Hellmann, a. a. O., S. 46.

Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die Aufteilung der amerikanischen Investitionen auf die einzelnen EWG-Länder und im Vergleich dazu den Anteil des jeweiligen Landes am Sozialprodukt der EWG (Stand von 1964).

	Anteil an den US-Investitionen in der EWG	*Landesanteil am EWG-Sozialprodukt*
BRD	*39,5 %*	*37,8 %*
Frankreich	*26,6 %*	*32,2 %*
Benelux	*19,3 %*	*11,9 %*
Italien	*15,6 %*	*18,1 %* [80])

Die Struktur der amerikanischen Direktinvestitionen in Europa resultiert aus der Strategie der Monopolgruppen, gezielt in den Produktionsbereichen zu investieren, in denen sie aufgrund ihres hohen technologischen Vorsprungs und der dadurch bedingten relativ begrenzten Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Monopole hohe Profite erwarten können. „Das trifft für die Elektronik, die Optik, die Feinmechanik und einige Spitzenerzeugnisse der chemischen Industrie zu" [81]), Bereiche, die z. T. vollständig von amerikanischen Firmen kontrolliert werden. Auch in der pharmazeutischen Industrie ist der Marktanteil der amerikanischen Unternehmen in der EWG beträchtlich. Der prozentual größte Anteil der amerikanischen Direktinvestitionen entfiel in den 60er Jahren eindeutig auf die erdölverarbeitende und Zweige der verarbeitenden Industrie. Im Jahre 1960 machte er 82,6 % der gesamten Anlagesumme aus. In der Erdölindustrie stiegen die Investitionen von 426 Mio Dollar im Jahre 1956 auf 3977 Mio im Jahre 1966, in Zweigen der verarbeitenden Industrie betrug 1964 die Summe der Investitionen 6547 Mio Dollar [82]). Allerdings ist in einigen sogenannten Wachstumsindustrien in letzter Zeit wegen der inzwischen sehr stark gewordenen europäischen Konkurrenz ein allmählicher Rückgang zu verzeichnen, der mit einer Spezialisierung der Produktion verbunden ist (Automobilherstellung, Elektronik, Erdölverarbeitung), um bestehende Machtpositionen zu sichern.

Eine wichtige Ursache für die starke Zunahme amerikanischer Direktinvestitionen im EWG-Bereich stellen die gemeinsamen Außenzolltarife der Gemeinschaft gegenüber Drittländern dar, die die Konkurrenzlage amerikanischer Waren auf dem EWG-Markt zweifellos verschlechtern [83]). Um den gemeinsamen Außenzoll der Gemeinschaft zu umgehen, bot sich eine Verlagerung der Produktion in die EWG an. Die amerikanischen Unternehmen und Filialen profitierten zudem in gleichem Maße wie die westeuropäischen von den Vorteilen des zollfreien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft. Dabei ist weiterhin von Bedeutung, daß selbst die größeren westeuropäischen Industrieunternehmen zum Zeitpunkt der EWG-Gründung lediglich auf einzelne nationale Märkte zugeschnitten und in dieser Hinsicht den für einen größeren Markt produzierenden amerikanischen

80) R. Hellmann, a. a. O., S. 49.
81) Autorenkollektiv, Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O., S. 391.
82) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 167.
83) Obwohl die Beeinträchtigung des amerikanischen Warenexportes in die EWG durch die gemeinsamen Außenzolltarife der Gemeinschaft evident ist — dies soll später am Beispiel der gemeinsamen Agrarpolitik noch aufgezeigt werden —, wird sie von europäischer Seite bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt geleugnet: „Die Gemeinschaft vertritt nicht die Auffassung, daß die Gemeinschaftspolitik Situationen des unlauteren Wettbewerbs in Handelsgeschäften mit den Vereinigten Staaten und anderen Nichtmitgliedsländern ausgelöst hat. Im Gegenteil, die Gemeinschaft vertritt nachdrücklich die Auffassung, daß sowohl die Gründung der Gemeinschaft als auch die von ihr seit 1958 verfolgte Politik den amerikanischen Interessen förderlich gewesen sind." Ferner wurde auf einer Sitzung des GATT-Rates vom Delegierten der Gemeinschaft darauf hingewiesen, „daß die Handelsbilanz für die Vereinigten Staaten ein verhältnismäßig kleiner Posten in der Zahlungsbilanz ist, besonders im Vergleich zu dem Posten Nettoeinkünfte aus Direktinvestitionen im Ausland oder dem Posten des Nettokapitalabflusses zur Finanzierung dieser Direktinvestitionen" (Europäische Dokumentation 1972: Die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten von Amerika).

Unternehmen unterlegen waren [84]). Weitere Vorteile der Auslandsanlagen in Westeuropa ergaben sich aus einer durchschnittlich niedrigeren Profitsteuer im Vergleich zu den USA und aus der relativ hohen Qualifikation der Arbeitskräfte der westeuropäischen Staaten, deren Lohnniveau dagegen in der Regel niedriger war als in den USA.

In den ersten Jahren nach Gründung der EWG fand der starke Zustrom amerikanischen Kapitals die fast ungeteilte Zustimmung der Mitgliedsstaaten, weil dadurch auch die westeuropäische Wirtschaft belebt wurde. Dabei wurden vor allem folgende positive Auswirkungen für die EWG genannt: Amerikanische Investitionen sind ein Beitrag zum Nationalprodukt des jeweiligen Landes, in Form von Lohn- und Steuerzahlungen und der Einführung neuer technischer Produktionsverfahren. Die aus den USA importierte neue Technik zwingt auch die westeuropäischen Unternehmen zu technischen Neuerungen in ihren Betrieben, was eine weitere Konzentration und Zentralisation des Kapitals zur Folge hat. Der in Geldform in Erscheinung tretende Teil des Kapitals trägt zu einer Verbesserung der Zahlungsbilanz der westeuropäischen Länder gegenüber den USA bei. Andererseits wurde aber auch, besonders in Frankreich, die Gefahr gesehen, daß „die amerikanischen Monopole beherrschende Positionen in den entscheidenden Industriezweigen der europäischen Wirtschaft erringen" [85]). In der erdölverarbeitenden Industrie der EWG entfielen 1961 auf amerikanische Gesellschaften: in Italien über 24,3 %, in der BRD über 18,4 %, in Belgien über 27 % und in Frankreich 20,9 %. „Amerikanische Automobilgesellschaften kontrollieren 40 % der Automobilindustrie in Westdeutschland, 50 % der Produktion in Großbritannien und erhöhten nach dem Erwerb der Aktien der französischen Firma Simca die amerikanische Kontrolle auf etwa 1/3 der Automobilindustrie in Frankreich" [86]). Aufgrund dieser Entwicklung äußerte z. B. 1963 der damalige französische Ministerpräsident Pompidou, daß angesichts der wachsenden Kontrolle durch amerikanische Gesellschaften über wichtige Industriezweige sich „die EWG-Länder unter der Macht ökonomischer Kräfte befänden, die Entscheidungen jenseits dieses Marktes treffen" [87]). Außerdem wurde eine mögliche Gefährdung der Zahlungsbilanz durch zu starken Kapitalzustrom aus den USA gesehen, die daraus resultierte, daß die Gewinne ausländischer Firmen jederzeit aus dem jeweiligen Land transferiert werden konnten. Anregungen der französischen Regierung, gemeinsame Maßnahmen zu treffen, um den Zustrom amerikanischen Kapitals einzudämmen, stießen nicht auf Zustimmung der anderen Mitgliedsstaaten. Vornehmlich die BRD wollte die engen Beziehungen zu den USA nicht gefährden, weil sie politisch auf die Unterstützung der USA angewiesen war und außerdem ihre Exporte nicht gefährden wollte.

Aber auch für die Vereinigten Staaten ergaben sich neben vielen Vorzügen auch Gefahren aus dem Kapitalexport, die hier nur angedeutet werden sollen: Die durch den Kapitalexport geförderte wachsende Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie verschärfte die ökonomischen Widersprüche zwischen beiden Wirtschaftsblöcken im Kampf um Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären. Das

84) Vgl. U. Küntzel, Der Dollarimperialismus, Neuwied und Berlin 1968, S. 79.
85) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 169. Vgl. auch U. Küntzel, a. a. O., S. 79, und Jean-Jacques Servan-Schreiber, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1970.
86) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 170; E. Mandel sieht in der Marktaufteilung der europäischen und amerikanischen Automobilindustrie eine „auf Produktspezialisierung aufgebaute neue, den spätkapitalistischen multinationalen Großkonzernen adäquate Form der internationalen Arbeitsteilung" zur Erreichung von (technologischen) Surplusprofiten: „Die Automobilindustrie liefert mit der Beherrschung des US-Marktes von Kleinwagen durch europäische und japanische Konzerne, dem Übergewicht gewisser Firmen (Mercedes, Volvo, BMW, Alfa-Romeo, Citroën, amerikanische Konzerne) auf dem europäischen Markt für Groß- und Luxusautos, der Spezialisierung gewisser Firmen für Pkw's der Mittelklasse und anderer Firmen für leichtere und schwerere Lkw's usw. das schlagende Beispiel" (E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S. 296—297).
87) „L'Usine Nouvelle" v. 14. 2. 1963, S. 53, zit. nach: A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 172.

exportierte Kapital entzog sich der amerikanischen Besteuerung und schmälerte damit die Staatseinnahmen. US-Kapital im Ausland erhöhte die Beschäftigtenziffer anderer Staaten, während man im eigenen Land mit großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte.

4.2. Westeuropäischer Kapitalexport in die USA

Zwischen dem amerikanischen Kapitalexport und ausländischem Kapitalexport in die USA besteht ein wesentlicher struktureller Unterschied. Der US-Kapitalexport besteht zu fast 90 % aus langfristigen Investitionen (70 % Direktinvestitionen), der Export des ausländischen Kapitals in die USA enthält diese jedoch nur zu 40 %, während der überwiegende Teil sich aus kurzfristigen Anlagen zusammensetzt — meist in Form von Einlagen in amerikanische Banken oder durch Erwerb staatlicher bzw. privater Obligationen. Doch auch die langfristigen Auslandsinvestitionen in den USA bestehen nur zum geringeren Teil aus Direktinvestitionen, dagegen zu fast $^2/_3$ aus Wertpapieren [88]). Die Dominanz der direkten Investitionen des staatlichen und privaten Exports der USA zielt neben der Profitsteigerung auch „auf die ökonomische Herrschaft über jene Territorien, in die Kapital exportiert wird" [89]). Die meist kurzfristigeren Anlagen des ausländischen Kapitals in den USA sind im Gegensatz dazu auf größere Disponibilität ausgerichtet und können im Falle einer Verschlechterung der Wirtschaftslage in den USA relativ leicht wieder abgezogen werden [90]). Westeuropa, dessen Kapitalexport in die USA seit 1950 (nach dem Erreichen des Vorkriegsniveaus) ständig gestiegen war, verbuchte 1966 fast 60 % der gesamten ausländischen Investitionen für sich. Demgegenüber hat sich der Anteil Kanadas und Lateinamerikas — trotz absoluter Zunahme der Kapitalanlagen — im Verhältnis zu Westeuropa ständig verringert. Seit 1956 lag die Summe des gesamten in die USA exportierten europäischen Kapitals über der Gesamtsumme amerikanischen Kapitals in Westeuropa. Im Jahre 1960 betrug der Anteil an langfristigen Anlagen in den USA 54,1 %, im Jahre 1966 stieg er an bis auf 66,1 %. Von den gesamten ausländischen Direktinvestitionen entfielen 1958, also kurz nach Gründung der EWG, ca. 62 % auf Westeuropa, aber bereits 1961 ist der westeuropäische Anteil auf fast 70 % gestiegen [91]). Daraus kann geschlußfolgert werden, daß die westeuropäische Integration sich stimulierend auf langfristige Investitionen der EWG-Länder in den USA ausgewirkt hat, was die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Monopole auf dem Weltmarkt begünstigte. Dennoch war die Summe der Direktinvestitionen der USA in Westeuropa entschieden höher als die der westeuropäischen Länder in den Vereinigten Staaten, wie eine Gegenüberstellung der Entwicklung der jeweiligen Direktinvestitionen beweist.

Buchwert der Direktinvestitionen der Vereinigten Staaten in die EWG von 1958—1970 (in Mio Dollar)

	1958	*1960*	*1964*	*1967*	*1970*
BRD	*666*	*1006*	*2082*	*3486*	*4579*
Frankreich	*546*	*741*	*1446*	*1904*	*2588*
Italien	*280*	*384*	*850*	*1246*	*1521*
Niederlande	*207*	*283*	*593*	*942*	*1455*
Benelux	*208*	*231*	*455*	*867*	*1510*

88) E. Mandel, a. a. O., S. 300—301.
89) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 178.
90) Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft führt den relativ geringen Anteil von Direktinvestitionen auf die protektionistische Politik der USA und auf die strenge Auslegung der amerikanischen Anti-Trust-Gesetze seitens der Regierung zurück: „Das liegt teilweise an der amerikanischen Politik gegenüber Auslandsinvestitionen, die im Gegensatz zu der offenen Politik der Gemeinschaft steht. In einigen Sektoren wie Flugzeugbau, Stromversorgung, Versicherungswesen und Herstellung alkoholischer Getränke sind keine

Buchwert der Direktinvestitionen der Gemeinschaft in die Vereinigten Staaten von 1960—1970 (in Mio Dollar)

	1960	1964	1967	1970
BRD	103	156	318	675
Frankreich	168	197	265	294
Italien	71	82	86	100
Niederlande	947	1231	1508	2121
Benelux	157	175	228	338

Quelle: Survey of Current Business, US-Handelsministerium [92])

Die Schwerpunkte der westeuropäischen Direktinvestitionen in den USA lagen in der verarbeitenden und erdölverarbeitenden Industrie sowie in Finanzgesellschaften. In diesen Bereichen beträgt der westeuropäische Anteil an den gesamten Direktinvestitionen ungefähr 88 %. Sie erhöhten sich von 1950—1964 in Zweigen der verarbeitenden Industrie auf das 2,3fache, in der Erdölindustrie sogar auf das 4fache [93]). (Teil II folgt)

Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD

Von Heinz-Gerd Hofschen und Erich Ott

Der vom Parteivorstand der SPD vorgelegte „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985" (Langzeitprogramm), seine Entstehung und Inhalte müssen im Zusammenhang mit der Entwicklung des westdeutschen Sozialdemokratie nach 1945 von der Arbeiterpartei zur „Volkspartei" gesehen werden.

Dieser Entwurf für ein Langzeitprogramm (LZP) ist der erste derartige Versuch einer Partei der BRD, einen langfristigen Orientierungsrahmen für ihre Politik zu erarbeiten und insofern eine positiv zu bewertende Anstrengung. Der Anspruch des LZP — der noch zu prüfen sein wird — zielt auf die Verwirklichung der „Grundwerte des demokratischen Sozialismus" des Godesberger Programms. Auf dieser Grundlage wird der Versuch einer Quantifizierung unternommen, der Versuch, „. . . konkrete Aktionen ökonomisch durchgerechnet zu entwickeln" [1]).

Auslandsinvestitionen gestattet. Außerdem werden die amerikanischen Anti-Trust-Gesetze nicht nur auf die Tochterunternehmen in den Vereinigten Staaten selbst, sondern auch auf die Muttergesellschaft angewendet. Viele europäische Großfirmen verzichten deshalb auf Investitionen in den Vereinigten Staaten" (Europäische Dokumentation 1972, Die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten von Amerika).

91) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 178 ff.

92) Zit. nach: Informatorische Aufzeichnungen, Brüssel, im Juni 1972. Die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten.

93) A. W. Kirsanow, a. a. O., S. 182.

1) Parteivorstand der SPD, Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 bis 1985 (Langzeitprogramm-Entwurf, im folgenden abgekürzt LZP), Bonn 1972, S. V.

Zur Einordnung des LZP in die programmatische Entwicklung der SPD ist hier ein kurzer Rückblick notwendig, zumindest bis zum Godesberger Programm (1959), das im LZP als Ausgangspunkt und Richtlinie genannt wird [2]).

Bereits mit dem Godesberger Programm wurde eine entscheidende Absage an noch vorhandene und von fortschrittlichen Teilen der Partei vertretene marxistische Positionen [3]) und den Kampf für die Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse mit der Perspektive des Sozialismus erteilt und die „Volkspartei" proklamiert. In der Folge wurden mit den „Perspektiven der SPD im Übergang zu den siebziger Jahren" [4]) alle programmatischen Schritte an der Erhaltung, Entwicklung und Sicherung des spätkapitalistischen Systems der BRD ausgerichtet.

Der Eintritt der SPD in die Große Koalition und damit das Regierungsbündnis mit der CDU/CSU, das zwar die Teilnahme an der Staatsführung brachte, aber unter Bedingungen, wogegen sich eine wachsende innerparteiliche Opposition fortschrittlicher Teile der SPD, insbesondere aus den Gewerkschaften und den Jusos, mobilisierte, führte in den programmatischen Vorstellungen der Partei zur weiteren Identifizierung mit dem bestehenden bürgerlichen Staat. Diese Entwicklung nahm unter der sozial-liberalen Koalition weiter zu, bedingt durch eine von Sozialdemokraten mitgetragenen Regierungspolitik, die sich in weiten Bereichen direkt gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung richtet und in ihrer objektiven Funktion zur Stabilisierung der bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse dient und damit Politik im Interesse des Großkapitals ist, wobei notwendigerweise auch partielle Verbesserungen für die Werktätigen durchgesetzt werden. Beispiele der Regierungspraxis sind: die weitere Verstärkung der Rüstung, Subventionen für die Großkonzerne (z. B. Ruhrkohle) und sie begünstigende Steuerpolitik, Konjunkturabgaben der Lohn- und Gehaltsempfänger, die „Konzertierte Aktion" und die massiven Einwirkungen zugunsten des Kapitals auf berechtigte Lohnforderungen in den Tarifauseinandersetzungen mit Lohnleitlinien etc. wie auch die ganze Reihe gesetzlicher Maßnahmen im Sinne politischer Disziplinierung [5]).

Diese Politik gegen die objektiven Interessen der arbeitenden Bevölkerung erfuhr wachsenden Widerspruch auch in der SPD, deren Mitgliederschaft sich zum übergroßen Teil aus der Arbeiterklasse rekrutiert. Durch zunehmende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen wurde auch der Konflikt zwischen den entgegengesetzten Klassenpositionen innerhalb der Partei stärker vorangetrieben.

Die Einrichtung der Parteiführung auf eine lange Zukunft als Regierungspartei brachte einerseits verschärfte Konflikte hinsichtlich der Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen für die Regierung (z. B. Steuerreform, Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung etc.) mit sich, andererseits zunehmend die Tendenz der „regierungsverantwortlichen Sozialdemokraten", innerhalb der Partei das als Programmatik durchzusetzen, was ihrer Ansicht nach auch „durchsetzbar" ist.

In diesem widersprüchlichen Prozeß entstand der Entwurf für ein Langzeitprogramm der SPD, ausgehend von einem Beschluß des Saarbrücker Parteitages 1970 und erarbeitet von einer Kommission unter Leitung von Helmut Schmidt. Die vom Parteivorstand eingesetzte Kommission mit Helmut Schmidt, Hans Apel, Holger Börner, Klaus-Dieter Arndt u. a. als Exponenten des rechten Flügels der

2) Vgl. Protokoll des Saarbrücker Parteitages der SPD 1970, Antrag 1335 (LZP), S. 1204 f, und LZP, S. VII.
3) Vgl. Protokoll des Godesberger Parteitages der SPD 1959, Diskussion um ein Grundsatzprogramm, z. B. Antrag 95 Kreisverband Marburg-Stadt: Entwurf für ein Grundsatzprogramm, S. 545 ff.
4) Vgl. Horst Ehmke (Hrsg), Perspektiven: Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, Reinbek 1969 (rororo 1205).
5) u. a. BGS-Gesetz, Verfassungsschutzgesetz, Berufsverbote.

SPD und den Alibi-„Linken" Jochen Steffen (der sich nachträglich weitgehend von dem Entwurf distanzierte) und Rudi Arndt (der für die Partei die Auseinandersetzung mit den marxistisch-orientierten Jusos in Frankfurt forciert) mußte der SPD-Führung die Gewähr für ein Programm geben, das nicht über den Rahmen der Stabilisierung und Weiterentwicklung des bestehenden Systems hinausgeht, gleichzeitig aber auch darin bestimmte Reform-, Konfliktregulierungs- und Integrationsansätze einbezieht, worauf im weiteren noch einzugehen sein wird.

I

Prämissen, Zielvorstellungen und Methodik

Der Saarbrücker Parteitag der SPD 1970 faßte den Beschluß zur Berufung einer Kommission durch den Parteivorstand, „... die auf der Grundlage des Godesberger Programms ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm erarbeitet, das konkretisiert und quantifiziert sein muß" [6]). Davon ausgehend, setzt Helmut Schmidt in der Einführung des LZP die Akzente für den Entwurf „... der sich nicht auf verbale Aussagen beschränkt, sondern für drei Bundestags-Legislaturperioden — die voraussichtlich verfügbar zu machenden volkswirtschaftlichen Ressourcen in den Blick fassend — quantifiziert eine Verschiebung der Schwerpunkte in der Verwendung des Sozialproduktes zum Ziele nimmt" [7]).

Die Notwendigkeit „quantifizierenden Planungsdenkens in programmatischen Aussagen der SPD" und dessen Identität mit den Aufgaben des Ausbaus staatlicher Lenkung im kapitalistischen System der BRD begründet Schmidt „... mit dem Erfahrungsprozeß ..., den wir seit 1966 als mittragende und seit 1969 als führende Regierungspartei erlebt haben, ... mit allen Unvollkommenheiten und Kinderkrankheiten" [8]).

Von diesen Prämissen ausgehend, ist zu prüfen, mit welchem konkreten politischen Inhalt die „Grundwerte" des Godesberger Programms „Freiheit, Gleichheit und Solidarität" [9]) im LZP-Entwurf gefüllt werden sollen. Im Godesberger Programm selbst wird trotz der Häufigkeit der zentralen Begriffe „Freiheit, Gleichheit und Solidarität" ihre klassenspezifische Bestimmung und damit ihre Parteilichkeit nicht ausgewiesen. So heißt es dort beispielsweise: „Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen" [10]). Zunehmende Technisierung und Organisierung sind nicht gleichzusetzen mit neuen Abhängigkeiten und Freiheitsbedrohungen, sondern diese entstehen erst dadurch, daß Technik, Produktion und Organisation von Produktion und Distribution von einer kleinen Schicht von Kapitaleignern beherrscht werden, deren Ziel die Erhöhung ihres Profits und ihrer Macht ist und in deren ökonomischer Abhängigkeit sich die große Masse der arbeitenden Bevölkerung befindet.

Wie unterschiedlich die „Freiheiten" sind und in welcher Abhängigkeit sich die der einen von denen der anderen befinden, drückt das Godesberger Programm in einer Formulierung aus, die wörtlich im LZP übernommen wurde: „Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Politik" [11]). Weiter wird im LZP definiert: „Wir wissen die Entscheidungen

6) Protokoll, a.a.O., Antrag 1335, S. 1204.
7) LZP, S. VII.
8) LZP, S. VII.
9) Vgl. Grundsatzprogramm der SPD, Bonn 1959, S. 7 ff.
10) Ebd., S. 8.
11) LZP, Textziffer 4 (im folgenden abgekürzt TZ).

der vielen autonomen Entscheidungsträger nicht im voraus. Wir wollen sie auch nicht unmittelbar bestimmen. Darin besteht unser freiheitliches System" [12]). Der Lohnarbeiter ist genauso „autonom" wie der Kapitalist, und die „Freiheit" besteht darin, daß der Lohnarbeiter Lohnarbeiter und der Kapitalist Kapitalist bleibt, der eine das Produkt herstellt und der andere es sich aneignet. Würden die Begriffe des Godesberger Programms und des LZP klassenmäßig im Interesse der abhängig Beschäftigten inhaltlich gefüllt, so müßte daraus unumgänglich eine Politik abgeleitet werden, die sich gegen die herrschende Kapitalistenklasse richtet, denn die „Freiheit, Gleichheit und Solidarität" der Flick, Thyssen, Krupp, Springer etc. ist unvereinbar mit der der arbeitenden Bevölkerung, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt und die jede Verbesserung ihrer Situation hart erkämpfen muß. Klassenmäßige Anwendung dieser Begriffe für die Arbeiterklasse kann also in der politischen Praxis und der Programmatik nur bedeuten, die bestehenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse zu verändern. Im „konkretisierten und quantifizierten" LZP werden derartige Ziele nicht angegeben. Das Begriffsinstrumentarium des Godesberger Programms bleibt im LZP ebenso abstrakt und damit in der Anwendung und Zielsetzung konkret auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse, d. h. Stabilisierung und Perfektionierung des monopolkapitalistischen Systems der BRD, verbal verbrämt mit „Fortschrittlichkeit" und „Reformwille".

Aus diesen Voraussetzungen heraus ist es deshalb politisch-ökonomisch konsequent und ideologisch notwendig, die „Grundlagen des Programms" [13]) in allgemeine und ohne analytische Grundlage wohlklingende Formulierungen zu fassen, deren konkrete Aussage sehr gering, die aber in ihrer Widersprüchlichkeit offensichtlich sind. „Die Existenzbedingungen der Menschen verändern sich immer schneller. ... Neue Bedürfnisse und technologische Entwicklungen sind dafür ursächlich" [14]). Weiter wird von Veränderungsprozessen gesprochen, die den gesellschaftlichen Wohlstand sichern, deren Widersprüchlichkeit jedoch konzediert werden muß: „Andererseits erzeugen sie (die Veränderungsprozesse, d. Verf.) zusätzlich soziale und strukturelle Probleme in unserer Gesellschaft" [15]). Die Ursachen, die in der Klassenstruktur dieser Gesellschaft liegen, in der die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch die private Aneignung und Verfügung der bewußten Anwendung für die allseitige gesellschaftliche Entwicklung entzogen wird, bleiben jedoch außerhalb des Horizonts des LZP. Seine Prämissen und Zielvorstellungen gehen von den bestehenden ökonomischen, politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnissen in der BRD aus, leisten eine in diesem Rahmen mehr oder weniger realistische Einschätzung (darauf wird im folgenden noch eingegangen) und den Versuch einer Perspektivplanung für dieses System.

Die völlige Identifizierung mit dem bestehenden System ist dann auch die Grundlage für die Planungsmethode, deren sich die LZP-Kommission bediente.

Bewußt wird auf eine *Gesellschaftsanalyse*, die die Grundlage jeglicher auf Veränderung zielender Planung sein muß, verzichtet. So warnt Schmidt vor „geschichtsphilosophisch orientierten, nur scheinbar analytischen Globalbetrachtungen" [16]), und im genannten Programmentwurf ist keine Aussage zur Klassenstruktur der BRD-Gesellschaft zu finden. Politische und ökonomische Machtverhältnisse werden nicht untersucht. Die als „ungerecht" apostrophierte Ver-

12) Ebd.
13) LZP, TZ 9—11.
14) Ebd.
15) Ebd.
16) LZP, S. VIII.

mögensverteilung wird zwar konstatiert [17]), doch wird weder ihr Zustandekommen, das eben im kapitalistischen Charakter der herrschenden Ordnung begründet liegt, analysiert, noch werden daraus Schlüsse auf die Machtverteilung in unserer Gesellschaft gezogen.

Mit dem Verzicht auf jegliche politisch-ökonomisch analytische Betrachtung wird die gegenwärtige Gesellschaftsordnung a priori gesetzt. Von dieser Setzung aus wird dann das Planungsinstrumentarium entwickelt, das dann logischerweise diesen Rahmen nicht mehr überwinden kann. Daß bereits in diesem Ansatz eine Revision des Godesberger Programms erfolgt, welches im Teil „Eigentum und Macht" [18]) wenigstens ansatzweise den Konzentrationsprozeß des Kapitals und die daraus erwachsenen Folgen für die gesellschaftlichen Machtverhältnisse analysiert und dementsprechend die „Bändigung der Macht der Großwirtschaft" [19]) fordert, sei hier nur am Rande bemerkt.

Die Planungsmethodik entspricht dieser fraglosen Hinnahme des Bestehenden bis ins Detail: Zuerst versuchte die LZP-Kommission, auf der Grundlage der gesammelten Parteibeschlüsse lediglich eine Kostenrechnung für die Realisierung dieser Beschlüsse zu erstellen. Bald ging die Kommission jedoch dazu über, „unter Einbeziehung von wissenschaftlichen Bedarfsprojektionen und Problemanalysen programmatische Konzepte zu entwickeln" [20]), die dann von einer „Ressourcen-Gruppe" auf ihre ökonomische Verwirklichung geprüft wurde. Diese Ressourcen-Gruppe erstellte den ökonomischen Rahmen mittels bürgerlich-volkswirtschaftlicher Prognosetechniken, also der Trendberechnung (ceteris paribus) und der Extrapolation des Bruttosozialprodukts. Die Daten übernahm man der Einfachheit halber gleich von der Bundesregierung [21]).

Planung heißt hier also nicht bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Realität nach programmatischen Kriterien auf der Grundlage einer umfassenden politisch-ökonomischen Analyse, sondern gerät hier zum technokratisch-pragmatischen Lenken der Investitionsströme bei vorgegebenen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts. Der Anteil des öffentlichen Sektors soll bei einer mit 4,5—5 % angenommenen jährlichen Steigerungsrate des BSP mit über 6 % überproportional steigen, und alle Mängel, die dem System anhaften, werden auf dem Wege der verstärkten Investitionstätigkeit des Staates gelöst.

Der Stein der Weisen ist gefunden. Arbeitsplatzunsicherheit, Bildungsmisere, Armut, Umweltschäden und Kriminalität, all jene Phänomene dieses monopolkapitalistischen Systems, werden vermittelst einiger Prozente mehr vom Bruttosozialprodukt für den Staat beseitigt. Wer da noch behaupten will, die Veränderung der Gesellschaftsstruktur, die Entmachtung der Monopoleigner sei notwendig, um eine grundlegende Verbesserung der Lage der werktätigen Menschen zu erreichen, hängt jenen „religiösen Utopien" an, vor denen Helmut Schmidt eindringlich warnt [22]).

Ein aktives Eingreifen in den ökonomischen Prozeß im Sinne gesamtgesellschaftlicher, an den Interessen der übergroßen Mehrheit des Volkes orientierter Planung findet nicht statt; denn der „Spielraum" für die Planung „war und ist ökonomisch begrenzt. In der Kommission — und ich bin sicher: auch in der Mitgliedschaft dieser Partei und in der Öffentlichkeit — fand sich niemand von Urteils-

17) LZP, TZ 183, 18.
18) Grundsatzprogramm der SPD, a.a.O. S. 14 ff.
19) Ebd., S. 14.
20) LZP, S. VIII.
21) Vgl. LZP, S. IX.
22) LZP, S. V.

kraft bereit, etwa einen höheren Anteil der öffentlichen Hände am Bruttosozialprodukt als von uns angestrebt zu postulieren" [23]). Nun sehen nach wie vor relevante Teile der Mitgliedschaft der SPD in der Vergesellschaftung der Produktion, und somit in einem allerdings erheblich „höheren Anteil der öffentlichen Hände am BSP", den einzigen Weg zu einer demokratischen Gesellschaft, die den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen umfassend Rechnung trägt, aber nach Schmidt gibt es zum LZP im „politischen Rahmen der SPD" keine Alternativen, „es ging eben um ein Mehr oder Weniger" [24]).

Gesellschaftlicher Fortschritt wird auf ein Wachstumsproblem reduziert: „Die wichtigste Voraussetzung für die spätere Verwirklichung (gemeint ist die Lösung der „Aufgaben der Gesellschaft", d. Verf.) ist eine relativ hohe Wachstumsrate des Sozialprodukts" [25]). Bei diesem Prozeß, in den nicht mehr lenkend eingegriffen werden soll — „die SPD lehnt eine umfassende Einzelplanung des privaten Bereiches ab" [25a]) — soll niemandem „etwas genommen" werden [26]). Diese Versicherung bezieht sich eindeutig auf diejenigen 0,7 % der Bevölkerung, die über mehr als 70 % des Produktivvermögens verfügen, denn den mehr als 80 % abhängig Arbeitenden soll zur Finanzierung der „Reformen" per Steuererhöhung durchaus „etwas genommen" werden [27]).

Die Antwort auf die Frage, wem eine solche Planung, wie sie im LZP betrieben wird, nützt, ist offenkundig: die Grundlagen des kapitalistischen Systems, die Herrschaft der Monopolbourgeoisie über die Quellen gesellschaftlichen Reichtums, über die Produktionsmittel und natürlichen Ressourcen, die dieser zahlenmäßig immer dünner werdenden Schicht eine ungeheure ökonomische und politische Machtentfaltung gestattet, wird nicht angetastet. Jedes Wachstum und jede Produktivitätssteigerung dient unter diesen Bedingungen aber einzig der Profitmaximierung der Kapitaleigner. Der Verdacht, staatliche Planung im Sinne des LZP führe zum Sozialismus, wie ihn die CDU bisweilen äußert [28]), ist angesichts dieser Tatsachen absurd.

Planung allein ist noch kein Kennzeichen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung; das LZP stellt auch ganz richtig fest, daß die Frage, „ob Gesellschaftspolitik langfristig geplant werden soll oder nicht", in der BRD bereits entschieden ist: „Es wird geplant" [29]).

Diese kapitalistische Planung entspringt den Notwendigkeiten der ökonomischen Entwicklung im Zuge der Monopolisierung des Kapitals, verstärkt durch die Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diente zur Zeit des Konkurrenzkapitalismus der Staat lediglich zur Sicherung der allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion, beschränkte sich somit seine Funktion im wesentlichen auf politische und ideologische Aufgaben, so ist heute das planvolle Eingreifen des Staates in den ökonomischen Bereichen selbst eine notwendige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Verwertungsprozesses.

Die Konzentration und Zentralisation eines stets wachsenden Teils der gesellschaftlichen Produktion und des Kapitals bei wenigen Großkonzernen, die Kontinuität einer überdurchschnittlichen Profitrate als bestimmendem Zweck jeder wei-

23) LZP, S. X.
24) LZP, S. X.
25) LZP, S. XIX.
25a) LZP, TZ 14.
26) LZP, TZ 28.
27) Vgl. LZP, TZ 20.
28) Vgl. Äußerung des ehemaligen schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Narjes, der das LZP als „Bekenntnis der SPD zum Sozialismus" wertete. Zit. nach „Stuttgarter Zeitung" v. 23. 6. 1972 in: Langzeitprogramm 2 — Kritik —, Bonn 1972, S. 60.
29) LZP, TZ 3.

teren Produktion und Kapitalakkumulation sowie die Fähigkeit, durch umfassende ökonomische und außerökonomische Macht diese Profitrate zu sichern, kennzeichnen das Wesen des in der BRD bestehenden monopolistischen Kapitalismus [30]). Staatliche Investitionstätigkeit und staatliche Planungsprozesse erweisen sich bei der Finanzierung der Produktion (vor allem der Forschungs- und Entwicklungskosten) und der Akkumulation (durch Steuererleichterungen, Subventionen) sowie durch die Vergesellschaftung der allgemeinen Kosten der kapitalistischen Großproduktion (Ausbau der Infrastruktur, des Bildungswesens etc.) als notwendige Quelle der Monopolprofite. Besonders die Entwicklung der Wissenschaft zur Produktivkraft und damit ihre unmittelbare Einbeziehung in den Produktionsprozeß macht das Eingreifen des Staates erforderlich, da die Entwicklung und Anwendung moderner wissenschaftlicher Technologien oftmals die Kapitalkraft selbst der größten Konzerne übersteigt (Grundlagenforschung, Kernforschung, Luftfahrttechnik). Zunehmend versucht der Staat mit Hilfe eines Konjunkturinstrumentariums, mit „antizyklischer Wirtschaftspolitik", seine ökonomische Potenz zur Krisenregulierung einzusetzen. Zunehmend verschmilzt so die politische und ökonomische Macht der Monopole mit der des Staates [31]).

Auf diesem Hintergrund betrachtet, ist das LZP der konsequente Versuch einer langfristigen staatsmonopolistischen Planung, was seine weitere Bestätigung auch in der Prioritätensetzung für die staatlichen Investitionsmaßnahmen findet. Dort stehen die für die Monopole unprofitablen, aber höchst notwendigen infrastrukturellen Bereiche wie Bildung und Wissenschaft und Verkehr an der Spitze, dicht gefolgt von direkten Subventionsleistungen und Konzentrationshilfen unter dem Titel „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur" [32]).

Es bleibt in diesem Zusammenhang anzumerken, daß diesem Planungsversuch all diejenigen prinzipiellen Mängel anhaften, die eine umfassende gesellschaftliche Planung unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich machen [33]). Da auch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus keineswegs beseitigt hat — die schweren Strukturkrisen (Kohle, Textil) zeigen das ebenso wie die seit Jahren andauernde Währungskrise —, sondern die Krisen durch den Konzentrationsprozeß noch in ihren Auswirkungen verschärft werden, kann eine Planungsmethode, die auf einer kontinuierlichen Steigerung des BSP basiert und Krisen a priori ausklammert, den Realitäten der kapitalistischen Produktionsweise nur ungenügend Rechnung tragen. Das erkennen — wenigstens teilweise — auch die Autoren des LZP, wenn sie zugeben, daß die Preisstabilität nicht zu sichern sei [34]).

Neben der unmittelbar ökonomischen Funktion kommt dem LZP auch eine Bedeutung für die politisch-ideologische Absicherung der Herrschaft der Monopole zu.

Zum ersten wird das Bild einer krisenfreien, von wirtschaftlicher Prosperität geprägten Zukunft gezeichnet, in der die sozialen und materiellen Bedürfnisse aller Bürger durch Steigerung der Staatsausgaben optimal befriedigt werden. Durch Partnerschaftsideologie und Verschleierung der wirklichen Besitz- und Macht-

30) Vgl. zum folgenden: Boccara, u. a., Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt 1972; Autorenkollektiv, Imperialismus der BRD, Berlin 1971; Wygodski, Der gegenwärtige Kapitalismus, Köln 1972; Statistisches Material zur Kapitalkonzentration bei Jörg Huffschmid, Politik des Kapitals, Frankfurt 1969.

31) Die zunehmende Verflechtung zwischen Monopolen und Staat findet auch ihren personellen Ausdruck: Führende Monopolvertreter sitzen im Bundestag, in Regierungskommissionen und in den Ministerien selbst. Besonders berühmt geworden war die Berufung des Thyssenmanagers Mommsen zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Diese personelle Verflechtung will die SPD-Führung weiter fördern, fordert sie doch im LZP, daß der „Personalaustausch zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst ... nicht unnötig kompliziert werden" darf (TZ 19).

32) LZP, Unsere Prioritäten, TZ 250—262.

33) Vgl. dazu: Jürgen Kuczynski, Propheten der Wirtschaft, Berlin (DDR) 1970.

34) LZP, TZ 30.

verhältnisse wird den Werktätigen vorgegaukelt, es bedürfe nicht mehr der Klassenkämpfe zur Vertretung der eigenen Interessen, sondern eine „Politik der inneren Reformen" werde „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit" auf parlamentarischem Wege sichern.

Zum zweiten wird versucht, die Arbeiter mit einer Unzahl von allerdings vage bleibenden Reformversprechungen in das bestehende System zu integrieren. Da wird von gerechterer Vermögensverteilung, von besserem Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung und Arbeitslosigkeit [35]) gesprochen, von Mitwirkung der Bevölkerung bei der gesellschaftlichen Planung [36]), doch die Voraussetzung für die Realisierung dieser Versprechen wäre eine Politik, die auf die Überwindung des kapitalistischen Profitprinzips orientiert. Da die Verfasser jedoch nicht etwa die Abschaffung der kapitalistischen Klassenherrschaft, sondern im Gegenteil ihre Effektivierung und Verfeinerung betreiben, bleibt von diesen Versprechungen nichts als integrationistische Demagogie.

II

Wirtschaftsstruktur

In konsequenter Anwendung der Methode, Gesellschaftsanalyse bewußt auszuschließen, wird im LZP auf die „Wirtschaftsstruktur" und den „Strukturwandel" eingegangen. Von den bestehenden Eigentums- und Machtverhältnissen ausgehend, werden hier die Instrumentarien staatsmonopolistischer Regulierungspolitik für die Erhaltung und Verbesserung der laut LZP zugestandenermaßen partiell kranken Marktwirtschaft entwickelt [37]), zu der ein eindeutiges und grundsätzliches Bekenntnis abgelegt wird [38]).

Die immanente Widersprüchlichkeit der Marktwirtschaft insbesondere unter monopolkapitalistischen Bedingungen und die dadurch bedingte verstärkte Aktivität des Staates im Dienste des Gesamtkapitals und der Aufrechterhaltung der allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird im LZP ausdrücklich formuliert und bestätigt. „In einer fortschrittlichen Marktwirtschaft müssen Wettbewerb und öffentliche Planung einander ergänzen" [39]).

Wettbewerb steht hier für die ökonomische Aktivität der Monopole, für den allgemeinen Konzentrationsprozeß des Kapitals und für die Forcierung dieser Tendenz [40]), die gesetzmäßig aus den Bedingungen der kapitalistischen Produktion und der Entwicklung der Produktivkräfte erwächst. Demzufolge heißt hier „öffentliche Planung" bewußtes Handeln des Staates (politisch wie auch mit seiner ökonomischen Potenz, z. B. über den Haushalt) überall dort, wo der Monopolisierungsprozeß und die Profitwirtschaft der Ergänzung und Regulierung bedürfen, und dies mit den Mitteln, die durch Besteuerung der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden. Im LZP wird dieser Prozeß verschleiert, indem einerseits „Probleme" des Wettbewerbs angeführt werden, die jedermann offensichtlich sind, andererseits als „Lösung" z. B. die „Förderung der Mobilität von Arbeit und Kapital" [41]) angeboten wird; was nur bedeuten kann, die Arbeitskraft noch stärker an den Produktionsprozeß anzupassen und den gesetzmäßigen Akkumulations-

35) LZP, TZ 58.
36) LZP, TZ 23.
37) Vgl. LZP, TZ 172.
38) Vgl. LZP, S. VI, und TZ 14.
39) LZP, TZ 171.
40) Dazu: Eugen Loderer in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 10/1972, S. 615: „Wir sehen, daß der fortschreitende Konzentrationsprozeß die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft längst in Frage gestellt hat."
41) LZP, TZ 172.

prozeß zu fördern, eine Notwendigkeit, die unverzichtbarer Bestandteil staatsmonopolistischer Aktivität ist.

Eingehend auf die Problematik der kleinen und mittleren Unternehmer, deren Perspektive in dem oben beschriebenen Prozeß [42]) größtenteils die des langsamen aber sicheren Untergangs ist, bietet das LZP neben dem „... gleichen Zugang zum Kapitalmarkt wie Großunternehmen ..." [43]), ohne dies auszuführen, an: „Durch Unternehmerschulung kann der Vorsprung der Großunternehmen im Management ausgeglichen werden" [44]). Verbale Naivität ist hier Ausdruck der ideologischen Verbrämung eines sich objektiv vollziehenden ökonomischen Gesamtprozesses, eine Variante, die sich durch das gesamte LZP zieht.

Die offensichtlichen „Mängel" der Marktwirtschaft, die für die große Mehrheit der Bevölkerung täglich spürbar werden (z. B. im Verkehrswesen, als Umweltverschmutzung, mangelnde Heilfürsorge, teures Wohnen und Bodenspekulation etc.), sind ursächlicher Ausdruck der privaten Verfügung über die Produktion und deren konkrete Auswirkungen. Diese somit im Wirtschaftssystem begründeten „Mängel" sind mit den Mitteln des LZP nicht zu beseitigen.

Daraus folgend, ergeben sich aus den Perspektiven des LZP, besonders aus den Ausführungen zur Wirtschaftsstruktur, keine grundsätzlichen Veränderungen für die Lage der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen der BRD. Die zentrale Frage der Arbeitsplatzsicherheit wird im LZP so beantwortet: „Er (der Staat, d. Verf.) hat den einzelnen ... vor Diskriminierung, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit zu schützen" [45]). Wie dies geschehen soll in einem System, in dem die wirtschaftliche Krise und damit auch die „Freisetzung von Arbeitskräften" fester Bestandteil und dessen Wesensmerkmal die Ausbeutung der Lohnarbeiter durch das Kapital ist, bleibt offen. Eine solche Programmaussage für eine Partei, deren Mitglieder fast ausschließlich abhängig Beschäftigte sind, beinhaltet einen gewissen Zynismus. Wird einerseits ausgeführt: „83 v. H. der Erwerbstätigen sind in abhängiger Arbeit beschäftigt" [46]), gleichzeitig auch festgestellt: „Arbeitnehmer sind darauf angewiesen, daß sie von Arbeitgebern beschäftigt werden" [47]), und „tatsächlich ist jedoch der einzelne Arbeitnehmer der Schwächere" [48]), so bietet das LZP zur „Behebung" dieser Situation Verbesserungen im Arbeitsrecht und die Schaffung eines „einheitlichen Arbeitsgesetzbuches" an. Daß dadurch ein derartiges Problem nicht gelöst wird, leuchtet jedem ein, der bei seinen Betrachtungen die Machtverhältnisse und die Verfügungsgewalt in dieser Gesellschaft berücksichtigt, die mit juristischen Mitteln nicht zu lösen sind.

Partielle Verbesserungen im Arbeitsrecht liegen hier sicherlich im Bereich des „Machbaren", doch „Arbeitslosigkeit und Ausbeutung" können dadurch nicht verhindert werden.

In der Frage der Vermögensbildung zeigt sich besonders deutlich, daß es den Verfassern des LZP nicht um eine Veränderung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung geht. Festgestellt wird: „Eine der großen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft ist die Verteilung des Produktivvermögens" [49]). Wohl „eine" Ungerechtigkeit wie so viele andere? Auf die grundlegende Bedeutung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und des Eigentums daran für die

[42]) Man vergleiche die Zahlen der jährlich schließenden Betriebe dieser Gattungen.
[43]) LZP, TZ 169.
[44]) Ebd.
[45]) LZP, TZ 58.
[46]) LZP, TZ 62.
[47]) Ebd.
[48]) Ebd.
[49]) LZP, TZ 183.

gesellschaftlichen Verhältnisse wird nicht eingegangen. Die politische und ökonomische Macht des Kapitals beruht auf dem Privateigentum am Produktivvermögen. Die Frage nach einer Verteilung ist damit immer eine Frage nach der Grundlage des Systems und kann auch nur als solche beantwortet werden. Unter kapitalistischen Bedingungen ist eine wirkliche Veränderung der Verfügung über die Produktionsmittel zugunsten der arbeitenden Bevölkerung immer Ergebnis und Ausdruck der Entwicklung der gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen und Kampf um die Aufhebung der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalistenklasse. Von dieser Zielsetzung ist im LZP jedoch keine Rede.

Weiter heißt es dann zur Vermögensbildung: „Wir Sozialdemokraten wollen einen Teil des Vermögenszuwachses, der durch den gemeinsamen Einsatz von Arbeit und Kapital entsteht, denen, die diesen Zuwachs mit erwirtschafteten, zur Verfügung stellen" [50]). Sieht man von dem Fehler der Gleichsetzung von Arbeit und Kapital im Produktionsprozeß ab, so wird hier dennoch die klare Absicherung der bestehenden Vermögensverteilung gewährleistet und lediglich von einem Teil des Zuwachses gesprochen, der zur „Verteilung" gelangen soll. Dieser kann jedoch nach den Prämissen des LZP nur vorenthaltener Lohn sein, der zudem in der Verfügungsgewalt des Kapitals bleibt. Eben das ist vorgesehen [51]). Eine reale Veränderung der Vermögensverteilung bleibt also ausgeschlossen.

Funktion dieses LZP-Teils kann es nur sein, Hilfestellung für eine kleinbürgerliche Ideologisierung — „jeder ein kleiner Kapitalist" — zu sein, zumindest den Versuch zu unternehmen, das Gefühl der Beteiligung und damit der Identifizierung mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen zu vermitteln. Derartige Integrationsversuche haben aber eine Ambivalenz, auf die unten im Abschnitt „Perspektiven" noch eingegangen wird.

Insgesamt lassen sich die Aussagen zur Wirtschaftsstruktur als bewußte Versuche einer planmäßigen Fortschreibung des Systems begreifen, die, wenn auch notwendigerweise widersprüchlich, Ausdruck staatsmonopolistischer Politik sind.

Demokratisierung

Mit der Darstellung der vom LZP und seinen Autoren intendierten Wirtschaftsordnung ist auch der Rahmen angegeben, in dem sich Reformen zur Demokratisierung der Gesellschaft bewegen können. Denn inwieweit eine Demokratisierung im Sinne der Erweiterung der Rechte der Werktätigen möglich ist, bestimmen die ökonomischen Verhältnisse. So schreibt der SHB, dessen Programmatik hier als Ausdruck jener Kräfte in der Sozialdemokratie zitiert werden soll, die entsprechend den sozialistischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie eine Politik betreiben, die an den Interessen der Werktätigen ausgerichtet ist: „Sobald Teile oder schließlich die Mehrheit der Bevölkerung ihre ökonomischen und sozialen Interessen selbst erkennen und dabei Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser Interessen erlangen, stoßen sie auf den Widerstand der Monopole und ihrer politischen Statthalter. Unter diesen Bedingungen wird das Eintreten für die unmittelbaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung notwendig zum Ausgangspunkt für mehr Demokratie, d. h. für ein möglichst großes Maß an realer Einflußnahme der arbeitenden und lernenden Bevölkerung und ihrer Organisationen auf die sie betreffenden Entscheidungen, *und dieser Kampf hat die Macht der Monopole zum eigentlichen Gegner.* ... Daher ist es notwendig, daß der Kampf um mehr Demokratie zugleich ein Kampf gegen die Monopole und ihren Staat ist,

50) LZP, TZ 184.
51) Vgl. LZP, TZ 184.

also nur als Kampf gerichtet sein kann gegen das bestehende Ausbeutungssystem, mit der Perspektive der Errichtung des Sozialismus" [52]).

Auf der Grundlage der prinzipiellen Identifikation mit dem staatsmonopolistischen System ist eine echte Demokratisierung folglich nicht möglich, und so bewegen sich die im LZP erstrebten „Demokratisierungsmaßnahmen" gänzlich im Rahmen formaler bürgerlicher Demokratie, ohne die grundlegenden Herrschafts- und Machtstrukturen der BRD auch nur in Frage zu stellen.

Dem eigenen Anspruch: „Der Bürger soll auf die Entscheidungen Einfluß nehmen" [53]), widersprechen die Autoren noch im selben Satz, wenn sie behaupten, daß „im staatlichen Bereich ... dieser Einfluß weitgehend gesichert" [54]) ist. Der Einfluß der Bürger im staatlichen Bereich beschränkt sich in unserem Gesellschaftssystem auf die Möglichkeit, alle paar Jahre parlamentarische Vertreter zu wählen, die in ihrer Amtsausübung dann frei und „nur ihrem Gewissen unterworfen" [55]) sind, was in der Praxis bedeutet, daß sie „frei" vom Wählerwillen eine Politik nach ihrem Gutdünken oder nach den Interessen derjenigen Konzerne betreiben, die ihrer Gewissensentscheidung mit Beraterverträgen und Aufsichtsratsposten nachhelfen. Die Vorgänge, die zur Auflösung des 6. Deutschen Bundestages geführt haben, die Fraktionsüberläufer und die Affären um Beraterverträge und Korruptionsfälle, haben in aller Deutlichkeit gezeigt, wie es mit der Einflußnahme des Bürgers im staatlichen Bereich bestellt ist.

Zwar will „die SPD" nach den Worten der LZP-Autoren „zur Förderung des politischen Bewußtseins beitragen" [56]), doch soll dieser Bewußtwerdungsprozeß nicht etwa dahin führen, daß die Werktätigen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, sondern für das LZP ist „der Ort politischer Orientierung, Auseinandersetzung und Entscheidung" allein das Parlament: „Es kontrolliert die Regierung" [57]).

Der ideologische Gehalt dieser Sätze ist beträchtlich, denn weder ist das Parlament *der* Ort der Austragung von Klassenkonflikten, geschweige denn der einzige, noch fallen im Parlament die wichtigsten Entscheidungen. Vielmehr weisen selbst bürgerliche Parlamentarismus-Theoretiker auf die zunehmende Verlagerung der Entscheidungen auf die „vorparlamentarische Ebene" und den damit verbundenen Machtverlust der Parlamente hin.

Die Arbeiterbewegung hat die sozialen und politischen Rechte der Werktätigen nicht auf parlamentarischem Wege allein erstritten: diese Rechte konnten nur durch die Massenaktivitäten der Arbeiter selbst, verbunden mit einer agitatorischen und auf Ausnutzung der Widersprüche im bürgerlichen Lager abzielenden Parlamentstaktik erkämpft werden. Die Fixierung auf den bürgerlichen Parlamentarismus, wie ihn das LZP betreibt, beraubt die Werktätigen ihrer wirksamsten Waffe: der Entfaltung von Massendruck durch außerparlamentarische Aktivitäten. Geradezu lächerlich sind die „Reformen", die den Einfluß des Bürgers auf das Parlament erhöhen sollen, wie etwa der Ausbau des Petitionswesens [58]).

Massenaktionen der Betroffenen zur Durchsetzung sozialer und politischer Forderungen werden ausdrücklich verworfen. So heißt es in Textziffer 23: „Der wirtschaftlichen Macht der Wenigen kann die SPD nur die politische Macht durch die Wählerstimmen der Vielen entgegensetzen."

52) Grundsatzprogramm des SHB in: Ergebnisse der 10. o. BDV 3.—5. 11. 1972, hrsg. vom Bundesvorstand des SHB, Bonn 1972, S. 17.
53) LZP, TZ 209.
54) Ebd.
55) Grundgesetz, Artikel 38.
56) LZP, TZ 24.
57) LZP, TZ 211.
58) Vgl. LZP, TZ 214.

Wie gering in einem kapitalistischen System die „Wählerstimmen der Vielen" im Vergleich zur Macht der Monopole zu Buche schlagen, hat die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland deutlich genug gezeigt, und so ist den Frankfurter Jungsozialisten voll zuzustimmen, die in ihrer Kritik am LZP [59]) zu diesem Punkte schreiben, daß die Leichtfertigkeit erschreckend ist, „mit der hier, für alle sichtbar, das Feld für neue Niederlagen bereitet wird" [60]).

Die programmatische Ablehnung der Mobilisierung der werktätigen Bevölkerung für ihre eigenen Interessen wird auch an der Stellung zum Streik deutlich: statt der Betonung des Streikrechts als effektivstem Mittel der Arbeiter zur Erkämpfung ihrer sozialen und politischen Interessen finden wir die höchst defensive Formulierung, daß das „Streikrecht gewährleistet" bleibt. Von der Möglichkeit politischer Streiks wird im LZP verständlicherweise völlig abgesehen, würden sich solche Streiks doch auch gegen die Rechtssozialdemokratie und deren monopolorientierte Politik wenden. Wie sehr der rechte Flügel der SPD Massenaktionen der Arbeiter und die damit verbundenen Bewußtwerdungsprozesse, die sich dann letztlich gegen das kapitalistische System selbst richten, fürchtet, haben die politischen Massenstreiks anläßlich des Mißtrauensvotums der CDU/CSU im April 1972 gezeigt, die die SPD-Führung nach Kräften abzubiegen versuchte.

Bei aller Fixierung auf den formalen Parlamentarismus kann die SPD als eine Partei, die ihrer sozialen Struktur nach immer noch eine Arbeiterpartei ist, an den immer massiver vorgetragenen Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmung im Betrieb jedoch nicht vorbeigehen.

Nun geraten die Verfasser des LZP aber offenkundig in ein Dilemma: Zum einen müssen sie den Mitbestimmungsforderungen der Arbeiter Rechnung tragen, zum anderen darf aber diese Mitbestimmung nicht zu einer realen Beschneidung der Macht der Monopolherren führen. Der Ausweg, den die SPD-Führung in dieser Frage beschreitet, hat gewissermaßen rechtssozialdemokratische Tradition: Die Mitbestimmung im Sinne des LZP [61]) gerät zum Versuch, die Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren. Statt realer Einflußnahme der Arbeiter und ihrer Organisationen hat diese „Mitbestimmung" Konfliktregulierung zum Ziel: „Die Mitbestimmung will jedoch erreichen, daß die gegensätzlichen Interessen offen und fair ausgetragen werden. Eine so verstandene Mitbestimmung wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigen, sondern kann sie durch die Verminderung innerer Widerstände erhöhen" [62]). Dies wird besonders deutlich an der Aussage von Helmut Schmidt auf dem Dortmunder Wahlparteitag der SPD 1972: „Ich bin aus gewonnener Überzeugung nicht zuletzt deshalb für paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen, weil ich die Marktwirtschaft erhalten möchte." Nicht die Schaffung von Gegenmachtpositionen gegen das Kapital [63]) ist die Absicht, sondern die Effektivierung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Eine Festlegung auf das Montanmodell des DGB wird vermieden [64]), stattdessen finden wir die vage Formulierung, daß „in die Mitbestimmung ... die gewerkschaftlichen Organisationen einzubeziehen" sind [65]). Wobei gleichzeitig die Rolle der Gewerkschaften sich ändern soll: „Eine solche Aufgabenerweiterung wird jedoch nicht ohne Einfluß auf das Selbstverständnis der Ge-

59) Vgl. Jungsozialisten Frankfurt/Main, Bericht der Kommission „Kritik des Langzeitprogramms", Frankfurt 1972 (hektographiert).
60) Ebd., S. 11.
61) Vgl. LZP, TZ 228—238.
62) LZP, TZ 229.
63) Vgl. zu einer solchermaßen verstandenen Mitbestimmung: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, hrsg. vom IMSF, Köln 1971.
64) In TZ 234 heißt es ausdrücklich: „In der Frage der institutionellen Ausgestaltung der Mitbestimmung auf Unternehmensebene ist die SPD nicht festgelegt. ... Die Erfahrungen der Montanindustrie sind zu verwerten."
65) LZP, TZ 235.

werkschaften bleiben" [66]). Wie dieses neue Selbstverständnis aussehen soll, wird deutlich, wenn den Gewerkschaftsvertretern in den Aufsichtsräten die Aufgabe „der Kommunikation und Koordination zwischen Betrieb und gesamter Wirtschaft" [67]) zugewiesen wird.

Auch auf überbetrieblicher Ebene sollen die Gewerkschaften vom Kampfinstrument der Arbeiterklasse zum willigen Partner staatsmonopolistischer Formierung degradiert werden, deren Kompetenz auf das Aushandeln der Arbeitsbedingungen beschränkt werden soll: „Die Koalitionen (gemeint sind die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, d. Verf.) normieren durch Tarifverträge die Arbeitsbedingungen. ... Ansätze einer Kooperation zwischen Staatsorganisation und Koalitionen (Konzertierte Aktion) könnten weiterentwickelt" [68]) werden.

Ob diese Integrationsabsichten der SPD-Führung, gepaart mit dem Versuch, gewerkschaftliche Rechte auszuhöhlen, angesichts des wachsenden Klassenbewußtseins gerade der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Erfolg zeitigt, ist allerdings mehr als zweifelhaft, und die Vehemenz, mit der die Gewerkschaften ihre Forderungen auch an die neue sozial-liberale Bundesregierung richten, läßt bereits den Umfang der sich anbahnenden Konflikte erkennen [69]). Zur Mitbestimmung in anderen gesellschaftlichen Bereichen (Schulen, Medien, Universität) äußern sich die Verfasser des LZP wesentlich verschwommener — ein deutliches Indiz für die relative Schwäche der demokratischen Bewegung in diesen Bereichen, dergegenüber die SPD-Führer noch nicht zu verbalen Zugeständnissen wie gegenüber den mächtigen Gewerkschaften gezwungen sind: „Wir fordern und unterstützen neue Formen, die verschiedenen Gruppen in besonderen sozialen Gebilden mit speziellen Funktionen wie Hochschulen, Schulen, Massenmedien und Verbänden an den Entscheidungen beteiligen" [70]).

Doch selbst diese vage Formulierung ist geradezu fortschrittlich zu nennen, untersucht man erst die konkrete Füllung dieses Postulats.

Mit geradezu verblüffender Offenheit wird z. B. im Bereich der Medien jegliche Mitbestimmung der Journalisten über Bord geworfen, denn in totaler Umkehrung aller Bestrebungen, die Pressefreiheit durch Schutz der Redakteure vor den vom Profitinteresse bestimmten Eingriffen der Verleger zu sichern, fordert das LZP: „Die publizistischen Aufgaben und Belange der Journalisten müssen in Einklang mit den wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Inhaber gebracht werden" [71]). Daß hier auch eine völlige Verdrehung der medienpolitischen Beschlüsse der SPD vorliegt, in denen es heißt, daß „die publizistische Tätigkeit der Redaktion gegen Eingriffe, die aus den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Verlegers resultieren, zu sichern" sei, ist evident [72]).

Noch augenfälliger wird die Demagogie der Demokratisierungsversprechungen, wenn man die Aussagen des LZP mit der Praxis rechtssozialdemokratischer Regierungen vergleicht. Dieselben Politiker, die in entscheidendem Maße verantwortlich sind für die verfassungswidrigen Berufsverbote für Demokraten und Sozialisten, die Bedrohung all jener also, die sich konsequent für eine Demokratisierung unserer Gesellschaft engagieren, formulieren als Autoren des LZP, daß

66) Ebd.
67) Ebd.
68) LZP, TZ 236.
69) Stellvertretend für zahlreiche gewerkschaftliche Äußerungen dazu in letzter Zeit sei hier hingewiesen auf: Eugen Loderer, Reformprogramm und Lebensqualität, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 10/1972, S. 610—616.
70) LZP, TZ 237.
71) LZP, TZ 225.
72) Vgl. Beschlüsse zur Medienpolitik in: Protokoll des a. o. Parteitages der SPD 18.—20. 11. 1971 in Bonn, S. 808.

sozialdemokratische Politik dazu beitrage, „daß jeder Mensch vor Existenzgefährdung sicher ist und sich in diesem Bewußtsein an gesellschaftlichen Prozessen verantwortlich beteiligen kann" [72a]). Angesichts der existentiellen Gefährdung, der beispielsweise ein linkssozialdemokratischer oder kommunistischer Lehrer durch das Berufsverbot ausgesetzt ist, sobald er sich „am gesellschaftlichen Prozeß verantwortlich" beteiligt, grenzt dieses Postulat an Zynismus.

Was von den Demokratisierungs-Verheißungen dieses Programms zu halten ist, dürfte deutlich geworden sein. „Demokratisierung" im Sinne des LZP hat die wesentliche Funktion, Unzufriedenheit mit dem kapitalistischen System zu kanalisieren, die Mitbestimmungsforderungen der Werktätigen zum Mittel integrationistischer Konfliktregulierung zu verfälschen und die Arbeiterklasse durch partielle Zugeständnisse zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit ihren Ausbeutern zu bewegen.

Diese Integrationsstrategie hat allerdings einen ambivalenten Charakter, denn andererseits tragen die verbalen Versprechungen von „mehr Demokratie wagen" und „sozialer Gerechtigkeit" zur verstärkten Bewußtwerdung der Werktätigen bei, zumal die politische Praxis der sozialdemokratisch geführten Regierung die solchermaßen in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen kann und will. Eine Integrationsstrategie basiert zudem auf der Konzedierung partieller Zugeständnisse an die Interessen der Werktätigen, denn ohne einen solchen materiellen Boden würde der Versuch einer rein ideologischen Integration bald scheitern. Diese bescheidenen Zugeständnisse sind allerdings wichtige Ansatzpunkte der sozialistischen Kräfte in der BRD, deren Aufgabe darin besteht, diese Zugeständnisse als Gegenmachtpositionen im Massenkampf auszunutzen und so gegen ihre integrationistischen Urheber selbst zu wenden. Diese Ambivalenz, die ein Merkmal rechtssozialdemokratischer Integrationspolitik ist, kennzeichnet auch das LZP.

Bildungspolitik

Die Bildungspolitik hat im LZP Priorität. Sie rangiert in der Prioritätenliste an der Spitze und wird mit einer jährlichen Steigerungsrate von 9,2 % der staatlichen Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Technologie veranschlagt [73]). Der Grund für die bevorzugte Behandlung eines Bereichs, der bislang durch die krasseste materielle Misere gekennzeichnet ist — offen zutageliegend in der sozialen Unsicherheit der Schüler und Studenten durch unzureichende Ausbildungsförderung, in überhöhter Klassenfrequenz und Lehrermangel sowie in der völlig unzureichenden Ausstattung der Hochschulen und im Numerus clausus — [74]), findet sich in Textziffer 248: „In der Wirtschaft ist eine rasche Umsetzung wissenschaftlicher und technischer Ergebnisse zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung des Wirtschaftswachstums notwendig." Der bereits beschriebene Prozeß der Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft zwingt das staatsmonopolistische System zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verwertungsbedingungen zum verstärkten Ausbau des Bildungssektors. Die notwendigen Mittel für diesen unprofitablen Bereich stellt der Staat aus dem Steueraufkommen, das zum größten Teil die werktätige Bevölkerung erbringt, bereit. Allerdings sind die Verfasser des LZP bemüht, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten: „Die Verantwortung für das gesamtgesellschaftliche Reform-

[72a]) LZP, TZ 35.
[73]) Vgl. LZP, TZ 91, 250, 109.
[74]) Vgl. zum Hochschulbereich: Kampfthema Bildungsnotstand, hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften (vds), „Rote Reihe" 5, Bonn 1972.

programm verpflichtet die Bildungspolitik auch wegen der rasch ansteigenden Ansprüche an die öffentlichen Haushalte zu sparsamer und wirksamer Verwendung der Mittel" [75]). Welcher Art die „steigenden Ansprüche an die öffentlichen Haushalte" sind, zeigt ein Blick auf die Prioritätenliste: Die staatlichen Ausgaben für die Rüstung, die den Monopolen direkten Profit erbringt, stehen im Funktionenhaushalt für 1985 mit einem gleichbleibenden Anteil von 2,9 % vom Bruttosozialprodukt, was bei dem angestrebten Wachstum eine absolute Steigerung von 5 % bedeutet, an vierter Stelle [76]).

Bereits dieser Rahmen gibt an, in wessen Interesse Bildungsplanung betrieben werden soll. Und so verwundert es nicht mehr, wenn die „Nachfrage der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes" [77]) zum Maßstab für die Ausbildungschancen genommen werden.

An konkreten Forderungen für eine Neuordnung des Bildungswesens wird nach einer positivistischen und unvollständigen Schilderung der Mängel des bestehenden Bildungssystems [78]) ein Katalog struktureller Veränderungen entwickelt: Die Einführung von Vorschulerziehung, die Differenzierung der Ausbildungsgänge in der Sekundarstufe und das Bekenntnis zur Gesamtschule bleiben rein technokratische Strukturmaßnahmen, die den prinzipiellen Kriterien, die z. B. der DGB für eine demokratische Bildungsorganisation formuliert hat, keineswegs Rechnung tragen [79]). So fordert der DGB als Grundbedingung für eine Neuordnung des Bildungswesens eine umfassende Demokratisierung: „Im Rahmen des öffentlichen Auftrags des Bildungssystems muß die Selbstbestimmung der Lehrenden und Lernenden institutionell gesichert werden" [80]). Dazu findet sich im LZP kein Wort.

Die zentrale Frage einer demokratischen Bildungsreform, die Neubestimmung der Lehrinhalte und Studiengänge, wird im LZP lediglich mit dem nichtssagenden Satz „Unsere Bildungspolitik bezieht sich nicht nur auf die quantitativen Aspekte des Bildungswesens, sondern auch auf die Bildungsinhalte" [81]) behandelt.

Welche Inhalte nun beabsichtigt sind, wird verschwiegen. Die Forderungen des DGB nach einem Bildungswesen, „das Einsichten in gesellschaftliche Interessenskonflikte vermittelt und dazu befähigt, diese Konflikte in demokratischen Formen auszutragen. Dazu gehört auch, Interessen in Solidarität zu vertreten" [82]), oder die des vds nach Lehrinhalten, „die auf naturwissenschaftlich-technischem, politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet demokratischem Fortschritt dienen" [83]), werden jedenfalls mit diesem LZP nicht erfüllt. Im Gegenteil läßt das bewußte Ausklammern von Aussagen zu den Bildungsinhalten befürchten, daß damit der Formierung der Studien- und Lehrinhalte im Interesse der Herrschenden freie Hand gelassen werden soll.

Was die Reglementierung des Studiums angeht, so bedienen sich die LZP-Verfasser hier nicht solcher Zurückhaltung. Kurzstudienzeiten [84]) und verschärfte Selektion beim Hochschulzugang [85]) sowie Betonung des Leistungsprinzips charakterisieren diesen Teil.

---

75) LZP, TZ 107.
76) Vgl. LZP, TZ 265.
77) LZP, TZ 104.
78) Vgl. LZP, TZ 93.
79) Vgl. Bildungspolitische Vorstellungen des DGB, verabschiedet vom Bundesvorstand des DGB am 7. März 1972.
80) Ebd., S. 7.
81) LZP, TZ 94.
82) Bildungspolitische Vorstellungen des DGB, a.a.O., S. 5.
83) Sechs Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz, „Rote Reihe" 4, Bonn 1972, S. 45.
84) Vgl. LZP, TZ 105.
85) Vgl. LZP, TZ 104.

Kein Wort zur Personalstruktur an den Hochschulen, keine Ausführungen über Mitbestimmung in Lehre und Forschung. Doch nicht nur die Forderungen der demokratischen Studentenbewegung, sondern auch die der Lehrlinge werden mißachtet: Nach wie vor soll der duale Berufsausbildungsgang, der die Lehrlinge zum Ausbeutungsobjekt ihrer Lehrherren macht, beibehalten werden.

Auch in diesem Bereich bestätigt sich unsere eingangs erläuterte These, daß das LZP einen Versuch staatsmonopolistischer Planung darstellt, hier allerdings mit der Modifikation, daß im LZP präzise Aussagen zum Bildungswesen in der offenkundigen Absicht fehlen, die eigenen bildungspolitischen Maßnahmen flexibel dem Bedarf der Monopole anzupassen.

III

Konsequenzen und Perspektiven

Der Langzeitprogramm-Entwurf der SPD in der vorliegenden Fassung ist, wie oben im einzelnen nachgewiesen wurde, kein Programm für die werktätige Bevölkerung der BRD und kann dies auch durch einzelne Veränderungen nicht werden. Die Diskussion um eine Programmatik langfristiger Natur für eine Partei, deren soziale Basis in der Arbeiterklasse liegt, muß heute von den sozialistischen Kräften in der SPD, ausgehend von den sich real vollziehenden politischen, ökonomischen und ideologischen Prozessen in der Arbeiterklasse, den antimonopolistischen Schichten und ihrem Verhältnis zu den Inhalten und Strukturen der BRD-Gesellschaft, geführt werden.

Der darin liegende grundlegende Interessenwiderspruch zwischen abhängig Arbeitenden und der kleinen, aber mächtigen Gruppe der Besitzenden und Verfügenden ist in der BRD seit Mitte der 60iger Jahre zunehmend deutlicher in klassenmäßigen Auseinandersetzungen zum Ausdruck gekommen.

Mit der 66er Krise manifestierte sich nach Ablauf der Rekonstruktionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg schlagartig und für die Arbeiterklasse real fühlbar das Ende des von den Herrschenden verkündeten „krisenfreien und allgemeinen Wohlstand bringenden" Kapitalismus. Zunehmend schärfer wurden in den folgenden Jahren die Tarifauseinandersetzungen geführt und den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten mit Streiks Nachdruck verliehen, eine Folge der verstärkten Intensivierung der Ausbeutung unter zunehmenden allgemeinen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals.

Diese allgemeine Verschärfung der Widersprüche kennzeichnete nicht nur die politische Entwicklung in der BRD, sondern in besonderer Härte auch die anderer kapitalistischer Länder, insbesondere in Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien und auch Schweden. Das verstärkte Eintreten der werktätigen Bevölkerung, aber auch der lernenden Jugend (z. B. Studentenbewegung) und solcher Mittelschichten, die zunehmend mit den Monopolen und ihrem Staat in Konflikt geraten, für ihre Interessen ist damit auch der wesentliche Ansatzpunkt des antimonopolistischen Kampfes in der BRD. Die von ihren objektiven Interessen her ständig größer werdenden antimonopolistischen Schichten, deren Kern und Hauptkraft die Arbeiterklasse ist, haben ein konkretes Interesse an der bewußten Planung und Sicherung der gesellschaftlichen Entwicklung. Durchsetzbar ist dies aber nur gegen das Profitsystem und damit gegen die Monopole.

Antimonopolistischer Kampf, wie er auch von den fortschrittlichen Teilen der SPD geführt werden muß, hat sich also immer darauf zu richten, die Macht der

ökonomisch Mächtigen zurückzudrängen, eigene verbesserte Kampfpositionen zu erringen, sich in diesem Kampf politisch weiterzuentwickeln, die ökonomische Lage der Bevölkerung zu verbessern und dies zunehmend mit der Stärkung aller demokratischen Kräfte, insbesondere auch mit dem einheitlichen Kampf der verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung zu verbinden. Dies muß notwendigerweise auch programmatisch seinen Niederschlag finden [86]).

Weder im Godesberger Programm noch im LZP sind Elemente für eine antimonopolistische Demokratie klar ausgewiesen. Während bereits im Godesberger Programm die Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrie nicht mehr vorhanden ist [87]), man jedoch noch abstrakt von Gefahren des Machtmißbrauchs und notwendiger wirksamer Kontrolle spricht, werden im LZP auch solche Forderungen „neutralisiert".

Die sich in der Sozialdemokratie, in der BRD wie auch international, widerspiegelnden unterschiedlichen Klassenpositionen, die Konfrontation von Kräften, die eine bewußte imperialistische Politik betreiben, und solchen, die von ihrer eigenen Klassensituation und den historischen Traditionen revolutionärer Sozialdemokratie ausgehend mehr oder weniger deutlich ihre objektiv antikapitalistischen Interessen vertreten, sind eine wichtige Grundlage für die Auseinandersetzung um das LZP und die weitere Kampfperspektive. Das LZP stellt keinen „Kompromiß" dieser beiden Klassenlinien dar, sondern ist der programmatische Ausdruck der rechten Teile der SPD, verbrämt mit einigen Integrationsansätzen. Die Gefährlichkeit des LZP liegt darin, daß es die Programmdiskussion insofern präformiert, als sich auch bis heute innerhalb der SPD laut gewordene Programmkritik mehr oder weniger in dem vom LZP abgesteckten Rahmen bewegt. Damit werden bereits Prämissen gesetzt, die unvereinbar mit Klassenpositionen der Arbeiterklasse sind.

So wird denn auch die Diskussion um das LZP von verschiedenen Ansätzen mehr oder weniger realistisch geführt. Die Stellungnahmen der bürgerlichen Presse, verschiedener Verbände und Einzelpersonen [88]) variieren von der äußersten Rechten, die in dem Programmentwurf den Sozialismus dirigistischer Prägung umrissen sieht, bis hin zu Teilen der Monopole und ihrer Presse, die im LZP ihre langfristigen Interessen vertreten sehen und ihre Kritik auf partielle Veränderungen der Programmatik richten.

Zwar artikulierte sich auch starke Kritik am LZP beispielsweise von den Jungsozialisten, aus den Gewerkschaften und aus einigen SPD-Bezirken, nicht nur Hessen-Süd, an denen jedoch die Variante der Integrationsstrategie nicht spurlos vorbeigegangen ist. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten kritisiert mit Recht die methodischen Ansätze des LZP, die unklaren Formulierungen und das Fehlen einer Gesellschaftsanalyse, kommt jedoch nicht zu einer prinzipiellen Einschätzung der Funktion der Einzelteile und des Gesamtprogramms und zu einer Strategie gegen diesen Entwurf [89]). Hier wird von diesen Teilen der Sozialdemokratie

---

86) Ein gutes Beispiel hierfür ist das „Gemeinsame Regierungsprogramm der französischen Sozialisten (die zusammen mit der SPD in der Sozialistischen Internationale sind) und Kommunisten", „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", 5, Köln 1972. Der Erfolg dieses antimonopolistischen Programms zeigt sich in der politischen Bewegung in Frankreich deutlich.

87) Dazu Wolfgang Abendroth in: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt 1969, S. 74: „Der Versuch einiger Delegierter, wenigstens noch das Verfassungsrecht des gastgebenden Landes, den Sozialisierungsartikel 27 der Verfassung von Nordrhein-Westfalen, inhaltlich als Zielvorstellung bestehen zu lassen, schlug fehl."

88) Vgl. Langzeitprogramm 2 — Kritik —, a.a.O.

89) Vgl. JUSO, Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, hrsg. vom Bundesvorstand der Jusos, 11/12 1972 — Langzeitprogramm —, Bonn 1972.

und von ihrem Anspruch her noch eine klare Position für ihre weitere Strategie aufzuzeigen sein, die sich nicht bereits durch das LZP den Rahmen dafür setzen läßt.

Die Kritik einer Kommission des als fortschrittlich geltenden SPD-Bezirks Hessen-Süd geht sogar explizit davon aus, sich auf Änderungen zu beschränken und kein „Anti-Langzeitprogramm" zu entwickeln [90]). „Osswald betonte, daß die Änderungsvorschläge zum Langzeitprogramm (. . .) sich am Grundentwurf orientierten, der jedoch der Präzisierung und Konkretisierung in wesentlichen Fragen bedürfe" [91])

Partielle Veränderungen am LZP liegen sicherlich im Bereich des Möglichen und auch in der Intention der Verfasserkommission. Der prinzipielle Charakter des Entwurfs dürfte dadurch aber wohl kaum zu ändern sein, und dies bedeutet die weitestgehende Durchsetzung rechtssozialdemokratischer Positionen.

Für die klassenbewußten Teile der SPD, für Jungsozialisten und Gewerkschafter, muß es in dieser Auseinandersetzung darauf ankommen, ihre Forderungen, die der Stärkung der Kampfpositionen und Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung dienen (insbesondere die paritätische Mitbestimmung, Senkung des Rüstungshaushaltes etc.), zu artikulieren und für die Durchsetzung zu kämpfen.

Davon ausgehend, kommt es darauf an, eine antimonopolistische Programmatik fortschrittlicher Sozialdemokraten zu entwickeln, deren Grundlage der wissenschaftliche Sozialismus und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung sind.

Der Entwurf des LZP bietet hierzu keinen Rahmen.

Einen Ansatz dafür, wie die Langzeitprogrammdiskussion in der SPD weitergeführt werden muß, entwickelte die Münchener SPD. Der Unterbezirksparteitag am 3. Februar 1973 lehnte den LZP-Entwurf als „unbrauchbar für notwendige gesellschaftliche Veränderungen" ab [92]). Es wird vorgeschlagen, durch den Parteitag eine Kommission zu wählen, die beauftragt werden soll, „auf der Grundlage einer eingehenden gesellschaftlichen Analyse der BRD Zielvorstellungen zur Veränderung der Gesellschaft zu entwickeln, die sich ‚eindeutig an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen des Kapitals' orientiert. Sie sollen dazu dienen, das ‚Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Arbeit' zu verschieben, demokratische ‚Strukturen in allen Lebensbereichen aufzubauen' und ‚die gegen eine Veränderung gerichteten Machtinteressen und Herrschaftsstrukturen aufzuzeigen sowie Methoden zur Überwindung dieser Widerstände zu entwickeln' " [93]).

Bei aller Notwendigkeit der programmatischen Diskussion und der Entwicklung langfristiger Perspektiven sollte dabei doch klar sein, daß es gerade gegenwärtig für alle fortschrittlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie darauf ankommt, in den realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD konsequent für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzutreten. Hier gilt nach wie vor die Bemerkung von Karl Marx zum Gothaer Programm (1875): „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme" [94]).

---

90) Vgl. Ausführungen von Albert Osswald, „Frankfurter Rundschau" v. 27. 1. 1973, S. 4.
91) Ebd.
92) Vgl. SK — Das sozialistische Nachrichtenmagazin —, Hamburg, Nr. 4/1973, S. 13.
93) Ebd., S. 13.
94) Marx an Bracke, in: Marx-Engels-Werke, Band 19, Berlin (DDR) 1972, S. 13.

Leitende Angestellte als „dritte Kraft"?

Zur Integrations- und Spaltungsstrategie des Kapitals

Von Hans-Joachim Braczyk und Sebastian Herkommer

I

Unternehmer, Funktionäre der Unternehmerverbände und Politiker, die im Parlament die Interessen der großen Industrie und der Industriellenverbände vertreten, sind beunruhigt. Sie machen sich Sorgen, daß die oberen Leitungsagenten in den großen Unternehmen im Maße ihrer quantitativen Zunahme ein qualitatives Gewicht gegenüber den Kapitaleignern bekommen, das die loyale Zusammenarbeit im Sinne des Kapitals — zumindest in einzelnen Branchen und Betrieben — empfindlich stören könnte. In den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren", Organ der Christlich-Sozialen Kollegenschaft, fand die Besorgnis jüngst in einer Reihe von Beiträgen ihren Ausdruck [1]). Vor allem erfordere Aufmerksamkeit ein gewisses Verselbständigungsstreben der Leitenden Angestellten und „eine zumindest partielle Abkehr von ihrem bisherigen Selbstverständnis als Prototyp des Individualisten" (GK 21, 247). Die Leitenden Angestellten könnten sich „gegenüber der Unternehmensleitung als eine *Schicht* und nicht als *Individuen* zu profilieren suchen" (ebd.) und schließlich gar den Prognosen von Galbraith, Bell und Aron folgend als Technostruktur der nachindustriellen Gesellschaft die *Machtübernahme* vorbereiten: „Die Macht des Leitenden Angestellten, der als einzelner regelmäßig eine erheblich stärkere Verhandlungsposition hat als der Durchschnittsarbeitnehmer, ist so lange ‚ungefährlich', ja im besten Sinne konstruktiv, als er sie der ökonomischen Zielvorgabe im Rahmen des Unternehmens unterordnet und sie damit letztlich eine dienende und daher kontrollierbare Funktion hat. Verbindet er sich aber, aus welchen Gründen auch immer, mit den anderen Leitenden Angestellten seines Unternehmens bzw. seiner Branche, so entsteht aus dieser kollektiven Machtposition heraus eine Partikularisierung von Interessen, die deshalb nicht ungefährlich ist, weil die Arbeitsleistung dieser relativ kleinen Gruppe unentbehrlich und auf absehbare Zeit unersetzlich ist. Dieses Bewußtsein, ist es erst einmal entstanden, könnte sich zu einem unkontrollierbaren Machtgefühl und damit zu einem Druckmittel entwickeln, das keiner rechtlichen und faktischen Bindung unterworfen ist, weil sich die Leitenden Angestellten aus der Verantwortung dem Eigentümer-Unternehmer gegenüber befreit wähnten" (ebd.).

Zur Untermauerung der Kassandra-Rufe wird in den „Kommentaren" die Auswertung von Befragungen wiedergegeben, die — nach Auskunft des im Zitat genannten Personalberaters gegenüber der „Blätter"-Redaktion — an „einer absolut heterogenen Zielgruppe von Führungskräften" von etwa Anfang 1971 bis Mitte 1972 vorgenommen worden sind und zumindest einigen indikatorischen Wert haben dürften:

„Ziemlich erschreckend mutet das Resultat einer Befragung an, die der bekannte Frankfurter Personalberater Schubart unlängst bei 1400 Führungskräften der Wirtschaft im Alter zwischen 30 und 40 Jahren (Jahreseinkommen 50 000 bis 150 000 DM) über deren gesellschaftspolitische Vorstellungen anstellte:

[1]) Siehe insbesondere die Artikel von Fritz Bolle und Klaus Schweickart in Nr. 19 und 21 (1972) der „Gesellschaftspolitischen Kommentare" (im folgenden im Text zitiert als GK mit Nr. und Seitenzahl).

— 43 % schlagen vor, daß alle privaten Firmen zwar nicht enteignet, aber doch „überwacht" werden sollten (etwa durch Mitbestimmung oder eine staatliche Kontrolle);

— 32 % meinen, Großunternehmen (ab 500 Mio DM Jahresumsatz) sollten enteignet werden;

— 14 % sind dafür, daß es „so bleibt, wie es ist";

— 11 % befürworten die Enteignung des gesamten Privateigentums an Produktionsmitteln.

Erst bei den über 40jährigen Führungskräften beginnt sich das gesellschaftspolitische Vorstellungsbild in Richtung auf eine politische Plattform zu ändern, die weniger oder überhaupt keine systemüberwindenden Sprengsätze enthält" (GK 19, 219).

Auch wo nicht gleich das ganze System in Gefahr gesehen wird, sprechen die „Kommentare" vom „offenkundig gewordenen Unbehagen der Leitenden Angestellten", das vor allem „durch arbeitsrechtliche Unsicherheit und Desorientierung in ihrer betrieblichen Position hervorgerufen" worden sei (GK 19, 218). Als grundsätzlicher Mangel wird das Schwinden eines „praktischen Unternehmererlebnisses" angesehen, aber auch auf handfestere Folgen des privilegierten, daher tariflosen Verhältnisses zur Unternehmensführung wird aufmerksam gemacht; auf den mangelhaften Kündigungsschutz, die unzureichende betriebliche Altersversorgung, den fehlenden Pensionsanspruch bei Arbeitsplatzwechsel oder bei Insolvenz des Unternehmens und die ungenügenden beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten etwa.

Da auch die Leitungsagenten am oberen Ende der betrieblichen Hierarchie zunehmend „unpersönlichen Typisierungen", z. B. durch Rahmendienstverträge unterworfen werden dürften, unvermeidliche Folge der mit wachsender Unternehmensgröße ansteigenden Zahl von Leitungspersonal, und da daraus „Unsicherheit dem Arbeitgeber gegenüber" resultieren könne, müsse alles getan werden, um die „notwendige Einheit der Unternehmensführung" und die „Integration der Leitenden Angestellten zu erhalten und zu fördern" (GK 21, 248). In dieser Einschätzung sind sich die Diskussionsbeiträge einig. Es ist klar, daß die Gefahr erkannt worden ist, die auch von Leitenden Angestellten drohen kann, wenn sie sich ihrer prinzipiellen Abhängigkeit und ungeschützten gesellschaftlichen Situation trotz der Privilegierung klar werden und an die kollektive Wahrnehmung ihrer Interessen als „Arbeitnehmer" zu denken beginnen. Auch wenn dieser „Solidarisierungseffekt der Leitenden Angestellten" nach Meinung der „Kommentare" Gegnerschaft gegen die Gewerkschaften nicht ausschließt, vielmehr durch deren „Politik der undifferenzierten Solidarisierung der gesamten Arbeitnehmerschaft" eher noch verstärkt werde (GK 21, 247), so richten sich die angestrebten Maßnahmen zur faktischen und ideologischen Integration der Leitenden doch genau gegen die befürchtete Annäherung an die Gewerkschaften: „Dadurch kanalisiert man Strömungen in eine Richtung, die den Leitenden Angestellten ihren Sonderstatus gegen alle gewerkschaftlichen Anfechtungen erhält . . ." (GK 21, 248). Über Charakter und Reichweite der Maßnahmen ist im Gegensatz zur Einschätzung der Gefahr kollektiver Interessenwahrnehmung noch keine einheitliche Position erreicht worden. Ist an der gegenwärtigen Debatte über die gesetzliche Regelung der Interessenvertretung von Leitenden Angestellten durch Sprecherausschüsse bzw. durch Gruppenbeteiligung im Aufsichtsrat zwar ohne Schwierigkeit das gewöhnliche und gewohnte Interesse der Bourgeoisie zu erkennen, die Arbeiterklasse zu spalten, die Vereinheitlichung ihres Bewußtseins aufzuhalten

und ihre ökonomischen und politischen Organisationen zu schwächen, so gibt es doch offenbar noch kontroverse Ansichten darüber, wie groß demgegenüber das Risiko von institutionalisierter — wenngleich beschränkter — Selbständigkeit des mittleren und oberen Management für die unbeschränkte Kapitalherrschaft ist [2]). Differenzen sind zu beobachten sowohl innerhalb der CDU/CSU als auch innerhalb der FDP, und — wo es am deutlichsten, für die anstehende Gesetzgebung am folgenreichsten wird — zwischen den Koalitionspartnern FDP und SPD. Schon die bisher bekanntgewordenen Kompromißentwürfe für die neue Unternehmensverfassung [3]), die in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet werden soll, lassen den Schlüsselcharakter erkennen, den die Einschätzung der Leitenden Angestellten im Integrations- und Spaltungskonzept der Bourgeoisie erhalten hat. Mehr als die Sozialdemokraten alleine, werden sie im Verein mit den Freien Demokraten hinter die Forderung der Gewerkschaften nach uneingeschränkter Parität in einer qualifizierten Mitbestimmungskonzeption zurückgehen und damit den Unternehmensinteressen entgegenkommen.

Diese, wie gesagt, sind zwar eindeutig; aber divergierende Konzepte zu ihrer Durchsetzung unter den gegebenen politischen Verhältnissen lassen sich in der Diskussion unschwer erkennen. So werden in den erwähnten Artikeln der „Gesellschaftspolitischen Kommentare" zwei Positionen vertreten, die dem Erfordernis der Belegschafts- und Klassenspaltung und dem Risiko partikularer Autonomie von abhängigen Leitungsorganen unterschiedliches Gewicht einräumen. Die eine (GK 19, 217 ff.) geht davon aus, daß die Leitenden Angestellten im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes keine Arbeitnehmer sind und daß eine „Berücksichtigung des Faktors Disposition bei der Besetzung des Aufsichtsrats ... auf die Kontrolle der Unternehmensführung" abzielt, was zu einer „wesensfremden Polarisierung von Leitenden Angestellten einerseits und Unternehmensleitung andererseits" führen müsse. Die Leitenden Angestellten seien Beauftragte der Vorstände und Geschäftsführer, die „als (noch) unangefochtene Organe des Eigentümers ... das Kapital ohne Delegation wesentlicher Aufgaben nicht ‚verwalten' (können), um es gemeinsam mit der Arbeit zu wirtschaftlichem Erfolg zu führen". „Verselbständigt man diesen Teil der Eigentümerfunktion, so nimmt man dem Eigentum einen wesentlichen Bestandteil und schränkt die unternehmerische Freiheit ein."

Da die sozialpartnerschaftliche Konzeption in unserer Wirtschaftsverfassung davon ausgehe, „daß die Wirtschaft von den Partnern Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. von den Faktoren Kapital und Arbeit getragen wird", verließen „diejenigen, die als dritten Faktor die Disposition in die Betriebs- und Unternehmensverfassung einführen wollen, ... wahrscheinlich unbewußt das System der Sozialpartnerschaft". Es gelte, statt die „Mediatisierung des Verhältnisses von leitenden Angestellten zur Unternehmensleitung" zu betreiben, vor allem durch soziale Sicherung und durch „Erweiterung des ‚Unternehmererlebnisses' ", nicht zuletzt durch Schulungsmaßnahmen und „geeignete Fortbildungsmöglichkeiten" eine „Wiedergewinnung des Standortbewußtseins" bei den Leitenden Angestellten herbeizuführen.

Die andere Position (GK 19, 220 ff.) betont die Notwendigkeit einer gesetzlich vorgeschriebenen, eigenständigen und gewählten Interessenvertretung auf betrieblicher Ebene, „die echte Mitwirkungs- und Entschädigungsrechte besitzt und die somit der unwürdigen Zwitterstellung der Leitenden Angestellten zwischen dem Wohlwollen des Arbeitgebers und dem Druck des Betriebsrats ein Ende setzt".

[2]) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 53/1972 und Nr. 4/1973.
[3]) Vgl.: Autorenkollektiv, Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 98 ff.

Sie unterstützt auch die Beteiligung der Leitungsagenten an den Organen der Unternehmensaufsicht: „Zur Verbesserung des Kommunikationssystems im Unternehmen sollen sich die Kontrollorgane (z. B. Aufsichtsrat) des Wissens und der Erfahrung der Leitenden Angestellten bedienen können, ohne jedoch die Leitenden als Vehikel zur Parität zu benutzen." Da auch in diesem Vorschlag hervorgehoben wird, daß die Leitenden Angestellten Teil der Unternehmensleitung sind, allerdings in den „betrieblichen Führungsorganismus" erst noch verstärkt „eingebunden" werden müssen, ist erkennbar, daß es sich auch hier unverhüllt um eine die Kapitalherrschaft stützende, präventive und konfliktvermeidende Maßnahme handelt, die lediglich auf mehr Realismus in der Einschätzung der Interessen und des Bewußtseins der Leitungsagenten sich stützen kann als die o. a. Sozialpartnerschafts- und Delegationsthese.

Eine jüngst abgeschlossene Untersuchung zum Selbstbild und zu den sozialen Interessen von Leitenden Angestellten [4]) läßt dieses Konzept jedenfalls auf den ersten Blick realistischer erscheinen. Die Hälfte der befragten Angestellten in Leitungspositionen unterschiedlicher Funktionsbereiche, Branchen und Betriebsgrößen nehmen danach für ihre Gruppe eine Sonderstellung zwischen dem Unternehmer und der übrigen Belegschaft in Anspruch; rund ein Viertel rechnet sich dem Lager der Unternehmer zu, und nur 6 % zählen sich zur übrigen Belegschaft. Offenbar bleibt diese Selbsteinschätzung hinter den objektiven Beteiligungsmöglichkeiten an der Unternehmensleitung erheblich zurück, denn annähernd neun von zehn der Befragten wünschen sich „stärkere Beteiligung an der Entscheidungsfindung". Gut zwei Drittel befürworten einen Sprecherausschuß für Leitende Angestellte, z. T. in Verbindung mit einer Aufsichtsratbeteiligung, die insgesamt von knapp der Hälfte der Befragten angestrebt wird. Nur 12 % erscheint es ausreichend, ihre Mitbestimmungsfunktion im Betriebsrat — möglichst als Sondergruppe — wahrzunehmen; aber auch dann fordern sie meist noch eine zusätzliche Aufsichtsratbeteiligung. Andererseits sieht nur jeder Zehnte überhaupt keine Notwendigkeit kollektiver Mitspracheregelung und möchte seine Interessen lediglich individuell vertreten.

Die Autoren der Studie interpretieren ihre Untersuchungsergebnisse als deutlichen Ausdruck eines „klar bestimmbaren Mitbestimmungsdrucks", der von den Leitenden ausgehe und für die Unternehmer „zu einem bedenklichen Risiko geworden" sei. Diese müßten in Zukunft damit rechnen, „daß die Leitenden eine selbständige Politik auch gegen Vorstand oder Geschäftsführung betreiben können". Die Gewerkschaften auf der anderen Seite könnten nach diesen Untersuchungsbefunden nicht länger davon ausgehen, daß die Leitenden Angestellten sich in eine allgemeine Arbeitnehmervertretung integrieren wollen, vielmehr werde von diesen eine „eigenständige Vertretung mit möglichst ebenbürtigem Einfluß" angestrebt.

II

Es ist die FDP, die mit ihren Mitbestimmungsmodellen (Maihofer wie Riemer) an die separaten Interessen und illusionären Selbsteinschätzungen anknüpft. Indem sie sich für die Sondervertretung der Leitenden Angestellten durch betriebliche Sprecherausschüsse und dritte Bank im Aufsichtsrat einsetzt, versucht sie, sich das Wählerpotential einer Schicht zu erschließen, die die Verteidigung ihrer Privilegien weder durch die beherrschende Kapitalfraktion in der CDU/CSU, noch durch die SPD gesichert sieht. Der Sozialpartnerschaftsideologie, die den Gegensatz von Kapital und Arbeit zu einem partnerschaftlichen Zweierverhältnis idyllisiert, hält sie ein anderes „Denkmodell" entgegen, mit dem „neue Propor-

tionen ... wirklichkeitsnah gefunden und entwickelt werden können"; dieses Denkmodell dürfe nicht nur den „Teilaspekt ‚Mitbestimmung der Arbeitnehmer' ins Auge fassen", sondern müsse „das Beziehungsdreieck bedenken: Unternehmenseigner (Kapital) — Ausüben der Unternehmensfunktion (Management) — Träger der menschlichen Arbeitleistung (Arbeit). Mit anderen Worten: das Denkmodell ‚Sozialpartnerschaft' ist nicht oder nicht mehr wirklichkeitsnah. Es muß durch eine neue Beziehungsfigur ersetzt werden, die ein Spannungsfeld zwischen nicht nur zwei, sondern drei Bezugsgrößen ergibt" [5]).

Die Anwendung einer zeitgemäßen trinitarischen Formel auf die moderne Unternehmensverfassung möchte sich legitimieren aus der Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion und aus der Erweiterung des Leitungsapparates, Folge der Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung der Produktion. Der Schein der Berechtigung eines solchen Arguments zugunsten der eigenständigen Interessenvertretung des Leitungspersonals macht es erforderlich, die objektiven Voraussetzungen zu untersuchen, auf denen die liberale Dreiecksideologie ebenso wie die in den Meinungsbefragungen ermittelten Vorstellungen der Leitenden Angestellten basieren. Aufgrund dieser Untersuchung kann dann ersichtlich werden, weshalb die Gewerkschaften den Versuch, „die Einheit der Arbeitnehmer ... zu zerstören (divide et impera)" und den „sekundären Konflikt zwischen Angestellten in Leitungsfunktionen und Angestellten in Ausführungsfunktionen zu dramatisieren", zu Recht als „Strategie des Kapitals" bezeichnen [6]), und warum gleichwohl dem Kapital nicht gleichgültig sein kann, daß diese Strategie ein Risiko enthält. Die mehrfach etwa von Biedenkopf beschworene Gefahr [7]), daß im Maihofer-Vorschlag zur Besetzung des Aufsichtsrates nach dem Schlüssel 4 Anteilseigner, 2 Leitende Angestellte, 4 übrige Arbeitnehmer „der Grundsatz der Haftung mit Risikokapital aufgegeben" und die Majorisierung der Aktionäre durch koalitions- und streikberechtigte Arbeitnehmer möglich sei [8]), läßt daher das Riemer-Modell (6:2:4) immer noch akzeptabler erscheinen, aber auch das nur angesichts des gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisses, das eine gesetzliche Verankerung der Vorschläge der Mitbestimmungs-Kommission vom Januar 1970 (6:4 plus 2 kooptierte Mitglieder; die Vertreter der Kapitalseite haben die Mehrheit) als nicht realisierbar erscheinen läßt. Für die Gewerkschaften und eine nicht auf Integration von Kapital und Arbeit abgestellte Politik muß andererseits das Risiko gesehen werden, das eine Einheitsstrategie für *alle* Arbeitnehmer birgt, solange die Abgrenzung des angestellten Leitungspersonals nach „oben", gegen die fungierenden Kapitalisten, nicht systematisch entwickelt ist.

Wichtige Kriterien dazu enthält zwar schon die Problemdarstellung des DGB vom September 1970 [9]); als Voraussetzung für genauere empirische Untersuchung der

4) Durchgeführt am Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Soziologie) der Universität Münster unter Leitung von H. Hartmann. Vgl. den kurzen Überblick über die Befunde in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Nr. 279 v. 1. 12. 1972.
5) Zit. nach: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 103.
6) „Nachrichten für Angestellte", Sondernummer 1/1970: „Leitende Angestellte", Hrsg. DGB Bundesvorstand Düsseldorf.
7) Kurt H. Biedenkopf, Mitbestimmung am Scheideweg, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 9. 12. 1972.
8) Bei Ausschaltung dieser theoretischen Möglichkeit hat das Gutachen der „Biedenkopf-Kommission" natürlich nichts gegen die Ausweitung des aktiven und passiven Wahlrechts auf die Leitenden, weil mit ihrer Hilfe Mitbestimmungsgremien durch besonders loyale Betriebsangehörige infiltriert werden können. Vgl. Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 99 und S. 123.
9) Vgl. „Leitende Angestellte", a.a.O. Angesichts der Unklarheiten im geltenden Arbeitsrecht und in der Rechtsprechung gelte es, den Begriff des „leitenden Angestellten" sowohl vertikal (wo endet der Angestellte und wo beginnt der Unternehmer) als auch horizontal (was sind Leitungs- bzw. Unternehmerfunktionen und was sind hochqualifizierte Forschungs-, Entwicklungs- und Stabsfunktionen) genauer abzugrenzen. Abzuweisen sei die ULA-These, Leitende Angestellte seien zwar „soziologisch Arbeitnehmer", aber „funktionell Unternehmer". An einer Konfrontation mit Unternehmeraufgaben nach dem „Harzburger Modell" wird gezeigt, daß etwa der Organisationsleiter, der Betriebsingenieur, der Leiter der Konstruktionsabteilung oder der F & E-Abteilung keineswegs zu den Unternehmern oder ihren direkten Beauftragten zählen, vielmehr Angestellte mit Leitungsfunktionen und damit eindeutig Arbeitnehmer sind, die aus dem Schutz des Gesetzes (BetrVG) nicht herausgenommen werden dürften. — Zum Abgrenzungsproblem vgl. auch Biedenkopf, a.a.O.

Abgrenzungskriterien und zur Beurteilung der in den subjektiven Äußerungen erscheinenden Bewußtseinsinhalte ist es jedoch notwendig, deren theoretische Bestimmungen zu entwickeln.

III

Zunächst kann es weniger um eine exakte Definition des „Leitenden Angestellten" gehen, vielmehr gilt es vor allem zu klären, ob aus dem Klassenverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft heraus sich eine Klasse, Schicht oder Gruppe bestimmen läßt, die sich sowohl im Gegensatz zum Kapital als auch im Gegensatz zur Arbeiterklasse befindet. Nur dann wäre es gerechtfertigt, den „Leitenden" eine Eigenständigkeit einzuräumen, die die Basis selbständiger Interessenvertretung und Mitbestimmung abgeben könnte.

Die vermeintlich gegensätzliche Beziehung „leitender" Angestellter zu den Arbeitern und „ausführenden" Angestellten wird in der Arbeiterklasse selbst oft damit begründet, daß sie ein überdurchschnittlich hohes Einkommen beziehen, über eine besondere Ausbildung verfügen und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, die der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital dienen. Daraus resultiere bei ihnen eine Identifizierung mit den „Unternehmerzielen", und deshalb seien sie genauso zu bekämpfen wie die Kapitalisten selbst. Bezüglich ihres Verhältnisses zum Kapital wird ihnen indes eine Sonderrolle zugestanden, da sie nicht Eigentümer der Produktionsmittel sind und sich in einem Verhältnis der Lohnabhängigkeit befinden. Letzteres schreibt auch die amtliche Statistik fest, indem sie nur unterscheidet zwischen Erwerbstätigen in selbständiger Arbeit und solchen, die ihr Einkommen aus unselbständiger Arbeit beziehen. Es ist unbestritten, daß auf diese Weise wesentliche Unterschiede verdeckt werden. Daher ist es angebracht, die Frage nach der aus dem Klassenverhältnis resultierenden wirklichen Lohnabhängigkeit zu stellen.

Das Kapital als spezifisch historisches Produktionsverhältnis unterwirft sich im Maße seiner Entwicklung alle wesentlichen gesellschaftlichen Bereiche. Die Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise zur herrschenden Form hat notwendig die Verallgemeinerung der Lohnform zur Folge: Die kapitalistische Produktion beruht auf der Arbeit als Lohnarbeit. Um Lohnarbeit als dem Kapital gegensätzlich bestimmen und zugleich von dem, was der Form nach auch als Lohnarbeit erscheint, abheben zu können, ist es notwendig, die der Lohnarbeit wesentlichsten Kriterien aus der Marxschen Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft herzuleiten.

Systematisch erfolgt diese Ableitung über die Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeit [11]). Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft als Ware, und zwar, wie in der Theorie unterstellt, zu ihrem Wert. Was ist der Wert der Ware Arbeitskraft? „Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit... Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung... Der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel" [12]). Nun „ist der Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon

11) J. Bischoff u. a. „Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse", in: „Sozialistische Politik" (SOPO) 6/7, 1970.
12) K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 184 (im folgenden werden die Verweise als MEW mit Angabe des Bandes und der Seitenzahl im Text dem Zitat nachgestellt).

ab, unter welchen Bedingungen und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und ein moralisches Element" (MEW 23, 184 f.).

Nach dieser Seite läßt sich für die Arbeiterklasse eines Landes im gegebenen Zeitraum eine Durchschnittsgröße des Werts der Ware Arbeitskraft bestimmen. Nach der anderen Seite ist klar, daß im Produktionsprozeß Arbeiter mit höherem oder geringerem Geschick fungieren; die unterschiedliche Qualifikation der Arbeitskraft ist mehr oder minder Ausdruck spezifischer Ausbildung. Die dafür entstehenden Kosten gehen ebenfalls zum großen Teil in den Wert der Ware Arbeitskraft ein.

„Um die allgemeine menschliche Natur so zu modifizieren, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem *bestimmten* Arbeitszweig erlangt, *entwickelte* und *spezifische* Arbeitskraft wird, bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Wertäquivalenten kostet" (MEW 23, 186 — Herv. d. Verf.). Von Interesse ist hier folgendes: Wertbildend ist die Arbeitskraft in der Verausgabung abstrakter Arbeit, menschlicher Arbeit schlechthin, in ihrer Äußerung erfordert sie Kraft, Geschick, Aufmerksamkeit, Anstrengung, Nerv, Hirn etc. Das Maß ihrer Verausgabung ist bekanntlich die Zeit, die durchschnittlich nötig ist, nach Maßgabe des Normalgrades gesellschaftlicher Produktivkraft einen bestimmten Gebrauchswert zu produzieren. Wert kann aber nur gebildet werden, wenn zugleich konkret-nützliche Arbeit verausgabt wird, die Kraftäußerung sich in einer Ware vergegenständlicht. Dieser Doppelcharakter der Arbeit, nach Marx der Springpunkt, um den sich das Verständnis der Politischen Ökonomie dreht, ist in seinen entfalteten Bestimmungen zu betrachten, erstens unter dem Aspekt des Verhältnisses von einfacher und komplizierter Arbeit, zweitens unter dem der Leitung des Produktionsprozesses und drittens unter der Beziehung von produktiver Arbeit und Klassenzugehörigkeit [13]).

Historisch und begrifflich, schreibt Marx, bildet die Kooperation den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise. Erst in der Kombination vieler Arbeiter, die gleichzeitig und gemeinsam produzieren, realisiert sich das Gesetz der Verwertung. Das Resultat dieser gemeinsamen Anstrengung ist die kapitalistisch produzierte Ware. Ohne hier näher auf die verschiedenen Formen der Kooperation einzugehen, kann festgehalten werden, daß sich aus dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit eine spezifische Bestimmung produktiver Arbeit ergibt. „Das Produkt verwandelt sich überhaupt aus dem unmittelbaren Produkt des individuellen Produzenten in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d. h. eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehen ... Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen, es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen" (MEW 23, 531). Die in der logischen Darstellung der Kategorien im „Kapital" vorgängig vorgenommene Bestimmung produktiver Arbeit meint nur das Verhältnis von produzierendem Individuum, das mit Hilfe von Produktionsmitteln einen Gebrauchswert, ein Produkt herstellt. Dabei wird zunächst also abgesehen von der spezifischen ökonomischen Form der Produktion (vgl. MEW 23, 196). Bei Betrachtung des vom Kapital hervorgetriebenen gesellschaftlichen, arbeitsteiligen Produktionsprozesses schreibt Marx deshalb: „Die ... ursprüngliche Bestimmung der produktiven Arbeit, aus der Natur der materiellen Produktion selbst abgeleitet, bleibt immer wahr für den Gesamtarbeiter, als Gesamtheit betrachtet. Aber sie gilt nicht mehr für jedes seiner Glieder, einzeln genommen" (MEW 23, 531 f.).

[13]) Auf die kommerzielle Lohnarbeit als „indirekt" produktive Arbeit wird gesondert eingegangen.

Diese Erweiterung der produktiven Arbeit ist zu Recht geltend gemacht worden für das Argument, daß weder die besondere Tätigkeit oder Qualifikation im kombinierten Arbeitskörper noch die darin wahrgenommenen Funktionen darüber entscheiden können, ob ein produktiver Arbeiter im Klassenverhältnis zum Kapital steht oder nicht. Entscheidend ist vielmehr der *verengte* Begriff der produktiven Arbeit. Denn „der Arbeiter produziert nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, daß er überhaupt produziert. Er muß Mehrwert produzieren. Nur *der* Arbeiter ist produktiv, der Mehrwert für den Kapitalisten produziert oder zur Selbstverwertung des Kapitals dient ... Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeiter und Arbeitsprodukt ein, sondern auch ein *spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis,* welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt" (MEW 23, 532) [14]).

Was sich vom Standpunkt des Resultats als Entfaltung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit, als positiv erweist, hat für den individuellen Arbeiter, einzeln genommen, eine negative Seite. Mit der Entwicklung zum Detailarbeiter als Glied des kombinierten Arbeitspersonals wird nämlich die individuelle „Produktionsfähigkeit" des einzelnen Arbeiters gebrochen. Einerseits drückt sich darin im Maß der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die Tatsache aus, daß die Reproduktion der Gesellschaft gesellschaftliche Produktion ist, andererseits wird der einzelne Arbeiter zwanghaft der Kapitalbewegung unterworfen, er wird zum bloßen Verwertungsobjekt herabgesetzt. Daher scheint uns die Beziehung der einzelnen Arbeitskraft zum gesellschaftlichen Charakter der Arbeit auch wesentlich für die Erörterung der Leitungstätigkeit. Die Kombination vieler Teilarbeiter im kooperativen Arbeitsprozeß erfordert die koordinierende Vermittlung der Leitung. „Mit der Kooperation vieler Lohnarbeiter entwickelt sich das Kommando des Kapitals zum Erheischnis für die Ausführung des Arbeitsprozesses selbst, zu *einer wirklichen Produktionsbedingung*" (MEW 23, 350).

Die Funktion der Leitung gilt es zu untersuchen, wenn sie von Nicht-Kapitalisten wahrgenommen wird, von Lohnarbeitern. Man machte es sich zu einfach, würde man den Dirigenten des Produktionsprozesses als unterschieden vom Kapitalisten auf die Seite der Bourgeoisie stellen. Vorab muß das Besondere an der Leitungsfunktion hervorgehoben werden. Eine „Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen", ist nur die eine Seite und gilt für alle unmittelbar gesellschaftliche Arbeit unabhängig von der spezifisch historischen Form. Aber „als spezifische Funktion des Kapitals erhält die Funktion der Leitung spezifische Charaktermerkmale" (MEW 23,350). Die vereinzelten Lohnarbeiter treffen in der kapitalistischen Produktionsstätte aufeinander. Ihr gemeinsames Wirken, das „an und für sich eine Massenkraft", selbst eine Produktivkraft ist, wird vermittelt durch das äußerlich gesetzte Koordinationsinstrumentarium der Leitung. Da aber der kapitalistische Produktionsprozeß wesentlich die Produktion von Wert und Mehrwert ist, ist der Leitungsagent bestrebt, die Arbeiter möglichst lange über die Zeit hinaus arbeiten zu lassen, die zur Reproduktion des vorgeschossenen variablen Kapitals nötig ist. Dies Interesse an der Ausdehnung

14) Der Kapitalist kann zwar selbst produktiv sein, worauf sehr oft verwiesen wird, um unmittelbar aus der Empirie *aufgenommenen* Merkmalen bei der Klassenanalyse gegenüber den Kategorien produktive und unproduktive Arbeit den Vorrang zu geben; in dem hier gegebenen Sinn meint produktive Arbeit immer schon das „spezifisch gesellschaftliche Produktionsverhältnis", das auf dem Klassengegensatz von Kapitalist und Lohnarbeiter beruht. Die Bestimmung der produktiven Arbeit impliziert ja auch Mehrarbeit für andere; der Kapitalist als produktiver Arbeiter kann höchstens sein eigener Lohnarbeiter sein. Aber wer wollte sagen, daß, was die Konsequenz wäre, in der Person dieses Kapitalisten der Klassengegensatz „aufgehoben" ist?

der Mehrarbeit geht zurück auf das Recht des Warenkäufers (Kapitalist), die gekaufte Ware (Arbeitskraft) nach eigenem Belieben konsumieren zu können. Demgegenüber macht der Arbeiter als Verkäufer der Arbeitskraft ein entgegengesetztes Recht geltend.

„Von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstages, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke des Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustauschs besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt" (MEW 23, 249).

Ist es eine Funktion der Leitung im kapitalistischen Produktionsprozeß, möglichst viel Mehrarbeit von den Arbeitern abzupressen, so ist es ebenfalls ein ihr eigenes Charaktermerkmal, dem individuellen und kollektiven Widerstand der Arbeiter entgegenzutreten. Die Funktion der Leitung ist damit immer doppelter Natur: den Arbeitsprozeß als ganzen in Bewegung zu halten und zugleich die Mehrarbeit im Verhältnis zur notwendigen Arbeit auszudehnen. Diese doppelte Funktion der Leitung realisiert sich nur in despotischer Form. „Wenn daher die kapitalistische Leitung dem Inhalt nach zwieschlächtig ist, wegen der Zwieschlächtigkeit des zu leitenden Produktionsprozesses selbst, welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produkts, andererseits Verwertungsprozeß des Kapitals, so ist sie der Form nach despotisch" (MEW 23, 351). Natürlich verschwindet die despotische Form nicht, wenn der Kapitalist die Arbeit der Leitung und Oberaufsicht „an eine besondere Sorte von Lohnarbeitern" abtritt, jedoch folgt daraus nicht, daß diese mit ihm die Klassenzugehörigkeit zur Bourgeoisie teilen. Vorausgesetzt, diese Lohnarbeiter werden gemäß dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt und wirken als Teilglieder des produktiven Gesamtarbeitskörpers, dann ist nicht einzusehen, warum sie nicht als vom Kapital ausgebeutete, ihrer ökonomisch bedingten Klassenlage nach als produktive Arbeiter auch als Teil der Arbeiterklasse betrachtet werden sollten. Etwas anderes ist, wie sich ihnen ihre Funktion als Leitungsagenten selbst darstellt. Das aber ist ein Problem der Auflösung von Klassenvorurteilen, womit wir uns gesondert zu beschäftigen haben.

IV

Die Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung der Produktion ist ein notwendiges Resultat der Kapitalbewegung. Die Verwertung des Kapitals erfolgt über die absolute Ausdehnung des Arbeitstages und über die Intensivierung der Arbeit, d. h. die relative Ausdehnung der Mehrarbeit. Letzteres ist immer verbunden mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Die Funktion der Leitung im kapitalistischen Produktionsprozeß muß sich daher notwendig auf die Ökonomie der lebendigen Arbeit und auf die Ökonomie der Produktionsmittel erstrecken. Das hat zur Folge, daß bestimmte Funktionen im Produktionsprozeß einem besonderen Arbeitspersonal übertragen werden, das gemäß den entsprechenden Anforderungen über ein mehr oder minder hohes Maß an Kenntnissen, Geschick und Fertigkeiten verfügen muß. „Das Prinzip des Maschinenbetriebs, den Produktionsprozeß in seine konstituierenden Phasen zu analysieren und die so gegebenen Probleme durch Anwendung ... der Naturwissenschaften zu lösen, wird überall bestimmend" (MEW 23, 485).

Mit der Verallgemeinerung und der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise verselbständigt sich die immaterielle gegenüber der materiellen Produktion. Teil davon ist die Ausbildung, die unabhängig vom eigentlichen Produktionsprozeß erscheint, obwohl sie selber nur Moment der gesellschaftlichen Arbeit und wie die Wissenschaft zugleich Resultat und Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise ist. „Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen (den Arbeitern — d. Verf.) die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen. Dieser Scheidungsprozeß beginnt in der einfachen Kooperation, wo der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers vertritt. Er entwickelt sich in der Manufaktur, die den Arbeiter zum Teilarbeiter verstümmelt. Er vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt" (MEW 23, 382).

Unter dem Aspekt der Anwendung von Wissenschaft in der Produktion zur Ökonomisierung der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit werden die wissenschaftliche Ausbildung und die geistige Tätigkeit in der Produktion selbst bestimmt durch den doppelten Charakter produktiver Arbeit. Die geistigen Potenzen, die sich von den einzelnen Teilarbeitern lösen, werden gleichsam zusammengefaßt in der Sphäre der geistigen Produktion, wovon die Ausbildung ein Moment bildet. Die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technologie ist undenkbar ohne die der gesellschaftlichen und materiellen Produktivkräfte. Von der materiellen Produktion abgesondert werden die Resultate der theoretischen Naturaneignung und ideellen Bewältigung technologischer Prozesse im Ausbildungssektor verallgemeinert. Dort findet der Bildungsprozeß einer besonderen Sorte von Lohnarbeitern statt. Indem sie als Agenten der Technologie im produktiven Gesamtarbeitskörper wirken, kehren die geistigen Potenzen in den materiellen Produktionsprozeß zurück. Aber in ihrer realisierten technologischen Gestalt verwandeln diese sich „in Mächte des Kapitals über die Arbeit". „Das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als ein winzig Nebending vor der Wissenschaft, den ungeheuren Naturkräften und der gesellschaftlichen Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind und mit ihm die Macht des ‚Meisters' bilden" (MEW 23, 446).

Erscheint so einerseits die Wissenschaft als Produktivkraft des Kapitals, so ist dennoch längst nicht ausgemacht, daß die zum Teil „wissenschaftlich ... gebildete ... Arbeiterklasse" ihrer von dem spezifisch historischen Produktionsverhältnis bestimmten Klassenlage nach in einem grundsätzlich anderen Verhältnis zum Kapital steht als die übrigen produktiven Arbeiter. Der Gegensatz von Kopf und Hand mag sich durchaus zunächst als Gegensatz befestigen, aber mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise ist untrennbar verbunden, daß dieser Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit eigentümliche Bewegungsformen erhält. „Es ist ja eben das Eigentümliche der kapitalistischen Produktionsweise, die verschiedenen Arbeiten, also auch Kopf- und Handarbeiten — oder die Arbeiten, in denen die eine oder andere Seite vorwiegt —, zu trennen und an verschiedene Personen zu verteilen, was jedoch nicht hindert, daß das materielle Produkt das gemeinsame Produkt dieser Personen ist oder ihr gemeinsames Produkt in materiellem Reichtum vergegenständlicht; was andererseits ebensowenig hindert oder gar nichts daran ändert, daß das Verhältnis jeder einzelnen dieser Personen das des Lohnarbeiters zum Kapital und in diesem eminenten Sinn das des produktiven Arbeiters ist. Alle diese Personen sind nicht nur unmittelbar in der Produktion von materiellem Reichtum beschäftigt, sondern sie tauschen ihre Arbeit unmittelbar gegen das Geld als Kapital aus und reproduzieren daher

unmittelbar außer ihrem Salaire einen Mehrwert für den Kapitalisten" (MEW 26.1, 387). Einmal klargestellt, daß diese Lohnarbeiter im eminenten Sinn produktive Arbeiter, vom Kapital ausgebeutet und zugleich Träger der Produktivkräfte sind, unterscheidet sie nach dieser Seite nichts in ihrem Verhältnis zum Kapital, der spezifisch historischen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit.

Allerdings findet eine Differenzierung statt bezüglich der je unterschiedlichen Funktionen, die die produktiven Arbeiter im Produktionsprozeß wahrnehmen. Hat man einmal die Differenz zwischen ökonomisch bedingter Klassenlage als Ausdruck des spezifisch historischen Produktionsverhältnisses und den verschiedenen Bewußtseinsformen der Träger der produktiven Arbeit bestimmt, so ist einleuchtend, daß die offensichtlich unterschiedlichen, mehr oder minder illusionären Vorstellungen, die die Individuen sich über ihr soziales Dasein machen, selbst noch aus diesem Produktionsverhältnis hervorwachsen müssen [15]). An der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen die Charaktere der gesellschaftlichen Arbeit als Eigenschaften des Kapitals, das Verhältnis der Produzenten als Verhältnis von Dingen. Die gegeneinander verselbständigten, verdrehten und verknöcherten Formen des Werts erscheinen nicht als Folge, sondern als seine Ursache. Entscheidend dafür ist, daß sich der Wert der Arbeitskraft in den „Preis der Arbeit" verwandelt. Erscheint aber der Lohn als Äquivalent für alle geleistete Arbeit, so ist die Differenz zwischen notwendiger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit ausgelöscht. Den Produktionsagenten drängt sich vielmehr in der Vorstellung eine andere Differenz auf. Erhält nämlich der Arbeiter den Wert seiner Arbeit, dann muß der andere Teil des von ihm geschaffenen Wertprodukts aus anderen Quellen herrühren: aus dem Kapital selbst. „Auf dieser Erscheinungsform (der Lohnform — d. Verf.), die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen . . ." (MEW 23, 562). Von den Illusionen über die Herkunft des Mehrwerts, die aus der Zirkulation des Kapitals entstehen, einmal abgesehen, soll nur kurz auf die Verallgemeinerung der Lohnform eingegangen werden, insofern darin die Befestigung des Rechtfertigungsgrundes zur Aneignung unbezahlter Mehrarbeit liegt.

V

Der Unternehmergewinn als Teil des Profits und unterschieden vom Zins erscheint dem fungierenden Kapitalisten als Arbeitslohn für geschickte Arbeit; seine Arbeit des Kommandierens und Verwaltens stellt sich ihm selbst als Lohnarbeit dar, weit entfernt davon, einen Gegensatz zur exploitierten Arbeit zu bilden. Denn mit der Spaltung des Profits in Unternehmergewinn und Zins gliedert sich das Kapitalverhältnis unter der Form des zinstragenden Kapitals gleichsam aus der Produktion aus. „Auf den Zins fällt die gesellschaftliche Form des Kapitals, aber in einer neutralen und indifferenten Form ausgedrückt; auf den Unternehmergewinn fällt die ökonomische Funktion des Kapitals, aber von dem bestimmten, kapitalistischen Charakter dieser Funktion abstrahiert" (MEW 25, 396). Erscheinen so die Aneignung von Mehrarbeit und deren Verausgabung unterschiedslos als Lohnarbeit — beide Formen nur noch unterschieden in geschickte und einfache Arbeit —, so bleibt dennoch die Differenz sichtbar, wenn die Arbeit der Oberleitung vom fungierenden Kapitalisten selbst ausgeübt wird.

15) Es kann hier nicht systematisch auf die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche Mystifikation eingegangen werden; die bisher klarste Darstellung dieses Zusammenhangs findet sich bei J. Bischoff u. a., Mystifikation und Klassenbewußtsein, in: SOPO 8.

Das eigentliche Problem entsteht erst dann, wenn die Oberleitung auf einen bezahlten Dirigenten übertragen wird. Einerseits ist er Nichteigentümer der Produktionsmittel und verkauft wie alle anderen Lohnarbeiter seine (wie immer qualifiziertere) Arbeitskraft als Ware, „denn das Gehalt des Dirigenten ist, oder soll sein, bloßer Arbeitslohn einer gewissen Art geschickter Arbeit, deren Preis am Arbeitsmarkt reguliert wird, wie der jeder anderen Arbeit" (MEW 25, 452), andererseits muß er die „besonderen Funktionen, die der Kapitalist als solcher zu verrichten hat, und die ihm gerade im Unterschied von, und Gegensatz zu den Arbeitern zukommen", übernehmen (MEW 25, 396). Zunächst muß hierbei die Frage beantwortet werden, ob der Dirigent seine Arbeitskraft unmittelbar gegen variables Kapital tauscht oder ob das Wertäquivalent seiner Arbeitskraft Teil des Profits ist. Es soll vorausgesetzt werden, daß das Übertragen der Leitungstätigkeit vom Kapitalisten auf einen bezahlten Dirigenten sich nicht einer willkürlichen Laune des individuellen Kapitalisten verdankt, sondern Ausdruck des fortgeschrittenen Vergesellschaftungsgrades der Produktion ist. Von dieser Voraussetzung auszugehen, ist deshalb wichtig, weil die Diskussion nicht bei dem *einen* Dirigenten stehen bleiben kann. Die Vergesellschaftung der Arbeit durch das Kapital schließt vielmehr eine Differenzierung der Leitung, eine Verteilung ihrer Funktionen und Unterfunktionen an verschiedene Personen ein. All diese „industriellen Ober- und Unteroffiziere" sind Teil des produktiven Gesamtarbeitskörpers. Sie produzieren Wert und Mehrwert wie jeder andere produktive Lohnarbeiter. Dies zu erkennen, wird nur dadurch erschwert, „daß ein Teil des Arbeitslohns (des vorgeschossenen variablen Kapitals — d. Verf.), auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, als integrierender Bestandteil des Profits erscheint" (MEW 25, 396). Die für die Leitungstätigkeit notwendige Sachkenntnis erfordert mehr oder minder lange Ausbildungszeiten, die bestimmend in den Wert dieser spezifischen Arbeitskraft eingehen. Gegenüber der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit stellt sich daher die Arbeit der Leitung als geschickte Arbeit dar, für die ein höherer Lohn bezahlt wird.

Als produktiver Lohnarbeiter befindet sich der Dirigent ebenso im Gegensatz zum Kapital wie die ihm unterstellten Arbeiter. Seine Tätigkeit ist von vornherein gesellschaftlicher Natur. Wird im Prozeß der Verallgemeinerung des Kapitalverhältnisses die individuelle Produktionsfähigkeit des einzelnen Arbeiters zerstört, indem er nur noch als Teilglied eines gesellschaftlichen Arbeitskörpers fungiert, so entspringt die Arbeit der Leitung erst aus dieser gesellschaftlichen Qualität der Arbeit. Es ist daher nicht gerechtfertigt, den Leitungskader den übrigen produktiven Arbeitern als Vertreter einer besonderen Klasse gegenüberstellen zu wollen. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß die kapitalistische Produktionsweise für alle Funktionsbereiche im Produktionsprozeß, d. h. die je unterschiedlichen stofflichen Tätigkeiten, einen Arbeitsmarkt schafft, so daß der Tendenz nach auch die geschickte oder komplizierte Arbeit ihren Preis findet. „Die kapitalistische Produktion selbst hat es dahin gebracht, daß die Arbeit der Oberaufsicht, ganz getrennt vom Kapitaleigentum, auf der Straße herumläuft" (MEW 25, 400). Die Existenz dieser Dirigenten ist Ausdruck der Tatsache, daß das Kapital die Leitungskader der gesellschaftlichen Produktion selber schafft, wenn auch in eigentümlichen Formen. Es wird aber dennoch einsichtig, daß es nicht des Kapitalisten als Kapitalisten bedarf, um die Produktion in Gang halten zu können. „Es ist daher nutzlos geworden, daß diese Arbeit der Oberleitung vom Kapitalisten ausgeübt werde ... Soweit die Arbeit des Kapitalisten ... aus der Form der Arbeit als gesellschaftlicher hervorgeht, aus der Kombination und Kooperation vieler zu einem gemeinsamen Resultat, ist sie ganz ebenso unabhängig vom Kapital, wie diese Form selbst, sobald sie die kapitalistische Hülle ge-

sprengt hat. Sagen, daß diese Arbeit, als kapitalistische Arbeit, als Funktion des Kapitalisten notwendig sei, heißt nichts, als daß sich der Vulgus die im Schoß der kapitalistischen Produktionsweise entwickelten Formen nicht vorstellen kann, getrennt und befreit von ihrem gegensätzlichen kapitalistischen Charakter" (ebd.). Nach der Seite der produktiven Arbeit, die in ihrem Begriff das spezifisch historische Produktionsverhältnis, den Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit, einschließt, ist also auch die Leitungstätigkeit als produktive Arbeit in diesem bestimmten Sinn aufzufassen. Es soll nun der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit aus den besonderen *Funktionen* der Leitung ein Gegensatz ihrer Träger zu den übrigen Teilen des produktiven Gesamtarbeiters resultiert, und ob dieser Gegensatz die „Leitenden" und „Ausführenden" *klassenmäßig* scheidet.

VI

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Leitung die Ökonomie der lebendigen Arbeit und der Produktionsmittel umfaßt. Im Verlauf der Entwicklung des vergesellschafteten und verwissenschaftlichten Produktionsprozesses entwickelt sich ein ganzes System von personaler Ober- und Unterleitung, an die je bestimmte Funktionen der beiden Ökonomien gebunden sind. So wird es zum ausschließlichen Geschäft besonderer Lohnarbeiter, die Fortschritte der geistigen Produktion, insbesondere der Naturwissenschaften und Technologie, im Produktionsprozeß materiell umzusetzen, den technologischen Apparat zu verbessern und zu überwachen etc.

Andere wieder versuchen, gemäß einer bestimmten Ausbildung dem Gesetz der Ökonomie der Zeit auf die Spur zu kommen, indem sie teils wissenschaftlich entwickelte Methoden anwenden, um die gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit in der Produktionsstätte des Kapitals zu messen. Beide Ökonomien haben Auswirkungen auf die in Tätigkeit gesetzte produktive Arbeit. Der Tendenz nach hat die Ökonomie der Produktionsmittel Freisetzung eines Teils der Arbeiter zur Folge. Die Ökonomie der lebendigen Arbeit zielt unmittelbar auf die Intensivierung der Arbeit. Die Träger dieser Funktionen werden wegen ihrer konkreten Tätigkeit sicher ein anderes Bewußtsein über ihre Lage als produktive Arbeiter entwickeln als z. B. diejenigen, die ihnen als „Objekte" ihrer Arbeit gegenüberstehen. Die möglicherweise daraus entstehenden gegensätzlichen Anschauungen sind als Ausdruck der widersprüchlichen Bestimmtheit des Produktionsprozesses zu begreifen, der unter der kapitalistischen Form immer Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß ist. Es ist Aufgabe der Organisationen der Arbeiterklasse, diese Klassenvorurteile zugunsten der gemeinsamen Einsicht in die einheitliche Klassenlage aller produktiven Arbeiter abzubauen. Die unterschiedlichen Bewußtseinsformen zugestanden, kann aber nicht behauptet werden, daß die Leitungskader bloße Agenten des Kapitals sind. Sie sind vielmehr dem Kapital selbst unterworfen. Im Maße der Entwicklung von Methoden der Ökonomie der lebendigen Arbeit schlägt das Messen des Minimums auf sie selbst zurück.

Was bleibt, ist der „wirkliche" Dirigent, der das Ganze des kapitalistischen Produktionsprozesses vermittelt und letztendlich die Entscheidungen gemäß der Kapitalverwertung trifft. Bei der Diskussion über die Stellung der leitenden Angestellten kann ernsthaft nur der den Kapitalisten ersetzende Dirigent noch ein Problem sein. Klar ist, daß auch bei diesem Funktionsträger von Eigenständigkeit von vornherein nicht die Rede sein kann. Die Frage ist nur, ob er als Repräsentant des Kapitals zu bestimmen ist oder als produktiver Lohnarbeiter.

Demokratie und Recht

Vierteljahresschrift · Erster Jahrgang · Heft 1/1973

Herausgeber

WOLFGANG ABENDROTH
AXEL AZZOLA
WILHELM RAIMUND BEYER
WOLFGANG DÄUBLER
HEINZ DÜX
HANS-JOCHEN MICHELS
HEINZ PETERS
HELMUT RIDDER
PETER RÖMER
HANS E. SCHMITT-LERMANN
ERWIN SIEMANTEL
GERHARD STUBY

Redaktion
Hans-Jochen Michels

Inhalt

Michael Ratz / Darstellung und Kritik der Bodenpolitik und des Bodenrechts in der BRD
Hans-Joachim Koppik / Bodenrechtliche Aspekte des Städtebaues der DDR
Peter Römer / Funktions- oder Formwandel des Eigentums?
Hans-Dieter Bamberg / Zu Ernst Forsthoffs Staat der Industriegesellschaft
Helmut Stein / Anmerkungen zu den Urteilen des HOLG zu Hamburg
in der Sache Fiete Schulze aus den Jahren 1935 und 1972
Urteil des AG Göttingen in der Strafsache gegen Ulrich Piepkorn
Urteil des LG Dortmund in der Strafsache gegen Hans-Walter von Oppenkowski

Die Zeitschrift „Demokratie und Recht" erscheint vierteljährlich.
Das Einzelheft kostet DM 6,00, im Abonnement DM 5,00,
im verbilligten Abonnement für Studenten DM 4,00 zuzüglich DM 0,30 Zustellgebühr.
Abonnenten in anderen Währungsgebieten werden nach den geltenden
Verrechnungsbestimmungen beliefert.
Eine Beendigung des Abonnements ist stets nur zum Jahresschluß möglich;
die Kündigung muß spätestens bis zum 30. September beim Verlag eingetroffen sein.
Die Zeitschrift ist direkt beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115,
Telefon (0221) 37 41 01, zu beziehen.
Deutsche Bank Köln 1267111 · Sparkasse der Stadt Köln 10652238.
Postscheckkonto Köln 6514-503
Redaktion: Hans-Jochen Michels, 43 Essen 1, Christophstraße 1, Telefon (02141) 77 67 10.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder
und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Zustimmung des Verlages.
Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Es war vorausgesetzt, daß der Dirigent seine Arbeitskraft als Ware zu ihrem Wert verkauft, und nach dieser Seite ist er als produktiver Lohnarbeiter bestimmt worden. Allerdings übt er die „besonderen Funktionen (aus), die der Kapitalist als solcher zu verrichten hat, und die ihm gerade im Unterschied von, und im *Gegensatz* zu den Arbeitern zukommen" (Herv. d. Verf.).

Danach scheidet aber der Gegensatz von produktiver Arbeit und Aneignung von unbezahlter Mehrarbeit aus, der Dirigent wird vielmehr selbst ausgebeutet. Dennoch vollzieht er die Funktionen des Kaufs der Ware Arbeitskraft, des Kaufs der Produktionsmittel, entscheidet über die Akkumulation des Kapitals etc. und befindet sich in Ausübung dieser Funktionen im Gegensatz zu den übrigen produktiven Arbeitern. Seine Aufgabe ist es, das Kapital zu verwerten, und in dieser Funktion gelten ihm wie dem fungierenden Kapitalisten die Arbeiter nur als Verwertungsmittel und bleiben so dem Kapital untergeordnet. „Indem der bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, weder leihweise noch sonstwie, alle realen Funktionen versieht, die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen, bleibt nur der Funktionär und verschwindet (zwar) der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß" (MEW 25, 401), dennoch ändern die realen Funktionen gegenüber den Arbeitern nicht ihren gegensätzlichen Charakter durch Übertragung auf die Person eines eigentumslosen Dirigenten. Bevor hierauf weiter eingegangen wird, soll das Verhältnis des Dirigenten zum Kapitalisten betrachtet werden.

VII

Wie bereits ausgeführt wurde, erscheint der Unternehmergewinn (als Teil des Profits) dem fungierenden Kapitalisten als Arbeitslohn für geschickte Arbeit. Er reklamiert den Profit als Äquivalent für die Leitung des Produktionsprozesses. „Der Lohn, den er für diese Arbeit beansprucht und bezieht, ist genau gleich dem angeeigneten Quantum fremder Arbeit und hängt direkt ab, soweit er sich der notwendigen Mühe der Exploitation unterzieht, vom Ausbeutungsgrad dieser Arbeit, nicht aber vom Grad der Anstrengung, die diese Exploitation ihm kostet, und die er gegen mäßige Zahlung auf einen Dirigenten abwälzen kann" (MEW 25, 401). Der Kapitalist kann also aus dem Produktionsprozeß heraustreten, ohne auf das Wesentliche verzichten zu müssen: die Aneignung unbezahlter fremder Arbeit. Der Kapitalist braucht die realen Funktionen, die ihm als Kapitalist zukommen, nicht selbst zu übernehmen, dennoch bleibt ihm der Profit qua Eigentum. Geliehenes Eigentum ändert daran nichts, es hat nur Auswirkungen auf die Profitmasse, die ihm letztlich bleibt; der Rechtstitel auf Teile des Mehrwerts wird dadurch nicht aufgehoben.

Trifft das aber auf den bloßen Dirigenten auch zu? Nach unseren Voraussetzungen sicher nicht. Als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft ist er ständig gezwungen, das Wertäquivalent aufs neue zu reproduzieren. Sein Verhältnis zum Kapital wird sich um so weniger von den übrigen Lohnarbeitern unterscheiden, je mehr sein Aufsichtslohn „einerseits sein bestimmtes Niveau und seinen bestimmten Marktpreis (findet), wie aller anderer Arbeitslohn, mit der Bildung einer zahlreichen Klasse industrieller und kommerzieller Dirigenten; und je mehr er andererseits (sinkt), wie aller Lohn für geschickte Arbeit, mit der allgemeinen Entwicklung, die die Produktionskosten spezifisch geschulter Arbeitskraft herabsetzt" (MEW 25, 403).

Die Arbeit des Exploitierens unter der Form der Lohnarbeit ist selbst exploitierte Arbeit. Verrichtet der Dirigent oder Manager seine Tätigkeit nicht zur Zufrieden-

heit des Kapitalisten, oder wird er überflüssig — etwa bei Unternehmensstillegung und Fusionen—, so läuft er auf der Straße herum, los und ledig aller Mittel zur eigenen Reproduktion. Als Lohnarbeiter vereinigt er in seiner Person die Funktionen des produktiven Arbeiters und die Funktionen des Kapitalisten, diese — streng genommen — aber nur, soweit sie zur Aufrechterhaltung der Produktion selbst dienen, also die ausgegliederten produktiven Funktionen des Kapitalisten. Davon zu unterscheiden sind die Funktionen des Kaufs der Produktionsmittel und der Ware Arbeitskraft. In diesen Funktionen fungiert der Dirigent in der Tat gegensätzlich zu den übrigen produktiven Arbeitern. Aus dieser Tätigkeit erwachsen besondere Illusionen über die eigene Stellung im Produktionsprozeß; und diese können das Verhältnis von Dirigent und ihm unterstellten Lohnarbeitern als Verhältnis von Vertretern zweier Klassen erscheinen lassen. Es ist daher auch einleuchtend, daß dem Dirigenten selbst bezüglich seiner besonderen Beziehung zum Kapital und seinen zum Teil gegensätzlichen Funktionen gegenüber den anderen Lohnarbeitern sich die Vorstellung aufdrängen mag, weder das eine noch das andere zu sein, vielmehr etwas Drittes.

Zu klären bleibt noch, ob die bisher erreichten Bestimmungen der Leitung als produktive Arbeit modifiziert werden bei Betrachtung der kommerziellen Lohnarbeit und der kommerziellen Dirigenten. Es ist klar, daß in der Zirkulationssphäre keine produktive Arbeit verrichtet wird. Dennoch ist die hier zu verausgabende Arbeit notwendiges Moment des Reproduktionsprozesses des Kapitals. Die im Zirkulationsbereich angewandte Lohnarbeit ist ebenfalls ausgebeutete Arbeit. „Der kommerzielle Arbeiter produziert nicht direkt Mehrwert. Aber der Preis seiner Arbeit ist durch den Wert seiner Arbeitskraft, also deren Produktionskosten, bestimmt, während die Ausübung dieser Arbeitskraft, als eine Anspannung, Kraftäußerung und Abnutzung, wie bei jedem anderen Lohnarbeiter, keineswegs durch den Wert seiner Arbeitskraft begrenzt ist. Sein Lohn steht daher in keinem notwendigen Verhältnis zu der Masse des Profits, die er dem Kapitalisten realisieren hilft. Was er dem Kapitalisten kostet und was er ihm einbringt, sind verschiedene Größen" (MEW 25, 311).

Da der kommerzielle Arbeiter durch seine Tätigkeit die Zirkulationszeit des Kapitals abkürzen hilft, diese negative Schranke der Verwertung enger zieht, ist er, bezogen auf das einzig produktive Kapital, also das industrielle, als indirekt produktiv zu bestimmen. Aus diesem besonderen Verhältnis der kommerziellen Lohnarbeiter zum Kapital resultieren besondere Illusionen über das eigene soziale Dasein. Darauf einzugehen ist bei der Bestimmung von Klassenvorurteilen wichtig. Für das Abgrenzungsproblem dagegen ist davon abzusehen, weil es hier nur darum geht, herauszufinden, ob lohnabhängige Dirigenten im kommerziellen Bereich entsprechend ihrem Verhältnis zum Kapital ebenfalls zur Arbeiterklasse zählen oder zur Kapitalistenklasse. Der theoretischen Klarheit wegen sei auch hierbei unterstellt, daß diese Dirigenten nur den Wert ihrer Arbeitskraft als Äquivalent vom Kapitalisten erhalten.

Der Unterschied zwischen dem lohnabhängigen Dirigenten und dem Kapitalisten war dahingehend bestimmt worden, daß ersterer nur den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt erhält, also keinen Anteil an der unbezahlten Mehrarbeit. Dies kann für den kommerziellen Bereich nicht gelten. Zunächst soll das Gemeinsame der direkt produktiven und der indirekt produktiven Arbeiter hervorgehoben werden. „Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens, insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns, nicht von dem als Revenue verausgabten Geld, und daher auch nur gekauft wird ... zum Zweck der Selbstverwertung des darin vorgeschossenen

Kapitals. Zweitens, sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist, wie bei allen anderen Lohnarbeitern, durch die Produktions- und Reproduktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit" (MEW 25, 303).

Da aber der kommerzielle Arbeiter nicht direkt Wert oder Mehrwert produziert, produziert er auch kein Äquivalent für das vorgeschossene variable Kapital des kaufmännischen Kapitalisten. Deshalb „muß zwischen ihm und den direkt vom industriellen Kapital beschäftigten (den produktiven — d. Verf.) derselbe Unterschied stattfinden, der zwischen dem industriellen Kapital und dem Handelskapital und daher zwischen den industriellen Kapitalisten und dem Kaufmann stattfindet" (MEW 25, 304). Das kommerzielle Kapital eignet sich einen Teil des industriell produzierten Profits an, woraus auch sein variables Kapital vorgeschossen wird. In diesem Sinne ist der Lohn, den die kommerziellen Arbeiter einschließlich des Dirigenten erhalten, immer schon unbezahlte Mehrarbeit. Bezüglich der Abgrenzung des kommerziellen Dirigenten zum Kapitalisten muß es daher heißen, daß ihm nicht Teile des kommerziellen Profits zufließen dürfen. Trifft dies zu, so ist nicht einzusehen, warum der Leitungskader eines kommerziellen Kapitals nicht der Arbeiterklasse angehören sollte. Wobei auch hier eingeräumt wird, daß er wegen seiner besonderen Funktionen gegenüber den übrigen indirekt produktiven Lohnarbeitern sich durchaus illusionäre Vorstellungen über seine eigene Lage machen wird.

VIII

Nach den gemachten Voraussetzungen sind wir zu einer klaren Trennung von Lohnarbeitern und Kapitalisten gelangt. Das soll freilich keineswegs über die zum Teil erheblichen Unterschiede, die real bezüglich der Einkommen, Lebensbedingungen, Arbeitssituation und gegensätzlichen Funktionen bestehen, hinwegtäuschen. Es kam hier nur darauf an, die Frage zu beantworten, ob aus dem Produktionsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft sich eine Gruppe von Personen heraus bestimmen läßt, die zwar direkt in den Reproduktionsprozeß des Kapitals involviert sind, und zwar als Lohnarbeiter, und dennoch neben „Kapital und Arbeit" eine „dritte Kraft" darstellen sollen. Diese Frage muß nach den obigen Ausführungen eindeutig verneint werden.

Zweifellos stellt sich das Problem anders bei der empirischen Untersuchung von Leitungskadern bezüglich ihrer Klassenzugehörigkeit. Muß in der theoretischen Betrachtung davon ausgegangen werden, daß auch die Leitungsagenten, Dirigenten, Manager usw. ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, um die Unterschiede rein herauszuarbeiten, so steht dem die empirische Erfahrung entgegen. Offensichtlich bezieht eine ganze Reihe sogenannter Leitender Angestellter erheblich höhere Einkommen als der durchschnittliche Lohnarbeiter. Einen Vergleichsmaßstab könnten Lohnarbeiter abgeben, die ähnlich lange Ausbildungszeiten für die Qualifikation ihrer Arbeitskraft benötigten wie diese Leitenden Angestellten, z. B. Wissenschaftler in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Es wird sicher die Frage bleiben, wofür jene eigentlich soviel mehr erhalten. Es muß also davon ausgegangen werden, daß ein Teil der heute so bezeichneten Leitenden Angestellten tatsächlich über den Wert ihrer Arbeitskraft hinaus Profitteile erhalten. Wenn dies unter der Form der Lohnarbeit (als „Gehaltsempfänger") geschieht, so ist das eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. Hinzu kommt, daß man die wirklichen Dirigenten und jene, die sich nur so nennen, schwer voneinander wird scheiden können. Denn „auf Basis der kapitalistischen

Produktion entwickelt sich bei den Aktienunternehmungen ein neuer Schwindel mit dem Verwaltungslohn, indem neben und über dem wirklichen Dirigenten eine Anzahl Verwaltungs- und Aufsichtsräte tritt, bei denen in der Tat Verwaltung und Aufsicht bloßer Vorwand zur Plünderung der Aktionäre und zur Selbstbereicherung wird" (MEW 25, 403).

Allerdings scheint doch eines recht deutlich zu sein: Die Anzahl derer, die zum Zwecke der direkten oder indirekten Bereicherung im Produktions- und Zirkulationsprozeß fungieren, also Profit oder erhebliche Teile des Profits erhalten, dürfte im Vergleich zu den über 80 % Lohnabhängigen in der BRD äußerst gering sein. Für sie — Experten schätzten ihren Anteil für Großunternehmen anläßlich einer aktuellen Fernseh-Diskussion [16]) auf knapp 2 % der Arbeitnehmer — bei der Mitbestimmungsregelung einen Sonderstatus als „dritte Kraft" einzuräumen, wäre mindestens „äußerst undemokratisch" (Alex Möller). Auch wenn heute die Bereicherung unter der scheinbaren Form der Lohnarbeit auf ziemlich großer Stufenleiter betrieben werden dürfte, so ist doch sicher, daß der größte Teil der sogenannten Leitenden Angestellten ihrer ökonomisch bestimmten Klassenlage nach nicht zur Kapitalistenklasse zählt, geschweige denn über eine Eigenständigkeit verfügt, die es rechtfertigte, sie von den Arbeitern und den übrigen Angestellten abzuheben.

Bleibt das Risiko ihres illusionären Bewußtseins für die konsequente klassenbewußte Arbeitervertretung. Es ist eine weit zurückreichende Erfahrung in der Arbeiterbewegung, daß die „besser bezahlte Sorte Lohnarbeiter" mit ihren illusionären Vorstellungen über den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise und die Stellung des Staates im gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang reformistischen Tendenzen Vorschub leisten. Können aber als wichtigste Aufgaben der bewußtesten Kräfte in der Arbeiterbewegung der Abbau von Klassenvorurteilen und die Herstellung der Einheit der Klasse bestimmt werden, so ist daraus für die Mitbestimmungsdiskussion zu folgern, daß die sozialpartnerschaftliche Integrationsstrategie des Kapitals ebenso zu bekämpfen ist wie seine Spaltungsstrategie. In der aktuellen politischen Diskussion zur Mitbestimmungskonzeption kann daher nur die Position für sich beanspruchen, das gesellschaftliche Interesse der Lohnabhängigen zu vertreten, die sich gegen eine Sonderstellung der Angestellten mit Leitungsfunktionen wendet. Die unmittelbar mit Unternehmerfunktion Beauftragten, deren Einkommen sich nur formell als Lohn darstellt, sind entweder aus den Mitbestimmungsgremien auszuklammern oder von seiten der Anteilseigner in den Aufsichtsrat zu berufen.

[16]) „Pro und contra", ARD am 1. 2. 1973.

Zur Aktivität der Vertriebenenverbände nach dem Inkrafttreten der Ostverträge

Von Georg Herde

Sind „die Vertriebenenverbände am Ende"?

Die Vertriebenenverbände seien am Ende; sie hätten aufgehört, in der BRD eine Rolle zu spielen; die Landsmannschaften und ihre revisionistische Tätigkeit das sei ein Generationsproblem gewesen, das jetzt auslaufe — solche und ähnliche Behauptungen werden von der Bundesregierung nahestehenden Massenmedien und von Politikern der Regierungsparteien vor allem in Interviews mit Publikationsorganen sozialistischer Länder immer wieder verbreitet. Begründet werden diese Behauptungen u. a. mit Erhebungen über das Wahlverhalten der ehemaligen Umsiedler bei den Bundestagswahlen 1972. Selbst der Informationsdienst des Bundes der Vertriebenen/Landesverband Bayern stellte in seiner Dezember-Ausgabe 1972 fest, daß das Votum „der Vertriebenenwähler sich nicht mehr wesentlich vom einheimischen Wähler unterscheidet".

Obwohl die Eingliederung der ehemaligen Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen — der Menschen, die im Ergebnis des Hitler-Krieges ihre ehemalige Heimat verloren haben — als vollendet angesehen werden kann, obwohl — wie das Wahlergebnis beweist — auch die politische Eingliederung vollzogen ist und obwohl der Generationswechsel fortschreitet, sind Behauptungen, die Vertriebenenverbände seien am Ende, sie hätten aufgehört, im politischen Leben eine Rolle zu spielen, falsch. Sie entsprechen nicht den Tatsachen.

Diejenigen, die solche Behauptungen aufstellen, verfolgen zum Teil die Absicht, vor allem gegenüber den sozialistischen Nachbarländern ein harmloses Bild über die Situation in der BRD zu malen; andere gehen von der falschen Vorstellung aus, daß die Vertriebenenverbände — die im Bund der Vertriebenen (BdV) vereinigten Landsmannschaften — echte Interessenvertretungen der ehemaligen Umsiedler waren, daß sie die politischen Vorstellungen und Ziele eines bedeutenden Anteils der Bevölkerung der BRD (ca. 18 %) artikulierten, daß nunmehr aber die überwiegende Mehrheit der ehemaligen Umsiedler sich mit dem Verlust der alten Heimat abgefunden hat und daß darum die Landsmannschaftsführer ihrer Massenbasis verlustig gingen. Tatsächlich war die Behauptung der Sprecher des BdV und der Landsmannschaften, daß sie die „legitimen Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Interessen" der ehemaligen Schlesier, Ostpreußen, Sudetendeutschen usw. seien, zu jeder Zeit unwahr.

Vertriebenenorganisationen — Instrument der psychologischen Kriegführung

Nach der totalen Niederlage des Nazireiches beschlossen die alliierten Siegermächte in Potsdam, die Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn auszusiedeln. Die überwiegende Mehrheit auch der in das Territorium der späteren BRD Umgesiedelten oder vor dem Kriegsgeschehen Geflüchteten war sich von Anfang an darüber im klaren, daß der Verlust der alten Heimat ein Preis für die im deutschen

Namen begangenen Verbrechen des Naziregimes war. Ihr Streben war darauf gerichtet, sich so schnell wie möglich eine neue Existenz, eine neue Heimat zu schaffen.

Schon bald entstanden auf örtlicher Ebene Interessenvereinigungen, deren Tätigkeit darauf gerichtet war, den Neubürgern zu menschenwürdigen Wohnungen, zu Arbeit und zu voller Gleichberechtigung zu verhelfen. Politische Zusammenschlüsse von ehemaligen Ost- und Sudetendeutschen, die sich gegen die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens richteten, waren bis Ende 1948 von den alliierten Militärverwaltungen verboten.

Unter Umgehung dieses Verbotes fanden sich reaktionäre Kräfte zusammen — ehemalige Nazigrößen, ehemalige Unternehmer und Großgrundbesitzer sowie andere nationalistische und stockkonservative Elemente —, die illegal politische Vereinigungen — die späteren Landsmannschaften — organisatorisch und politisch vorbereiteten. Eindeutiges Ziel dieser Kräfte war es, die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anzustreben. Im folgenden ein Beispiel dafür, was für Kräfte an der Wiege der Landsmannschaften standen und welche politischen Ziele von ihnen verfolgt wurden:

Im Dezember 1949 trafen sich in Eichstätt siebzehn in der BRD lebende ehemalige sudetendeutsche Politiker, um über die Gründung des „Hauptverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft" zu beraten, die dann am 24. Januar 1950 erfolgte. Sie unterzeichneten eine programmatische, die sogenannte „Eichstätter Erklärung", in der es u. a. heißt:

„Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937... Keine Neugestaltung Europas kann an dem zentralen Problem einer neuen staatsrechtlichen Ordnung des Donauraumes und der übrigen von der Sowjetunion seit 1945 besetzten und beherrschten Gebiete vorübergehen..... wollen wir innerhalb unserer Volksgruppe und bei allen Vertriebenen dafür wirken, daß sie den Kampf um die Wiedergewinnung ihrer Heimat einordnen in das große Ringen um die christlich-humanistische Wiedergeburt Europas."

Zu den Unterzeichnern dieser Geburtsurkunde der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) gehörten: die CDU/CSU-Politiker Hans Schütz (damals MdB/CSU), Dr. Hermann Götz (bis heute MdB/CDU), Dr. Emil Franzel (CSU); die inzwischen verstorbenen SPD-Politiker Wenzel Jaksch und Richard Reitzner (damals MdB/SPD); ehemals führende Nazifunktionäre aus dem Sudetenland, so der ehemalige Leiter der Kanzlei Henlein, Dr. Walter Brand, der ehemalige NS-Schriftleiter im NSDAP-Gauorgan „Zeit" Dr. Walter Becher (jetzt MdB/CSU), der ehemalige NSDAP-Gauhauptstellenleiter Dr. Walter Hergl, der ehemalige SS-Obersturmbannführer Friedrich Brehm. Schließlich gehörte zu den Männern der ersten Stunde der SL Prof. Dr. Eugen Lemberg, Pater Dr. Paul Sladek und der damalige FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Walter Zawadil.

Bis zum Zeitpunkt der Wiederaufrüstung Anfang der fünfziger Jahre vegetierten die revisionistischen Landsmannschaften dahin. Jene Organisationen aber, welche die gleichberechtigte Eingliederung der Neubürger verfolgten, hatten gewaltigen Zulauf. In großen Massenkundgebungen artikulierten sie die Lebensansprüche der Ausgesiedelten an Staat und Gesellschaft.

Mit der Wiederaufrüstung begann die Karriere der Landsmannschaften

Parallel zur Wiederaufrüstung der BRD und zur Bindung an die NATO begann die Karriere der Landsmannschaften und ihrer Funktionäre. Vor allem sie übernahmen es, die Expansionsziele der wiedererstarkenden deutschen Monopole zu propagieren. Neben anderen wie Pilze aus dem Boden schießenden Organisationen und Institutionen war es vor allem den Landsmannschaften übertragen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mit militantem Antikommunismus und Revisionismus zu durchdringen. Gegenüber anderen Organisationen und Einrichtungen, denen Aufgaben der psychologischen Kriegführung übertragen waren, hatten die Landsmannschaften den Vorteil, daß sie an die Heimat- und Zusammengehörigkeitsgefühle der Flüchtlinge anknüpfen und sich damit eine gewisse Massenbasis schaffen konnten.

Damit die revisionistischen Organisationen der psychologischen Kriegsvorbereitung in hohem Maße gerecht werden konnten, setzte von seiten des Bonner Staates eine umfassende Förderung ein:

— Das angeblich zum Zwecke der Förderung der Eingliederung 1949 geschaffene Bundesvertriebenenministerium wurde vor allem in der Ära des „tiefbraunen" Bundesministers Dr. Oberländer (1953—1960) weitgehend zum Instrument der Förderung und Anleitung der revisionistischen Organisationen und Institutionen umfunktioniert. Dasselbe galt für die Vertriebenenministerien und -abteilungen der Länder.

— Hunderte Millionen staatliche Subventionen wurden den Landsmannschaften von Bundes- und Länderregierungen gewährt.

— Mit dem „Göttinger Arbeitskreis", dem „Gottfried-Herder-Institut", der „Ostakademie" Lüneburg, dem „Collegium Carolinum" usw. usf. wurden staatlich finanzierte Institutionen geschaffen und den Landsmannschaften zur Seite gestellt. Hauptaufgabe dieser Einrichtungen war und ist es, Argumente und „Beweise" für die „Rechtmäßigkeit" territorialer Ansprüche zu erarbeiten.

— Mit dem „ostdeutschen Patenschaftswerk" wurde dafür gesorgt, daß die Landsmannschaften und deren „Heimatgliederungen" von ihren Paten — Bundesländern und mehreren hundert Städten und Kreisen der BRD — umfassende politische, moralische und vor allem materielle Förderung erhielten.

— Verfügungen wie der Ostkundeerlaß der Kultusministerkonferenz der Länder (1956) eröffneten den Landsmannschaften über die landsmannschaftlichen Erziehergemeinschaften ein breites Wirkungsfeld. Ihnen wurde ermöglicht, über den Schulunterricht die Jugend nationalistisch und revisionistisch zu beeinflussen. Sie bestimmten weitgehend die politische Tendenz der Schulbücher usw. usf.

Während die Landsmannschaften durch die vielseitige Förderung des Staates in die Lage versetzt wurden, nach außen lautstark revisionistische Ziele zu verkünden und im Innern die Bevölkerung, nicht nur die Flüchtlinge und Vertriebenen, militant antikommunistisch aufzuputschen, wurden fortschrittliche demokratische Flüchtlingsvereinigungen verboten — so z. B. der 1951 gegründete „Westdeutsche Flüchtlingskongreß", der sich für schnelle gleichberechtigte Eingliederung der Flüchtlinge, für die Anerkennung der im Ergebnis der Hitleraggression entstandenen Grenzen und gegen die Aufrüstung in der BRD einsetzte. Anfang 1958 wurde diese demokratische Umsiedlervereinigung unter dem Vorwand verboten, sie sei eine kommunistische Tarnorganisation. Ihre Büros wurden geschlossen, die beschlagnahmten Archive und sonstigen Unterlagen sind bis heute noch nicht freigegeben.

Die Entstehungsgeschichte der Vertriebenenorganisationen — der Landsmannschaften und deren 1959 gegründeter Spitzenorganisation „Bund der Vertriebenen" — und deren Karriere zu „staatstragenden Organisationen" beweisen: Sie sind nicht Interessenvertretungen der Vertriebenen, denn ihre Politik richtete sich gegen die volle Eingliederung, gegen Entspannung und Sicherheit in Europa. Sie sind seit Beginn der Aufrüstung in der BRD pressure-groups der aggressivsten Teile des Monopolkapitals und artikulieren noch um einen Ton lauter als die Hauptparteien der Rüstungsmonopole, die CDU/CSU, Expansionsziele.

Gegner der Ostverträge

Nicht als „Repräsentanten der Vertriebenen", sondern als Instrumente der Rüstungsmonopole waren und sind die Führer von BdV und Landsmannschaften wütende Gegner jedes Schrittes auf Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. In den Jahren 1970—1972 stand im Mittelpunkt der Tätigkeit der Revisionistenorganisationen und an der Spitze der Publikationstätigkeit der Landsmannschaftsblätter der Kampf gegen die Verträge von Moskau und Warschau, gegen den Grundvertrag über die Beziehungen zwischen BRD und DDR. „Verrat" und „Verzicht" — mit diesen Parolen versuchten die Landsmannschaften auf vielen Kundgebungen und Veranstaltungen ihre Mitglieder und Anhänger sowie andere Teile der Bevölkerung gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung aufzuputschen. Anhänger der Landsmannschaften stellten das Gros bei den Kundgebungen der neonazistischen „Aktion Widerstand", auf denen die Parole „Scheel und Brandt an die Wand" ausgegeben wurde.

Unter den neun CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, die entgegen dem Fraktionsbeschluß „Stimmenthaltung" gegen den Moskauer Vertrag stimmten, waren fünf Landsmannschaftsführer: Becher, Czaja, Wittmann, Hupka und Zoglmann. Gegen den Warschauer Vertrag stimmten am 17. Mai 1972 siebzehn Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU; elf davon waren führende Landsmannschaftsfunktionäre.

Wahlkampforganisationen der CDU/CSU

In den Satzungen des „Bundes der Vertriebenen" und der einzelnen Landsmannschaften heißt es, daß sie „überparteilich" seien. Während des Wahlkampfes zu den Bundestagswahlen 1972 betätigten sich BdV und Landsmannschaften aber einseitig als Wahlkampforganisationen für die reaktionärsten Kräfte in CDU/CSU. Von BdV und Landsmannschaften wurden die Losungen ausgegeben: „Brandt und Scheel müssen verschwinden!" „Die Verwirklichung der Verträge muß verhindert werden!" „Darum keine Zersplitterung!" „Alle Kraft auf den Sieg der CDU/CSU konzentrieren!" — In zahlreichen Absprachen zwischen den Präsidien der CDU/CSU und dem „Bund der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften", den Landesvorständen der einzelnen Revisionistenorganisationen und der CDU bzw. der CSU wurden bekräftigt: Übereinstimmung bestehe darin, daß die Verträge von Moskau und Warschau „keine Rechtsgrundlage für die bestehenden Grenzen darstellen" und daß es das Ziel einer künftigen CDU/CSU-Regierung sei, die Verträge zu revidieren.

Bis zum Wahltag (19. November 1972) lief die Wahlagitation des „Bundes der Vertriebenen" und der Landsmannschaften zugunsten von CDU/CSU auf Hochtouren. Die mehr als 300 Landsmannschaftsblätter mit einer Gesamtauflage von über 1,5 Millionen Exemplaren waren in den Wochen vor der Wahl angefüllt mit

Annoncen der CDU/CSU sowie Aufrufen obskurer Gesellschaften und „Wählerinitiativen": durch Stimmabgabe für die CDU/CSU der „Verzichtregierung" eine Niederlage zu bereiten. Im Bundesorgan der Landsmannschaft Schlesien, „Der Schlesier", wurden z. B. in der Ausgabe vom 16. November 1972 elf Wahlannoncen zugunsten der CDU/CSU veröffentlicht, die mehr als vier Seiten des Blattes füllten. So floß ein bedeutender Teil der Wahlspenden der Industrie den Landsmannschaftszeitungen zu.

17 Landsmannschaftsführer im VII. Bundestag

Der massive Einsatz der Revisionistenverbände konnte die Wahlniederlage der CDU/CSU nicht verhindern. Barzel und Strauß aber hatten dafür gesorgt, daß 17 führende Funktionäre des „Bundes der Vertriebenen" und der Landsmannschaften — die auf den Landeslisten gut abgesichert waren — als CDU/CSU-Abgeordnete in den VII. Bundestag einzogen. Es sind dies: Dr. Herbert Czaja (Präsident des „Bundes der Vertriebenen" und Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier), Dr. Herbert Hupka (Vizepräsident des BdV und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien), Dr. Hans Edgar Jahn (Vizepräsident des BdV und Präsident der „Pommerschen Abgeordnetenversammlung"), Dr. Walter Becher (Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft), Dr. Philipp v. Bismarck (Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft — er ist Vorsitzender des CDU/CSU-Wirtschaftsrates), Jürgen Wohlrabe (Präsident des Bundes der Mitteldeutschen), Dr. Hermann Götz (Mitglied des Sudetendeutschen Rates), Dr. Erich Riedel (Mitglied des Führungskreises der sudetendeutschen „Ackermann-Gemeinde"), Dr. Fritz Wittmann (Mitglied des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesvorsitzender des BdV in Bayern), Siegfried Zoglmann (Mitglied des Sudetendeutschen Rates), Fritz Bayer (Mitglied des Sudetendeutschen Rates), Dr. Erich Mende (Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung"), Helmut Sauer (mit 26 Jahren jüngster CDU-Abgeordneter, seit frühester Jugend als Funktionär in der Landsmannschaft Schlesien tätig), Dr. Heinz Starke (Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung"), Heinrich Windelen (Mitglied der „Schlesischen Landesversammlung", Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats des BdV), Otto Freiherr v. Fircks (Mitglied des BdV-Landesvorstandes Niedersachsen und Chefredakteur des BdV-Organs „Deutsche Umschau") und Olaf v. Wrangel (Vorstandsmitglied der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft).

Nach den Niederlagen des Jahres 1972

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt und die Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung Ende Januar 1973 machten deutlich, daß die SPD/FDP-Bundesregierung beabsichtigt, die militärische Rüstung verstärkt fortzusetzen, anstatt die Verträge von Moskau und Warschau zu verwirklichen, durch Kürzung der Rüstungsausgaben zur weiteren Entspannung beizutragen und Mittel für die Verwirklichung dringend notwendiger Reformen freizumachen. Es entspricht den Plänen, die Rüstung fortzusetzen und zu verstärken, wenn die revisionistischen Organisationen trotz des Inkrafttretens der Verträge — in welchen die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen anerkannt wird — und trotz der Wahlniederlage ihre Tätigkeit fortzusetzen gedenken.

Die programmatischen Erklärungen des Bundes der Vertriebenen, einzelner Landsmannschaften und führender Funktionäre dieser Organisationen nach der Bundestagswahl und im Ausblick auf die Tätigkeit im Jahre 1973 beweisen, daß sie nicht nur ihre revisionistische Politik fortsetzen wollen, sondern auch für die Zukunft fest mit staatlicher Förderung rechnen.

„1973 — ein Jahr großer Aufgaben"

Unter dieser Überschrift formulierte der neue BdV-Generalsekretär, Dr. Hans Neuhoff — der am 1. Januar 1973 für den aus Altersgründen ausgeschiedenen Herbert Schwarzer dieses Amt übernahm —, die Aufgabenstellung des „Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften" im Jahre 1973 (veröffentlicht in „Deutscher Ostdienst" vom 10. Januar 1973).

Einleitend erklärt Neuhoff, daß nach dem Wahlergebnis vom 19. November 1972 „jede politische Gruppe — auch die der Vertriebenen — nunmehr vor der Neuformierung ihrer Kräfte und vor der Neuakzentuierung ihrer Ziele steht".

Im ersten Abschnitt beschäftigte sich Neuhoff mit der „Heimat- und Deutschlandpolitik der Vertriebenen im Jahre 1973". Es komme dabei darauf an, erläutert Neuhoff, „die westdeutschen politischen Kräfte verstärkt davon zu überzeugen, daß nach Abschluß der Ostverträge nicht nur eine Verantwortlichkeit der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes verblieben ist, sondern daß es daneben gleichermaßen eine gesamtdeutsche Verantwortung aller deutschen Stellen gibt".

Weiter gelte es, immer wieder die Feststellung der Gemeinsamen Entschließung der Parteien des Bundestages vom 17. Mai 1972 „in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zurückzurufen . . ., daß mit den Verträgen nicht die völkerrechtliche Abtretung der Ostgebiete des Deutschen Reiches vollzogen worden ist". „Ostpreußen, Pommern und Schlesien", so behauptet der BdV-Generalsekretär, „sind immer noch bis zu einem Friedensvertrag unter fremder Verwaltung stehende deutsche Gebiete und nicht die ‚früheren' deutschen Ostgebiete." Die aus der VR Polen in die Bundesrepublik kommenden Übersiedler sind — nach Neuhoff — „Vertriebene und nicht ‚Ausreisende' ". Im Hinblick auf einen im Jahre 1973 möglicherweise zustande kommenden Vertrag zwischen BRD und CSSR schreibt Neuhoff, daß die „Bundesrepublik Deutschland . . . nicht die völkerrechtliche Legitimation besitzt", in einem solchen Vertrag „das Münchener Abkommen außer Kraft . . . oder gar von Anfang an ungültig" zu erklären.

Neuhoff warnt an anderer Stelle vor den „Gefahren", die die Ergebnisse der europäischen Sicherheitskonferenz bringen könnten, daß „die Vier Mächte auf ihre gesamtdeutschen Vorbehaltsrechte" in einem multilateralen Vertrag verzichten könnten. Ein solcher Vertrag, so schreibt Neuhoff weiter, würde „zu einem Ersatz-Friedensvertrag, wenn die Bundesrepublik Deutschland die Auffassung vertritt, daß andere gesamtdeutsche Verantwortungen nicht mehr bestehen".

Im Abschnitt „Kulturarbeit der Vertriebenenverbände 1973" stellt Neuhoff als wichtige Aufgabe heraus, den Bestrebungen „entgegenzuwirken", die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz von 1956 zur „Ostkunde im Unterricht" neu zu fassen oder gar aufzuheben. Neuhoff bestätigt den engen Zusammenhang der Kulturarbeit des BdV/Vereinigte Landsmannschaften mit der politischen Tätigkeit, die auf die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges gerichtet ist, wenn er schreibt: Gelingt es nicht, den „Respekt vor den deutschen kulturellen Leistungen in den Ostgebieten des Reiches und den sonstigen Vertreibungsgebieten" im Bewußtsein der „jungen Generation wie auch der Erwachsenen" zu halten, „dann erlahmt automatisch auch jedes Interesse an der ostdeutschen Frage".

Als besonderen Schwerpunkt für die Kulturarbeit der Landsmannschaften im Jahre 1973 stellt Neuhoff die Schulung vor allem jener Jugendlichen heraus, die „zu Fahrten in die polnisch verwalteten Ostgebiete eingeladen" werden. Wörtlich schreibt er: „Es muß sichergestellt werden, daß die Deutschen mit fundiertem Wissen ausgestattet und daß ihr Blick für die Verfremdung der historischen Tatsachen durch die andere Seite geschärft wird. Die Jugend wird durch Fahrten in die Ostgebiete auch mehr Verständnis für die schicksalhaften Erlebnisse ihrer Eltern, für deren Heimatbewußtsein und für das Anliegen der deutschen Selbstbehauptung aufbringen."

Im Abschnitt „Verbandsaktivität 1973" kündigt Neuhoff an, daß das „Schwergewicht" im Jahre 1973 auf der „Presse- und sonstigen Öffentlichkeitsarbeit im Inland" liegen werde. Verstärkte „Zusammenarbeit" streben BdV und die Landsmannschaften mit „Einrichtungen" an, „die mindestens teilweise eine gleiche Zielrichtung besitzen". „Hier", so betont Neuhoff, „ist im besonderen Maße an die Bundeswehr zu denken. Hierher gehört auch die Vielfalt der Patenschaftseinrichtungen." Auch die „Zusammenarbeit mit den Kirchen" soll intensiviert werden. „Mit Arbeitgeberverbänden gibt es manche Berührungspunkte." Besonderer Intensivierung, schreibt Neuhoff, „bedarf die Zusammenarbeit des BdV mit der Jugend". Er ergänzt: „Bei allem Verständnis für die Eigenständigkeit von Jugend- und Studentenverbänden ist Einigkeit im Ziel und Zusammenarbeit auf dieses Ziel hin gemeinsame Notwendigkeit."

Am Schluß seiner Ausführungen schreibt Neuhoff: „Der Bund der Vertriebenen ist seiner Satzung gemäß überparteilich und wird es in Zukunft bleiben." Diese vom Generalsekretär Neuhoff formulierte Aufgabenstellung des „Bundes der Vertriebenen/Vereinigte Landsmannschaften" für das Jahr 1973 beweist jedoch:

— Die revisionistischen Organisationen bemühen sich, nach der Ratifizierung der Ostverträge und der Wahlniederlage der CDU/CSU in ihrer Aussage und Tätigkeit neue Akzente zu setzen.

— Die Zielsetzung der revisionistischen Verbände, die DDR zu liquidieren, sowjetische, polnische und tschechische Territorien in ein neu zu errichtendes „Deutsches Reich" einzubringen, ist aber geblieben.

„Anzupassen ist nur die Taktik"

Ergänzend zu dem von Dr. Neuhoff entwickelten Programm der landsmannschaftlichen Tätigkeit im Jahre 1973 hier einige Auszüge aus programmatischen Erklärungen anderer führender Funktionäre landsmannschaftlicher Organisationen:

Dr. Fritz Wittmann (MdB/CSU, BdV-Landesvorsitzender in Bayern) am 11. Dezember 1972 in einem Brief an alle Gliederungen und Mitglieder des „Bundes der Vertriebenen", Landesverband Bayern: „Wir kämpfen ihn (unseren Kampf) weiter, weil Verträge nur Episoden in der Geschichte der Menschheit sind . . ."

Friedrich Walter (Vizepräsident des BdV und BdV-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen) schrieb einen grundsätzlichen Aufsatz über die Tätigkeit des BdV und der Landsmannschaften nach der Bundestagswahl vom 19. November 1972. Aus diesem Aufsatz, der in zahlreichen Landsmannschaftsblättern wiedergegeben wurde, sei folgendes (nach „Deutsche Umschau", Januar 1973) zitiert: „. . . was zwingt uns eigentlich, mit den Verträgen zu leben, also sie als ewig und unabänderlich hinzunehmen? Was zwingt uns umzudenken, also die in der

Charta der deutschen Heimatvertriebenen aufgestellten Grundsätze über den Haufen zu werfen? Was zwingt uns, von unserem Satzungsauftrag abzugehen? Was zwingt uns vor allem, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eine neue Auslegung zu geben? Wenn andere ihre Meinung ändern, so ist dies für uns kein Grund, ‚umzudenken'. Die Ostverträge und der Grundvertrag sind Tatsachen, die auch wir in Rechnung stellen, aber sie können uns nicht veranlassen, uns in eine Richtung zu begeben, die wir für falsch halten."

Weiter schrieb Walter: „Der Bund der Vertriebenen braucht nicht umzudenken, sich nicht anzupassen, von seinen Zielen und Aufgaben nichts abzuwerfen... Anzupassen ist nur die Taktik an die jeweilige politische Lage. Das Richtige zur falschen Zeit ausgesprochen, ist taktisch falsch."

Walter schloß seinen Aufsatz: „Wir müssen dazu beitragen, daß die Grundlagen unseres Staates unberührt bleiben und daß das Grundgesetz von den Organen des Staates, den Parteien und den Bürgern praktiziert wird. Dann kann auch wieder eine Zeit kommen, wo unsere Vorstellungen nicht als Illusion abgetan werden. Darauf wollen wir hinarbeiten, dafür uns bereithalten."

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher, schrieb in seinem an die Mitglieder und Anhänger der SL gerichteten Neujahrsaufruf u. a.: „Am Beginn des neuen Jahres erfüllt das Sudetendeutschtum ein Bewußtsein ungebrochener Lebenskraft. Sie fügt uns zu einer Gemeinde zusammen, die sich in Hunderten von Treffen, in Zeitungen und Zeitschriften, in Kultur- und Arbeitskreisen, in der Schule, am Werkplatz sowie in der Mitgestaltung des politischen Geschehens manifestiert."

Becher verwies auf das Pfingsttreffen der SL 1973 in München, das dem „Verständnis des Schicksals einer Volksgruppe gewidmet sein wird". An anderer Stelle erklärt Becher: „Der Aufforderung Honeckers vom 29. Dezember 1972, das leidvolle Münchener Abkommen ‚von Anfang an' zu annullieren, setzen wir... das klare Nein der Volksgruppe und ihren gemeinsamen Willen entgegen. Wir hoffen und sind bis zur Stunde überzeugt, daß sich auch die Bundesregierung diesem Appell verschließt."

Das „Wort zum Jahreswechsel" des Bundesvorsitzenden der sudetendeutschen „Ackermann-Gemeinde", Josef Stingl (Präsident der Bundesanstalt für Arbeit), gibt Hinweise darauf, daß bestimmte landsmannschaftliche Organisationen, insbesondere klerikale, den Schwerpunkt ihrer künftigen Tätigkeit mehr noch als zuvor im „Brückenbau", in der „Kontaktsuche und -pflege" zu bestimmten Kreisen in den sozialistischen Ländern sehen. Aus Stingls im „Volksboten" vom 5. Januar 1973 veröffentlichten Ausführungen sei folgendes zitiert:

„Es gibt keine Veranlassung, von unseren bisherigen Grundentscheidungen abzuweichen... Hat uns das gewissenlose Urteil nicht vernichten können, können es Vertragspapiere, die uns direkt gar nicht betreffen, um so weniger. Gerade in einer Entspannungsphase aber gewinnt unsere erste Sinngebung an Wert und Gewicht. Die Brücke zu unserem tschechischen Nachbarn zu bauen und ihm nicht Forderungen zu präsentieren, sondern die helfende Hand zu reichen. Was zwischen uns eines Tages geregelt und ausgeglichen werden kann — und was geschehen muß, um den wirklichen Frieden zu schaffen —, kann ohnehin nur aus einem Geist und aus der Freiwilligkeit des Sicheinander-Zuwendens kommen... Wir werden also noch viel mehr als bisher den Kontakt mit den Menschen drüben suchen und unsere Regierung beim Wort nehmen, diesen Kontakt zu schützen und zu fördern."

Revisionistische Großkundgebungen 1973

So wie in den Jahren zuvor bereiten BdV und Landsmannschaften für den Sommer 1973 Hunderte von landsmannschaftlichen Treffen vor, auf denen der Anspruch auf fremde Territorien bekräftigt werden soll. Allein für die Pfingsttage 1973 werden drei Großveranstaltungen vorbereitet. Zu dem Bundestreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dem „Sudetendeutschen Tag" in München, zum Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Köln und zum „Deutschlandtreffen der Schlesier 1973" in Essen erwarten die Landsmannschaftsführungen insgesamt ca. eine halbe Million Teilnehmer. Das Motto für das Treffen der Landsmannschaft Schlesien in Essen lautet z. B.: „Schlesien, Deutschlands Osten."

Aus den Beschlüssen und Erklärungen der Führer des BdV und der Landsmannschaften, von denen einige zitiert wurden, geht hervor, daß die Vertriebenenorganisationen ihre Tätigkeit mit unveränderter Zielsetzung fortzusetzen gedenken. Neu überdacht worden ist lediglich die Taktik. Im einzelnen geht aus den Äußerungen der Landsmannschaftsfunktionäre über die Arbeit der Landsmannschaften im Jahre 1973 hervor:

— An erste Stelle der Aufgabenstellung rückte, gemeinsam mit allen anderen konservativen und reaktionären Kräften für die Erhaltung der Ordnung und Gesetzgebung zu sorgen, die die Fortsetzung revisionistischer und chauvinistischer Tätigkeit ermöglicht. In diesem Zusammenhang bieten sich die landsmannschaftlichen Organisationen als Kraft an, die sich gemeinsam mit anderen gegen jeden Ansatz demokratischer Reformen und die Erweiterung demokratischer Rechte stemmen.

— Das in den Programmen und Satzungen des „Bundes der Vertriebenen" und der Landsmannschaften erklärte Ziel, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, die ehemals deutschen Gebiete zurückzugewinnen, bleibt voll gültig.

— Die Bundes-, Landes- und Patenschaftstreffen, die für das Jahr 1973 in Vorbereitung sind, sollen das Festhalten an diesen Zielen demonstrieren.

— Landsmannschaftliche Kräfte werden in Zukunft verstärkt bemüht sein, Kontakte zu bestimmten Bevölkerungskreisen in der DDR und anderen sozialistischen Ländern in Europa zu schaffen und auszubauen mit der Absicht, die sozialistische Gesellschaftsordnung und das Staatswesen dieser Länder zu unterminieren. Die sogenannte „kulturelle Kontaktpflege" spielt bei diesen Absichten eine besondere Rolle.

— Verschiedene Führungskreise der Landsmannschaften (noch nicht alle) sind bemüht, die totale Konfrontation zur SPD/FDP-Bundesregierung — so wie sie in der Auseinandersetzung um die Ratifizierung der Ostverträge und vor der Bundestagswahl 1972 zutage trat — abzubauen und gewisse Gemeinsamkeiten zu finden.

Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Vertriebenenorganisationen
Die materielle Förderung wird fortgesetzt

Im Jahre 1972 flossen den revisionistischen Organisationen und Einrichtungen über 22 Mio DM an Subventionen aus öffentlichen Haushalten zu: über 6 Mio DM nachweisbar aus verschiedenen Ressorts der Bundesregierung, weit über 6 Mio

DM von seiten der Landesregierungen; und mindestens 10 Mio DM steuerten Kommunalverwaltungen bei, vor allem solche, die Patenschaften über landsmannschaftliche „Heimatgliederungen" ausüben. Die tatsächliche Aufwendung öffentlicher Haushaltsmittel zugunsten landsmannschaftlicher Organisationen und Einrichtungen war um vieles höher, zumal ihnen bedeutende Beträge aus Geheimfonds — wie dem 1972 über 40 Mio DM umfassenden Geheimfonds des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen — zuflossen.

Im Haushaltsjahr 1973 wird die Förderung revisionistischer Organisationen und Einrichtungen fortgesetzt. Als konkreter Anhaltspunkt liegt z. B. der Haushaltsentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen für 1973 vor. Im Kapitel 0791/Titel 6842 „Förderungsmaßnahmen" für Vertriebenenverbände, die „Deutsche Jugend des Ostens", das „Haus des Deutschen Ostens" in Düsseldorf usw. sind DM 3 280 000 veranschlagt. Im Haushaltsplan 1971 betrugen die Förderungsmaßnahmen aus dem gleichen Titel 6842 DM 3 030 000 — d. h. nach der Ratifizierung der Ostverträge wurden die staatlichen Zuwendungen an revisionistische Organisationen und Einrichtungen nicht gestrichen oder gekürzt; sie wurden erhöht.

Die Regierung Brandt/Scheel entsprach den Forderungen der Landsmannschaften, die sofort nach der Bundestagswahl verlangt hatten, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und die Vertriebenenabteilung im Bundesinnenministerium weiter bestehen zu lassen — d. h. jene Stellen, die hauptsächlich an der Finanzierung und Betreuung revisionistischer Organisationen und Einrichtungen beteiligt sind.

Nach wie vor sind Institutionen wie der „Göttinger Arbeitskreis", die „Ostakademie" in Lüneburg usw. usf. als Hirntrusts der revisionistischen Politik tätig und ausreichend aus staatlichen Quellen finanziert.

Nach wie vor sind in zahlreichen Städten der BRD die „Häuser des Deutschen Ostens", „Häuser der Heimat" als revisionistische Agitationszentren geöffnet, werden die dort befindlichen Büro- und Versammlungsräume der Landsmannschaften aus Steuermitteln unterhalten.

Nach wie vor schulen BdV und Landsmannschaften, insbesondere die landsmannschaftlichen Jugendorganisationen, in mehr als 30 staatlich finanzierten Schulungsstätten Funktionäre und Mitglieder für den politischen Einsatz.

Am 13. Januar 1973 beschloß der SPD-Parteitag Nordrhein-Westfalen: „Alle Volksvertretungen in der Bundesrepublik werden aufgefordert, in den öffentlichen Haushalten keine Mittel mehr für Organisationen bereitzustellen, die durch ihre Veröffentlichungen und sonstige Tätigkeit die Friedenspolitik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Nachbarländern durch revanchistische Forderungen unglaubwürdig erscheinen lassen."

Am 16. Januar 1973 nahm der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn im Landtag zu diesem Parteitagsbeschluß Stellung. Er erklärte, daß die Landesregierung künftig verhindern will, daß die Vertriebenenverbände „Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für Propaganda gegen die Bundesregierung verwenden". Aus der Erklärung Kühns kann entnommen werden, daß seine Regierung nicht bereit ist, der Absicht des Parteitagsbeschlusses zu entsprechen. Seinen Ausführungen nach sollen Subventionen nur solchen Verbänden entzogen werden, welche „Propaganda gegen die Bundesregierung" machen. Soll das heißen: Der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften können weiterhin territoriale Ansprüche propagieren, sie dürfen Massenveranstaltungen

unter Losungen wie die des Schlesiertreffens 1973 „Schlesien, Deutschlands Osten" durchführen? Subventionen des Landes Nordrhein-Westfalen sollen ihnen nur dann vorenthalten bleiben, wenn sie z. B. der Bundesregierung vorwerfen, daß sie mit den Verträgen von Moskau und Warschau und den Verträgen mit der DDR die Grenzen endgültig anerkannt, daß sie die „deutschen Ostgebiete abgeschrieben", die DDR völkerrechtlich anerkannt, daß sie „Verzicht" und „Verrat" betrieben habe.

Ermunterung zur Fortsetzung revisionistischer Tätigkeit

Die SPD/FDP-Bundesregierung, die mit ihrer Ostpolitik wichtige Schritte auf dem Wege der Entspannung und zum friedlichen Nebeneinander in Europa gegangen ist, ermuntert — das soll nicht übersehen werden — auch in jüngster Zeit die revisionistischen Kräfte in der BRD, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Das ist der Fall, wenn Regierungsvertreter den Inhalt der Verträge von Moskau und Warschau und des Grundvertrages mit der DDR als „Modus vivendi", als „Provisorien", als „nicht endgültige Regelung" bezeichnen.

Die Landsmannschaften betrachten es als Legitimation, weiterhin territoriale Ansprüche gegenüber den Ländern Osteuropas zu propagieren, wenn z. B. Bundesaußenminister Scheel in Brüssel vor der NATO-Konferenz am 7. Dezember 1972 erklärte, daß der Grundvertrag für die Bundesrepublik solange als „Modus vivendi" gelte, „wie das ganze deutsche Volk sein Recht auf Selbstbestimmung nicht ausüben" könne; und wenn Scheel darüber hinaus versicherte, daß die Bundesrepublik „in ihrem Bemühen fortfahren werde, in Europa einen Zustand herbeizuführen, in dem die deutsche Nation ihre Einheit wiedererlangt".

In wachsender Zahl wenden sich andererseits auch Mitglieder und Funktionäre der SPD und FDP gegen die entspannungsfeindlichen Umtriebe der Vertriebenenorganisationen. Der Beschluß des SPD-Landesparteitages Nordrhein-Westfalen, diesen Organisationen keine Subventionen mehr zu gewähren, ist ein deutlicher Ausdruck dafür.

Auch die Erklärung von 14 SPD-Bundestagsabgeordneten, die sich Ende November 1972 dagegen wandten, daß „Berufsfunktionäre" des „Bundes der Vertriebenen" und der Landsmannschaften behaupten, „im Namen der Massen der ehemals Vertriebenen zu sprechen", artikuliert das Unbehagen über die Fortsetzung revisionistischer Umtriebe.

Symptomatisch für die Haltung der SPD-Führung gegenüber den landsmannschaftlichen Organisationen und Einrichtungen ist aber, daß solche gegen die Tätigkeit der Landsmannschaften und die Förderung aus staatlichen Haushaltsmitteln gerichteten Initiativen in den vom SPD-Parteivorstand herausgegebenen Massenmedien kaum publiziert werden. Andererseits aber wird solchen Sozialdemokraten, die den Landsmannschaften wohlgesonnen, ja in deren Reihen tätig sind, von den SPD-Führungsgremien großzügige Förderung zuteil. Ihnen steht neben der in München erscheinenden Wochenzeitung „Die Brücke" (zu deren Herausgebern der SPD-Schatzmeister Nau und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Gabert gehören) auch ein gesonderter Teil des „Sozialdemokratischen Pressedienstes" mit dem Untertitel „Selbstbestimmung und Eingliederung" zur Verfügung. In diesen Publikationen wird immer wieder betont, daß es im Prinzip zwischen den Zielen der SPD und denen des BdV und der Landsmannschaften keine Unterschiede gebe.

So wurde z. B. in „Sozialdemokratischer Pressedienst — Selbstbestimmung und Eingliederung" vom 16. Januar 1973 zu den Ausführungen des BdV-Generalsekretärs, Dr. Neuhoff, über die Aufgaben des „Bundes der Vertriebenen" und der Landsmannschaften im Jahre 1973 (s. S. 295 ff.) Stellung genommen. „In erfreulicher Sachlichkeit", so heißt es im SPD-Pressedienst, habe Dr. Hans Neuhoff „die Aufgaben des BdV für 1973 aufgezeigt." Einzelne Passagen, so die, „daß mit den Verträgen nicht die völkerrechtliche Abtretung der Ostgebiete des Deutschen Reiches vollzogen worden ist", werden im SPD-Pressedienst wörtlich wiederholt. Besonders begrüßt wird Neuhoffs Behauptung, daß der BdV „überparteilich ist und bleiben wird".

Als nach den Bundestagswahlen vom BdV-Präsidium erklärt wurde, daß der BdV „die Pflicht" habe, weiterhin für die „Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts, die Verwirklichung der Menschenrechte, einschließlich des Rechtes auf Heimat", einzutreten; als der BdV dazu die Abgeordneten des Bundestages aufrief, „die deutsche Frage offenzuhalten", erklärte der stellvertretende Vorsitzende des „Beirates für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim SPD-Parteivorstand", Adolf Hasenöhrl, im „Sozialdemokratischen Pressedienst" vom 12. Dezember 1972, „daß diese Zielsetzungen und Aufgabenstellungen auch der erklärten Politik der SPD entsprechen . . ."

Im „Sozialdemokratischen Pressedienst" vom 16. Januar 1973 heißt es, daß dem „Irrtum entgegenzutreten" sei, „mit den Ostverträgen und dem Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR wäre die Teilung Deutschlands besiegelt und die gegenwärtige Grenzziehung als endgültig und unabänderlich anerkannt worden." Den Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen wird in der gleichen Veröffentlichung empfohlen: „Das Schwergewicht der Arbeit . . . künftig mehr auf eine kooperative Mitbeteiligung an der Gesamtpolitik als auf die bloße Negierung zu verlegen."

*

Die BRD hat die bestehenden Grenzen in Europa anerkannt. Sie hat sich verpflichtet, weder heute noch in Zukunft territoriale Ansprüche zu erheben. Trotzdem wirken die revisionistischen Organisationen und Einrichtungen fort. Im Widerspruch zu den Ostverträgen werden sie von staatlichen Organen nicht an der gegen Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gerichteten Revanchepolitik gehindert. Im Gegenteil: sie werden weiterhin subventioniert und ermutigt. Die gegen den Osten gerichtete Rüstung und revisionistische Umtriebe — das zeigen die vergangenen 25 Jahre — sind in der BRD zwei Seiten der gleichen Medaille.

Revisionismus und Nationalismus werden in dem Maße zurückgedrängt werden, wie es einer breiten und starken demokratischen Bewegung gelingt, darauf einzuwirken, daß die Verträge von Moskau und Warschau und der Grundvertrag mit der DDR verwirklicht, die Rüstung abgebaut und demokratische Reformen in Staat und Gesellschaft durchgesetzt werden.

Jene ehemaligen Umsiedler, die heute noch von den Führern der Vertriebenenorganisationen für eine Politik mißbraucht werden, die sich gegen ihre ureigensten Lebensinteressen richtet, sollten in geduldiger Aufklärungsarbeit für das Ringen um Entspannung, Sicherheit und demokratischen Fortschritt gewonnen werden.

Amilcar Cabral und der Befreiungskampf Guinea-Bissaos

Von Karl Unger

Am Sonntag, dem 21. Januar, wurde Amilcar Cabral, der Generalsekretär der PAIGC [1]), der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissao, feige ermordet.

Es besteht kein Zweifel, daß der Anschlag im Auftrage der portugiesischen Kolonialmacht erfolgte, die, nachdem sie trotz Terror und Massenmords ihren Kolonialkrieg faktisch verloren hat, der Unabhängigkeitsbewegung durch die Ermordung ihres bedeutendsten Führers einen entscheidenden Schlag versetzen wollte.

Das Leben Amilcar Cabrals war ein Leben im Dienste seines Volkes. Eine Biografie Cabrals kann nur als Bericht über den Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus für die Erreichung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit geschrieben werden.

Die Entstehung der PAIGC und ihre Politik bis zum September 1959

Im Jahre 1446 landeten die Portugiesen im Gebiet des heutigen Guinea und errichteten Forts und andere Niederlassungen. Aber erst nach 1886 begannen sie, dieses Land effektiv zu besetzen. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Jahre 1936 verging kein Tag, wie Amilcar Cabral schreibt, „ohne Zwischenfälle zwischen unseren Leuten und den Portugiesen" [2]).

Erst danach konnte die Kolonialmacht mit dem Aufbau eines eigenen Verwaltungs- und Repressionsapparates beginnen und die wirtschaftliche Ausbeutung im vollen Umfang aufnehmen [3]).

War so die Tradition des antikolonialen Kampfes im Bewußtsein der Afrikaner ungebrochen, stellte der äußere Faktor des Krieges gegen den Faschismus für das Kleinbürgertum einen wichtigen Anstoß dar, den Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus aufzunehmen.

Cabral beschrieb diesen Zusammenhang folgendermaßen: „Wir wissen, daß im Herzen jedes Kämpfers in diesem Krieg Hoffnung war, die Hoffnung auf eine bessere Welt. Es war diese Hoffnung, die uns alle berührte, die aus uns Kämpfer für die Freiheit unserer Völker machte" [4]). Zur gleichen Zeit setzte ein Prozeß der „Reafrikanisierung" ein. Dies sowohl unter der städtischen Jugend in den Kolonien wie unter den afrikanischen Studenten in Lissabon. Um diese Zeit befanden sich gerade Cabral, Agostinho Neto (heute Präsident der MPLA [Movimento Popular de Libertacao de Angola — Volksbewegung für die Befreiung Angolas]), Mario de Andrade (MPLA), Marcelino dos Santos (heute Vizepräsident der FRELIMO [Frente da Libertacao do Mocambique — Befreiungsfront von

1) Partido Africano da Idependencia da Guine e Cabo Verde — Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln.
2) Amilcar Cabral, Die Macht der Waffen, in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin", Marburg, H. 3/1970, S. 14—23, hier: S. 14.
3) Siehe dazu: Barbara Schilling und Karl Unger, Hinter einer Mauer des Schweigens, in: „Blätter", 3/1970, S. 256—267.
4) Amilcar Cabral, The Nationalist Movement of the Portuguese Colonies, in: ders., Revolution in Guinea, London 1969, S. 62—69, hier: S. 62 f.

Mocambique]) und andere in Portugal, die später zu den wichtigsten Führern der Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea und Mocambique werden sollten. Der Prozeß der Reafrikanisierung bedeutete vor allem die Wiederentdeckung der afrikanischen Geschichte und Kultur. Hatte man früher z. B. noch seine Geschichte in portugiesisch geschrieben [5]), so begannen die Afrikaner jetzt ihre schriftstellerischen Arbeiten in ihren Heimatdialekten zu verfassen [6]). Es erfolgte also eine positive Identifikation mit der Existenz als Afrikaner und nicht mehr der Versuch, durch die Übernahme der portugiesischen Sprache, Sitten und Gebräuche seine nationale Identität zu verleugnen. Der wesentliche Faktor, der den Anstoß dafür gab, sich zusammenzuschließen und den Kampf gegen die Kolonialmacht aufzunehmen, war natürlich ein innerer: die Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung Hand in Hand mit der politischen Unterdrückung.

Der Träger dieser Bewegung war das Kleinbürgertum [7]). Die koloniale Situation Guineas, die einerseits nicht die Entwicklung einer einheimischen Bourgeoisie erlaubte und andererseits die Volksmassen in einer Weise unterdrückte, die es objektiv unmöglich machte, daß sie vor dem Beginn des nationalen Befreiungskampfes ein politisches Bewußtsein erlangte, führte dazu, daß dem Kleinbürgertum die Aufgabe zufiel, den Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu leiten. Wie Cabral richtig bemerkte, kann nur jene soziale Schicht diese Aufgabe erfüllen, die dazu objektiv und subjektiv in der Lage ist, denn „selbst extremes Leiden in sich selbst produziert nicht notwendigerweise die ‚prise de conscience', die für den nationalen Befreiungskampf notwendig ist" [8]). Aufgrund der Tatsache, daß das Kleinbürgertum einen höheren Lebensstandard als die Massen hat, in engerem und häufigerem Kontakt mit den Agenten des Kolonialismus steht und so öfter Demütigungen erfahren kann und über einen höheren Grad von allgemeiner und politischer Bildung verfügt, konnte es in Guinea am schnellsten das Bedürfnis entwickeln, sich vom Kolonialjoch zu befreien [9]). Dies trifft natürlich nicht auf das ganze Kleinbürgertum zu. Ein Teil, vor allem Beamte und Händler, steht auf der Seite der Kolonialmacht, und die überwiegende Mehrheit hat sich dem Kampf erst angeschlossen, als die ersten großen Erfolge erzielt worden waren. Die erste Gruppe aber kann „man im kolonialen Zusammenhang revolutionär nennen" [10]) — „perhaps incorrectly" [11]), wie es an anderer Stelle heißt — weil sie die historische Verantwortung der Befreiung des Landes übernommen hat.

Für noch wichtiger wird die Rolle des Kleinbürgertums bei der Befreiung vom Neokolonialismus erachtet. Hier gehöre zwar „dank der in der Sozialstruktur verwirklichten Fortschritte" [12]) die Führung des Kampfes ihm nurmehr gemeinsam mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse und mit den patriotischen Teilen der nationalen Pseudobourgeoisie, wie Cabral sagte, doch wird seine Rolle um so wichtiger, je mehr es an der Führung des Kampfes teilnimmt, „sei es, weil den Arbeitermassen noch ökonomische und kulturelle Grenzen ge-

---

5) Vgl. Eduardo Mondlane, Kampf um Mozambique, Frankfurt 1970, S. 148 ff.
6) Basil Davidson, Die Befreiung Guineas, Frankfurt 1970, S. 35.
7) Amilcar Cabral, Brief Analysis of the Social Structure, in: Revolution, op. cit., S. 46—61, hier: S. 54.
8) Ebd., S. 51.
9) Cabral selbst war ein typischer Vertreter seiner Schicht. Er wurde 1924 auf den Kapverdischen Inseln geboren und war seiner sozialen Herkunft nach Kleinbürger. Als einem der wenigen Afrikaner gelang es ihm, einen Hochschulabschluß zu erreichen — als Agronom. Nach der Beendigung seiner Studien kehrte er nach Guinea zurück, wo er als Angestellter der Kolonialmacht arbeitete und gleichzeitig die ersten oppositionellen Gruppen organisierte.
10) Amilcar Cabral, Grundlagen und Ziele der nationalen Befreiung in bezug auf die Sozialstruktur, in: ders., Die Theorie als Waffe, Berlin 1968, S. 16—40, hier: S. 38.
11) Brief Analysis . . ., op. cit., S. 51.
12) Grundlagen . . ., op. cit., S. 38.

zogen sind, sei es wegen der Komplexe und der Beschränktheit ideologischer Natur, die den Teil der nationalen Pseudobourgeoisie kennzeichnen, der sich dem Kampf anschließt" [13]).

Von besonderer Bedeutung ist die Rolle des Kleinbürgertums auch in der Frage der Übernahme der Staatsmacht, wenn die Kolonialherrschaft zerbrochen ist. Die Klasse der Bauern ist aufgrund ihrer sozialen und kulturellen Rückständigkeit ebenso wie die Arbeiterklasse, die ohnehin nur im ebryonalen Zustand existiert, objektiv unfähig, den Staatsapparat zu führen. Allein das Kleinbürgertum kann dies. Aber genau an diesem Punkt müssen dann die inneren Widersprüche der Gesellschaft aufbrechen, da ja die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsklassen weiterhin antagonistischer Natur sind.

„In der Tat", so sagte Cabral, „zeigt uns die Geschichte, daß ganz gleich welche — manchmal auch wichtige — Rolle aus dem Kleinbürgertum hervorgegangene Individuen im Verlauf einer Revolution gespielt haben, diese Klasse niemals im Besitz der politischen Macht gewesen ist. Und sie konnte es auch nicht, denn die politische Macht (der Staat) gründet sich auf die ökonomische Macht der herrschenden Klasse, und unter den Bedingungen der kolonialen und neokolonialen Gesellschaft liegt diese Macht in der Hand zweier Gruppen: des imperialistischen Kapitals und der nationalen arbeitenden Klassen" [14]). Damit gibt es für das Kleinbürgertum nur zwei Möglichkeiten, um die Macht, die der nationale Befreiungskampf in ihre Hand gelegt hat, zu behalten: Entweder sie verrät die Revolution und bietet sich dem ausländischen Kapital als Kollaborateur an und entwickelt sich selbst zu einer Kompradorenbourgeoisie. Das ist die Variante, die als neokoloniale bezeichnet werden kann.

Die andere Möglichkeit ist seine Liquidation als Klasse. Hier stellt sich natürlich die Frage, wie kann diese Liquidation erfolgen? Um dieses Dilemma, eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft durch eine objektiv nicht revolutionäre Kraft zu lösen, hat die PAIGC in ihrer politischen Theorie eine Erfahrung der kubanischen Revolution verallgemeinert und postuliert, daß die Entwicklung des Kleinbürgertums sehr stark von der „Entwicklung des revolutionären Bewußtseins" [15]) abhänge. Dabei hat sie aber übersehen, daß in Kuba die Arbeiterklasse unter der politischen Führung einer Partei im Verlaufe des Revolutionsprozesses zum entscheidenden Faktor wurde und durch Einführung sozialistischer Produktionsverhältnisse die objektiven Bedingungen für die Aufhebung des Kleinbürgertums als Klasse geschaffen hat. Hinzu kamen in Kuba noch wichtige externe Faktoren. Letztlich hängt also nach den Vorstellungen der PAIGC die Möglichkeit der revolutionären Entwicklung des Landes vom Bewußtsein des Kleinbürgertums und der politischen Praxis der Partei ab, womit objektiven Faktoren weniger entscheidende Bedeutung zugesprochen wird.

Die ersten Organisationen, die geschaffen wurden, waren Freundeskreise und Klubs [16]). Sie hatten rein nationalistischen Charakter. Die Mitglieder studierten die Geschichte ihres Heimatlandes und die Geschichte des afrikanischen Kontinents. Meist waren diese Zirkel als Sportvereine oder Unterhaltungsgesellschaften getarnt [17]). Obwohl die Mitglieder dieser Vereinigungen von der Intention beseelt waren, „ihren Völkern zu helfen" [18]), und obwohl sie sich bewußt waren, daß dies nur in Verbindung mit der breiten Masse der Bevölkerung geschehen

13) Ebd.
14) Ebd., S. 39.
15) Ebd.
16) Macht . . ., op. cit., S. 15.
17) Ein Klub, in dem Cabral Mitglied war, war der Club Desportivo.
18) Macht . . ., op. cit., S. 16.

konnte, blieben diese Organisationen auf die Städte, vornehmlich die Hauptstadt Bissao, beschränkt [19]). In der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder blieben sie auf das Kleinbürgertum und die städtische Jugend beschränkt.

Die Bedeutung dieser Organisationen lag nicht nur in der Herausbildung und Vorbereitung der afrikanischen Ideologie, was als Prozeß der Wiederentdeckung der Geschichte und damit als Schaffung einer historischen Identiät bezeichnet werden kann, sondern auch in der Reaktion der Kolonialmacht auf diese Aktivitäten der einheimischen Bevölkerung. Vor allem die Jugend hatte sich für die Idee begeistert, afrikanische Organisationen zu gründen. Die portugiesische Kolonialverwaltung verbot diese Organisationen und zerschlug sie, wenn sie sich nicht selbst auflösten [20]). Das zeigte der Bevölkerung ganz konkret, daß die Afrikaner unter der portugiesischen Herrschaft keinerlei Rechte besaßen.

Eine wesentliche Vorstufe im politischen Kampf der Bevölkerung Guinea/Bissaos war 1955 die Schaffung der illegalen MING (Bewegung für die nationale Unabhängigkeit von Guinea), einer Organisation, die erstmals offen die Erreichung der nationalen Unabhängigkeit als Ziel angab [21]). Diese Organisation war auf das Kleinbürgertum beschränkt. Die Führer der MING versuchten aber, die Arbeiter, vor allem in Bissao, zu mobilisieren [22]). Doch diese Bemühungen waren anscheinend nicht erfolgreich. Denn schon ein Jahr später schuf „die gleiche Gruppe von Afrikanern zusammen mit mehreren Handwerkern eine Geheimorganisation vom Typ einer politischen Partei" [23]), nämlich die PAIGC.

Die PAIGC wurde am 19. September 1956 von sechs Leuten gegründet, unter ihnen Amilcar Cabral [24]). Die Zahl der Mitglieder kann nicht sehr groß gewesen sein, denn drei Jahre später, Ende 1959, verfügte sie nur über etwa 50 Mitglieder [25]) — was allerdings nichts über die Zahl der Sympathisanten aussagt. Von Anfang an hat sie sich sehr sorgfältig auf die Untergrundarbeit vorbereitet: Ihre Basisorganisationen waren Zellen, die je zwischen drei und fünf Mitglieder hatten und sorgfältig voneinander getrennt waren [26]). Das war besonders notwendig, weil seit der offiziellen Installierung der politischen Polizei (PIDE) in Guinea im Jahre 1957 das Ausmaß der Repressionen durch die Kolonialmacht immer mehr zugenommen hatte [27]).

Die wichtigsten politischen Forderungen, mit denen die PAIGC vor die Öffentlichkeit trat, waren im 4. Punkt ihres Statutes enthalten: „A) Sofortige Eroberung der nationalen Unabhängigkeit in Guinea und auf den Kapverdischen Inseln. B) Demokratisierung und Emanzipierung der afrikanischen Bevölkerung dieser Länder, die für Jahrhunderte vom portugiesischen Kolonialismus ausgebeutet wurden. C) Erreichung rapiden ökonomischen Fortschrittes und wirklicher sozialer und kultureller Fortschritte für die Völker von Guinea und den Kapverdischen Inseln" [28]).

Die Partei bemüht sich vor allem darum, Mitglieder besonders unter den Lohnabhängigen in den Städten zu gewinnen. Als 1958 die ehemalige französische Kolonie und heutige Republik Guinea unabhängig wurde, verstärkte sich in der

19) Amilcar Cabral, At the United Nations, in: Revolution, op. cit., S. 20—40, hier: S. 29.
20) Macht . . ., op. cit., S. 16.
21) CONCP (Hrsg.), Guinee et Cap-Vert, o. O. (Alger), o. J. (1970), S. 141.
22) United Nations, op. cit., S. 29 f.
23) Ebd., S. 30.
24) Davidson, op. cit., S. 32.
25) Ebd., S. 37.
26) Gerard Chaliand, Bewaffneter Kampf in Afrika, München o. J., S. 30.
27) United Nations, op. cit., S. 31.
28) Ebd., S. 31.

Bevölkerung der Wunsch nach der Befreiung des Landes vom portugiesischen Kolonialjoch, und die Partei stieß auf größeren Widerhall unter den Arbeitern in den Städten [29]).

Cabral beschrieb die Politik und die Erfolge dieser Politik in der Zeit zwischen der Gründung der PAIGC und dem Massaker von Pidjiguiti folgendermaßen: „Wir beschlossen, unsere Aktivitäten auf die Arbeiter in den Städten auszudehnen, und wir hatten einigen Erfolg damit. Wir inszenierten Kampagnen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen usw. ... Eine wichtige Gruppe in den Städten waren die Hafenarbeiter, eine andere wichtige Gruppe waren die Handelsmatrosen, die meistens in Bissao selbst leben und die Flüsse auf und ab fahren. Diese Menschen erwiesen sich als ihrer Position und ihrer ökonomischen Wichtigkeit sehr bewußt und ergriffen die Initiative bei der Durchführung von Streiks, ohne daß es überhaupt eine Gewerkschaftsführung gab. Daher beschlossen wir, unsere ganze Arbeit auf diese Gruppe zu konzentrieren. Dies erbrachte gute Resultate, und diese Gruppe formte bald einen Nucleus, der die Haltung der anderen Gruppen von Lohnempfängern in den Städten beeinflußte ... " [30]).

Die Strategie, die Arbeiter der Städte zu mobilisieren, resultiert aus der marxistischen Theorie, daß die Arbeiterklasse von ihrer objektiven Lage her die einzige Kraft ist, die nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv vor der Notwendigkeit steht, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, und der Imperialismus ist ja nur ein höheres Stadium dieser, stürzen zu müssen. Dabei gilt es aber für Guinea zu beachten, daß es nach den Aussagen der PAIGC, das Proletariat als Klasse nicht gibt.

Dieser Widerspruch, den nationalen Befreiungskampf auf der Basis einer Klasse durchführen zu wollen, von der man selbst sagt, daß sie nicht existiert, wurde auf dem Wege der historischen Erfahrung, einer blutigen Erfahrung, gelöst. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um die Erhöhung der Löhne, der von der PAIGC geführt wurde, kulminierte in einem Streik der Handelsmatrosen und Dockarbeiter. Bei einer friedlichen Demonstration am 3. August 1959 eröffneten Polizei und Militär das Feuer auf die Demonstranten und erschossen 50 Personen [31]). Damit waren nicht nur die Erfolge der bisherigen Arbeit zunichte gemacht, vielmehr erhob sich nun die Frage, ob die strategisch-taktischen Einschätzungen der PAIGC richtig waren.

Die Politik der PAIGC vom Septembertreffen 1959 bis zum Beginn des bewaffneten Widerstandskrieges

Einen Monat nach dem Massaker von Pidjiguiti kehrte Amilcar Cabral von Angola nach Guinea zurück [32]). Am 19. September, noch im selben Monat, trafen sich die Führungskader der PAIGC zu einer geheimen Besprechung in Bissao, um die Usachen der Niederlage und Schlußfolgerungen für die Zukunft zu diskutieren [33]). Ein vertraulicher Parteibericht, der etwas später verfaßt wurde, gibt folgende Beschlüsse wieder:

„Nach einem Rückblick auf die vergangenen drei Jahre geheimer politischer Arbeit (...) und der Analyse der politischen Situation schloß die erweiterte Versammlung am 19. September aufgrund der Pidjiguiti-Erfahrung und der Art des portugiesischen Kolonialismus, daß der einzige Weg zur Befreiung des Landes

29) Ebd.
30) Analysis . . ., op. cit., S. 54.
31) Chaliand, op. cit., S. 35.
32) Davidson, op. cit., S. 36.
33) Ebd.

der des Kampfes mit allen Mitteln, einschließlich Krieg ist. Zur Vorbereitung dieser neuen Phase und entsprechend dem Prinzip, das Beste zu erwarten, sich jedoch auf das Schlimmste vorzubereiten, nahm die erweiterte Versammlung den folgenden Aktionsplan an:

1) Mobilisiert und organisiert ohne Verzögerung die Bauernmassen, die, wie die Erfahrungen zeigen, die Hauptkraft im Kampf um die nationale Befreiung sein werden.

2) Stärkt unsere Organisation in den Städten, aber haltet sie geheim und vermeidet alle Demonstrationen.

3) Entwickelt verstärkt die Einheit aller Afrikaner aus allen ethnischen Gruppen, von jeder Herkunft und aus allen sozialen Schichten um die Partei.

4) Bereitet entweder innerhalb des Landes oder außerhalb so viele Kader wie möglich auf die politische Führerschaft und die erfolgreiche Entwicklung unseres Kampfes vor.

5) Mobilisiert die Emigranten in den benachbarten Ländern, um sie am Freiheitskampf und der Zukunft unseres Volkes zu beteiligen.

6) Arbeitet, um alle Mittel zu erlangen, die für den Erfolg notwendig sind.

Um die Sicherheit eines Teils der Führung zu gewährleisten und den Kampf außerhalb des Landes zu entfalten, beschloß die Partei, das Generalsekretariat nach außerhalb des Landes zu verlegen [34]).

Dieser Aktionsplan war die wesentliche Arbeitsgrundlage der PAIGC für die kommenden drei Jahre, bis zum Januar 1963, als der bewaffnete Befreiungskampf mit der Schaffung der sogenannten Südfront eröffnet wurde.

Der dritte Punkt bestätigt nochmals nachdrücklich, daß die bisherige Politik der Partei, die Herstellung einer breiten Volksfront im Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft auch weiterhin zu verfolgen sei.

Hingegen scheint der erste Punkt eine völlige Aufgabe der bisherigen Prinzipien, des Primats der Lohnabhängigen im Kampf um die nationale Befreiung, zu sein. Pidjiguiti hatte die Führer der PAIGC gelehrt, daß man in einem Land, in dem die Arbeiterklasse nur embryonal vorhanden ist, nicht Revolutionsmodelle, die auf eine spezifisch andere Situation zugeschnitten sind, übernehmen kann. Wenn es nur eine geringe Anzahl von Lohnempfängern gibt, so können diese schon auf Grund ihrer quantitativen Schwäche nicht die Hauptkraft des Befreiungskampfes sein. Hinzu kam noch eine andere Erfahrung, die militärischer Natur war. Es hatte sich gezeigt, daß nichts leichter verwundbar, nichts leichter vernichtbar ist als eine demonstrierende oder streikende Menge in den Städten. Denn hier ist der Polizei- und Militärapparat des portugiesischen Kolonialismus konzentriert. Bedeutet das aber auch, daß das Primat der Arbeiterklasse, als der einzigen Klasse der Gesellschaft, deren objektive Interessen und Möglichkeiten den Sturz der bestehenden Gesellschaft garantieren, im politischen Sinn an eine andere Klasse übertragen wurde?

Die Theoretiker der PAIGC, allen voran ihr Generalsekretär Amilcar Cabral, haben in ihren Arbeiten eine genaue Unterscheidung zwischen dem Begriff der

[34]) In der deutschen Übersetzung des Buches von Davison befindet sich im zweiten Punkt des Aktionsplanes ein Druckfehler oder aber eine Fälschung, da es dort heißt, die Organisation in „den Dörfern" zu stärken (S. 36 f.). Im englischen Original dagegen: „in the towns" (Basil Davidson, The Liberation of Guiné, Harmondsworth 1969, S. 32). Auch Cabral spricht von den Städten (United Nations, op. cit., S. 31 f.).

‚physischen Hauptkraft' und der ‚revolutionären Hauptkraft' eingeführt [35]). Physisch, also von der materiellen Seite, können nur die Bauern die Hauptkraft des Kampfes sein, denn sie stellen fast die gesamte Bevölkerung des Landes. Außerdem sind sie es auch, die den Reichtum der Nation produzieren und kontrollieren.

Anders verhält es sich bei der Frage nach der politischen Hauptkraft des Kampfes. In einem Vergleich mit der Situation des vorrevolutionären China weist Cabral auf einen bedeutenden Unterschied hin: „Die Bauernschaft hatte eine historische Tradition der Revolte, aber das war bei uns in Guinea nicht der Fall, und so war es nicht möglich, für die Kader unserer Partei und die Propagandisten dieselbe Art des Willkommens für die Idee der nationalen Befreiung unter der Bauernschaft Guineas zu finden, wie das in China geschah" [36]).

Die Ursachen dafür liegen in der ökonomischen Struktur Guineas begründet. Denn die portugiesischen Kolonialisten haben sich nicht in großem Maß den Boden angeeignet, es wurden keine Plantagen oder landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, wie dies z. B. in Angola der Fall war, wo auf diese Weise große Massen von Afrikanern von ihrem Land in unfruchtbare Gebiete vertrieben wurden [37]). Die Bauern Guineas haben zwar mit ihrer Subsistenzwirtschaft Probleme mannigfaltiger Natur (Naturkatastrophen, Intensivierung der Produktion etc.), kennen aber das Hungerproblem nicht [38]). Mit einem Wort: die Frage der Landreform stand nicht auf der Tagesordnung. Die Afrikaner werden auf andere Weise, z. B. durch die Kopfsteuer, ausgebeutet. Sie werden „durch den Handel, durch den Unterschied zwischen den Preisen und dem Wert der Waren ausgebeutet" [39]). Diese Form der Ausbeutung ist individuell wesentlich schwerer zu durchschauen als die im Großgrundbesitzer personifizierbare. So haben sich die Bauern anfänglich gegenüber der Idee, das Land von den Portugiesen zu befreien, sehr zurückhaltend gezeigt. Dabei muß wieder zwischen den islamitischen und animistischen ethnischen Gruppen unterschieden werden.

Die Macht der Häuptlinge und des Fulbeadels hängt eng zusammen mit der portugiesischen Verwaltung. Sie haben sich daher von Anfang an gegen den Befreiungskampf gestellt. Jene sozialen Schichten, wie die Handwerker und Händler, hängen im wesentlichen von den Häuptlingen ab und haben daher ebenfalls die Tendenz, sich eher auf die Seite der Portugiesen zu schlagen. Da aber die Autorität der Häuptlinge unter den Bauern sehr groß ist, hatten auch sie eine sehr schwankende Haltung gegenüber der PAIGC und schlossen sich ihr keineswegs spontan an, wie es aus der Tatsache, daß sie die am meisten ausgebeutete Schicht auf dem Lande sind, zu vermuten wäre [40]).

Daher verwundert es auch nicht, daß heute bei den ca. 3000 afrikanischen Söldnern, die in Guinea eingesetzt werden, die meisten von der ethnischen Gruppe der Fulbe kommen [41]).

Leichter fiel die Mobilisierung der Balante. Für sie war die Tatsache der Unterdrückung wesentlich sinnfälliger, da die portugiesischen Kolonialisten direkt in die Struktur dieser Stämme eingegriffen hatten, indem sie ihnen Häuptlinge aufoktroyierten, meist Individuen vom Stamme der Mandingues. Zudem waren sie es, die meist die Straßen bauen mußten [42]).

35) Analysis . . ., op. cit., S. 50.
36) Ebd.
37) Macht . . ., op. cit., S. 17.
38) Chaliand, op. cit., S. 116.
39) Macht . . ., op. cit., S. 17.
40) Analysis . . ., op. cit., S. 49.
41) Davidson, op. cit., S. 81.
42) Chaliand, S. 79 f.

Ein weiterer hemmender Faktor bei der Mobilisierung der Bauern gegen die portugiesische Kolonialmacht war die allgemeine Angst vor der technischen Überlegenheit der Portugiesen. Meinungen, wie die folgende waren nach den Erfahrungsberichten der Kader der PAIGC unter der Dorfbevölkerung sehr verbreitet: „Unsereins, wir sind Schwarze, wir wissen noch nicht einmal, wie man ein Streichholz herstellt. Die Weißen haben Gewehre und Flugzeuge. Wie können wir sie aus unserem Land vertreiben?" [43]) Diese Unterlegenheitsgefühle konnte die PAIGC nur durch Praxis auflösen. So wurden militärische Operationen oft nur unter dem Gesichtspunkt der Überzeugung der Bauern durchgeführt. Verliefen diese erfolgreich, dann änderte sich auch die Meinung der Bevölkerung [44]).

In der Anfangsphase war unter den Bauern auch die Vorstellung weit verbreitet, daß die verschärften Repressionen der Kolonialmacht und ihre Greueltaten nicht dem System des Kolonialismus immanent sind, sondern nur die Antwort auf die Aktionen der PAIGC darstellen. „Einige Bauern sagten, daß das alles (i. e. die Repressionen der Portugiesen, K. U.) unsere Schuld sei, daß sie, wenn man sich nur ruhig verhielte und die Steuern bezahlen würde, in Frieden leben könnte" [45]). Diese Vorstellung führte oft dazu, daß Kader der PAIGC von der Bevölkerung an die Portugiesen verraten wurden [46]).

Daher kamen der Agitation unter den Bauern und vor allem der Form der Agitation große Bedeutung zu, wenn man das unter Punkt eins des Aktionsplanes angestrebte Ziel erreichen wollte. Die Agitation mußte sehr vorsichtig und allgemeinverständlich sein und ethnische Besonderheiten berücksichtigen. Wie Cabral erklärte, hat die PAIGC nie versucht, die Bauern mit Losungen wie „Kampf gegen den Kolonialismus", „Kampf dem Imperialismus" etc. zu mobilisieren, denn dies wären für die Bauern nur Leerformeln gewesen, sondern sie hat immer eine sehr direkte und allgemeinverständliche Sprache gesprochen: „Warum kämpfen wir? Wer bist Du? Wer ist Dein Vater? Was ist mit Deinem Vater bisher geschehen? Was ist los? Wie ist die Situation? Hast Du Deine Steuern schon bezahlt? Was hast Du von diesen Steuern gesehen? Hat Dein Vater seine Steuern schon bezahlt? Was bekommst Du für Deine Erdnüsse? Hast Du daran gedacht, was Deine Erdnüsse Dir einbringen, und was sie Dich und Deine Familie an Arbeit gekostet haben? Wer ist ins Gefängnis gekommen? Bist Du es, den man ins Gefängnis geworfen hat? ... Du wirst beim Straßenbau arbeiten? Wer stellt die Arbeitsmittel? Du stellst sie. Wer gibt das Essen? Du bist es. Aber wer fährt auf der Straße? Wer hat ein Auto? Und Deine Tochter ist von so einem vergewaltigt worden — findest Du das gut?" [47]) Wichtig war dabei vor allem, daß der betreffende Kader, dem die Mobilisierungsarbeit übertragen wurde, selbst Mitglied derselben ethnischen Gruppe war oder die Verhältnisse so gut kannte, daß man in ihm einen Stammesbruder vermuten konnte. Er mußte dieselbe Sprache sprechen, wie ein Dorfbewohner gekleidet sein und die sozialen Verhältnisse der Region und die Sozialstruktur des Dorfes ganz genau kennen. Kurz, er mußte den Eindruck erwecken, als ob er zum Dorf gehöre. Die Bauern durften nicht das Gefühl haben, daß ein Fremder ihnen eine Idee oder

43) Ebd., S. 81. Vgl. auch Amilcar Cabral, Bewaffneter Widerstand, Rede gehalten auf einem Seminar vom 19.—24. 11. 1969, Marburg 1971, hektographiertes Ms., S. 3.
44) „Cabral erzählte mir, daß Osvaldo und seine Gruppe von den Bauern des Nordens skeptisch und nicht sehr freundlich aufgenommen wurden: die Bauern glaubten, mit anderen Worten, daß die Guerillas nicht tun würden, was sie ankündigten — die Portugiesen angreifen —, oder der Angriff kläglich scheitern würde. ‚So legte Osvaldo einen Hinterhalt, um zu beweisen, daß sie es ernst meinten und nicht nur redeten. Der Hinterhalt war gut vorbereitet. Er war sehr erfolgreich. Damit begann sich die Meinung der Bauern zu ändern' " (Davidson, op. cit., S. 129 f.).
45) Chaliand, op. cit., S. 83.
46) Davidson, op. cit., S. 112.
47) Macht . . ., op. cit., S. 17 f.

praktische Vorschläge antrage, die nichts mit ihnen zu tun hätten, vielmehr mußten die Analyse der Situation und die Schlußfolgerungen, die daraus gezogen wurden, gemeinsames Produkt der an der Unterredung beteiligten Dorfbewohner sein. Wichtig dabei war auch, daß man von Anfang an die Dorfautorität auf der Seite der Partei hatte, denn dann fiel die Agitation leichter und die Anzahl derer, die bereit waren, mit der Partei für die Unabhängigkeit zu kämpfen, war größer. Dies gilt nur für die Stämme ohne staatliche Organisationsform, weil bei den feudal organisierten Stämmen ein objektiver Widerspruch zwischen den Interessen der Häuptlinge und der Bauern besteht.

Der hohe Stellenwert, den die PAIGC der Agitation beimißt, verweist nicht nur auf die speziellen Probleme Guineas, sondern auch auf eine wesentliche theoretische Einsicht der Partei. Im Gegensatz zu Debray ist für sie die Ausgangsfrage nicht nach dem Mittel, mit dem der Kampf geführt wird, also ob er bewaffnet oder unbewaffnet geführt wird, dies hängt als taktische Frage von der Einschätzung der Situation und dem Kräfteverhältnis zwischen sich und dem Feind ab, sondern nach der Art, unter den Massen die Idee der nationalen Befreiung zu verbreiten und sie dafür zu mobilisieren. De facto ist dies bereits der erste Schritt auch des bewaffneten Kampfes schon, da er die unbedingte Voraussetzung für alle weiteren Phasen ist. Ohne diese Vorbereitungsarbeit sind Guerillaaktionen, wie die bolivianische Erfahrung Guevaras sehr deutlich zeigt, von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sich die Guerillas nicht nur vor dem Feind, sondern auch vor der Bevölkerung in den Dörfern verstecken müssen, da diese nicht über die Ziele und die Bedeutung des Kampfes aufgeklärt ist und somit den Kämpfern spätestens von dem Zeitpunkt an feindlich gegenübersteht, an dem die staatliche Repressionsmaschine in Gang gesetzt wird und die Bevölkerung dem Terror aussetzt. Andererseits wäre es aber falsch anzunehmen, daß in dieser Vorbereitungsphase die Bevölkerung wirklich für den Kampf gewonnen wird. Sie wird nur psychologisch auf den Kampf vorbereitet und gewinnt eine positive Einstellung zu der Möglichkeit des Kampfes [48]).

Generell legte die Partei den Schwerpunkt ihrer Arbeit gemäß dem vierten Punkt des Aktionsprogrammes auf die Ausbildung von militärischen und politischen Kadern. Die militärische Ausbildung erfolgte in Staaten, deren Regierungen freundschaftliche Beziehungen zur PAIGC unterhielten, wie Ghana, Kuba, die Sowjetunion und die VR China. In der Republik Guinea, wohin auch das Generalsekretariat der Partei verlegt worden war, wurde eine Kaderschule eingerichtet.

Ziel dieser Schule, die 1960 gegründet worden war, war es, die aktiven Mitglieder der Partei auszubilden, damit sie das Volk gegen die Kolonialmacht mobilisieren konnten. Die Schule wurde vorwiegend von Mitgliedern aus den Städten besucht, bis die Partei auf dem Lande Fuß gefaßt hatte und auch Bauern, oft mit ihrer ganzen Familie, ankamen. Die Schulungskurse dauerten in der Regel einen oder zwei Monate. Dabei ging man vor wie in einem Theater. Man probte die Mobilisierung in einem Dorf, indem man unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse, der Traditionen, der Religion und der Gewohnheiten der Bauern sozusagen ein Stück mit verteilten Rollen spielte. Wenn es nicht gelang, wurde das „Stück" unterbrochen, und man begann von neuem [49]). Somit verfügten die Kader, wenn sie in das Land zurückkamen, nicht nur über allgemeine politische

[48]) Ein kleiner Bauer hat auf einer Dorfversammlung dieses komplizierte Verhältnis auf eine sehr einfache aber zutreffende Formel gebracht: „Parteiarbeit und Parteireden: zu Anfang klingt es wie eine große Lüge, aber am Ende ist es wirklich wahr" (Davidson, op. cit., S. 56).
[49]) Macht . . ., op. cit., S. 17.

Kenntnisse, die ihnen ebenfalls auf den Schulungskursen vermittelt wurden, sondern auch über die konkrete Kenntnis der Situation auf dem Dorf. Insgesamt wurden über 1000 Kader auf dieser Schule ausgebildet. Sie alle wurden, ohne daß sie von ihrer sozialen Lage her dem Proletariat angehörten, im Sinne eines proletarischen Bewußtseins erzogen [50]).

Daneben ging aber die Arbeit in den Städten weiter. Unter Raphael Barbosa, dem späteren PAIGC-Vorsitzenden, wurde die illegale Arbeit weiter aufrechterhalten. Zielgruppe der Arbeit waren weiterhin die Lohnempfänger und die Gruppe der „declassé". Die Lohnempfänger stellten für den weiteren Kampf eine, wenn auch zahlenmäßig kleine, so doch qualitativ sehr wichtige Gruppe dar, da sie an präzises Arbeiten, Arbeitsdisziplin und Organisation gewöhnt sind; Eigenschaften, die die Bauern nicht unbedingt in ihrem täglichen Leben von selbst entwickeln, da landwirtschaftliches Arbeiten keineswegs Präzision, Organisiertheit und Disziplin voraussetzt. Unter den „declassé" ist es die Gruppe der städtischen Jugend, die sich dem Kampf begeistert angeschlossen hat, während der lumpenproletarische Teil sich eher als Agenten der Portugiesen verdingt.

Obwohl die PAIGC prinzipiell auf den bewaffneten Kampf orientiert war, weil sie von der Unmöglichkeit einer friedlichen politischen Lösung des Guinea-Problemes ausging, verzichtete sie auch weiterhin nicht darauf, den Portugiesen in der Form offener Briefe Verhandlungsangebote zu machen. Dabei war immer conditio sine qua non entweder die Anwendung der Maßnahmen die die PAIGC in dem Memorandum vom 11. Dezember 1960 [51]) vorgeschlagen hatte oder die sofortige Gewährung der Unabhängigkeit.

Das Ziel dieser Angebote war eine konstruktive Zusammenarbeit des portugiesischen Volkes mit den Völkern von Guinea und den Kapverdischen Inseln auf der Basis der Gleichberechtigung. Dabei drückte die PAIGC aber auch ganz klar aus, daß sie eine Ablehnung dieser Vorschläge durch die portugiesische Regierung nicht kampflos hinnehmen werde: „Mit Sicherheit wird nichts unsere Partei davon abhalten, wenn die portugiesische Regierung auf der Ablehnung beharrt, ihre Position zu überdenken — und damit die Interessen unseres Volkes und sogar des portugiesischen Volkes ignoriert —, ihre historische Mission zu erfüllen: die Mission der Entwicklung unseres Kampfes um nationale Befreiung, der gewaltsamen Antwort auf die Gewalt der portugiesischen Kolonialtruppen; der völligen Eleminierung, und mit allen Mitteln, der kolonialen Herrschaft über ‚Portugiesisch'-Guinea und die Kapverdischen Inseln" [52]).

Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung des Kampfes um die nationale Befreiung des Landes war ein äußerer Anstoß. Am 4. Februar 1961 trat der Kampf des afrikanischen Volkes von Angola um die Befreiung seiner Heimat vom portugiesischen Kolonialjoch in das Stadium des bewaffneten Kampfes. Geführt von der MPLA, die im Dezember 1956, also kurz nach der Schaffung der PAIGC, gegründet worden war, überfielen einige Kämpfer das Gefängnis von Luanda, um ihre inhaftierten Genossen zu befreien. Das zeigte der Bevölkerung von Guinea, daß es Kämpfer gegen den portugiesischen Kolonialismus auch in den anderen Kolonien gab und daß es möglich war, gewaltsam gegen den Kolonialismus vorzugehen. Die PAIGC reagierte sofort, indem sie die Bevölkerung dazu aufforderte, im Namen der Solidarität ebenfalls Aktionen gegen die Portugiesen

50) Vgl. zu dieser Schule generell: Analysis . . ., op. cit., S. 55.
51) Dieses Memorandum stellt einen Stufenplan von Maßnahmen bis zur völligen Unabhängigkeit dar. Abgedruckt in: CONCP, op. cit., S. 143 ff.
52) Davidson, op. cit., S. 124.

zu unternehmen. Die Reaktion auf diesen Aufruf zeigte deutlich den Stellenwert der angolesischen Aktion für die Bevölkerung Guineas: „Erinnern wir uns daran, als wir im August 1961 die Sabotageaktionen anordneten und die Bevölkerung baten, Bäume quer über die Straßen zu legen, daß die Chefs der Partei über die erstklassige Arbeit, die geleistet worden war, erstaunt waren. Selbst in den Regionen, die dieser Befehl nicht erreicht hatte, hatten sich die Leute mobilisiert und hatten Bäume quer über die Straße gestürzt, um zu zeigen, daß auch sie teilnehmen wollten [53]).

Schon am 18. April 1961 kam es zur Gründung der CONCP (Conférence des Organisations Nationalistes des Colonies Portugaises — Konferenz der nationalen Organisationen der portugiesischen Kolonien), die nicht nur dokumentieren sollte, daß die Völker in Guinea, Angola oder Mocambique den gleichen Kampf führen, sondern auch die Koordination der Informations- und Propagandapolitik vornehmen sollte [54]).

Am 3. August 1961, dem dritten Jahrestag des Massakers von Pidjiguiti, trat die PAIGC mit folgender historischer Verlautbarung an die Öffentlichkeit des Landes und der ganzen Welt:

„Am 3. August 1959 haben die portugiesischen Kolonialisten 50 streikende afrikanische Arbeiter in Bissao ermordet. Das war in der Epoche der Dekolonisation die erste brutale Repression, die von den portugiesischen Kolonialisten gegen die Patrioten unseres Landes begangen wurde.

Der 3. August 1960, ein Tag der Solidarität mit den Patrioten der portugiesischen Kolonien, wurde von allen Frieden und Freiheit liebenden Völkern begangen. Es war eine einmütige Verurteilung des portugiesischen Kolonialismus und ein Beweis der Solidarität mit unseren kämpfenden Völkern.

Am 3. August 1961 schließlich, angesichts der grausamen und negativen Haltung der portugiesischen Regierung, die sich weigert für die Beendigung der kolonialen Beherrschung unseres Landes eine friedliche Lösung zu akzeptieren, und

in Erwägung des festen Willens unserer Völker, sich vom Kolonialjoch zu befreien, welche Mittel dafür auch notwendig seien;

in Erwägung, daß diese Befreiung dringend verwirklicht werden muß und daß unsere Völker dazu bereit sind;

in Erwägung der teilweise schwierigen Bedingungen, mit denen unsere Völker im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus konfrontiert sind;

in Erwägung der Notwendigkeit, neue Kolonialkriege in Afrika zu verhindern und den Weltfrieden zu bewahren,

proklamiert die Partido Africano da Independencia diesen 3. August 1961 zum Tag des Überganges unserer nationalen Revolution von der Phase des politischen Kampfes zu derjenigen des nationalen Aufstandes, zur direkten Aktion gegen die kolonialistischen Kräfte;

erklärt sie, daß alle Kämpfer und Kader für die direkte Aktion im nationalen Befreiungskampf mobilisiert werden;

53) Macht . . ., op. cit., S. 19 f.
54) CONCP, op. cit., S. 141.

verpflichtet sie alle nationalen Organisationen unseres Landes, ihre Organisation zu verbessern, ihre Vorbereitungen für den Kampf zu verstärken und ihre Aktionen in der ‚Vereinigten Front für die Befreiung ‚Portugiesisch'-Guineas und der Kapverdischen Inseln' (FUL) zu koordinieren;

versichert sie, daß unsere Völker wirksame Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Angola üben werden;

versichert sie den Willen unserer Völker, jederzeit durch Verhandlungen den Konflikt, der sie in Gegensatz zur portugiesischen Regierung bringt, auf friedlichem Weg zu lösen in Übereinstimmung mit ihrem unveräußerlichen Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit;

appelliert sie an alle Völker, die den Frieden und die Freiheit lieben, insbesondere an die afrikanischen und asiatischen Völker, unseren Völkern im Kampf gegen die ausländische Beherrschung konkrete und sofortige Hilfe zukommen zu lassen" [55]).

Damit war nun der letzte und endgültige Schritt vollzogen, den bewaffneten Kampf zu beginnen. Die Antwort der Kolonialmacht bestand in der Verstärkung der Repressionen gegen die Afrikaner. Schon vorher, im Jahre 1960, hatte es eine große Verhaftungswelle gegeben, und Ende Juli 1962 (um der Möglichkeit von Demonstrationen am 3. August vorzubeugen) verhafteten die Portugiesen rund 2000 Leute, unter ihnen Raphael Barbosa und etwa hundert andere Aktivisten [56]).

Trotz dieser Verhaftungswelle hielt die PAIGC an ihrem Beschluß vom August 1961 fest und eröffnete, nachdem dies durch eine Kaderversammlung bestätigt wurde [57]), im Januar 1963 ihre erste Guerillafront im Süden des Landes [58]). Ein knappes Jahr später wurde die zweite Front, die Nordfront, eröffnet [59]).

Der bewaffnete Befreiungskampf [60])

Der Kampf um die nationale Souveränität wurde von der PAIGC nie als ein nur militärischer verstanden. Er verläuft vielmehr auf drei Ebenen: der militärischen, der politischen und der ökonomisch-sozialen.

Auf der militärischen Ebene wurde bereits 1964 der entscheidende Erfolg erzielt, der das Kräfteverhältnis in diesem Kolonialkrieg prinzipiell zugunsten der PAIGC veränderte. In der Schlacht um die Insel Como, die den strategischen Brückenkopf für die befreiten Gebiete im Süden des Landes bildete, wurden von portugiesischer Seite alle Kräfte konzentriert, um den Kämpfern der PAIGC eine endgültige Niederlage zu erteilen. Es kam aber ganz anders: die PAIGC fügte der Kolonialarmee eine schwere Niederlage zu [61]).

1966/67 kontrollierten die Kräfte des Volkes bereits zwei Drittel des Landes, heute kontrollieren sie drei Viertel. Nur die großen Städte befinden sich noch in der Hand des Feindes.

55) Ebd., S. 145 f.
56) Chaliand, op. cit., S. 30 f.
57) Diese (vierte) Kaderkonferenz fand im August und September 1962 in Conakry statt.
58) CONCP, op. cit., S. 142.
59) Ebd.
60) Da der bewaffnete Befreiungskampf in dieser Zeitschrift bereits an anderer Stelle dargestellt wurde (Schilling/Unger, op. cit.), wird hier nur ein summarischer Überblick gegeben.
61) Davidson, op. cit., S. 133 f.

Die Kolonialmacht verfolgt seit diesem Zeitpunkt eine Strategie, die sich prinzipiell nicht von der der USA im Indochinakrieg unterscheidet. Durch die Errichtung von Wehrdörfern wurde versucht, die Kämpfer von der Bevölkerung zu trennen. Außerdem wurde durch die Verbesserung der sozialen Situation der Bevölkerung der Versuch unternommen, diese in das „lusitanische Reich" zu integrieren und so von der PAIGC zu trennen. Doch das Volk weiß sehr genau, wie Cabral sagte, daß diese Zugeständnisse ohne den bewaffneten Kampf nicht gemacht worden wären [62]).

In den befreiten Gebieten hingegen wird versucht, mittels Terror zu arbeiten. Hierbei werden Bombenangriffe mit Napalm- und Splitterbomben geflogen, deren militärischer Stellenwert gering ist, deren Bedeutung aber in ihrem Einschüchterungswert liegt, da sie direkt gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sind. Bevorzugte Angriffsobjekte sind auch nicht militärische Einrichtungen, sondern die Schulen, Hospitäler und Reissilos des Volkes.

Auf der ökonomisch-sozialen Ebene hat die PAIGC ebenfalls große Erfolge errungen. Es wurden erstmals ein medizinisches Versorgungsnetz und schulische Einrichtungen für alle Bewohner dieses Landes geschaffen. Außerdem wurden Volksläden errichtet, in denen die Bevölkerung die Dinge des täglichen Lebens kaufen und ihre eigenen Produkte verkaufen kann. Welche Bedeutung der ökonomisch-soziale Aspekt für die Arbeit der PAIGC hat, wird aus der Feststellung deutlich, daß „es ... gar nichts (nützt), ein Gebiet zu befreien, wenn seine Bevölkerung nicht über elementar notwendige Dinge des täglichen Lebens verfügen kann" [63]).

Die Notwendigkeit, Amilcar Cabral zu ermorden, ergab sich für die portugiesische Kolonialmacht, nachdem ihr diesbezüglicher Versuch im Oktober 1970 gescheitert war [64]), vor allem aus den Erfolgen der PAIGC auf der politischen Ebene. Sofort nach der Befreiung eines Dorfes wurden von der Partei Dorfkomitees errichtet, die die Aufgaben der lokalen Selbstverwaltung übernahmen. Am 3. Dezember 1971 wurde dann beschlossen, mit den Vorbereitungen für die Wahl einer Volksversammlung zu beginnen. Dabei sollten 15 „Regional Councils" gewählt werden, die dann die Vertreter der 120 Mitglieder umfassenden Volksversammlung wählen sollten. Wie der britische Journalist Davidson berichtete, sind diese Wahlen tatsächlich im Frühsommer 1972 abgehalten worden [65]). Er selbst hat an zwei solchen Regionalwahlen teilgenommen und bestätigte deren völlig demokratischen Charakter. Damit hat aber der Befreiungskampf eine qualitativ hohe Stufe erreicht: Das guinesische Volk hat sich unter der Führung der PAIGC bereits eine eigene politische und administrative Ordnung aufgebaut und jegliche koloniale Struktur zerstört.

Daß in den befreiten Gebieten de facto das Volk die Macht erlangt hat und die Kontrolle ausübt, wurde auch von einer UNO-Delegation, die im Sommer 1972 dieses Land besuchte, bestätigt [66]).

Unmittelbares Ziel der Befreiungsbewegung war es, eine Verfassung zu entwerfen, die in der Volksversammlung diskutiert und verabschiedet werden sollte. Gleichzeitig sollte die Unabhängigkeit des Landes proklamiert werden. Daß die Mehrheit der afrikanischen Länder und eine Reihe von Staaten in Ost und West dieses unabhängige Guinea sofort anerkennen werden, ist selbstverständlich [67]).

62) Macht . . ., op. cit., S. 22.
63) CONCP, op. cit., S. 62.
64) „tricontinental", Havanna, H. 23.
65) Brief von Basil Davidson an das AGM-Komitee v. 19. 12. 1972.
66) „Zambia Daily News" v. 26. 7. 1972.
67) Brief von Davidson v. 19. 12. 1972.

Die Ermordung Cabrals soll das verhindern. Dies Vorhaben darf den Kolonialisten in Lissabon nicht gelingen. Das Jahr 1973 muß das Jahr der Unabhängigkeit für Guinea und die Kapverdischen Inseln werden.

Das bedeutet aber auch für die Menschen in der BRD, ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern in den portugiesischen Kolonien zu verstärken. Amilcar Cabral selbst hat in einem Gespräch in Rom im Juli 1970 dazu folgendes gesagt: „... wir glauben, daß die Bevölkerung in der BRD, die Journalisten, die Demokraten, alle progressiven Menschen und alle, die Gerechtigkeit und Freiheit lieben, etwas für uns tun können:

1) Handeln, um die finanzielle, militärische und materielle Hilfe aller Art Ihres Landes für Portugal zu verhindern;

2) den portugiesischen Kolonialismus und die Verbrechen der portugiesischen Kolonialisten überall anprangern und, wenn nötig, gegen den portugiesischen Kolonialkrieg demonstrieren.

Die Öffentlichkeit muß über die Gründe und den gerechten Charakter unseres Kampfes informiert werden.

Wir glauben auch, daß Sie möglicherweise viele Dinge sammeln können, um sie uns zu schicken: Medikamente, Kleidung und andere Güter. Denn wir sind ein armes Land und führen einen harten Kampf, aber wir werden siegen, das ist sicher." *)

Entwicklungspolitik in neuer Perspektive

Bemerkungen zu Gunnar Myrdals „Politischem Manifest über die Armut in der Welt"[1])

Von K. William Kapp

I

Im Gegensatz zu Adam Smith, der die Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen zum Gegenstand seiner Untersuchungen machte, ist Gunnar Myrdal seit mehr als 20 Jahren mit der Frage nach den Ursachen der Armut und den zunehmenden Disparitäten zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen beschäftigt. Seine großangelegte Untersuchung des Rassenproblems in Amerika

*) Spenden für die Unterstützung des Befreiungskampfes in den portugiesischen Kolonien können überwiesen werden auf das Sonderkonto Wilhelm M. Breuer — Postscheckkonto Köln 1713 87.

1) Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1970 (deutsche Ausgabe des Buches „The Challenge of World Poverty, A World Anti-Poverty Program in Outline", New York 1970). Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Zitate auf die deutsche Ausgabe.

(An American Dilemma, 1944), seine Leitung der Arbeiten der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO in Genf, die wiederholt das sogenannte Nord-Süd-Gefälle in den Mittelpunkt stellten, seine grundsätzliche Schrift *Oekonomische Theorie und Unterentwickelte Regionen* (Stuttgart, 1959) *und seine* dreibändige Arbeit über die Unterentwicklung Asiens *(Asian Drama,* 1968) sind die Bausteine einer neuen Theorie der Armut, die in wesentlichen Punkten von der konventionellen Nationalökonomie abweicht. Hier werden in der Tat Alternativen zur klassischen und neo-klassischen Theorie angeboten, die in Form, Inhalt und Methode die traditionellen Denkmethoden und Theorien in Frage stellen und an ihre Stelle ein Denksystem setzen, das sich radikal von denjenigen unterscheidet, die während des 19. und 20. Jahrhunderts vorherrschend waren. Myrdals institutionelle Oekonomie unterscheidet sich in zweifacher Hinsicht von der seiner Vorgänger: An die Stelle des Denkens in Analogie zu Mechanik und sich selbst korrigierenden stabilen Gleichgewichten tritt die These der zirkulären Interdependenz von Faktoren mit kumulativer Wirkung; an Stelle eines rein ökonomischen Bezugssystems betont Myrdal die Notwendigkeit, gesellschaftliche und politische Faktoren zu berücksichtigen, die im sozialen System wirksam und daher relevant sind, unabhängig davon, ob sie den traditionellen Rahmen der reinen ökonomischen Theorie sprengen — einen Rahmen, der ohnehin durch die Präsenz von versteckten voranalytischen Werturteilen fragwürdig geworden ist. Anstelle der angeblichen Wertneutralität der ökonomischen Theorie mit rein formalen Rationalitätskriterien, die heute in der mathematischen Sprache der Maximierung, bzw. der Minimierungstechnik vorgetragen werden, vertritt Myrdal den Standpunkt, daß Prioritäten und Entscheidungskriterien sich nur aus einer gründlichen Diagnose der zirkulären Interdependenz realer Faktoren und auf der Basis ausdrücklicher Wertprämissen ableiten lassen.

Die Wertprämissen, die Myrdal an den Anfang seiner ökonomischen Untersuchung stellt, sind im wesentlichen die grundlegenden Gedanken und demokratischen Gleichheitsideale der Aufklärung, die ursprünglich bei dem Aufbau der westlichen Sozialwissenschaften und insbesondere bei der klassischen Nationalökonomie (einschließlich des Marxismus) eine zentrale Rolle gespielt haben, die jedoch von den Nachfolgern der Klassiker durch den Ausbau der in der Klassik ebenfalls enthaltenen teleologischen Harmonievorstellungen zunehmend verharmlost und ersetzt wurden. So tritt er an die Probleme der Armut und der Unterentwicklung mit den Wertungen und Vorstellungen heran, die in Amerika und Europa wesentlich zum Ausbau demokratischer Institutionen und radikaler institutioneller Reformen des Feudalismus beigetragen haben. Für Myrdal liegt die Erklärung der Armut in der Hauptsache in der Aufrechterhaltung und Verschärfung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ungleichheiten, und zwar sowohl innerhalb dieser Länder als auch in ihren Beziehungen mit den Industrieländern. Die fundamentalen Ursachen der Unterentwicklung sind nach Myrdal *ökonomische* Ungleichheiten im Sinne von Einkommens- und Vermögensungleichheiten (einschließlich des Bodenmonopols); *soziale* Ungleichheiten im Sinne eines extremen Mangels an sozialer Mobilität (einschließlich des Bildungsmonopols); *politische* Ungleichheiten im Sinne einer unvollkommenen Partizipation der großen Massen an der politischen Willensbildung (einschließlich eines hierarchisch organisierten und qualitativ defekten Verwaltungsapparates), sowie internationale Handelsbeziehungen zwischen ungleichen Wirtschaftseinheiten mit ihren Hemmungseffekten bzw. mangelnden Expansionseffekten. Diese Ursachen stehen nicht nur in zirkulärer Interdependenz miteinander, d. h. sie beeinflussen sich gegenseitig; sie haben darüber hinaus kumulative Wirkungen und

führen zu wachsenden internen Ungleichheiten und zunehmenden internationalen Disparitäten. Diese zirkuläre Interdependenz mit kumulativer Wirkung führt dazu, daß wirtschaftliche, soziale, politische und internationale Ungleichheiten durch einen niedrigen Lebensstandard akzentuiert und gefördert werden — je ärmer ein Land, um so größer die Zahl der Ärmsten der Armen, und um so mehr werden die Armen von der Armut betroffen —, mit dem Ergebnis, daß die Interdependenz verschiedener Formen der Ungleichheiten ihrerseits die Unfähigkeit eines Landes fördert, aus der Armut herauszukommen. Mit anderen Worten, Ungleichheiten sind nicht nur die Ursache, sondern gleichzeitig die Folgen der Armut.

Die These zirkulärer Interdependenzen mit kumulativer Wirkung findet sich bereits bei Veblen und Wicksell; sie wird von Myrdal systematisch weiterentwickelt und auf das Studium unterentwickelter Länder übertragen. Mit Hilfe dieser These gelingt es Myrdal, Zusammenhänge zwischen scheinbar so verschiedenartig gelagerten Problemkreisen wie z. B. dem Ausbildungswesen, dem „schwachen Staat", der Landwirtschaft einschließlich der „grünen Revolution" und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen aufzudecken. Sie dient gleichzeitig als Ausgangspunkt für die Formulierung positiver Kriterien der Entwicklungsplanung.

II

Defekte Verwaltung und der schwache Staat: Der Erfolg der gesamten Entwicklungsplanung und ihrer Verwirklichung hängt von der Qualität der Verwaltung und des Staates ab sowie von dem Inhalt und der Struktur des Ausbildungswesens. Beide Problemkreise werden von der konventionellen Nationalökonomie so gut wie völlig ignoriert und können nur von einer institutionell ausgerichteten Entwicklungstheorie voll erfaßt werden. Die Rolle und Funktion der Verwaltung innerhalb der Entwicklungsplanung bedarf keiner ausführlichen Erörterung: von ihr hängt die Verwirklichung der von dem Plan vorgesehenen institutionellen Reformen (z. B. der Landreform) ab. Ihre Qualität bestimmt die Durchführung der Planung und ist die Basis für das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und ihrer Teilnahme an Entwicklungsaufgaben [2]).

Myrdal untersucht darüber hinaus die Rolle des „Soft State" und der damit zusammenhängenden Korruption. Der schwache Staat ist teilweise ein Ausdruck einer segmentierten, d. h. unvollständig integrierten politischen Gesellschaftsstruktur, die noch aus vorkolonialen Zeiten stammt. Während der Periode der kolonialen Abhängigkeit wird der „schwache Staat" weiter geschwächt, und diese Tendenz hört nicht mit der Erreichung der Unabhängigkeit auf. Im Gegenteil, die Methoden der Entwicklungspolitik und Planung verstärken die Tendenzen der Unterminierung des Staates. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß die meisten Entwicklungsländer mit Entwicklungs- und Finanzplänen arbeiten, die weitgehend indikativer Natur sind. Innerhalb dieses Rahmens einer indikativen Planung von Industrie, Landwirtschaft und Außenhandel erlassen die Regierungen Anordnungen und Gesetze, erteilen Import- und Exportlizenzen, verteilen Devisen, bewilligen einheimische und ausländische Unternehmen, regulieren Preise, empfangen und verteilen Entwicklungshilfe usw. Zur Durchführung dieser Anordnungen und Gesetze arbeiten sie mit unzureichend organisierten Verwaltungsorganen und oft ungeschulten und schlecht bezahlten Verwaltungsbeamten. Wem eine Lizenz entweder zur Einfuhr von Kapitalgütern oder zur Errichtung

[2]) K. William Kapp, Economic Development, National Planning and Public Administration, Kyklos 1960, XIII, (2), pp. 172—202. Deutsche Übersetzung in: Entwicklungsländer (Hrsg. Bruno Fritsch) Köln/Berlin 1968, S. 197—232.

eines Betriebes oder für den Bezug von Devisen bewilligt wird, erhält damit eine wirtschaftliche Vormachtstellung, die äußerst hohe Profite abwerfen kann. Mit anderen Worten, er erhält ein Geschenk. Praktisch bedeutet dies, daß ein ohnehin ungenügend integriertes oder defektes Staats- und Verwaltungssystem durch Bestechung und Korruption von seiten finanzkräftiger Unternehmen weiter geschwächt wird. Defekte Verwaltung und Korruption bedingen sich gegenseitig; sie stehen in zirkulärer Dependenz miteinander. Damit kommen wir zum zentralen Punkt der Myrdalschen Analyse des schwachen Staates und der Korruption: nämlich ihre Auswirkungen auf den Entwicklungsprozeß. Korruption unterminiert die Anwendung und Durchführung der Gesetze, sie durchkreuzt die Absichten des Gesetzgebers, so daß die Pläne nicht oder nur mit erheblichen Verzögerungen erfüllt werden. Dies wiederum führt zu weiteren Kontrollen. Ehrliche Beamte zögern, Entscheidungen zu treffen, ohne nicht alle Anträge wiederholt geprüft zu haben. Jede rationelle Delegation von Befugnissen an untere Behörden wird problematisch. Kurzum, Korruption schafft und stärkt die Bürokratie, und indem sie zu einer Verlangsamung und oft Durchkreuzung der politischen Entscheidung Anlaß gibt, führt sie zu einer Irrationalität der Planung und des Entwicklungsprozesses. Daß von dieser Situation in der Hauptsache wohlhabende Geschäftsleute inklusive Ausländer profitieren, braucht nur am Rande vermerkt zu werden. Das Resultat ist nicht nur eine mangelnde Planerfüllung, sondern eine Erhöhung der Ungleichheiten. Die Verwaltung und ihre Verbesserung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht gehören daher zu den strategischen Faktoren der Entwicklungsplanung und der Entwicklungspolitik.

Qualität und Struktur des Ausbildungswesens: Die Rolle und Funktion des Erziehungs- und Ausbildungswesens innerhalb der Entwicklungsplanung läßt sich ebenfalls nur erfassen, wenn man bereit ist, Erziehung und Ausbildung nicht als homogene finanzielle Größen mit induzierten „Erträgen", sondern differenziert zu behandeln, und zwar mit Hinsicht auf ihre Anpassung an die sozialökonomischen Erfordernisse der Wirtschaftsplanung und ihre Auswirkungen auf bestehende ökonomische und politische Ungleichheiten. Myrdal zeigt aufgrund einer ausführlichen Untersuchung des Inhalts und Ziels der Ausbildung sowie ihrer Aufteilung auf Grundschul-, mittlere und Universitätsausbildung (und Erwachsenenausbildung), daß die aus der Kolonialzeit übernommenen Erziehungssysteme (mit einigen Ausnahmen wie z. B. Ceylon) sich nicht grundsätzlich geändert haben und trotz Reform den Erfordernissen der Entwicklung auch heute noch nicht entsprechen. So sind Reformen des Erziehungs- und Ausbildungswesens hauptsächlich auf die Interessen einer wohlhabenden Oberschicht ausgerichtet. Von einer funktionellen Ausbildung großer Massen der Bevölkerung und von gleichen Startchancen kann keine Rede sein. Unter dem Druck der Interessen der oberen Klassen in inegalitären Gesellschaften ist das Konzept der Erwachsenenausbildung zunehmend vernachlässigt, verwässert und unwirksam gemacht worden, so daß die mangelhafte Anpassung des Erziehungssystems an die sozio-ökonomischen Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung eher zugenommen hat. Zwar wird das Grundschulwesen ausgedehnt, aber eine erhebliche Zahl der Kinder, insbesondere auf dem Lande, beenden ihre Ausbildung nicht und fallen bald in das Analphabetentum zurück. Die höhere Schulbildung und die relativ teurere Universitätsausbildung werden erheblich rascher ausgedehnt, und zwar unter dem Druck der Oberschichten, die ihre Kinder für Verwaltungsposten ausbilden lassen wollen. So entsteht ein allgemeines Überangebot von Absolventen mit einer Ausbildung auf Gebieten, die für den Entwicklungsprozeß wenig relevant sind, während technische und Fachausbildung, die

die Entwicklung verlangt, vernachlässigt werden. Mit anderen Worten, auf dem Gebiete der Erziehung und Ausbildung zeigt sich, daß ohne eine Planung in physischen Größen die Bereitstellung von finanziellen Mitteln in keiner Weise zu einer Umstrukturierung der Gesellschaft und zur Änderung der Verhaltensweisen beiträgt. Eine inegalitäre Wirtschafts- und Sozialstruktur reproduziert und verstärkt die bestehenden Ungleichheiten. Trotz quantitativer Reformen hält das überlieferte Erziehungswesen die Trennung zwischen einer isolierten Oberklasse und den Massen der Bevölkerung aufrecht. „Das Bildungsmonopol — zusammen mit dem Grundbesitzmonopol — ist nach wie vor der entscheidende Grund der Ungleichheit. Dies gilt in besonderem Maße für die ärmeren Länder" (S. 190). Der soziale Abstand zwischen Reichen und Armen wird auf diese Weise nicht überwunden.

Eine wesentliche Schlußfolgerung ist somit die Notwendigkeit einer radikalen Änderung der Struktur und des Inhalts des Erziehungssystems als Ganzes. Neben der unbedingt erforderlichen Erwachsenenausbildung sowie der Verbesserung der Grundschulausbildung, der sofortigen Ausbildung qualifizierter Lehrkräfte, landwirtschaftlicher Facharbeiter und medizinischen Personals muß ein Weg gefunden werden, um die Verhaltensweisen der Kinder den Anforderungen einer modernisierten Produktionsweise anzupassen [3]). Mit anderen Worten, auch hier setzt eine rationale Planung eine differenzierte Analyse und entsprechende Detailkenntnisse der Zusammenhänge voraus, die nicht durch Globalanalysen von monetären Erträgen erarbeitet werden können. Diese Planung muß in realen Größen erfolgen und den Veränderungen des wirtschaftlichen Produktionsprozesses jeweils angepaßt werden.

Diagnose, Prognose und Entwicklungspolitik: Hiermit haben wir bereits den Punkt der reinen Diagnose überschritten und sind bei einer Diskussion der Formulierung operationeller Kriterien für die Entwicklungsplanung angelangt. Planung und Planungskriterien ergeben sich nach Myrdal aus einer realistischen Erfassung der ökonomischen, politischen und institutionellen Zusammenhänge. Sie sind ohne Diagnose und Prognose nicht zu entwickeln.

Besondere Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang die Bevölkerungszuwachsraten, die die aktive Arbeits- und Konsumbevölkerung der nächsten 20 Jahre bestimmen. Diese Daten, die bei Myrdal eine zentrale Rolle spielen, setzen die Schwerpunkte und bestimmen die Wahl der Kriterien und Prioritäten der Planung. Zwei einfache Beispiele mögen diese These veranschaulichen. Impulse von außen, wie z. B. eine neue medizinische Technik, die die Krankheits- und Sterberaten herabsetzen, erhöhen die Bevölkerung und die Bevölkerungszuwachsraten und führen daher zu erhöhten Ungleichheiten und zunehmender Armut, wenn man sie nicht durch effektive und an die Bedingungen unterentwickelter Länder angepaßte Methoden der Bevölkerungskontrolle kompensiert. Myrdal ist daher der Ansicht, daß moderne Methoden der Bevölkerungskontrolle von seiten der wissenschaftlich fortgeschrittenen Länder entwickelt werden müssen.

Ähnlich liegt es bei der Einführung neuer Samen- und Pflanzensorten. Die „grüne Revolution" kann nach Myrdal die Probleme der Fehl- und Unterernährung nur dann lösen, wenn sie auf andere Erntesorten als Weizen und Reis ausgedehnt wird und wenn darüber hinaus die erheblichen zusätzlichen Profite wohlhabender Landbesitzer durch Steuern zumindest teilweise abgeschöpft werden. Außerdem sind Maßnahmen notwendig (insbesondere der Landreform), die

[3]) Myrdal hält es sogar für empfehlenswert, „daß dem raschen Anstieg der Gymnasialschüler- und Studentenzahlen Einhalt geboten wird" (S. 194).

verhindern, daß ein Teil der landlosen Arbeiter, kleinen Pächter und Subsistenzbauern, die für die Anwendung der Produktionsmethoden der „grünen Revolution" weder die Mittel noch die Kenntnisse besitzen, in die Slums der Städte getrieben werden, bevor die notwendige Entwicklung eines Industriesektors in die Wege geleitet worden ist. Führt die „grüne Revolution" dagegen zu einer Vernachlässigung der Agrarreform — wofür gewisse Anzeichen sprechen — und wird sie die Basis für eine arbeitssparende Mechanisierung der Produktion — wofür ebenfalls Anhaltspunkte vorliegen —, so kann sie nicht zu der absolut notwendigen Erhöhung der Beschäftigung in der Landwirtschaft führen, sondern wird das Gegenteil zur Folge haben: d. h. zunehmende Unterbenützung der vorhandenen Arbeitskräfte, zunehmende Ungleichheiten in den Städten mit zunehmender Fehlernährung, ohne daß es angesichts der steigenden Ernteerträge zu dramatischen Hungersnöten zu kommen braucht. Eine zunehmende „Reservearmee" von arbeitslosen oder nur halbbeschäftigten Arbeitern kann nur dazu führen, daß die bestehenden, von religiösen Wertungen und Tabus sanktionierten sozialen Klassendifferenzierungen wie z. B. des Kasten- und Pariasystems in einem Lande wie Indien nicht gemildert, sondern eher verschärft werden.

III

Überlegungen dieser Art führen Myrdal zu der Formulierung einer spezifischen Entwicklungsstrategie, die zunächst negativ wie folgt umschrieben werden kann: Weder eine arbeitssparende, verfrühte Mechanisierung der Landwirtschaft noch eine kapitalintensive Industrialisierung können die Antwort für die Überwindung der Unterentwicklung (der Armut) unter den vorherrschenden Bedingungen in Asien (und anderen unterentwickelten Regionen) sein. Die einer vorwiegend extensiven Landwirtschaft in Ländern mit Monsunklima eigentümliche Unterbenützung von unter- bzw. einseitig ernährten Arbeitskräften, die nur während eines Teils des Jahres (d. h. während der Saat- und Erntezeiten) voll beschäftigt sind und während der übrigen Monate ohne Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bleiben, kann langfristig nur durch Industrialisierung überwunden werden. Kurzfristig, d. h. während der nächsten 20 Jahre, bedarf es jedoch einer landwirtschaftlichen Übergangstechnologie, die es ermöglicht, Arbeitsaufwand und Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zu steigern. Landreform in weitestem Sinne ist daher nach wie vor eine Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Hierzu gehören Ansiedlung von landlosen Arbeitern, Landverteilung, „Minifarms" als Basis für Status und Sicherheit, Staatsfarmen, aber auch unter gewissen Voraussetzungen eine kommerzielle Ausbeutung von landwirtschaftlichen Betrieben, vorausgesetzt, daß die notwendigen Garantien geschaffen werden, die es verhindern, daß diese kapitalistische Form der Landwirtschaft wieder Formen asiatischer Pachtverhältnisse mit „absentee ownership" annimmt.

Das Politische Manifest enthält kein Kapitel, das sich mit der Frage der *Industrialisierung* und ihrer Planung beschäftigt. Dies bedeutet nicht, wie bereits erwähnt, daß für Myrdal die Industrialisierung keine wichtige Rolle für die Transformation und Modernisierung der unterentwickelten Länder spielt. Was er in Frage stellt, ist jedoch die Errichtung von privaten und staatlichen Großbetrieben in den Städten, die dann in der Literatur als moderner Sektor der Wirtschaft angesehen werden. „Selbst wenn wir zu diesem Sektor nicht nur die modernen privaten und staatlichen Großbetriebe, der verarbeitenden Industrie, des Bergbaus, des Baugewerbes und des Transportwesens, des Handels- und des Finanzwesens zählen, sondern auch die Plantagen, stellen sie zusammengenommen nur einen sehr

geringen Anteil der Gesamtwirtschaft dar, insbesondere im Hinblick auf das dort beschäftigte Arbeitskraftvolumen" (S. 216/7). Nach Myrdal ist es jedoch ein Irrtum, zu glauben, daß dieser Sektor tatsächlich organisiert und mit dem Rest der Wirtschaft koordiniert und einer effektiven Planung unterworfen ist (z. B. hinsichtlich der Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte). Sowohl die Eigentumsverhältnisse (bei privaten Unternehmungen) als auch die Betriebsführung bei privaten und staatlichen Unternehmungen weisen häufig vorkapitalistische Züge des Paternalismus und des Nepotismus auf. Der „moderne" Sektor ist immer noch weitgehend von der Landwirtschaft getrennt bzw. isoliert. Mit anderen Worten, die Prioritäten, die die Entwicklung beider Sektoren bestimmen, entsprechen nicht den Erfordernissen, die sich aus der notwendigen Verflechtung von Industrie und Landwirtschaft ergeben. Teilweise handelt es sich bei dem modernen Sektor um Industrien, die der Befriedigung von weniger essentiellen Bedürfnissen dienen, die ihrerseits die Ungleichheit der Einkommensverteilung widerspiegelt. Insoweit diese Industrien überhaupt einer Planung unterworfen sind, ist sie vorwiegend rein finanzieller, d. h. budgetärer Natur und operiert mit den traditionellen Aggregaten wie Investition, Nationaleinkommen und Marktgrößen ohne genügende Korrektion in physischen Größen, die dem Myrdalschen Planungskonzept entsprechen würden. Als Resultat ist der „moderne" Sektor isoliert (wie während der Kolonialzeit), und seine Expansionseffekte sind in der Regel nicht ausreichend für die angestrebte Transformation der Wirtschaft.

„Entwicklungshilfe": Von besonders aktuellem Interesse ist Myrdals kritische Analyse der Manipulation von Statistiken auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Was das „Development Assistance Committee" (DAC) der OECD und ihm folgend fast die gesamte öffentliche Diskussion als Daten über Entwicklungshilfe unkritisch verwendet, sind „Kapitalbewegungen", d. h. alle Arten von Transfer, unabhängig davon, ob sie der Entwicklungshilfe dienen oder Geschäftscharakter tragen. Hieran ändert auch nichts die Tatsache, daß DAC ausdrücklich den Nettocharakter seiner Kapitaltransferdaten hervorhebt, wobei es sich bei genauem Hinsehen herausstellt, daß die sogenannten Rückflüsse nur Tilgungszahlungen auf ausstehende Kredite und das repatriierte Kapital berücksichtigen. Mit anderen Worten, Zinszahlungen, Lizenzgebühren etc. und vor allem die aus den unterentwickelten Ländern ausgeführten Gewinne sind in den Rückflüssen nicht enthalten, während re-investierte Profite als Zuflüsse behandelt werden. Ebenso enthalten die als „Nettokapitalbewegung" bezeichneten Beträge keine Angaben über die aus unterentwickelten Ländern ausgeführten Kapitalien einschließlich der nicht unerheblichen illegalen Kapitalflucht. Anders ausgedrückt, die DAC-Statistik ist nicht einmal zuverlässig als Basis für Aussagen über den tatsächlichen Nettozufluß von finanziellen Mitteln in die unterentwickelten Länder. Mit Hinsicht auf spezifische Länder (Lateinamerika) sind die häufig geäußerten Vermutungen, daß es einen solchen Nettozufluß überhaupt nicht gibt und daß in Wirklichkeit sogar ein Nettoabfluß von Kapitalien stattfindet, durchaus plausibel. Myrdal kritisiert nicht nur diese Manipulation der statistischen Erfassung der Entwicklungshilfe als „Falschheit und Heuchelei", sondern das ganze Konzept einer Entwicklungshilfe, die keine Trennungslinie zieht zwischen wirklicher Hilfe, die gewöhnlich Opfer erfordert, und Geschäften, die Gewinne abwerfen sowie Militärunterstützung, die als nationale Verteidigungsausgaben zu verbuchen wären. Er brandmarkt besonders jene Doppelzüngigkeit der amerikanischen Entwicklungshilfe, die eine politische und strategische Politik im eigenen nationalen Interesse mit einem Programm zur Unterstützung der Entwicklung unterentwickelter Länder identifiziert und die überdies noch weitgehend aus ge-

bundenen Krediten besteht. Er hält den wahren Umfang der Hilfe aus den meisten hochentwickelten Industrieländern für völlig ungenügend.

Als Gegensatz zur Regel verweist Myrdal auf das vom schwedischen Parlament verabschiedete Hilfsprogramm, das seit 1968 innerhalb des Nationalbudgets jedes Jahr die Entwicklungshilfe um 25 % erhöht, bis sie im Haushaltsjahr 1974/75 1 % des Bruttosozialproduktes erreicht haben wird (das in Schweden 25 % höher ist als das Volkseinkommen). Mit anderen Worten, hier werden „Privatzuflüsse" nicht als Entwicklungshilfe gerechnet. Überdies ist die Laufzeit der Kredite normalerweise 25 Jahre oder mehr und mit einer tilgungsfreien Zeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 2 % oder weniger verbunden. Schweden ist das einzige Land, das die Hilfe normalerweise nicht an Käufe in Schweden bindet. Der Grund, den unterentwickelten Ländern zu helfen, scheint hier in der Tat in einer bestimmten Auffassung von der moralischen Solidarität mit Menschen in Not zu liegen. Dieser humanitäre Impuls der Solidarität ist nach Myrdal eine stabilere Grundlage jeder Entwicklungshilfe, insbesondere weil sie in weiten Kreisen der Bevölkerung verankert werden kann im Gegensatz zu einer auf strategischen und Geschäftsinteressen basierenden „Hilfe", die notwendigerweise zur Ernüchterung und schließlichen Einschränkung bzw. zum Abbruch der Unterstützung führen muß.

Myrdal war einer der ersten, der nachgewiesen hat, daß weder Kapitalströme noch internationale Austauschbeziehungen notwendigerweise zu einem Ausgleich der Disparitäten zwischen reichen und armen Ländern führen. Mit François Perroux und Raoul Prebisch hat er die positiven Entwicklungs- bzw. Expansionseffekte des internationalen Handels den Hemmungseffekten gegenübergestellt, die sich zwischen ungleichen Tauschpartnern einstellen und die die traditionelle Außenhandelstheorie nicht genügend, wenn überhaupt in Rechnung stellt. Auch auf diesem Gebiet hat Myrdals These der zirkulären Interdependenz mit kumulativer Wirkung Pionierdienste geleistet.

Existentielle Grundbedürfnisse: Angesichts der wirtschaftlichen Hemmungseffekte und zunehmenden Ungleichheiten in den unterentwickelten Ländern betont Myrdal die Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik, die bewußt und von vornherein eine Nivellierung der offensichtlichen sozialen, ökonomischen und politischen Ungleichheiten und die Befriedigung von existentiellen Grundbedürfnissen zum Gegenstand der Entwicklungsplanung macht.

Myrdal gelangt in dieser Hinsicht zu ähnlichen Resultaten wie François Perroux, der in seinen Arbeiten über „die Kosten des Menschen" („coûts de l'homme") die Befriedigung von Mindestbedürfnissen in den Mittelpunkt theoretischer und praktischer Erörterungen gestellt hat. Mit anderen Worten, er betont für unterentwickelte Länder den Produktivitätseffekt des Konsums durch Ausdehnung und Verbesserung des vorhandenen Arbeitspotentials und zeigt die Unhaltbarkeit der traditionellen Unterscheidung von Investition und Konsum. Größere Ungleichheiten und Konsumeinschränkungen zugunsten zusätzlicher globaler Kapitalakkumulation bewirken gerade das Gegenteil dessen, was in den traditionellen Theorien vertreten wird: nämlich daß Produktion, Produktivität und Entwicklung durch Konsumverzicht gefördert werden. Wo zunehmende Ungleichheiten eine Reduktion des Konsumanteils bewirken, der zur Aufrechterhaltung und Erhöhung der Arbeitsfähigkeit und des Produktivitätspotentials erforderlich ist, sind sie nicht nur entwicklungshemmend; sie reduzieren den Erfolg der Arbeit und die gesellschaftliche Produktivität. Sie hemmen die Entwicklung. Angesichts der zentralen theoretischen und praktischen Bedeutung dieser Konzeption ist es

vielleicht zu bedauern, daß Myrdal über seine grundsätzlichen Erwägungen nicht hinausgeht und nicht zu einem quantitativen Begriff der menschlichen „Mindestbedürfnisse" vorstößt. Einer solchen Quantifizierung stehen heute kaum mangelnde Daten entgegen. Myrdals Gesamtkonzeption und seine positive Einstellung zur Quantifizierung scheint mir durchaus mit der Erarbeitung eines Begriffes von Mindestbedürfnissen auf der Basis von mehr als einem Indikator zu vereinen zu sein [4]).

Myrdal erklärt den Widerspruch zwischen wiederholten Beteuerungen von seiten der meisten Regierungen in unterentwickelten Ländern zugunsten größerer Gleichheit und dem offenkundigen Trend zu größerer Ungleichheit aus der inegalitären politischen Machtstruktur dieser Länder. Die politische Macht in den unterentwickelten Ländern liegt, ganz unabhängig von der jeweiligen Regierungsform, fast überall in der Hand privilegierter Gruppen, in erster Linie Großgrundbesitzern, Industriellen, Bankiers, Kaufleuten, höheren Militärs und Zivilbeamten. In Ländern wie Indien ist z. B. eine kleine Gruppe von „Gebildeten" und „mittelständlicher" ländlicher Elite, die die wirtschaftliche und politische Kontrolle ausüben, von der großen Masse der ärmeren und mehr oder weniger passiven, bzw. nicht vertretenen Bevölkerung weitgehend abgesondert. Diese Masse ist das Objekt und nicht das Subjekt der Entwicklungspolitik, d. h. die Wahl der Prioritäten und der Bestimmung des Inhaltes der Planung wird von den Bedürfnissen der Oberschicht bestimmt. Anders ausgedrückt, die Demokratie in Indien hat bisher die Mehrheit der ärmeren Bevölkerung nicht befähigt, die politische Macht auszuüben und sie im Sinne ihrer Interessen zu benützen. Der Druck und der Einfluß von unten auf die Politik und die Planung haben nicht stattgefunden.

IV

Wie sollen die unterentwickelten Länder aus diesem Teufelskreis herauskommen? Myrdal glaubt nicht, daß es eine deterministisch teleologische Antwort auf diese Frage gibt oder geben kann. Hier steht die institutionelle Entwicklungsökonomie in der Tat den Problemen der Evolution versus Revolution gegenüber. Wenn der „schwache Staat" und die gesellschaftliche und politische Struktur die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten einer inegalitären Gesellschaftsstruktur aufrecht erhalten und die Entwicklungsplanung in falsche Bahnen leiten und so die Entwicklung am Ende verhindern, so stehen wir hier vor einem neuen circulus vitiosus. Eine Analyse, welche egalitäre, radikale Reformen in den Mittelpunkt stellt und nachweist, daß die herrschende Schicht nicht gewillt ist, solche Reformen durchzuführen, wirft die Frage auf, wer die Träger des Entwicklungsprozesses sein könnten? Myrdals Präferenzen liegen klar auf der Ebene einer demokratischen Entwicklung, d. h. einer Ausdehnung des politischen Einflusses von unten auf die Formulierung der Prioritäten. Im Politischen Manifest bemüht er sich zu zeigen, daß die bisherigen demokratischen Formen in verschiedenen Entwicklungsländern Asiens nicht die Masse der Bevölkerung zum Souverän, wie man in der Schweiz sagt, gemacht haben. Mit anderen Worten, es besteht noch ein erheblicher „Nachholbedarf" an Demokratie. Eine solche Erweiterung der Beteiligung der Bevölkerung am Prozeß der politischen Willensbildung würde zumindest eine Chance für eine andere Akzentsetzung bei der Entwicklungsplanung bieten. Der Ausgang der indischen Wahlen

4) Vgl. zu diesem Thema die Arbeiten von J. Blanc, La notion de ration alimentaire normale et les problèmes de son inegration dans les calcules de planification, in F. Perroux, Hrsg., Biologie et développement, Paris, 1968, und Brigitte Janik, Die Befriedigung existentieller Grundbedürfnisse des Menschen als Faktor der Entwicklung und Entwicklungsplanung, Vierteljahresberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 47, März 1972.

(1971) zeigt deutlich, daß zumindest in Indien dieser Weg noch offen ist, selbst wenn man die tatsächlichen Auswirkungen von Wahlergebnissen nicht überschätzt. Darüber hinaus macht sich Myrdal keine Illusionen über die negativen Einflüsse der Beziehungen zwischen unterentwickelten und Industrieländern, die vom Standpunkt der unterentwickelten Länder alles andere als optimal sind, weil sie die ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheiten erhöhen. Westliche Einmischungen (besonders militärischer Art) in unterentwickelten Ländern, nicht nur in Vietnam, können die Masse der Bevölkerung auf eine Stufe politischen Bewußtseins und politischer Aktivität bringen, die sich sehr rasch revolutionär, nationalistisch und konfiskatorisch gerade mit Hinsicht auf diejenigen Auslandsinvestitionen auswirken kann, die den Zweck verfolgen, den Status quo zu stabilisieren. Seine Ausführungen im Anhang über das „Lateinamerikanische Pulverfaß" einschließlich Cubas und die von der CIA gesteuerten subversiven Aktionen und „Forschungen" sowie seine Bemerkungen über die Möglichkeit einer Art lateinamerikanischen Faschismus und insbesondere seine Zitate aus „unverdächtigen" amerikanischen Quellen zum Thema Anti-Amerikanismus legen Zeugnis dafür ab, daß Myrdal keine Illusionen darüber hat, daß sich der Verlauf der Dinge in den unterentwickelten Ländern notwendigerweise in evolutionären und demokratischen Bahnen halten wird.

Institutionelle versus konventionelle Entwicklungsökonomie: Myrdals institutionelle Analyse kann kaum auf die Zustimmung der konventionellen Theoretiker neo-klassischer Prägung rechnen. Die These der zirkulären und kumulativen Verursachung (im sozialen System) als Zentralthese für die Erklärung sozialer Prozesse steht in diametralem Gegensatz zur Hypothese der Gleichgewichtstendenzen (im neo-klassischen Modell) mit sogenannten rein ökonomischen Bezugsgrößen. Gleichgültig ob es sich dabei um die mikro-ökonomische Grenzanalyse oder die modellanalytische Wachstumstheorie post-Keynesianischer Prägung handelt, ist die Neo-Klassik weitgehend dadurch bestimmt, daß sie gerade die institutionellen Faktoren als gegeben bzw. konstant behandelt, wobei deren negative oder positive Wirksamkeit theoretisch ausgeklammert, d. h. ignoriert wird. Das Resultat ist eine Enthistorisierung der Sichtweise und eine Herauslösung des Wirtschaftsprozesses aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen, bzw. eine Erklärung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge aus der Analogie zur Einzelwissenschaft. Der traditionelle Ökonom mag neuerdings zugeben, daß die „nicht ökonomischen" Faktoren eine Rolle im Entwicklungsprozeß spielen; dennoch abstrahiert er von diesen Faktoren mit dem Hinweis auf die eigene Beschränkung: man könne eben nicht alles untersuchen; man besitze nur limitierte Kenntnisse, und die „nicht ökonomischen" Faktoren seien daher den Soziologen, den Kulturanthropologen und politischen Wissenschaftlern zu überlassen, deren Ergebnisse irgendwie und irgendwann nachträglich noch zu berücksichtigen seien. Im Gegensatz zu dieser problematischen Verfahrensweise ist Myrdal der Ansicht, daß es nach wie vor die Aufgabe einer institutionell orientierten politischen Ökonomie sei, die für den Entwicklungsprozeß relevanten Faktoren in ihr Bezugssystem einzuschließen und zu einer systematischen Exploration der Probleme der Armut vorzudringen. In diesem Sinne ist die Nationalökonomie für Myrdal immer noch die „Kavallerie der Sozialwissenschaften", der die großen taktischen und strategischen wissenschaftlichen Aufgaben zufallen, weil sie seit jeher im Systemdenken geschult ist, wobei Myrdal keineswegs einem akademischen Imperialismus das Wort reden will. Was der Nationalökonom zu tun hat, ergibt sich nicht aus dieser oder jener formalen Definition des Begriffes der Knappheit oder der problematischen Dichotomie von gegebenen Zielen und

gegebenen Mitteln, sondern aus dem Systemcharakter des Entscheidungsprozesses und den konkreten Bedingungen der Existenz der Armut einschließlich der historischen und politischen Hintergründe dieses gesellschaftlichen Phänomens.

Im Gegensatz zur neo-klassischen Wachstumslehre stellt die institutionelle Ökonomie die traditionellen globalen Meßzahlen (BSP etc.) und die Adäquatheit der traditionellen Unterscheidungen wie Investition, Ersparnisse, Arbeitslosigkeit, sowohl für die Theorie als auch als Kriterien für die Planungs- und Entscheidungsproblematik in Frage. Diese Meßzahlen und Unterscheidungen mögen eine Bedeutung für die Analyse in entwickelten Industrieländern haben — obwohl gerade die Erkenntnis der Umweltschäden auch diese Zuversicht bereits erschüttert hat; für unterentwickelte Länder bedarf es einer Reihe von ganz anderen Indikatoren, die besser in der Lage sind, uns über den relativen Stand und die Entwicklung der Befriedigung spezifischer menschlicher Grundbedürfnisse zu informieren, ohne sich dabei durch Ungleichheiten der Verteilung bzw. einer rein monetären Bewertung von Einkommensgrößen täuschen zu lassen. Derartige Indikationen unterscheiden sich von monetären Aggregaten (wie BSP) u. a. dadurch, daß sie als Prozentzahlen innerhalb einer Spanne von 0—100 bleiben und daher nicht den falschen Eindruck vermitteln, daß ein Wachstum irgendeiner undifferenzierten monetären Größe sinnvoll, erstrebenswert oder sogar möglich ist [5]).

Daß die konventionellen Maßstäbe wie Brutto-Sozialprodukt und Volkseinkommen und die von ihnen abgeleiteten Durchschnitte des Pro-Kopf-Einkommens steigende Werte in unterentwickelten Ländern aufweisen können, beweist, abgesehen von ihrer offenbaren Ungenauigkeit angesichts der ihnen in der Regel zugrunde liegenden statistischen Daten, daß diese Aggregierungen nicht geeignet sind, den Gang der Entwicklung in unterentwickelten Ländern zu erfassen. Diese aggregierten Wachstumsdaten des Volkseinkommens oder des Brutto-Sozialproduktes berücksichtigen überhaupt nicht, was „wächst"; sie sagen nichts darüber aus, ob es sich um tatsächliche Entwicklung vom Standpunkt der unterentwickelten Länder oder um Kosten negativer Entwicklungs- und Hemmungseffekte handelt und wie es um die Verteilung des Produktes bzw. des Einkommens steht. Mit anderen Worten, die aus den entwickelten Ländern übernommenen Meßzahlen sind irreführend und täuschen sowohl diejenigen, die sie errechnen als auch diejenigen, die sie als Planer benützen. Sie verschleiern den tatsächlichen Ablauf der Dinge und geben keine genügende Handhabe zur Wahl von Prioritäten und Entscheidungen [6]).

V

Myrdals Gesamtwerk hat sich aus einer kritischen Auseinandersetzung mit der Klassik und der Neo-Klassik entwickelt, die in Schweden Vertreter von Weltruf gefunden hatte. Mit Myrdal hat Schweden noch einmal einen Ökonom und Sozialwissenschaftler von weltweiter Bedeutung hervorgebracht, dessen Theorien und

5) Vgl. Björn Eriksson, Qualitative Parameters for Measuring Development, paper submitted to the Symposium on Political Economy of Environment: Problems and Methods, Maison des Sciences de l'Homme et Ecole Pratique des Hautes Etudes, Paris, 5—8 July, 1971.

6) „Meanwhile, the conventional economists and the secretariates of the intergovernmental organizations — uncritically using the flimsy aggregate figures for ‚growth' of the national income or the national product, taking no consideration of what is growing, whether it is real growth from a national point of what is growing, or merely costs caused by negative developments, how the product is distributed . . . — they convince themselves and the general public that the ‚developing countries' are really developing." Gunnar Myrdal, Are the Developing Countries Really Developing? Science and Public Affairs, Bulletin of the Atomic Scientists, Jan. 1971, vol. 27, No. 1, p. 8.

Arbeitsmethoden neue Perspektiven eröffnen, die besondere Relevanz für die Interpretation des Entwicklungsprozesses haben. Es werden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vergehen, bevor das Lebenswerk von Gunnar Myrdal rezipiert ist, und man kann nur hoffen, daß die junge Generation der Entwicklungsökonomen und der Sozialwissenschaftler der Dritten Welt sich den Einsichten dieses kritischen und humanen Schweden nicht verschließt.

Zusammenfassung: Welches sind die Faktoren, die eine institutionelle Entwicklungsökonomie zum Gegenstand ihrer Analyse machen muß, weil sie in zirkulärer, d. h. in systematischer Interdependenz mit kumulativer Wirkung in Richtung auf zunehmende Ungleichheiten stehen? Eine kurze Zusammenfassung kann nicht mehr als eine Aufzählung geben, wobei es auf die Reihenfolge nicht ankommt: Ein defekter Verwaltungsapparat, die Stärkung der Bürokratie durch die Korruption in einem schwachen Staat, die den politischen Entscheidungsprozeß durchkreuzt und den gesamten Prozeß der Entwicklungsplanung und Planerfüllung verzögert und in Frage stellt; das Bildungsmonopol und die einseitige Betonung und Entwicklung des Ausbildungswesens für Kinder der oberen Klassen; die Einführung neuer medizinischer Techniken, die zwar die Sterberaten reduzieren, ohne entsprechende Maßnahmen zum Zwecke der Geburtenkontrolle zu treffen; die Einführung neuer Saatsorten und die Vernachlässigung der Agrarreform; Mechanisierung ohne Rücksicht auf die Bevölkerungszuwachsraten; internationale Waren- und Kapitalbewegungen nach den Prinzipien der Geschäftsinteressen ohne genügende Beachtung der den Außenhandelsbeziehungen zwischen ungleichen Wirtschaftseinheiten innewohnenden Hemmungseffekte („terms of trade", Zerstörung einheimischer Industrien, „brain drain" mit entsprechenden Tendenzen zur Erhöhung der internationalen Disparitäten). Das Zusammenspiel dieser Faktoren ist geeignet, die internen und internationalen Ungleichheiten und die Armut großer Massen der Bevölkerung zu erhöhen. Sie erschweren und verhindern den Entwicklungsprozeß, indem sie einen steigenden Prozentsatz einer wachsenden Bevölkerung zu einer Nichtbefriedigung von existentiellen Grundbedürfnissen verurteilen. Dies findet heute seinen Niederschlag in einer Flucht des landlosen Proletariats in die Slums der Millionenstädte mit völlig inadäquaten Wohn- und sanitären Verhältnissen, Fehl- und Unterernährung mit den entsprechenden Mangelkrankheiten, niedrige Vitalität und Arbeitsproduktivität, mangelnde Ausbildung und wirtschaftliche Initiative und ungenügende private und öffentliche Kapitalbildung mit entsprechender Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung und Unterminierung der ohnehin schwachen sozialen und politischen Integration segmentierter Gesellschaften mit häufig multi-linguistischer Struktur.

Auf dieser Diagnose muß eine institutionelle Entwicklungsökonomie, eine Entwicklungsstrategie und Politik aufbauen, die entsprechend den konkreten, historischen und politischen Gegebenheiten sowohl die Prioritäten als auch die Schwerpunkte der Entwicklungsplanung setzt. Weder Marktkriterien noch massive Investitionen zum Zwecke der Schaffung von Realkapital nach dem Schema der heutigen Wachstumsmodelle sind geeignet, die unterentwickelten Länder auf die Bahn eines kumulativen und synchronisierten Entwicklungsprozesses zu bringen. Was not tut, sind institutionelle, d. h. politische, soziale und kulturelle Änderungen, die die ökonomischen, sozialen und politischen Ungleichheiten einschränken, bzw. überwinden und in der Lage sind, die heute brachliegenden Energien und das Bewußtsein großer Massen der Bevölkerung zum Einsatz für eine Entwicklungspolitik zu mobilisieren.

Fernseh-Spalte

FAMILIÄRES

In der Monatsschrift „Evangelische Kommentare" (Nr. 3/1972) gab WDR-Intendant Klaus v. Bismarck zu, die bundesdeutschen Fernsehprogramme vermittelten „ein überwiegend konservativ geprägtes Familienbild". Arbeiter sind „deutlich unterrepräsentiert". Bevorzugt werden „Angestellte, Unternehmer und freie Berufe". Der Mann dominiert, die Frau versorgt die Küche und Kinder. „In besonders penetranter Weise wird das Bild der intakten und durch Konsum problemlos glücklichen Familie in den Werbespots gezeigt."

Bemerkenswert an solchen Nachrichten von vorgestern ist lediglich, daß ein Intendant sie im Jahre 1972 unter dem Motto „selbstkritische Überlegungen" präsentiert. Doch im gleichen Jahr bescherte uns seine Anstalt, der WDR, auch die Familienserie „Acht Stunden sind kein Tag" von Rainer Werner Fassbinder. Die Kritiker (auf einen vereinfachten Nenner gebracht) reagierten zuerst beglückt. Sogar die ausgezeichnete evangelische Zeitschrift „medium" verlor die Fassung: „Unterhaltungssendungen von einer derartigen emanzipatorischen politischen Brisanz hat es im deutschen Fernsehen bisher noch nicht gegeben" (Ausgabe November 1972). Im Februar 1973 aber schrieb ein anderer Autor des gleichen Blattes: „... wenn diese gesellschaftlichen Zusammenhänge dem Bewußtsein der Protagonisten im Film fehlen, wie sollen sie dem Zuschauer ins Bewußtsein geraten? ... Fassbinder arbeitet dem System in die Hände." Den Kern solcher Einsicht sehe ich in dem Satz: „Fassbinder spart reale Machtfragen rigoros aus, nicht weil er sie im Fernsehen, in einer Familienserie nicht benennen könnte, sondern weil sein politisches Programm solche Fragen nicht zuläßt."

Das stimmt akkurat bis auf den naiven Optimismus der Behauptung, reale Machtfragen in einer Familienserie würden keinem Verdikt verfallen. Ich darf den „Inhalt" der Fassbinderschen Talmi-Soziologie als bekannt voraussetzen. Was immer dieser am meisten überschätzte Alleskönner unter den bundesdeutschen Jungfilmern und (Anti-)Theatermachern bisher fabrizierte, war genau so dilettantisch und „ideologisch" infantil, wie man's heute braucht, um einer der Götter unserer Warenhauskultur zu werden. Besonders schlimm ist die ewige Selbstunterstellung, „aktuelle" Probleme mal so ganz anders (soll das heißen: progressiv?) zu behandeln.

Der gute Jochen in dieser Serie spielt seine werktätige Rolle ja durchaus sympathisch. Aber er bleibt eben doch, was Günter Wallraff im „Spiegel" (Nr. 46/1972) festgestellt hat: „eine Art proletarischer Belmondo". Die halbwegs artikulierte Einsicht Fassbinders, daß private Gegebenheiten von gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt werden, hat keinerlei Wirkung auf den Zuschauer. Erstens ist er nicht darauf präpariert, in diesem privaten Zirkus gesellschaftspolitische Partikel mühsam zu identifizieren. Zweitens enthebt ihn der Ufa-Stil aller Mühe, sich überhaupt Gedanken zu machen. Die flotte Oma scheint mir eher im Zentrum Fassbinderschen Publikums-Kalküls zu stehen als der Arbeiter Jochen. Am Schluß fragt man sich, warum mit einem derartigen Aufwand fünf abendfüllende Folgen (drei weitere sind geplant) über ein „Alltagsthema" produziert wurden, dessen Aspekte der kleinbürgerlichen Kinotradition (diese bekleckerten Liebesproblemchem zum Beispiel), einer verworrenen Auffassung von progressiver Unterhaltung und einem ebenso verkorksten Anspruch auf „emanzipatorische" Aufklärung gleichermaßen entstammen. Ich bin fast überzeugt, daß Fassbinder die Industriereportagen Wallraffs, die Selbstdarstellungen in den vom „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" herausgegebenen Büchern und die weitere Publizistik zur Sache überhaupt nicht kennt. Zum Thema Familie und Arbeiter, zum Thema kleinbürgerliches Fehlstreben im Arbeitermilieu, zum Thema Mitbestimmung und dergleichen mehr gibt es in unserem Fernsehen nicht einmal Ansätze analytischer Darstellungen. Und da kann ein Fassbinder natürlich dem Zuschauer leicht suggerieren, etwas zur Bewußtseinsentfaltung des Arbeiters beigetragen zu haben. Die Einsichten, die Peter B. Schumann in seiner Sendung „Erobert den Film! Proletarischer Film in Deutschland von 1922 bis 1932" (ZDF, 26. 2. 1973) bekundete, machten den ganzen Tinnef der Fassbindermasche so überaus deutlich, wie dies kein direkter Kommentar vermag.

E. H. Wahl

Bücher

Die Ideologie des wirtschaftlichen Wachstums

Werner Glastetter, Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie. Eine dogmenkritische Auseinandersetzung mit der These von der Überflußgesellschaft. Bund-Verlag Köln 1971, 372 S., 29,80 DM.

In den letzten Monaten hat eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskussion eigener Art eingesetzt, die ihren Höhepunkt noch längst nicht erreicht hat. Zur Debatte steht das wirtschaftliche Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen, nicht das Wachstum als globaler Prozeß überhaupt. Die Auseinandersetzungen haben internationales Format angenommen, wobei den jüngsten Anstoß die 1972 veröffentlichte Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) lieferte, die unter dem provozierenden Titel „Die Grenzen des Wachstums" weltweites Aufsehen fand. Auf der Basis von Computeranalysen und simulierten, die jetzigen Trends komplex fortschreibenden Annahmen kommt das amerikanische Forschungsteam zu dem fatalen Schluß, daß bei einem Festhalten an den Modalitäten „moderner" Wachstumspolitik eine Menschheitskatastrophe nicht mehr auszuschließen ist.

Gegenpositionen bildeten sich allerorten. In der Bundesrepublik meldete sich vor einigen Wochen beispielsweise Prof. Borchardt, Mitglied des Vorstandes des Instituts für Wirtschaftsforschung (IFO) München, zu Wort, der die MIT-Studie im Namen einer nie in Frage stehenden Wachstumsnotwendigkeit als unrealistisch und unwissenschaftlich abzuqualifizieren versuchte (vgl. „Handelsblatt", 12./13. 1. 1973).

Aber gerade die Prämissen, von denen aus Borchardt argumentiert, können nicht mehr zum gesicherten Allgemeingut der Wirtschaftswissenschaft per se gerechnet werden. Wurden sie von marxistisch orientierten Ökonomen seit jeher in Abrede gestellt — was ohnehin klar sein dürfte —, so hat ihre Kritik inzwischen auch in Kreisen Eingang gefunden, die zu Marx stets ein ambivalentes Verhältnis hatten. Stehen indes die Prämissen zur Disposition, dann folgerichtig ebenso Wachstumstheorie und politische -apologie.

Das hier zu besprechende Buch, einer der hierzulande herausragenden Beiträge in dieser Sache, kommt — eigentlich längst überfällig — von gewerkschaftlicher Seite, genauer vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI), Köln, des DGB.

Der zentrale Angriff Glastetters richtet sich gegen das Wachstumskonzept als eigenständiges Prinzip. Einleitend konstatiert er zwar, wie sich die Skepsis auf verschiedenen Ebenen, die wissenschaftstheoretische und gesellschaftspolitische im allgemeinen und besonderen, bereits detailliert artikulierte, nun jedoch von der im Hintergrund stehenden Grundkonzeption auszugehen sei (S. 7). Für die fortschrittliche nichtmarxistische Theorie ist dieser Schritt in der Tat ein Novum, überschreitet er doch — wenn auch zunächst nur methodologisch — den für sakrosankt gehaltenen Ordnungsrahmen des bestehenden Systems. Wird nämlich das Wachstumstheorem, nach Galbraith, auf den sich Glastetter durchgehend beruft, das „herkömmliche Konzept", an seinen eigenen Voraussetzungen gemessen, dann müßte sich herausstellen, ob es zum einen die Gegenwartsprobleme wissenschaftlich zu erfassen vermag, um daraus zum anderen sinnvolle politische Maßnahmen ableiten zu können.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Glastetter spricht dem Konzept genau diese Qualität ab; seine wirkliche Funktion sei ideologischer Natur im Sinne einer Rechtfertigungslehre (S. 206, 208). „So dokumentiert sich", urteilt Glastetter, „heute die ‚herrschende Meinung' in Wissenschaft und Praxis in einem Ideologieglauben, der nur noch einen blinden Expansionszwang kennt, damit aber die Relevanz eines bereits erreichten Expansionsniveaus aus der Betrachtung ausklammert" (S. 284).

Die apostrophierte herrschende Meinung ein Glaubenssyndrom! Nicht zuletzt deshalb verdient dieser Topos kritische Aufmerksamkeit, weil sich der Herrschaftsanspruch ja erst als Lehrgebäude an Schulen und Hochschulen manifestiert. Nach Glastetter reproduziert sich so eine längst überholte Tradition nachträglich stets aufs neue. Ihre dadurch bedingte Starrheit steht, folgt man dem Autor, geradewegs im umgekehrten Verhältnis zu ihrer wirtschaftspolitischen Praktikabilität. Kein Zweifel, daß hier de facto „die" Volkswirtschafts-

lehre und nicht etwa nur eine Richtung gemeint ist. Dies erhellt der analytische Apparat des Buches. Indem die Entwicklungslinie der Wachstumskonzeption von Smith bis heute nachgezeichnet wird, verdeutlicht Glastetter, wo der Kern der Ideologiebildung zu suchen ist: Man sei nicht, wie Bombach vorgibt, mit der derzeitigen Wachstumslehre zur klassischen Problemstellung zurückgekehrt, man habe diese nie verlassen (S. 53 f.). Während die ursprüngliche liberale Wachstumsauffassung noch von einer Situation allgemeiner Knappheit ausging, das Wachstum als Ziel mit dem des Volkswohlstandes identisch und deswegen theoretisch, im Selbstverständnis der Klassik, objektiv vorgegeben war, zerriß dieser Zusammenhang relativ früh, ohne daß je die Grundlagen des Konzepts den sozioökonomischen Wandel irgendwie reflektierten. Unbeeinflußt von sämtlichen systemimmanenten Strukturveränderungen hielt die inaugurierte Wissenschaft an den einstigen Prinzipien fest: Sozialproduktwachstum bleibt das Ziel, Freiheit des Individuums und die daraus deduzierte Marktwirtschaft bleibt unveränderbares Ordnungsgefüge (S. 54).

Von Anfang an entwickelte das Konzept eine hochgradige Fähigkeit, alle Angriffe abzuwehren. Ob Marx — Glastetter subsumiert ihn allerdings höchst einseitig unter das Problem der „sozialen Gerechtigkeit" —, Wagner oder Keynes: das Konzept verstand es, Passendes zu assimilieren, Unpassendes abzustoßen (S. 47—115). Resultat war schließlich die Veränderung der klassischen Wachstumskonzeption bis in die Gegenwart hinein in Gestalt der gängigen Wachstumstheorie (S. 131—163).

Diese eigentümliche Selbstbehauptung des Konzepts hatte und hat die jeweils dominierende Wirtschaftswissenschaft diskussionslos zu ihrem einzigen Gegenstand gemacht. Die Ideologie verfestigte sich und schreibt der Politik die Axiome vor.

Wie sieht — nach Glastetter — der materielle Niederschlag dieser Ideologie aus? Der Autor weist nach, warum infolge der fundamentalen Wendung des objektiven Ausgangsgehalts — „die Nachfrage ist kein ‚Datum' mehr, sie ist zum ‚Problem' geworden" (S. 223), die „Produktionskapazität ... nicht mehr ‚Problem', sondern ... ‚Datum'" (S. 214) — das Faktum der „Sättigung", der „Überproduktion" konzeptionell, wissenschaftlich nicht bewältigt werden kann. Glastetter verschweigt nicht die Konsequenzen: Die Notwendigkeit der Rüstung als einzigen logischen Ausweg (S. 245 ff.), die „schleichende Inflation" als monetäre Alimentierung ungehemmter Expansion (S. 253—260), die zyklischen Schwankungen einschließlich „gewollter Rezessionen" (S. 260—275), die künstliche Bedürfniserzeugung (S. 218 ff.).

Was soll angesichts dieses Krisenspektrums „gerechtfertigt" werden? Antwort: „Die Nettoinvestition — das Herzstück der gesamten Argumentation — ist langfristig nur zu sichern, wenn das privat investierte Kapital ... rentabel arbeitet. Konjunkturpolitik, die von der Argumentationsgrundlage her Wachstumspolitik ist, ... steht insofern unter einem gemeinsamen Nenner: Sicherung der Investitionsrentabilität um jeden Preis" (S. 252 f.).

Glastetter hat damit die herrschende Wirtschaftslehre und -politik eindeutig in ihrem zentralen Aspekt erfaßt. Das herkömmliche Konzept könne immer weniger der Zukunft gerecht werden; eine Neuorientierung sei notwendig. Es gehe um eine neu konzipierte „politische Ökonomie" (S. 299). Ihren Inhalt bestimmt er jenseits von ORDO-Liberalismus, Interventionismus und Globalsteuerung durch eine „neue Wirtschaftsverfassung": „Diese neue Wirtschaftsverfassung stützt sich weder ... auf eine Synthese von Wachstum und Marktwirtschaft noch ... auf einen primär privatwirtschaftlich getragenen Investitionsprozeß, sondern stellt beides in Frage. ... Die neue Wirtschaftsverfassung ist somit nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß sie eine neue materielle Basis des Wirtschaftsprozesses schafft (Umlenkung eines Teiles der Nettoinvestitionen auf den öffentlichen Sektor), sondern daß die Herstellung dieser ... Basis unter Ausschaltung des Marktmechanismus bzw. der Marktwirtschaft als Ordnungskategorie erfolgt. Diese wird durch eine gezielte Planung ersetzt" (S. 311).

Der Weg ist aufgewiesen, wie soll er begangen werden? Alle fortschrittlichen Kritiker des bestehenden Wirtschaftssystems sind sich mit Glastetter darin einig, daß die von ihm umrissenen Krisenzusammenhänge instrumental nicht vom Standort des monopolistischen Eigentums, fälschlich eben Marktwirtschaft genannt, lösbar sind. Daraus müßte sich, sollen die Krisen je überwunden werden, seine Abschaffung ergeben. Aus Glastetters Analyse und

Schlußfolgerungen kann dieser ausschlaggebende Umstand allerdings nur interpretiert werden. Bedeutet aber die Aufhebung der „Voraussetzungen eines Marktmechanismus" auf jeden Fall die des monopolistischen Eigentums? Hier tritt die Schwachstelle seiner neu konzipierten „politischen Ökonomie" hervor: es wird von ihm unmittelbar auf einen Einstellungswandel, einen subjektiven Umschwung insistiert, worauf sich dann das Neue gründet.

Die Versubjektivierung des von Glastetter zu Recht historisch behandelten Problems ist von ihm indes von vornherein angelegt. Er beschäftigt sich mit dem Wachstumskonzept von seinem Ursprung an, so als ob er es mit einem emanzipierten ideologischen Gebilde zu tun hätte. Nichts weist auf die dialektische Gebundenheit an die zum Monopol drängende kapitalistische Eigentumsordnung hin. Die von Glastetter durchgehend unterstrichene Konsistenz des Konzepts entspricht der des Systems; seine Modifikationen widerspiegeln dessen monopolistische Tendenzen.

Auch seine neue Wirtschafts-„Verfassung" bleibt dem subjektivistischen Schema verhaftet. Sie ist, dessen ungeachtet, als strukturelle Forderung unumgänglich, doppelt unumgänglich vom Standpunkt der Gewerkschaften, denen vom überkommenen System ja totale Integration droht.

Allein, sie beinhaltet lediglich den zweiten Schritt. Der erste ist effektiv politischer Natur, geleitet von der praktischen Erkenntnis, daß eine „neue Wirtschaftsverfassung" vorab eine neue Eigentumsordnung impliziert. Wir sehen uns an dieser Stelle eigentlich mit *der* gesellschaftlichen Machtfrage eo ipso konfrontiert, an der bloße subjektive Überzeugung — und mag sie theoretisch noch so „richtig" sein — wirkungslos abprallt. Eine neue Eigentumsordnung herbeizuführen, verlangt neben der Theorie politische Durchsetzungskraft. Sie ist nach Lage der Dinge nur zu erreichen auf der Basis einer breiten antimonopolistischen Bewegung, in der gerade die Gewerkschaften die wohl wichtigste Funktion zu übernehmen hätten.

Freilich ist dazu subjektive Reife vonnöten. Schon deshalb ist Glastetters ideologiekritischer Beitrag nicht hoch genug zu veranschlagen.

Gerhard Bessau

Kurzrezensionen

K. H. Domdey/H. D. Kühne, Die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972, 238 S., 9,80 DM.

Die Krise des Währungssystems der kapitalistischen Länder ist seit der Abwertung des Dollar und den damit verbundenen politischen und ökonomischen Folgen für die anderen kapitalistischen Länder zu Beginn des Jahres 1973 in ein wieder einmal verschärftes Stadium getreten. Schon im Jahre 1971 gab es eine ähnliche Situation, deren kurzfristige „Bereinigung" damals von Präsident Nixon als ein für Jahrzehnte gültiges Ergebnis gefeiert wurde.

Die beiden Arbeiten von marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern aus der DDR beschäftigen sich mit der Struktur, den Funktionsmechanismen und der historischen Entwicklung der Krise des kapitalistischen Weltwährungssystems, die sich für sie „aus dem Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung" (S. 64) ergibt. Da es wegen dieses Grundwiderspruchs im Kapitalismus keine auch nur auf mittlere Dauer gültige Lösung der Währungskrisen gäbe, würden auch in Zukunft Situationen wie die des November/Dezember 1971 oder des Februar 1973 immer wieder entstehen. Einige der möglichen anvisierten Lösungen werden vorsichtig analysiert und bewertet.

Gerade weil die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft so große Schwierigkeit bei der Erklärung und Therapie der Währungskrisen des Kapitalismus hat, ist eine Darstellung wie die von Domdey und Kühne auch für Nicht-Marxisten bedeutsam.

Hans A. Barth

*

Josef Esser/Frieder Naschold/Werner Väth (Hrsg.), Gesellschaftsplanung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen. 11 Beiträge. Bertelsmann Fachverlag, Gütersloh 1972, Bauwelt Fundamente 37, 309 S., 21,80 DM.

Friedrich H. Tenbruck, Zur Kritik der planenden Vernunft. Verlag Karl Alber, Freiburg/München 1972, 157 S., 18,— DM.

Seit einigen Jahren werden in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaf-

ten umfassende Planungssysteme entwikkelt, um die immer komplizierter werdenden politischen Prozesse besser in den Griff zu bekommen. Ein wenig vereinfacht gesprochen, ist dies eine Übernahme von Systemelementen sozialistischer Gesellschaften. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob und wie Planung in den beiden unterschiedlichen Gesellschaftsformationen anders funktioniert, welchen Stellenwert bei ihrer Entwicklung Planung jeweils hat. Eine der im Westen seit Beginn der 60er Jahre formulierten Antworten darauf ist bekanntlich die Theorie vom allmählichen Zusammenwachsen der verschiedenen Gesellschaftsordnungen, die Konvergenztheorie.

In ihrer platten Form hat die Konvergenztheorie ihre zeitweilige Attraktivität verloren. Bemühungen wie die der Herausgeber des Planungs-Bandes sind umfassender angelegt. Anhand von Texten unterschiedlicher Autoren (u. a. Charles Bettelheim, Oskar Lange, Amitai Etzioni, John Friedmann) versuchen sie, die verschiedenen Zielvorstellungen, die den Konzeptionen von Planungssystemen zugrunde liegen, plastisch herauszuarbeiten.

Als Dokumentation und Reader recht nützlich, krankt dieses Buch jedoch an der ideologischen Bindung seiner Herausgeber, die z. B. eine eingehende Diskussion über die sozialistischen Gesellschaften und ihre Perspektiven vermeiden, allenfalls in Fußnoten (S. 28) auf von ihren Gewährsautoren abweichende Meinungen verweisen. Der intellektuelle Schliff der gesamten Planungs-Diskussion in der BRD überdeckt ohnehin das moralische Bedenken vieler der theoretisch und praktisch Beteiligten, das dann zuweilen auch damit überlistet wird, daß man auf die allseitige Perspektivlosigkeit verweist. Solche Resignation trifft sich mit ähnlichen Verlautbarungen der konservativen Soziologie, zu deren eindrucksvollsten Vertretern Friedrich H. Tenbruck zählt. Sein melancholisches Plädoyer gegen die Planung gründet sich auf die Vorstellung, daß auch die beste Planung, weil Menschenwerk, unvollkommen sei und die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen könne. Die Mutlosigkeit dieses Konservatismus mag als ein Zeichen dafür gedeutet werden, daß er sich weitgehend überlebt hat. Immerhin: weil an Universitäten, in Betrieben und Behörden und zunehmend auch in den weiterführenden Schulen die Planungs-Diskussion in der mehr theoretischen oder mehr praktischen Form immer mehr Raum greifen wird, ist die Auseinandersetzung mit Tenbrucks Argumentation anregend und sinnvoll.

W. B.

Neuerscheinungen

Innenpolitik der BRD

Hans Braun, Soziale Sicherung. System und Funktion. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972, 103 S., 12,80 DM.

Hans Apel, Bonn, den ... Tagebuch eines Bundestagsabgeordneten. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972, 180 S., 15,— DM. — Bewußt an der Oberfläche bleibender und im Grunde unpolitischer Bericht über den Job eines SPD-Bundestagsabgeordneten. Instruktiv höchstens in dem, was nicht zur Sprache kommt.

Werner Meißner, Lutz Unterseher (Hrsg.), Verteilungskampf und Stabilitätspolitik. Bedingungen der Tarifauseinandersetzung. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972, 184 S., 22,— DM.

Hans-Eckehard Bahr (Hrsg.), Politisierung des Alltags — gesellschaftliche Bedingungen des Friedens. Berichte und Analysen. H. Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1972, Sammlung Luchterhand 88, 317 S., 9,80 DM.

Politik anderer Länder

Manfred Knapp, Die Stimme Amerikas. Auslandspropaganda der USA unter der Regierung John F. Kennedys. Westdeutscher Verlag, Opladen 1972, 199 S., ca. 30,— DM.

Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972, 106 S., 4,— DM.

Dirk Berg-Schlosser (Hrsg.), Die politischen Probleme der Dritten Welt. Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1972, 423 S., 28,— DM.

Kurt Sontheimer, Das politische System Großbritanniens. Piper-Verlag, München 1972, Piper Sozialwissenschaft 10, 220 S., 16,80 DM.

Anita Dasbach Mallinckrodt, Wer macht die Außenpolitik der DDR? Apparat, Methoden, Ziele. Droste Verlag, Düsseldorf 1972, 364 S., 32,— DM.

Soziologie

Lorenz v. Stein, Gesellschaft — Staat — Recht, hrsg. und eingel. von Ernst Forsthoff. Propyläen Verlag, Berlin (West) 1972, 576 S., 38,— DM. — Schriften des klügsten Kopfes der konservativen Soziologie des vorigen Jahrhunderts in Deutschland in sorgfältiger Edition und eingerahmt von einem Reigen meist noch konservativerer Kommentare von Forsthoff, Böckenförde, Biasius und E. R. Huber.

René König, Axel Schmalfuß (Hrsg.), Kulturanthropologie. Econ-Verlag, Düsseldorf/Wien 1972, 293 S., 28,— DM. — Reader mit einigen sonst nicht leicht zugänglichen Texten aus der nordamerikanischen anthropologischen Forschung.

Kurt Lenk, Theorien der Revolution. Fink Verlag, München 1973, UTB 165, 212 S., 12,80 DM.

Kultur und Bildung

Udo Butschkau, Klaus-Jürgen Tillmann, Politische Sozialisation in der Gesamtschule. Ziele, Fakten, Strategien. Juventa Verlag, München 1972, Juventa Materialien 8, 180 S., 14,— DM.

Asja Lacis, Revolutionär im Beruf. Berichte über proletarisches Theater, über Meyerhold, Brecht, Benjamin und Piscator, hrsg. von Hildegard Brenner. Verlag Rogner & Bernhard, München 1971, 131 S., 10,— DM.

Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933—1950, Bd. 1: Bedrohung und Verfolgung bis 1933, 318 S., Bd. 2: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. 420 S. H. Luchterhand Verlag, Darmstadt/Neuwied 1972, Sammlung Luchterhand 76 und 77, je 9,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates am 7. und 8. Dezember 1972 in Brüssel

(Wortlaut)

Am 26. Februar 1973 hat die dritte Runde der Botschafterberatungen zur Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki begonnen. Auf der Grundlage der inzwischen unterbreiteten Vorschläge der Delegationen sollen nun die Tagesordnung und inhaltliche Empfehlungen für die Konferenz formuliert werden. Dabei wird sich zeigen, wie weit die günstige Arbeitsatmosphäre, die sich in Helsinki herausgebildet hat, hemmende Faktoren, etwa den NATO-Versuch einer Junktimierung der Europäischen Sicherheitskonferenz mit der in Wien zur Diskussion stehenden Frage von Truppen- und Rüstungsverminderungen, zu überwinden hilft. Der Versuch der NATO, auf die Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Sinne einer Fortsetzung der Politik der Militärblöcke Einfluß zu nehmen, fußt auf der Konzeption, die offiziell im Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 7. und 8. Dezember 1972 in Brüssel niedergelegt ist (in Fortschreibung vorheriger NATO-Beschlüsse, vgl. „Blätter" 1/1972, S. 106, und 7/1972, S. 784). Nachstehend der Wortlaut dieses Kommuniqués. D. Red.

1) Der Nordatlantikrat trat am 7. und 8. Dezember 1972 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. An ihr nahmen Außen- und Verteidigungsminister teil.

2) Bei der Prüfung der Ereignisse, die seit ihrer Tagung im Mai stattgefunden haben, nahmen die Minister mit Befriedigung den weiteren Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen zur Kenntnis. Sie stellten fest, daß dieser Fortschritt großenteils das Ergebnis von Initiativen der Bündnispartner war. Sie waren der Auffassung, daß im kommenden Jahr weitere bedeutsame Verbesserungen erzielt werden könnten, und gaben ihre Bereitschaft zu erkennen, ihre Anstrengungen fortzusetzen. Sie erklärten ihre Entschlossenheit, einzeln und gemeinsam engere und harmonischere Beziehungen zwischen allen Völkern herzustellen. Sie maßen der Freizügigkeit von Menschen, Gedanken und Informationen besondere Bedeutung bei.

3) Die Minister waren davon überzeugt, daß die bisher erreichten Ziele ohne die Stärke und den Zusammenhalt des Bündnisses nicht verwirklicht worden wären. Insbesondere angesichts der stetigen Verstärkung der Streitkräfte des Warschauer Pakts brachten sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses aufrechtzuerhalten. Eine gesunde und starke Allianz ist unerläßliche Voraussetzung zur Förderung der Stabilität und zur Erreichung des Zieles eines gerechten und dauerhaften Friedens in Europa.

4) Die Minister erörterten die seit ihrer Tagung im Mai eingetretenen wichtigen Entwicklungen bezüglich Deutschlands. Sie begrüßten die Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik am 8. November 1972 und die Erklärung des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, daß beabsichtigt sei, diesen Vertrag am 21. Dezember 1972 zu unterzeichnen und anschließend den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland zur Zustimmung vorzulegen. Sie nahmen Kenntnis von der Mitteilung des Bundesaußenministers, daß nach der Ratifizierung dieses Vertrages und der Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen die beiden deutschen Staaten den Antrag auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen zur gleichzeitigen Behandlung durch die zuständigen Organe der Weltorganisation stellen werden. Die Minister nahmen die Erklärung der Vier Mächte vom 9. November 1972 zur Kenntnis. In dieser Erklärung stimmten die Vier Mächte überein, daß sie die Anträge auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, wenn diese durch die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gestellt werden, unterstützen werden, und stellen in diesem Zusammenhang fest, daß diese Mitgliedschaft die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und die entsprechenden diesbezüglichen vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken in keiner Weise berührt. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland stellten die Minister fest, daß diese Erklärung in keiner Weise den Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten und die damit zusammenhängenden Verträge und Dokumente vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 berührt.

5) Auf der Grundlage dieser Entwicklungen könnten die Regierungen einzelner Mitgliedstaaten den Wunsch haben, in Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik im Hinblick auf die Aufnahme bilateraler Beziehungen einzutreten. In diesem Zusammenhang bekräftigten die Minister die seit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Bündnis gewahrte Solidarität der Bündnispartner in Fragen, die Deutschland betreffen. Die Mitgliedstaaten des Bündnisses brachten ihre anhaltende Unterstützung für die Politik der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Sie werden demgemäß auch in Zukunft der besonderen Lage in Deutschland voll Rechnung tragen, die dadurch bestimmt ist, daß das deutsche Volk heute in zwei Staaten lebt, daß eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für Deutschland noch aussteht und daß bis zu ihrem Zustandekommen die oben erwähnten Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes fortbestehen.

6) Die Minister bestätigten, daß ihre Regierungen einen konstruktiven Beitrag zur Herbeiführung der notwendigen Vereinbarungen in den multilateralen Vorbereitungsgesprächen leisten werden, die vor kurzem in Helsinki begonnen haben. Sie erinnerten daran, daß das Ziel der verbündeten Regierungen in diesen Gesprächen darin besteht, zu gewährleisten, daß ihre Vorschläge auf einer Konferenz ausführlich erörtert würden, und festzustellen, daß unter den Teilnehmern eine genügende Gemeinsamkeit der Auffassungen besteht, um in angemessener Weise die Erwartung zu rechtfertigen, daß auf einer Konferenz befriedigende Ergebnisse erzielt werden. Sie vertraten die Auffassung, daß diese Gespräche zu einer Einigung über die Vorkehrungen und die Richtlinien führen sollten, die erforderlich sind, um auf einer derartigen Konferenz konstruktive und konkrete Ergebnisse zu erzielen. Sie stellten fest, daß derartige Ergebnisse nur durch ausführliche und ernsthafte Verhandlungen ohne künstliche zeitliche Beschränkungen erzielt werden können.

7) Die Minister bestätigten, daß es das Ziel ihrer Regierungen ist, die Sicherheit ganz Europas durch Verhandlungen, unter anderem über Grundsätze der Beziehungen zwischen den Teilnehmern, sowie durch zweckdienliche Maßnahmen einschließlich solcher auf dem militärischen Gebiet zur Verstärkung des Vertrauens und Stärkung der Stabilität zu erhöhen, um auf diese Weise einen Beitrag zu dem Prozeß der Verminderung der Gefahren der militärischen Konfrontation zu leisten, die Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu fördern, engere, offenere und freiere Beziehungen zwischen allen Menschen in Europa herzustellen und einen breiteren Strom von Informationen und Gedanken zu stimulieren.

8) Die Minister der am integrierten Verteidigungsprogramm teilnehmenden Länder nahmen zustimmend zur Kenntnis, daß die Regierungen Belgiens, Kanadas, der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburgs, der Niederlande, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Dänemarks, Griechenlands, Italiens, Norwegens und der Türkei vorgeschlagen haben, daß die Regierungen der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Polens und der Sowjetunion mit ihnen zusammen am 31. Januar 1973 exploratorische Gespräche über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Mitteleuropa beginnen. Diese Minister erinnerten daran, daß dieser Vorschlag mit früheren Initiativen der Bündnispartner übereinstimme, und nahmen bestimmte Anzeichen einer östlichen Bereitschaft zur Kenntnis, solche Gespräche zum vorgeschlagenen Zeitpunkt zu beginnen. Die Minister hofften, daß diese Gespräche es möglich machen würden, im Herbst 1973 mit Verhandlungen über dieses Thema zu beginnen. Sie stellten fest, daß ein solches Programm bedeute, daß die Gespräche über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen und über eine Konferenz der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in dem gleichen allgemeinen Zeitraum stattfinden würden.

9) Obgleich sie es nicht für zweckmäßig hielten, eine formelle und ausdrückliche Verbindung herzustellen, bekräftigten diese Minister erneut ihre Auffassung, daß Fortschritte bei jeder einzelnen der verschiedenen Verhandlungen eine günstige Wirkung auf die anderen haben würde. Keine der Verhandlungen sollte von der allgemeinen Art der zwischen den beteiligten Staaten herrschenden Beziehungen getrennt werden.

10) Diese Minister nahmen einen Bericht über Richtlinien für die Führung von exploratorischen Gesprächen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen durch die beteiligten Bündnispartner wie auch über die in Vorbereitung auf spätere Verhandlungen durchgeführten Arbeiten zur Kenntnis. Der Ständige Rat wird die Konsultationen über alle Fragen der von den Bündnispartnern in diesen Gesprächen zu verfolgenden Ziele, Politik und Strategie fortsetzen.

11) Indem sie an die Erklärung des Rats in Rom vom Mai 1970 erinnerten, bestätigten diese Minister ihre Auffassung, daß beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Mitteleuropa sich nicht zum militärischen Nachteil irgendeiner Seite auswirken dürften und die Stabilität und Sicherheit in ganz Europa erhöhen sollten. Diese Auffassung beruht auf der Überzeugung, daß die Sicherheit der Allianz unteilbar ist und daß Reduzierungen in Mitteleuropa die Sicherheit in anderen Gebieten nicht beeinträchtigen dürfen.

12) Die Minister brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß der zweite Abschnitt der SALT-Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erfolgreich verläuft. Sie vertraten die Auffassung, daß erneute Anstrengungen auf allen Gebieten der Abrüstung und Rüstungskontrolle unternommen werden sollten.

13) Die Minister vereinbarten, daß in allen diesen Fragen die engen und regelmäßigen Konsultationen, die bisher stattgefunden und sich bewährt haben, fortgesetzt werden.

14) Die Minister nahmen einen weiteren Bericht über die Lage im Mittelmeer zur Kenntnis, der auf Grund ihrer Weisung vom Ständigen Rat ausgearbeitet worden war. Die anhaltende Unstabilität in dieser Region, die die Sicherheit der Mitgliedsländer gefährden könnte, bietet nach wie vor Grund zur Besorgnis. Die Minister erteilten dem Ständigen Rat die Weisung, die Entwicklungen auch weiterhin aufmerksam zu verfolgen und ihnen auf ihrer nächsten Tagung hierüber zu berichten.

15) Die Minister nahmen die Fortschritte zur Kenntnis, die der NATO-Umweltausschuß besonders auf den Gebieten der Ölverschmutzung der Weltmeere, der Katastrophenhilfe, der Kraftfahrzeugsicherheit, der Gesundheitsfürsorge, der Abwässerreinigung und des städtischen Verkehrs erzielt hat, sowie die kürzliche Unterzeichnung eines einverständlichen Memorandums durch sechs Mitgliedstaaten über die Entwicklung eines abgasarmen Kraftfahrzeugmotors.

16) Die Minister nahmen einen Bericht der Konferenz der nationalen Rüstungsdirektoren und die hierin von den Verteidigungsministern zum Ausdruck gebrachten Auffassungen zur Kenntnis. Wie die Verteidigungsminister begrüßten auch sie die zur Zeit unternommenen Anstrengungen zur Verminderung von Doppelarbeit und Fehlplanungen bei der Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern. Sie erteilten dem Ständigen Rat die Weisung, hinsichtlich der auf diesem Gebiet zu treffenden Maßnahmen die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, und baten die Rüstungsdirektoren, Vorschläge für eine wirksamere Zusammenarbeit zu machen.

17) Die Minister der am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO teilnehmenden Staaten kamen als Verteidigungsplanungsausschuß zusammen und prüften die militärische Situation im NATO-Gebiet. Sie stellten mit Besorgnis fest, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten ungeachtet der in den vorstehenden Ziffern aufgeführten politischen Entwicklungen entschlossen zu sein scheinen, ihre militärische Schlagkraft, die sowohl der Art als auch dem Umfang nach weit über den durch ausschließlich defensive Zwecke gerechtfertigten Rahmen hinausgeht, aufrechterhalten und sogar noch steigern und daß sie auch weiterhin ungeheure Mittel für die Verbesserung und Modernisierung der der NATO gegenüberstehenden Land-, See- und Luftstreitkräfte aufwenden. Diese Minister betonten, daß der Verteidigungsbedarf der NATO in unmittelbaren Beziehungen zu der Realität der militärischen Schlagkraft des Warschauer Pakts steht.

18) Diese Minister befaßten sich erneut mit der wachsenden Stärke der sowjetischen Seestreitkräfte, insbesondere mit der wachsenden Aktivität dieser Streitkräfte im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer in den letzten Jahren. Sie prüften die politischen und militärischen Auswirkungen dieser Aktivität und die dagegen getroffenen Maßnahmen.

19) Diese Minister unterstrichen den engen Zusammenhang zwischen der kollektiven Verteidigungspolitik der NATO und den derzeitigen oder möglichen internationalen Entwicklungen. Sie waren übereinstimmend der Auffassung, daß jede einseitige Verminderung der Anstrengungen auf seiten der Allianz die Glaubwürdigkeit einer realistischen Abschreckung verringern und das stabile Kräftegleichgewicht untergraben würde; ohne ein solches können keine befriedigenden Sicherheitsabmachungen ausgehandelt werden. Sie waren sich ebenfalls darin einig, daß erfolgreiche Verhandlungen aus einer Position der wirksamen Partnerschaft und der Stärke heraus geführt werden müssen.

20) Demgemäß bestätigten diese Minister erneut den Grundsatz, daß die militärische Gesamtschlagkraft der NATO nicht vermindert werden sollte, es sei denn im Rahmen eines Systems von nach Umfang und zeitlichem Ablauf ausgewogenen beiderseitigen Truppenverminderungen. In diesem Zusammenhang begrüßten sie die erneute Bekräftigung der Vereinigten Staaten, daß die Vereinigten Staaten bei entsprechender Verhaltensweise anderer Länder der Allianz ihre Streitkräfte in Europa beibehalten und

verbessern und sie nur dann vermindern würden, wenn die andere Seite entsprechende Maßnahmen trifft.

21) Auf Grund der vorstehenden Erwägungen nahmen diese Minister die von jedem Mitgliedsland für das Jahr 1973 eingegangenen Streitkräfteverpflichtungen zur Kenntnis und verabschiedeten einen Fünfjahres-Streitkräfteplan für die Jahre 1973 bis 1977. Hierbei betonten sie die Notwendigkeit, die Qualität und Wirksamkeit der nationalen Streitkräftebeiträge im Rahmen der Gesamtstreitkräftekonzeption zu erhöhen, und zwar insbesondere durch die Durchführung der in dem besonderen Bericht über die Verteidigungsprobleme der Allianz in den 70er Jahren empfohlenen Verbesserungen. Sie prüften die bisher erzielten Fortschritte und bezeichneten diejenigen Gebiete, auf denen derartige Verbesserungen nach wie vor am dringendsten erforderlich sind. In diesem Zusammenhang erkannten sie die Notwendigkeit an, für die Modernisierung und Neuausrüstung der NATO-Streitkräfte größere Mittel aufzuwenden.

22) Diese Minister nahmen einen Bericht des Vorsitzenden der Europagruppe über die Arbeiten dieser Gruppe entgegen; diese Arbeiten dienen der Verstärkung des gemeinsamen Beitrags ihrer Mitglieder zur Verteidigung der Allianz. Sie begrüßten die erzielten Fortschritte, insbesondere in Richtung auf eine umfassendere Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Rüstungsgütern.

23) Indem diese Minister den Erfolg des gemeinsamen Infrastrukturprogramms bei der Durchführung von Baumaßnahmen für die Abschreckung und Verteidigungswirksamkeit der Allianz anerkannten, vereinbarten sie die Fortführung des Infrastrukturprogramms für den Zeitraum 1975 bis 1979 als wesentliches Element der Verteidigungsanstrengungen der NATO.

24) Schließlich nahmen diese Minister zustimmend zur Kenntnis, daß die Bodenleitorganisation für die Luftabwehr (NADGE) Ende dieses Jahres praktisch fertiggestellt sein wird, so daß die NATO erstmals über ein voll integriertes, halbautomatisches Luftabwehrsystem verfügt, das sich von Nordnorwegen bis zur Ostgrenze der Türkei erstreckt.

25) Die Verteidigungsminister, die dem Ausschuß für nukleare Verteidigungsfragen angehören (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Türkei und die Vereinigten Staaten) traten zu einer Tagung zusammen, um die Tätigkeit der Nuklearen Planungsgruppe im Laufe dieses Jahres sowie ihre künftigen Pläne zu prüfen.

26) Die nächste Tagung des Verteidigungs-Planungsausschusses auf Ministerebene findet am 7. Juni 1973 in Brüssel statt.

27) Die nächste Ministertagung des Nordatlantikrats findet am 14. und 15. Juni 1973 in Kopenhagen statt.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

KNORR, Lorenz, geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken". Heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt. *** *PICKSHAUS, Klaus,* geb. 1949 in Velbert, Studium der Geschichtswissenschaft und der Politischen Wissenschaften an der Universität Marburg. Buchveröffentlichung: Klassenkämpfe in Großbritannien heute, Frankfurt/Main 1973 (zusammen mit Dieter Raulf). *** *GUZ, Eugeniusz,* geb. 1929, nach Studium der Geschichte und der Journalistik an der Universität Warschau derzeit Korrespondent für Polska Agencja Prasova (PAP) in Bonn. Autor mehrerer Bücher über die deutsch-polnische Problematik. *** *FISCHER, Jürgen,* geb. 1949 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften, Geschichte und Leibeserziehung an der Universität Marburg. Veröffentlichung (zusammen mit P.-M. Meiners): „Zur Geschichte des Arbeitersports; Darstellung, Kritik, Alternativen". Edition 2000, Gießen 1973. *** *KRINGE, Michael,* geb. 1947 in Siegen, Ausbildung zum Bankkaufmann, Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg, studiert Politische Wissenschaften und Jura an der Universität Marburg. *** *POZIMSKI, Elke,* geb. 1950 in Marburg, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHAARSCHMIDT, Helmut,* geb. 1945 in Graz/Österreich, Studium an der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, studiert Politische Wissenschaften und Geschichte. *** *SCHAARSCHMIDT, Ursula,* geb. 1950 in Detmold, studiert Germanistik, Geschichte, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHLITT, Beate,* geb. 1951 in Hadamar, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *VAN STRAELEN, Wolfgang,* geb. 1950 in Siegen, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. ***HOFSCHEN, Heinz-Gerd,* geb. 1949 in Rheinhausen, studiert Geschichte, Politische Wissenschaften und Germanistik in Bonn, jetzt in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *OTT, Erich,* geb. 1945 in Lockweiler/Saar, Lehre als Industriekaufmann, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Köln, Abschluß Betriebswirt grad., z. Z. Studium der Politischen Wissenschaften und Soziologie in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *BRACZYK, Hans-Joachim,* geb. 1942 in Berlin, studierte Soziologie an der FU Berlin, Mitarbeit am Projekt „Technische Intelligenz" des Instituts für Soziologie der FU. *** *HERKOMMER, Prof. Dr. Sebastian,* geb. 1933 in Stuttgart, Professor am Institut für Soziologie der FU Berlin, Leitung des Projekts „Technische Intelligenz" im Schwerpunktbereich Produktion/Klassentheorie. *** *KAPP, Prof. Dr. K. William,* geb. 1910 in Königsberg/Pr., lange Jahre Professor an verschiedenen Universitäten der USA, seit 1965 Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Basel. Buchveröffentlichungen u. a.: Social Costs of Private Enterprise (Harvard 1950, New York 1971); Hindu Culture, Economic Development and Economic Planning (Bombay, London 1963); Toward a Science of Man in Society (Den Haag 1968). Zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), studierte Soziologie, Philosophie und Politische Wissenschaften an den Universitäten Wien und Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BESSAU, Gerhard,* geb. 1935, Dipl.-Volkswirt. Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Seminar für Politische Wissenschaften an der Universität Köln.

Bemerkungen

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.

Preisliste für Sonderdrucke

Von Beiträgen aus der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können nach Vereinbarung mit dem Verlag Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

KNORR, Lorenz, geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken". Heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt. *** *PICKSHAUS, Klaus,* geb. 1949 in Velbert, Studium der Geschichtswissenschaft und der Politischen Wissenschaften an der Universität Marburg. Buchveröffentlichung: Klassenkämpfe in Großbritannien heute, Frankfurt/Main 1973 (zusammen mit Dieter Raulf). *** *GUZ, Eugeniusz,* geb. 1929, nach Studium der Geschichte und der Journalistik an der Universität Warschau derzeit Korrespondent für Polska Agencja Prasova (PAP) in Bonn. Autor mehrerer Bücher über die deutsch-polnische Problematik. *** *FISCHER, Jürgen,* geb. 1949 in Kassel, studiert Politische Wissenschaften, Geschichte und Leibeserziehung an der Universität Marburg. Veröffentlichung (zusammen mit P.-M. Meiners): „Zur Geschichte des Arbeitersports; Darstellung, Kritik, Alternativen". Edition 2000, Gießen 1973. *** *KRINGE, Michael,* geb. 1947 in Siegen, Ausbildung zum Bankkaufmann, Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg, studiert Politische Wissenschaften und Jura an der Universität Marburg. *** *POZIMSKI, Elke,* geb. 1950 in Marburg, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHAARSCHMIDT, Helmut,* geb. 1945 in Graz/Österreich, Studium an der Nordwestdeutschen Musikakademie Detmold, studiert Politische Wissenschaften und Geschichte. *** *SCHAARSCHMIDT, Ursula,* geb. 1950 in Detmold, studiert Germanistik, Geschichte, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *SCHLITT, Beate,* geb. 1951 in Hadamar, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. *** *VAN STRAELEN, Wolfgang,* geb. 1950 in Siegen, studiert Germanistik, Politische Wissenschaften und Pädagogik an der Universität Marburg. ***HOFSCHEN, Heinz-Gerd,* geb. 1949 in Rheinhausen, studiert Geschichte, Politische Wissenschaften und Germanistik in Bonn, jetzt in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *OTT, Erich,* geb. 1945 in Lockweiler/Saar, Lehre als Industriekaufmann, Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Köln, Abschluß Betriebswirt grad., z. Z. Studium der Politischen Wissenschaften und Soziologie in Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HERDE, Georg,* geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/Main; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *BRACZYK, Hans-Joachim,* geb. 1942 in Berlin, studierte Soziologie an der FU Berlin, Mitarbeit am Projekt „Technische Intelligenz" des Instituts für Soziologie der FU. *** *HERKOMMER, Prof. Dr. Sebastian,* geb. 1933 in Stuttgart, Professor am Institut für Soziologie der FU Berlin, Leitung des Projekts „Technische Intelligenz" im Schwerpunktbereich Produktion/Klassentheorie. *** *KAPP, Prof. Dr. K. William,* geb. 1910 in Königsberg/Pr., lange Jahre Professor an verschiedenen Universitäten der USA, seit 1965 Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Basel. Buchveröffentlichungen u. a.: Social Costs of Private Enterprise (Harvard 1950, New York 1971); Hindu Culture, Economic Development and Economic Planning (Bombay, London 1963); Toward a Science of Man in Society (Den Haag 1968). Zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *UNGER, Karl,* geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), studierte Soziologie, Philosophie und Politische Wissenschaften an den Universitäten Wien und Marburg. Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BESSAU, Gerhard,* geb. 1935, Dipl.-Volkswirt. Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Seminar für Politische Wissenschaften an der Universität Köln.

Bemerkungen

Bitte, teilen Sie dem Verlag Änderungen Ihrer Adresse rechtzeitig mit und überweisen Sie, wenn möglich, Ihre Abonnementsgebühr per Dauerauftrag.